Donnerstag, 13. Juni 1985 - D ★★★

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 135 - 24.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 105 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Entsorgung: Hessen und NRW fordern Änderungen am nuklearen Entsorgungskonzept der Bundesregierung. Mit diesem Thema will sich morgen die Konferenz der Regierungschefs von Bund und Ländern befassen. (S. 9)

Absage: Chinas Premier Zhao hat Politikern der Grünen mitgeteilt, daß sein Land keinen Atommüll aus der Bundesrepublik abnehmen werde.

Spionage: Wegen geheimdienstlicher Tätigkeit für die Bundesrepublik muß sich demnächst der „DDR"-Physiker Stefan Frauendorfer vom Atomforschungsinstitut Rossendorf bei Dresden vor einem Militärgericht in Ost-Berlin verantworten, wurde auf einer *Physiker-Tagung* im schwedischen Visby bekannt. (S. 4)

Medien: Als Schritt zu einer europaeinheitlichen Fernsehnorm hat das Bundeskabinett gestern die Einführung der neuen Norm D-2-MAC beschlossen. Sie soll die Systeme Pal und Secam ablösen. Für den deutschen Fernsehzuschauer gibt es dadurch zunächst keine Veränderung. (S. 6)

Mengele: Für den Tod des früheren KZ-Arztes in Brasilien gibt es einen neuen Anhaltspunkt. Röntgenaufnahmen des Skeletts zeigen einen *Beckenbruch* exakt an der Stelle, wo Mengele 1944 eine Fraktur erlitten hatte.

Europa: In Lissabon und Madrid wurden die Verträge über den Beitritt Portugals und Spaniens zur Gemeinschaft von den Regierungschefs der bisherigen EG-Mitgliedsstaaten oder ihren Stellvertretern unterzeichnet. – Der östliche Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe schlug der EG die gegenseitige Anerkennung vor. (S. 5)

Franke: Der im April wegen einer Erkrankung verschobene Prozeß gegen den früheren Minister für innerdeutsche Beziehungen, Franke (SPD), und seinen Ministerialdirektor Hirth wegen Untreue bei der Vergabe öffentlicher Mittel in Höhe von 5,65 Millionen Mark beginnt am 12. August vor dem Bonner Landgericht.

Attentat: Vier Personen wurden in Madrid bei einer Terroraktion, die vermutlich auf das Konto baskischer Separatisten geht, ermordet. Ein Oberst und sein Chauffeur wurden beim Verlassen der Wohnung des Offiziers von drei Bewaffneten niedergeschossen. Als die Polizei das später aufgefundene Fluchtfahrzeug untersuchte, kam es zu einer Explosion. Zwei Beamte starben.

Zigaretten teurer: Der Preis für eine Schachtel Zigaretten wird im Herbst um 15 Pfennig angehoben, kündigte der Verband der Zigarettenindustrie an. Als Grund wurde unter anderem der gestiegene Kurs des Dollar genannt.

ZITAT DES TAGES



„Den Trend zu Wegwerfverpackungen nach amerikanischem Beispiel werde ich nicht tatenlos hinnehmen"

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann in einem Beitrag für den WELT-Report Umwelt (S. 17-21)
FOTO: H. SANDEN/DPA

WIRTSCHAFT

Konjunktur: Ein Investitionswachstum wie seit Jahren nicht mehr sagen die Konjunkturforscher des Münchner Ifo-Instituts der Industrie für 1985 voraus. Im verarbeitenden Gewerbe dürften die Bruttoanlageinvestitionen das Vorjahresniveau um real zwölf Prozent übersteigen. (S. 9)

Elektronik: Hitachi, größter japanischer Konzern der Branche, erzielte 1983/84 eine Umsatzsteigerung von 14 Prozent auf umgerechnet 36,24 Milliarden DM.

Deutsche Shell: Trotz erneuter Verluste im Mineralölgeschäft erzielte der Konzern 1984 ein Spitzenergebnis. Der Jahresüberschuß stieg auf 415 Millionen DM von 344 Millionen 1983. Nach Einstellung von 54,7 (Vorjahr 3,7) Millionen DM in die freie Rücklage ergab sich ein Bilanzgewinn von 360 Millionen DM. (S. 10)

Börse: Der Kursaufschwung an den Aktienmärkten setzte sich gestern in abgeschwächter Form fort. Die Rentenmärkte schlossen insgesamt freundlich. WELT-Aktienindex 196,6 (194,4). BHF-Rentenindex 102,833 (102,805). Performance Index 103,238 (103,181). Dollarmittelkurs 3,0820 (3,0898) Mark. Goldpreis je Feinunze 314,50 (315) Dollar.

KULTUR

Tournee: Hohes Lob zollten die „DDR"-Medien der Schweizer Sängerin Caterina Valente, die im Ostberliner Friedrichstadtpalast eine „DDR"-Tournee begann. Ihr Auftritt habe „perfektes Können" gezeigt. Geplant sind Shows unter anderem in Gera, Magdeburg, Weimar und Rostock.

Ausstellung: „Der heilige Leopold – Landesfürst und Staatssymbol" ist das Thema einer Ausstellung im Chorherrenstift von Klosterneuburg bei Wien. Eines der Glanzstücke ist der berühmte „Verduner Altar", der 1181 von Niklas von Verdun als eine Bilderbibel geschaffen wurde. (S. 15)

SPORT

Fußball: Die Sportminister sieben europäischer Länder beschlossen in Amsterdam eine Konvention zur Eindämmung des Fußball-Rowdytums. Am 27. Juni treffen sich die Sportminister der Staaten des Europarats. (S. 7)

Olympia: Die Bewerber-Gemeinschaft Ruhrgebiet/Kiel startet am 22. Juni bei der Kieler Woche eine Multimediaschau, mit der sich das Ruhrgebiet als Austragungsort Olympischer Sommerspiele empfiehlt.

AUS ALLER WELT

Ende einer Tragödie: Nach zehn Jahren im Koma ist die Amerikanerin Karen Ann Quinlan 31jährig in einem Pflegeheim in New Jersey gestorben. (S. 3)

Wunsch: Um so überraschender ein Phänomen, dem der ADAC auf die Spur gekommen ist: Viele Autofahrer verspüren geradezu eine Lust am Stau. (S. 16)

Stau: Freie Fahrt, sollte man meinen, ist des Autofahrers größter

Wetter: Bewölkt mit Aufheiterungen. Bis 17 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Auf der Glienicker Brücke lief ein Agententhriller ab

Ronald Reagan unterschrieb die Begnadigungen der Ost-Agenten

DW. Berlin

Zwischen Ost und West hat in Berlin am Dienstag der größte Agentenaustausch in der Bundesrepublik Deutschland nach dem Krieg stattgefunden. In der Aktion, die wie ein Krimi ablief, hatte sich auch US-Präsident Ronald Reagan eingeschaltet.

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Die Herren tafelten von Meißener Porzellan und blickten durch die getönten Scheiben des „Märkischen Restaurants" in der Bel Etage des Ostberliner „Palast-Hotels" versonnen über die Spree: Richard Burt, künftiger US-Botschafter in Bonn, und Erich Honeckers Vertrauter in komplizierten Ost-West-Dingen à la Prag, *Rechtsanwalt Wolfgang Vogel*, waren zufrieden. Sie feierten, von Schnappschüssen für das Familienalbum unterbrochen, guter Dinge den Abschluß einer Goodwill-Aktion: Vier Ost-Spione (zwei aus der „DDR"), 19 deutsche und sechs polnische US-Geheimdienstmitarbeiter, die in „DDR"-Gefängnissen Torturen erlitten, kamen auf einen Schlag frei.

Die Szene spielte auf der legendenumwobenen Glienicker Brücke. Am Dienstag ging es auf dem Bauwerk, das die „DDR" gerade für zwei Millionen Mark repariert, so spannend wie in Gary Coopers und Grace Kellys „High Noon" zu: Das Finale einer seit Weihnachten laufenden Geheimaktion zeichnete sich ab. Bei den Deutschen dienten Staatssekretär Ludwig Rehlinger (West) und Wolfgang Vogel (Ost) als Clearing-Stellen.

Der Austausch selbst entsprach amerikanischem wie „DDR"-Interesse: Ost-Berlin war an Professor Alfred Zehe gelegen, der erst im April 1985 von einem US-Gericht wegen Militärspionage zu acht Jahren Haft verurteilt worden war. Alice Michelson wiederum, schon etwas betagt, soll als Ost-Kurier in den USA tätig gewesen sein. Außerdem bekundete man auf östlicher Seite mit Erfolg Interesse an dem Polen Marian Zacharski und dem Bulgaren Penyu Kostadinow.

Zu den 23 freigelassenen US-Agenten aus östlichen Gefängnissen zählten auch sechs Polen. Die 19 Deutschen lebten vor ihrer Verhaftung durch den Staatssicherheitsdienst entweder in der „DDR" selbst oder waren als Besucher aus der Bundesrepublik festgenommen worden.

Die „Aktion Glienicke" lief auf der Schiene Washington, State Department, Bonner US-Botschaft, Rehlinger ab. Außer ihnen waren lediglich Kanzleramtschef Wolfgang Schäuble und der Minister für Innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen, eingeweiht. Rehlinger selbst war in den vergangenen Wochen noch häufiger als sonst in dieser Sache nach Berlin gereist – trotz seiner Abneigung zu fliegen.

Nach monatelangen Verhandlungen lagen die Akten der vier Tauschkandidaten schließlich auf dem Schreibtisch von Präsident Reagan. Denn nach der *amerikanischen* Verfassung kann allein der Präsident Gnade vor Recht ergehen lassen. Reagan unterzeichnete die Dokumente. Seine Unterschrift gab den Weg für das gute Ende einer Zitterpartie frei, bei der nie sicher war, ob es irgendwo ein „Leck" vorzeitiger Ruchbarkeit geben würde.

Technisch lief der Thriller unter dem Titel „Changing the Spys" rela-

● Fortsetzung Seite 8

DER KOMMENTAR

Mutig

GERD BRÜGGEMANN

Bundeskanzler Helmut Kohl wußte offenbar genau, worauf er sich einließ, als er auf der Jahresversammlung des Markenverbandes auf das zu sprechen kam, was in den Schlagzeilen dann „unechte" Arbeitslosigkeit genannt wurde. Kohl hatte mit dem Hinweis auf ein Unternehmen aus dem Ruhrgebiet, das 60 freie Arbeitsplätze nicht besetzen konnte, weil sich trotz einer Arbeitslosenquote von zwölf Prozent in der Region niemand fand, der dort arbeiten konnte oder wollte, dazu aufgefordert, die Frage der Arbeitslosenzahlen zu diskutieren. „Trotz der gewaltigen Verleumdungskapazität, die in einer solchen Diskussion liegt," sei dies nötig.

In der Tat. Es ist nur erstaunlich, daß es verlorener Landtagswahlen bedurfte, um den Anfang dafür zu finden. Viel zu lange haben sich Kohl und seine Regierung von den Gewerkschaften und der Opposition, deren Politik bis 1983 die gegenwärtigen Zustände am Arbeitsmarkt wesentlich bewirkt hat, eine Emotionalisierung des Problems unter dem Stichwort „Massenarbeitslosigkeit" mit dem unterschwelligen Einschluß von Massenelend aufzwingen lassen. Der Sachverhalt wird so bewußt vernebelt. Lösungen werden erschwert. Natürlich, die von der Nürnberger Bundesanstalt ermittelten Zahlen stimmen, wie der biedere Präsident Heinrich Franke jetzt verkündete. Aber sie sagen nichts aus. Nur wenn die Zusammensetzung der Erwerbslosenzahlen transparent wird, mag es möglich werden, Wege zu ihrer Verringerung zu finden.

Dem Therapieversuch muß eine Diagnose vorangehen. Und das ist es wohl, was Kohl vorschwebt. Für das Phänomen der Arbeitslosigkeit, das sich in der Bundesrepublik übrigens immer noch erheblich besser darstellt als in den meisten vergleichbaren Ländern, gibt es keine Globallösung, schon gar keine schnelle.

Manchen Leuten mit der vermeintlichen Patentmedizin, die jetzt auf Kohls Ausführungen in gewohnter Weise reagiert haben, geht es auch gar nicht in erster Linie darum, die Erwerbslosen wieder an einen sicheren Arbeitsplatz zu bringen. Sie benutzen das Problem, das zweifellos vorhanden ist, als Schlagetot gegen eine ungeliebte Regierung. Wenn Kohl und die Koalitionsparteien die von ihm angeregte Diskussion wirklich führen, wird das ganz schnell deutlich werden. Mut und Durchhaltevermögen freilich sind erforderlich.

Scharfer CSU-Protest gegen Genscher

Tandler: Außenminister macht Front gegen die Richtlinienkompetenz des Kanzlers

DW. München

Die CSU hat Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher vorgeworfen, mit seinen Äußerungen zur Ostpolitik in den vergangenen Tagen eine „Front gegen die Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers" aufzubauen. Genscher ziehe dazu das Amt des Bundespräsidenten in die Tagespolitik, kritisierte CSU-Generalsekretär Gerold Tandler gestern in München Tandler. Der FDP-Politiker verwahre sich gegen jede Änderung der „liberal-sozialistischen Außenpolitik, als deren Fortsetzer er sich unter dem Beifall der SPD empfiehlt. Das ist mit der CSU nicht zu machen".

Die Richtlinienkompetenz für die Politik der Bundesregierung liege nach der Verfassung beim Kanzler. Wenn Genscher die Bestimmung der politischen Richtung nun Bundespräsident Richard von Weizsäcker zuweise und sich selber zum Garanten der Kontinuität der Außenpolitik von 1969 bis heute und in die Zukunft ernenne, „dann muß für Helmut Kohl die Grenze des Erträglichen erreicht sein", verlangte der CSU-Generalsekretär. CDU und CSU hätten nicht 13 Jahre lang gegen „außenpolitische Entgleisungen der liberal-sozialistischen Koalition gekämpft, um sie dann als Bestandteil eigener Regierungspolitik hinzunehmen". Es sei „höchste Zeit", daß sich Kohl dieser Probleme annehme und „für Klarheit *und Ordnung sorgt*", damit das Selbstverständnis der Unionsparteien nicht weiter demontiert werde, erklärte Tandler.

Der außenpolitische Sprecher der Fraktion, Hans Klein (CSU), meinte in einem dpa-Gespräch: „So unüblich

SEITE 2:
Europäische Nabelschau

öffentliche Kritik am Bundespräsidenten ist, so unüblich ist es, ihn als Zeugen für eigene politische Auffassungen zu strapazieren. Ich glaube nicht, daß man sich aus Reden des Herrn Bundespräsidenten etwas herauspicken sollte, um damit die eigene Haltung zu bekräftigen.

Klein sagte, die FDP habe ihre Wende 1982 auch vollzogen, weil sie die SPD-Außenpolitik nicht mehr mittragen wollte. Man solle sich davor hüten, die als verfehlt erkannten Elemente dieser sozialdemokratischen Politik wiederzubeleben. Erfolgreiche Außenpolitik sei auf ein Höchstmaß an Geschlossenheit der sie tragenden innenpolitischen Kräfte angewiesen.

Genscher hatte am Dienstag in einem Interview des Deutschlandfunks die jüngsten Reden des Bundespräsidenten als „eine Richtungsbestimmung auch für unsere Außenpolitik" bezeichnet (WELT v. 12.6.). Dabei beschwor er „die Kontinuität" der deutschen Außenpolitik und fügte hinzu: „Wir dürfen hier nicht unseren Nachbarn in West und Ost ständig neue Fragen aufgeben, sondern wir müssen eine politische Kraft sein, die im Westen die Einigung Europas betreibt und von West nach Ost Gegensätze überwindet, wie wir das mit unserer Vertragspolitik getan haben und wie wir es jetzt tun durch die aktive Mitwirkung im KSZE-Prozeß durch die Verbesserung unserer Beziehungen zur DDR und zu anderen Staaten des Warschauer Pakts".

Bonn will SDI-Partnerschaft klären

Delegation stellt Fragen in den USA und spricht von Bedingungen / Bush nach Europa

FRITZ WIRTH, Washington

Die Bundesregierung ist nur unter jenen Bedingungen an einer Mitarbeit am SDI-Forschungsprogramm interessiert, die der Kanzler in seiner Regierungserklärung vom 18. April dargelegt hatte. Diese Haltung vertrat eine sechsköpfige Delegation unter Leitung von Ministerialdirektor Horst Teltschik, dem außenpolitischen Berater des Kanzlers, bei ihren zweitägigen Vorgesprächen im Weißen Haus, im Pentagon und im State Department.

Hauptziel der Teltschik-Delegation war es, die Reise einer größeren deutschen Industrie-Delegation im September dieses Jahres vorzubereiten. Sie machte ihre amerikanischen Gesprächspartner mit jenen Fragen vertraut, die von der Industrievertretung erwartet werden können.

„Wir hoffen, dann von den Amerikanern klare und möglichst auch endgültige Antworten zu erhalten, vor allem, was die technologischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Aspekte einer Zusammenarbeit angeht", erklärte ein Mitglied der Teltschik-Kommission. Dabei wurde betont, daß eine faire Partnerschaft in Richtung einer Zweibahnstraße ermöglicht werden müsse, daß ein „brain drain", also ein Anzapfen deutscher wissenschaftlicher Ressourcen zum einseitigen amerikanischen Vorteil, verhindert werden müsse und daß der deutschen Industrie nicht nur die Rolle eines Zulieferers von Einzelteilen zufallen dürfe.

Ziel der Erkundungsmission sei es, diese Bedingungen mit den amerikanischen Partnern durchzudiskutieren. Dabei wurde aus Kreisen der Delegation deutlich gemacht: Sollten die Amerikaner diese Bedingungen nicht erfüllen können, werde die Bundesregierung entsprechende Konsequenzen ziehen. Das bedeute zwar kein deutsches Nein zum SDI-Forschungsprogramm, jedoch müsse dann neu überlegt werden, ob eine Forschungs-Kooperation, die die deutsche Regierungsebene mit einbezieht, noch machbar sei. Sollte dies nicht zutreffen, bliebe immer noch der Weg offen, daß deutsche Unternehmen und Konzerne direkt mit Washington eine Zusammenarbeit direkt suchen.

Eine Reihe deutscher Firmen, darunter bedeutende Konzerne, haben jedoch angedeutet, daß sie die Zusammenarbeit unter einem „Regierungsdach", etwa durch ein Regierungsabkommen, begrüßen würden. Sie glauben, daß diese Hilfe nützlich sein könnte, um einen fairen Technologie-Transfer zu ermöglichen.

Die deutsche Delegation konnte im übrigen feststellen, daß sie keineswegs die erste europäische Erkundungsmission war. Unter ihren Vorgängern befanden sich auch Missionen europäischer Staaten, deren Regierungen offiziell bisher nein zu SDI gesagt haben.

*

SAD, Washington

US-Präsident Reagan wird seinen Vizepräsidenten George Bush vom 23. Juni bis zum 3. Juli nach Europa schicken. Die Reise nach Rom, Bonn, Den Haag, Brüssel, Genf, Paris und London soll die Kontakte vertiefen, die Reagan auf dem Wirtschaftsgipfel in Bonn geknüpft hatte. Im Vordergrund der „Goodwill-Tour" von Bush soll neben Rüstungskontrollthemen und Handelsfragen vor allem das SDI-Projekt stehen.

Entführung in Beirut beendet

DW. Beirut

Die 28-stündige Entführung eines jordanischen Verkehrsflugzeugs durch sechs schiitische Luftpiraten ist am Mittwochnachmittag in Beirut zu Ende gegangen. Die Täter sprengten die Boeing 727 in die Luft, nachdem sie zuvor alle Passagiere und Besatzungsmitglieder von Bord gehen ließen. Augenzeugen beobachteten, wie die Entführer mit ihren „Kalaschnikow"-Gewehren auf den Rumpf der Maschine schossen, um die vollaufgetankte Boeing 727 in Brand zu setzen. In Funkgesprächen mit dem Beiruter Tower hatten die Kidnapper zuvor verlangt, mit dem Generalsekretär der Arabischen Liga zu sprechen und *forderten den Abzug* aller palästinensischen Untergrundkämpfer aus der libanesischen Hauptstadt.

Mehr Geld für Bund und Länder

HH. Bonn

Der Bund kann nach der jüngsten Steuerschätzung für 1986 mit Steuereinnahmen von 218,1 Milliarden Mark rechnen. Das ist eine halbe Milliarde Mark mehr, als bei der Schätzung vom März erwartet. Für die Länder fällt die Korrektur nach oben mit 1,4 auf 164,4 Milliarden Mark erheblich deutlicher aus. Für 1985 ergeben sich für Bund wie Länder Abweichungen um jeweils 300 Millionen Mark nach oben. Die Steuerschätzung bestätigt damit im wesentlichen die laufende Finanzplanung. Sie erfolgte mit Blick auf die bevorstehenden Kabinettsbeschlüsse in Bund und Ländern über die Haushalte 1986 (Bonn am 1. Juli). Finanzminister Stoltenberg sieht sich durch das Ergebnis in seiner Auffassung bestärkt, die „strenge Ausgabendisziplin" fortzusetzen.

Neuer Streit um EG-Getreidepreise

Ha. Luxemburg

Zu einer neuen politischen Kraftprobe ist es gestern um die europäischen Getreidepreise gekommen. Zum zweitenmal stand der italienische Ratsvorsitzende vor der Frage, ober er über die von den meisten EG-Partnern befürworteten Preissenkungen um 1,8 Prozent abstimmen lassen und damit der Bundesregierung eine von ihr nicht gewünschte Entscheidung aufzwingen sollte. Ernährungsminister Kiechle hatte keinen Zweifel daran gelassen, daß Bonn auf vitale nationale Interessen hinweisen und sich notfalls auf das 1966 im „Luxemburger Kommuniqué" von Frankreich beanspruchte Vetorecht berufen werde. Nach Meinung Bonns ist das Für und Wider der geplanten Preissenkungen noch nicht genügend ausdiskutiert.

Lafontaine bringt Rau als SPD-Chef ins Gespräch

p. p. Bonn

In der SPD bricht zum ersten Mal seit Willy Brandts Kanzlerrücktritt 1974 wieder offen eine Diskussion über ein Ende seiner Partei-Amtszeit und potentielle Nachfolger aus. Der saarländische Ministerpräsident und politische „Lieblingsenkel" des Parteichefs, Oskar Lafontaine, hat im Frankfurter Presseclub Johannes Rau auch für dieses Amt ins Gespräch gebracht: Die notwendige Neuorientierung der Partei könne er sich auch unter einem Vorsitzenden Rau sehr gut vorstellen. Dieser habe auch in Nordrhein-Westfalen bewiesen, daß er sich auf Entwicklungen in der Partei gut einstellen könne, wobei dieses Lob sehr zweideutig ist.

Brandt selbst hat bisher alle Spekulationen um Rücktrittsabsichten für absurd erklärt und eher sein Ziel erkennen lassen, dem dienstzeitmäßig allein noch vor ihm liegenden August Bebel nachzueifern und über 1986 hinaus im Amt zu bleiben.

Zusätzlich hat er mehrfach einen engen Zusammenhang zwischen Partei-Vorsitz und seiner Leitung der Programm-Kommission hergestellt, deren Arbeit erst 1988 mit einem Bundesparteitag beendet werden soll.

Dennoch erweckt Lafontaines Äußerung Beachtung, da sein enges politisches und menschliches Vertrauensverhältnis zu Brandt unverändert vorhanden ist. Auch am Anfang der Nachfolgediskussion hatte sein Name gestanden: Nach seinem Wahlsieg hatten die Jusos ihn zum potentiellen neuen SPD-Chef gekürt.

Streit um Kohls Zweifel an Arbeitslosenzahl

DW. Bonn

In die wirtschaftspolitische Diskussion hat Bundeskanzler Helmut Kohl Fragen des Zweifels an der Verläßlichkeit der offiziellen Arbeitslosenzahlen eingeführt. Der Kanzler berichtete vor dem Markenverband in Bonn von einem großen Konzern in einer Ruhrgebietsstadt mit angeblich mehr als zwölf Prozent Arbeitslosigkeit, der 60 Handwerker und im Handwerksbereich Tätige gesucht habe, diese Arbeitskräfte aber nicht bekommen habe (WELT vom 12.6.). Als Ausweg habe der Betrieb 50 Polen für eine bestimmte Zeit eingestellt. Kohl äußerte die Vermutung, daß es noch mehr solche Beispiele gebe. Er rief alle Verantwortlichen auf, „trotz der gewaltigen Verleumdungskapazität, die in einer solchen Diskussion liegt", diese Fragen argumentativ aufzugreifen.

Der Regierungschef bezeichnete es als die entscheidende Aufgabe, sich auf jene Personen zu konzentrieren, „die wirklich arbeitslos sind, nicht zuletzt auf junge Leute, die die erste Chance ihres Lebens, aus der Schule kommend, dann als Arbeitslose erleben". Deshalb sei es so wichtig gewesen, daß es in den vergangenen Jahren gelungen sei, immer wieder einen Lehrstellenrekord zu erzielen.

Die Zweifel an der Gültigkeit der Arbeitsmarktzahlen wurden vom Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Franke, zurückgewiesen. Die Arbeitslosenzahlen, erklärte Franke, würde nach einem gesetzlichen Modus ermittelt, einen Spielraum gebe es nicht. Die IG Metall meinte, die Bundesregierung ignoriere die Massenarbeitslosigkeit.

Schmude auf Distanz zu Kirchentags-Forderungen

Er warnt vor „Nein ohne jedes Ja" zur Atomrüstung

ohn/DW. Bonn

Der neue Präses der EKD-Synode, Jürgen Schmude (SPD), ist auf Distanz zu der auf dem Evangelischen Kirchentag in Düsseldorf geprägten Formel „Nein ohne jedes Ja" zur atomaren Rüstung gegangen. Schmude nannte es vor Journalisten in Bonn berechtigt, sich gegen den „Kreislauf der Unvernunft" aufzubäumen. Doch sei die in so kurzen Formulierungen artikulierte Ungeduld noch weit entfernt von der Umsetzung durch die Politik.

„Nein ohne jedes Ja" bedeute doch, argumentierte der SPD-Politiker, daß sofort alle Waffen aus der Bundesrepublik Deutschland verschwinden müßten und mit ihnen auch jene, die die Waffen stationiert hätten. Dem stünde in der aktuellen Situation die Verantwortung für die daraus resultierenden Konsequenzen entgegen. Gegen die Kirchentags-Forderungen hatte sich bereits der Philosoph Carl-Friedrich von Weizsäcker ausgesprochen.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel zeigte sich erfreut darüber, daß es im Verhältnis seiner Partei zu den Kirchen in den vergangenen 35 Jahren eine „gewaltige Entwicklung" gegeben habe. Noch 1950, im Jahr seines Parteieintritts, sei das Verhältnis der evangelischen oder katholischen Kirche zur Sozialdemokratie von Distanz und Gegnerschaft gekennzeichnet gewesen. Hier habe das Godesberger *Programm* aus dem Jahre 1959 eine Wandlung gebracht.

Heute, so sagte Vogel, sei im evangelischen Bereich das Maß an Präsenz der SPD groß und der Umgang mir ihr selbstverständlich. Bei jüngeren Protestanten bestehe „eine größere Bereitschaft zuzuhören, was die SPD sagt". Ein klärendes Wort der Kirchen wünscht sich Vogel, sollte aus seiner Sicht das Schlesier-Treffen mit dem Bundeskanzler am kommenden Wochenende in Hannover missverlaufen. Kohl müsse den Mut haben, den von Vertriebenensprechern bislang geäußerten ostpolitischen „Unsinn" zurückzuweisen und Positionen von Bundespräsident von Weizsäcker zu übernehmen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Müllkippe Nordsee

Von Ludwig Kürten

Noch in dieser Generation sei der biologische Tod der Nordsee zu befürchten, wenn nicht sofort die Einleitung von Schadstoffen gestoppt werde. Dies ist der Kernsatz eines Gutachtens des Professors Konrad Buchwald (Hannover). Doch nicht nur das. Die Selbstreinigungskräfte der Nordsee sind aufgrund ungünstiger Stömungsverhältnisse so gering, daß als Faustregel gilt: Was drin ist, bleibt drin.

Mit jedem Tag also entfernen wir uns von dem, was inzwischen alle Parteien wollen – einer sauberen Nordsee. Doch es werden weiterhin Öl und Rückstände von Bohrplattformen und Schiffen abgelassen, weiterhin werden jährlich sieben Millionen Tonnen anorganischer Stoffe und 450 000 Tonnen Schwermetalle in die Nordsee gekippt.

Neben der Krankheit des Waldes und des Bodens also die des Meeres. Und es gibt wohl niemanden, der glaubt, dies werde dann die letzte sein. Denn erst vor knapp fünfzehn Jahren begann sich langsam die Einsicht durchzusetzen, daß diese Zerstörung unserer Umwelt der falsche Weg ist.

Es ist zu spät, um die Folgen dieses Raubbaus von einem auf den anderen Tag abwenden zu können. Radikallösungen, wie sie manche Umweltschützer fordern – alternative Wirtschaftsstrukturkonzepte, Stopp der Eindeichung und der Industrieansiedlungen an der Küste – sind aber nicht durchsetzbar, unabhängig von der Frage, ob sie erfolgreich wären. Denn viele andere Interessen, die der Wirtschaft, die der Arbeitnehmer zum Beispiel, müssen berücksichtigt werden. Außerdem hat sich auf der Nordsee-Konferenz im November gezeigt, wie schwierig es ist, die Anliegerstaaten unter einen Hut zu bringen. Alleingänge nützen aber auch nichts, weil den Giften die Grenzen egal sind.

Man muß also weitergehen auf dem Weg der kleinen Schritte und zusammen mit den EG-Bremsern. Die Bundesrepublik muß beharrlich ihre Nachbarn davon überzeugen, daß die Rechnung für alle mit jedem Tag wächst. Auch die Briten werden hoffentlich bald merken, daß sie mit im Boot sitzen. Bis dahin allerdings werden sie deutschen Umweltschutz-Bemühungen, sei es für die Nordsee oder mit dem Katalysator, noch manchen Strich durch die Rechnung machen.

Chinas langfristige Pläne

Von Hans-Jürgen Mahnke

Die Zeiten sind vorbei, als der Handel mit China noch über den gleichen Leisten geschlagen werden konnte wie der mit den kommunistischen Staaten in Europa. Sicher, auch in den Beziehungen zum Riesenreich der Mitte sind nicht alle Blütenträume gereift. Ende der siebziger Jahre, als mit den Milliarden-Aufträgen nur so jongliert wurde, trat rasch wieder Ernüchterung ein, wurden Lieferungen storniert oder zeitlich gestreckt. Inzwischen sind die Erwartungen solider geworden, vor allem aber besser begründet. Den überhasteten großen Sprung nach vorn wird es nicht geben.

Die Reformen vollziehen sich allmählich, haben aber bereits gewaltige Auftriebskräfte freigesetzt. Ministerpräsident Zhao Ziyang hat jetzt zwar noch einmal erklärt, sein Land bleibe eine sozialistische Planwirtschaft. Vor allem hat er aber deutlich gemacht, daß ideologische Scheuklappen – im Unterschied zum Ostblock – den Blick auf Effektivität nicht verstellen dürfen. Alles das, was sich in anderen Wirtschaftssystemen als erfolgreich erwiesen hat, soll in die eigene Wirtschaftsverfassung eingebaut werden. Regiert werden soll weniger mit Direktiven, sondern indirekt über Preise und Steuern.

Die Ziele sind ehrgeizig. Als Perspektive hat Zhao Ziyang das Erreichen des Standards der westlichen Industriestaaten bis Mitte des nächsten Jahrhunderts genannt. Ohne die Übernahme moderner Technologie ist das nicht möglich, da der Aufschwung von der Industrie getragen werden soll. Die Politik der Öffnung nach außen ist langfristig angelegt.

Das bietet der deutschen Wirtschaft Chancen. Das Geschäft ist schwer, die Chinesen pokern eisenhart. Zhao Ziyangs Hinweis auf die deutschen Preise und Kreditzinsen ist nur ein Beispiel. Der Blick darf sich auch nicht auf das Kernkraftwerksprojekt verengen, obwohl es weiteren Schwung bedeuten würde – die große deutsche Angebotspalette paßt zu dem, was die Chinesen benötigen; vor allem die Bereitschaft zum Technologietransfer schafft Möglichkeiten. China hat einen langen Atem. Auch im Handel mit Deutschland zählen nicht Augenblickserfolge, sondern Kontinuität.

Das andere Parlament

Von Detlev Ahlers

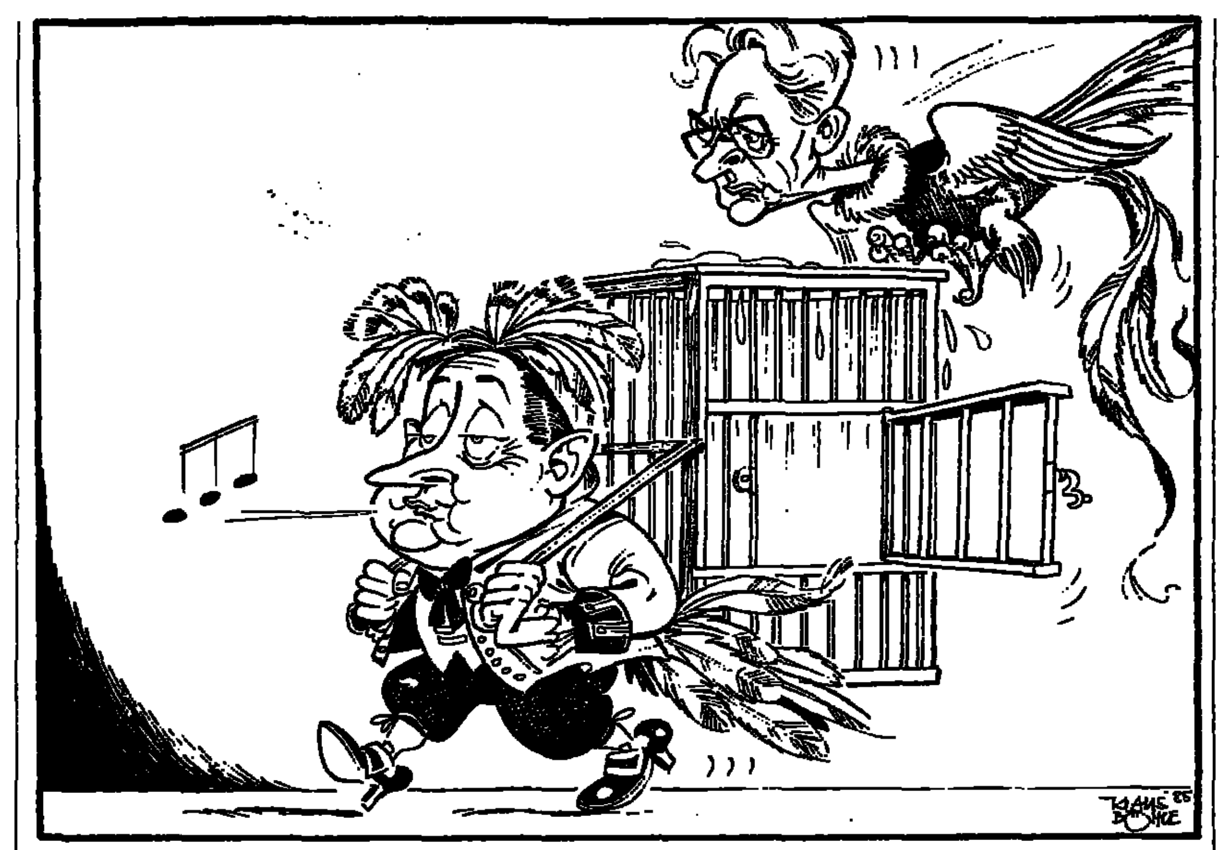
Der FDP-Abgeordnete Helmut Schäfer sprach von einem Restauranttisch in der „DDR" aus in westdeutsche Fernsehkameras, was auch anderen Befürwortern von Kontakten des Bundestages zur Volkskammer, etwa Horst Ehmke (SPD), nicht anders von den Lippen geht: Es gebe erfreuliche Anhaltspunkte, daß die „DDR" die Westberliner Abgeordneten nicht länger zu diskriminieren beabsichtige. Damit sei der wichtigste Hinderungsgrund für „sinnvolle Kontakte" ausgeräumt. Und überhaupt pflege der Bundestag zu allen Parlamenten Osteuropas Beziehungen, deswegen sei es nur folgerichtig, nun auch mit der Volkskammer offiziell zu verkehren.

Diese Argumente gehen von zwei Voraussetzungen aus:

1) Kontakte zur Volkskammer sind sinnvoll. Mit möglichst vielen Politikern eines anderen Staates zu verkehren hat aber eigentlich nur Sinn, wenn man dabei verschiedene Ansichten hört, die man zur Beurteilung der Lage kennen sollte. Das ist jedoch in Ost-Berlin nicht der Fall. Oder kann sich einer der ostreisenden Parlamentarier daran erinnern, jemals von einem Abgeordneten dort etwas gehört zu haben, was auch nur um Haaresbreite von den Regierungsverlautbarungen abweicht?

2) Es gibt für den Bundestag keinen Unterschied zwischen der Volkskammer einerseits und dem Sejm, dem Obersten Sowjet und der ungarischen Nationalversammlung andererseits. Horst Ehmke: „Natürlich wissen wir, daß das nicht Volksvertretungen im westlichen Sinne sind." Aber im Sejm und im Obersten Sowjet – auch im Budapester Parlament nach den Wahlen vom Sonntag noch – sind eben fremde Völker mit all ihren Strömungen schlecht repräsentiert; die Volkskammer jedoch behauptet, in ihr sei ein Teil unseres Volkes, eben das „DDR-Staatsvolk", deutsch, demokratisch und republikanisch vertreten.

Mit der Anerkennung der Volkskammer durch die Aufnahme offizieller Kontakte würde der Bundestag Deutsche drüben verprellen, die sich ein anderes Parlament, eben eines im westlich-demokratischen Sinne, wünschen. Die Erfüllung diese Wunsches mag noch so lange auf sich warten lassen – man sollte ihn nicht ohne Not mißachten.



„Der Vogelfänger bin ich ja . . ." KLAUS BÖHLE

Europäische Nabelschau

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Es darf nicht dabei bleiben, daß der Eindruck fortbesteht, der Außenminister nehme den Bundespräsidenten gegen den Bundeskanzler für seine Ostpolitik in Anspruch. Richard von Weizsäcker kann sich mit Rücksicht auf sein Amt nicht direkt öffentlich wehren; aber es ist zu hoffen, daß er Genscher unter vier Augen zur Rede stellt.

Wenn der Außenminister sich so äußert, als wolle er die verfassungsmäßige Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers mit einer verfassungsfremden „Richtungsbestimmung" des Bundespräsidenten für eine plebiszitäre Außenpolitik überwölben, dann versetzt er von Weizsäcker in die Situation, als habe der prominenteste Unionspolitiker kraft seiner Autorität im höchsten Staatsamt die Fußkranken der CDU und CSU endlich auf Kurs der von Brandt/Scheel und Schmidt/Genscher festgelegten Ostpolitik zu bringen. Dies ist ein unmöglicher Versuch Genschers, das durchzusetzen, was er unter der „Kontinuität der Außenpolitik" versteht.

Wie erinnerlich, blieb über den Koalitionswechsel 1982 hinweg das menschliche Verhältnis zwischen Graf Lambsdorff, der die Wende unmittelbar ausgelöst hatte, und Schmidt unangefochten, während jenes zwischen Genscher und Schmidt in die Brüche ging. Warum? Kanzler Schmidt respektierte, daß der Graf ihm gegenüber trotz unüberbrückbarer sachlicher Gegensätze offen und ehrlich gewesen sei. Heute ist zu fragen: Was denkt Bundeskanzler Kohl insgeheim von Genscher? Vertraut er ihm noch oder sieht er, daß der Außenminister finassiert, um ihn auszutricksen?

Kanzler Kohl und das Kanzleramt haben in der Außenpolitik ein mediales Vakuum der Ungewißheiten entstehen lassen, das der Bundespräsident mit Reden ausgefüllt, die auch von den Bürgern weithin als richtungsweisend aufgenommen werden. Diesen Sachverhalt macht sich der Außenminister zunutze. Dafür erntet er hohes Lob von der Opposition. Mag sein, daß der routinierte Taktiker Arm in Arm mit Bangemann seiner Partei in der Koalition Bewegungsfreiheit verschaffen will, indem er in verdeckter Frontstellung zum Kanzleramt Gemeinsamkeit zwischen SPD und FDP über eine neue Phase der Entspannungspolitik, sprich Ostpolitik, aufbaut. Das wäre ein hochstaplerisches Spiel; denn niemand weiß es besser als der Kanzler, daß die FDP Selbstmord beginge, wollte sie die Koalition sprengen. Warum also zaudert Kohl, Klarheit darüber herzustellen, was „Kontinuität der Außenpolitik" inhaltlich zu bedeuten hat?

Kern aller Bonner Ostpolitik ist das Schicksal unseres geteilten Vaterlandes. Offensichtlich genügt es nicht, wenn der Bundeskanzler in Regierungserklärungen aufzählt, was das Fundament seiner Deutschlandpolitik ist, nämlich: das Grundgesetz, der Deutschlandvertrag, der Muskauer und der Warschauer Vertrag, das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin, die Briefe zur deutschen Einheit sowie die gemeinsame Entschließung des Deutschen Bundestages vom 17. Mai 1972, der Grundlagenvertrag mit der „DDR" und die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts von 1973 und 1975. Die formale Standortbestimmung verhindert nicht, daß in der aktiven Politik Grauzonen entstehen, in denen gegensätzlich mit Auswirkungen auf das Verhältnis zu Amerika einerseits und zur Sowjetunion andererseits operiert werden kann.

Genscher hat seine Politik in dem Sinn definiert, wir müßten „eine politische Kraft sein, die im Westen die Einigung Europas betreibt und von West nach Ost Gegensätze überwindet, wie wir das mit unserer Vertragspolitik getan haben ..." In dieser Formel kommt Amerika ebensowenig vor wie die Sowjetunion (beide allerdings in anderem Zusammenhang des Interviews vom Dienstag). Das korrespondiert damit, daß von Weizsäcker klar zur Westbindung Stellung nahm, doch ohne die Rolle Amerikas zu beschreiben, und ebenso klar für die Menschenrechte eintrat, freilich ohne deutlich zu sagen, wer sie wie bricht.



Wer weist die Richtung, trügt dies Bild? FOTO: WEREK

Der Rückzug auf die europäische Sicht der Dinge ist nicht zulässig, wenn es um die Ostpolitik geht, die ja stets in die globale Ost-West-Politik eingebettet ist. Jenes Europa, das nicht fähig ist, sich über Agrarpreise oder den Katalysator zu einigen, hat so wenig weltpolitische Macht, daß es sich stets fragen muß: Wie halten wir es mit Washington und wie mit Moskau? Vergessen die Europäer das, so werden sie mit einem Bonbon abgespeist wie einst Schmidt von Honecker.

Wie hält es der Außenminister mit Moskau? Diese Frage gibt dem Thema SDI die innenpolitische Brisanz. Genscher, die FDP und die SPD verdrängen, daß Europa mit der Entspannungspolitik dieselbe Erfahrung gemacht hat wie Amerika nach dem bejubelten Aufbruch Nixons und Breschnews im Jahr 1972 zur gemeinsamen Verantwortung für den Frieden im Atomzeitalter. Breschnew zerstörte den gegenseitigen „Verhaltenskodex" schon ein Jahr später, als der Yom-Kippur-Krieg die Welt an den Rand des Atomkriegs brachte. Ebenso verdrängen Genscher, die FDP und die SPD, daß Moskau die Entspannungsphase der Ostverträge zynisch dazu benutzt hat, in Europa die SS-20-Armada aufzufahren, mit der Folge, daß Westeuropa sich in der Nachrüstungsdebatte zerfleischte und SPD-Kanzler Schmidt stürzte.

Genscher setzt auf den Ski-Zirkus der Ost-West-Verhandlungen in Genf, Wien, Stockholm und sonst wo. Er gibt aber nicht zu, daß die Entspannung davon abhängt, ob die Sowjets sich endlich zum Verzicht durchringen, alle Rüstungskontroll-Verträge durch ständige Verstärkung ihrer Offensivwaffen und beharrlichen Ausbau ihrer Raketenabwehr zu unterlaufen. Nach aller Erfahrung wird Moskau durch das überlegene SDI-Projekt zu solchen Einsichten gezwungen werden müssen. Das ist die Karte Reagans. So spitzt sich in Bonn alles auf die Frage zu: Wie hält es Genscher mit Amerika?

IM GESPRÄCH Wolfgang Clement

Wg. Rau

Von Peter Philipps

Der Vorschlag im Präsidium kam, wie es geschäftsordnungsmäßig zuzugehen hat, von Bundesgeschäftsführer Peter Glotz selbst: Wolfgang Clement, 44 Jahre alt und seit Rosenmontag 1981 SPD-Sprecher, wird – vorbehaltlich der formalen Absegnung durch den Parteivorstand am 21. Juni – zusätzlich stellvertretender Bundesgeschäftsführer „in allen politischen Funktionen" und damit für die Zeit nach 1987 potentieller Glotz-Nachfolger. Die Glotz-Gefühle bei diesem Akt müssen dahingestellt bleiben.

Clement, von Parteichef Willy Brandt einst selbst „ausgeguckt" und diesem in tiefer Zuneigung verbunden, war zuvor stellvertretender Chefredakteur der SPD-nahen „Westfälischen Rundschau" und dort durch auch überregional wahrgenommene, zum Teil brillante Kommentare aufgefallen. So brachte er alle Voraussetzungen mit, um den damals von Vorgänger Lothar Schwartz abgesteckten Anforderungen zu genügen: als Journalist wurde er von den Bonner Korrespondenten akzeptiert, er ist zuverlässig – auch im zwischenmenschlichen Umgang – und bei aller Loyalität kein Apparatschik. Von der „Westfälischen Rundschau" war er in den sechziger Jahren einige Zeit weggegangen, um ein Jurastudium bis zum ersten Staatsexamen zu absolvieren, doch vor der Beendigung seiner Promotion über die „Zustimmungsbedürftigkeit von Gesetzen im Bundesrat" kehrte er an den Redaktionsschreibtisch zurück.

Alle Verdienste in seiner Bonner Sprecherfunktion, bei der er dem harten Schlagabtausch mit dem politischen Gegner nie ausweicht, erklären noch nicht die Beförderung. Und in der Parteispitze hat er sich schließlich nicht nur Freunde gemacht, sondern den „Großkopferten" bis hin zu Glotz klargemacht, daß er nicht ihr Sprecher, sondern der der Partei ist – und wenn schon einem persönlich zugeordnet, dann nur Brandt selbst.

Der Grund für seinen Aufstieg, mit dem wohl nur bestätigt wird, was er



Neuer stellvertretender SPD-Geschäftsführer: Clement FOTO: FRANK DARCHINGER

ohnehin schon seit vielen Monaten tatsächlich macht, liegt im überraschend hohen nordrhein-westfälischen Wahlsieg und seinem sehr engen Vertrauensverhältnis zu Johannes Rau. Clement war, gemeinsam mit Landesgeschäftsführer Bodo Hombach, der Organisator des Wahlkampfs, den die SPD ohne Werbeagenturen führte. Seine Bestallung zeigt, daß trotz offizieller Dementis die Würfel für die Kanzlerkandidatur Raus gefallen sind. Über die zusätzliche Belastung mögen vielleicht seine charmante Ehefrau und die fünf hübschen Töchter klagen, von denen die Kleinen auch schon mal auf Rollschuhen oder mit Schulranzen in dem väterlichen Büro auftauchen – Clement selbst wird sie als ausgewiesenes Arbeitstier sicher bewältigen.

Nur einmal mußte er bisher eine, zumindest vorläufige, Niederlage einstecken: Als er sich mit einem eigenen Konzept als Reisender durch alle Parteigliederungen in Sachen „Vorwärts" betätigte, fand er keine Mehrheit. Dennoch verlor er auch in der „Baracke" nie den Kontakt zu seinem eigentlichen Metier: Fast alle SPD-Wahlkampfzeitungen „ZaS" zeigten seine Chefredakteurs-Handschrift.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Neue Zürcher Zeitung

Sie beurteilt Kohls Lage:

Die Aussichten, daß es Kohl gelingen könnte, das negative Stimmungsbild in nützlicher Frist zu wenden, scheinen im Moment nicht sehr rosig. Durchschlagende Erfolge auf dem Hauptproblemfeld der Regierung, der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, sind in den nächsten Monaten kaum zu erwarten. Die Möglichkeit einer Kabinettsumbildung, die Kohls Vorgänger Schmidt verschiedentlich genutzt hat, um Schwächeperioden zu überbrücken und neue Dynamik in seine Mannschaft zu bringen, hat Kohl bisher als unnötig zurückgewiesen. Allerdings ist der Handlungsspielraum des Kanzlers in dieser Hinsicht gerade wegen seiner angeschlagenen Autorität stark eingeschränkt.

Kölner Stadt-Anzeiger

Er geht auf den Fall Kolbow ein:

Fühlt die Bundesanwaltschaft sich genötigt, wegen Geheimnisverrats gegen einen Abgeordneten zu ermitteln, der keineswegs zu den Hinterbänklern des Bundestages gehört, dann ist dies eine ernste Angelegenheit. Doch: auch Bundesanwälte können irren. Und den SPD-Politiker Walter Kolbow darf niemand als schuldig bezeichnen, es sei denn, die Ermittlungen mündeten in einen Prozeß und eine Verurteilung. Wie voreilig der Stab über einen Parlamentarier gebrochen werden kann, hat 1978 der Fall des SPD-Abgeordneten Uwe Holtz bewiesen. Auch gegen ihn ermittelte die Bundesanwaltschaft, doch sie konnte den Verdacht landesverräterischer Beziehungen nicht belegen. Holtz blieb unbescholten. Positiv zu werten ist, daß Kolbow sofort sein Amt im Verteidigungsausschuß niederlegte, gleich, ob er dies von sich aus tat oder ob er von seinen Parteifreunden gedrängt wurde. Er bog damit möglichen hämischen Attacken der politischen Gegner zumindest eine Spitze ab. Zum Nachdenken regt dagegen Kolbows Frage an, inwieweit die Kontrollfunktion von Parlament und Medien eingeschränkt werde, wenn Dokumente „mehr oder minder willkürlich für geheim erklärt" würden. Hat er etwa trotz gegenteiliger Beteuerung den Bundeswehrplan doch an Journalisten weitergegeben, weil er ihn für willkürlich mit dem Geheimstempel versehen hielt?

HESSISCHE ALLGEMEINE

Die Kasseler Zeitung schreibt über ein Skelett:

Mengele ist tot. Unabhängig von seinem physischen Zustand wird Dr. Mengele weiterleben, als Legende, als Phantom, als Gespenst. Der private Tod, wenn er ihn vor sechs Jahren denn ereilt haben sollte, löscht seine öffentliche Existenz nicht aus. Man ist eines Massenmörders nicht habhaft geworden. Allein dieser Umstand stimuliert schon die Phantasie und wird sie nicht ruhen lassen. Es ist zuviel Mystifikation im Spiel, als daß die Akten geschlossen werden könnten. Die Erklärung des Mengele-Sohnes erhellt den Sachverhalt ja auch nur partiell... Offenkundig gab es Verstrickungen, womit sich Böses dann bereits fortgezeugt hätte.

Nach einer Militärdiktatur nun ein Polizeistaat?

Zur Bürgerrechts-Situation in der Türkei / Von Evangelos Antonaros

Gwyn Morgan, der Leiter des Informationsbüros der EG in Ankara, wurde Ende vergangener Woche ins türkische Außenministerium zitiert: Er mußte einen Protest wegen „Einmischung in die inneren Angelegenheiten" seines Gastlandes entgegennehmen. Der frühere Labour-Politiker hatte sich, auch im Namen der EG, kritisch über ein neues Gesetz geäußert, das die Polizei stärkt und die Bürgerrechte einschränkt. Mit seiner Kritik („Unter diesen Umständen ist eine Normalisierung der Beziehungen zwischen Ankara und Brüssel nicht vorstellbar") steht Morgan nicht allein: Sämtliche türkischen Oppositionsparteien haben sich gegen die neuen Rechte der Polizei gewandt und sie als einen „Höhepunkt der Unfreiheit" bezeichnet.

Die neuen Regelungen sind in einem Gesetz vorgesehen, das zwar von Ministerpräsident Özal der Nationalversammlung vorgelegt wurde, aber die Handschrift der im Hintergrund mitregierenden Generalität trägt: Der Polizei wird das Recht eingeräumt, Telefone abzuhören, Briefe zu öffnen, Menschen und Häuser zu durchsuchen und Kinos zu schließen. Außerdem wird ihr Recht, von der Schußwaffe Gebrauch zu machen, ausgeweitet.

Es ist zweifelhaft, ob – wie Innenminister Yildirim Akbulut behauptet – dadurch „die Demokratie besser geschützt" werden kann. Eher sieht es danach aus, daß das Militär ein Instrumentarium entwickelt hat, um die in Aussicht gestellte schrittweise Aufhebung des Kriegsrechts ohne eine De-facto-Einschränkung seiner Einwirkungsmöglichkeiten vollziehen zu können. In der Tat werden der Polizei durch das Gesetz fast sämtliche Vollmachten übertragen, die die Armee unter den Kriegsrechtsbestimmungen besitzt.

Andererseits hat es in den letzten Tagen eine Verbesserung der Menschenrechtssituation gegeben: Die Dauer der Untersuchungshaft ohne Anklage-Erhebung ist von bisher dreißig auf fünfzehn Tage reduziert worden, zahlreiche linke Gewerkschafter sind aus dem Gefängnis entlassen worden, und das Kriegsrecht soll bald in weiteren sechs von insgesamt siebenundsechzig Provinzen (auch in Ankara) aufgehoben werden. Es ist dann nur noch in siebzehn Regionen in Kraft. Und der Militärzensor greift seltener ein.

Erheblich länger ist allerdings die Liste der menschenrechtlich bedenklichen Maßnahmen: Die von den Oppositionsparteien befürwortete Amnestie für Polit-Sträflinge findet bei der Regierung kein Gehör. Darüber hinaus bleiben die Einflußmöglichkeiten der Gewerkschaften gering, politische Tätigkeit wird an den Hochschulen nicht geduldet – kurzum: das politische Leben ist weitgehend reglementiert.

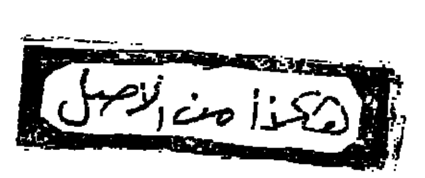
Die türkischen Gefängnisse sind immer noch voller politischer Täter – und bei weitem nicht nur solcher, die politisch motivierte Verbrechen begangen haben –, Massenprozesse sind im Gange, zahlreiche Häftlinge werden gefoltert. Allerdings sind seit der Machtergreifung der Generäle mehr als hundert Gefängniswärter wegen „unmenschlicher" Behandlung von Insassen verurteilt worden.

Allein in den letzten drei Monaten sind nach Angaben von Innenminister Akbulut 924 Personen festgenommen worden, die im Verdacht stehen, „in extremistische oder terroristische Aktivitäten" verwickelt zu sein. Die meisten von ihnen sind Linksradikale (es sind auch viele separatistische Kurden darunter), Religionsfanatiker und einige Rechtsextremisten. Nur eine Handvoll von ihnen wird wegen ihrer Taten verfolgt – die meisten wegen ihrer Ideen.

Und gerade dies ist der springende Punkt: Wer nicht staatskonform denkt, wird zum Staatsfeind abgestempelt. Kritik am Staat wird nicht geduldet.

Der amerikanische Schriftsteller Arthur Miller, der die Türkei kürzlich besuchte, kam zur Feststellung, daß „dieses Land noch eine nackte Militärdiktatur" ist. Das ist maßlos übertrieben. Richtig ist vielmehr, daß das Militär einen Teil der Macht behalten hat und die Entscheidungsfreiheit der Politiker einschränkt. Diese Aufgabenteilung wird auch in der Türkei kritisiert: „Die Gesetze haben die Türkei in einen Polizeistaat verwandelt, in dem die Bürgerrechte zum inhaltlosen Konzept geworden sind", sagte der Abgeordnete Cuneyt Canver unlängst im Parlament.

Zwar ist es falsch, die Türkei nach westeuropäischen Demokratie-Maßstäben beurteilen zu wollen, zumal die politische Infrastruktur fehlt. Andererseits besitzen Westeuropa und die NATO das Recht, Forderungen an den Partner zu stellen. Die Türken haben es seit jeher abgelehnt, sich mit den anderen Völkern im vorderasiatischen Raum über einen Kamm scheren zu lassen. Sie haben sich stets als Europäer betrachtet. Dieser Anspruch verpflichtet.



Ein Leid, das viele und vieles bewegte

Ihr Fall hat weltweit heftigste Diskussionen ausgelöst, die immer wieder um die Frage kreisten: Haben wir ein Recht auf den eigenen Tod? Es ist der Fall der Karen Ann Quinlan, die nun nach zehn Jahren im Koma in Morris Plains starb.

Von FRITZ WIRTH

Sie lag, zusammengekrümmt wie ein Fötus im Mutterleib, seit zehn Jahren im Bett des Krankenhauses in Morris Plains in New Jersey. Sie wog weniger als siebzig Pfund, als sie starb. Sie war 31, und ihre Haare begannen grau zu werden. Tod einer jungen Frau, die seit zehn Jahren nicht leben und nicht sterben konnte. Ende der Karen Ann Quinlan. Offizielle Todesursache: Lungenentzündung.

Ihre Adoptiveltern saßen an ihrem Bett, als sie starb. Sie sprechen nicht vom Tod ihrer Tochter, sie sprechen von ihrer Befreiung. Paul Armstrong, der Rechtsanwalt der Familie, faßte ihren Tod in feierlichere und anspruchsvollere Worte als es ihre Eltern vermochten: „Karen Ann Quinlan ist in den Ehrentempel der amerikanischen Pioniere eingekehrt."

Sie ist zum Symbol und zur Leidfigur jener geworden, denen das Leben zur unerträglichen Qual und die Befreiung durch den Tod bisher verwehrt wurde. Viele Menschen und nicht nur jene, die von unheilbaren Krankheiten gezeichnet sind und den Tod vor Augen haben, nahmen das Schicksal dieser jungen Frau zum Beispiel, um ihren Angehörigen das Versprechen abzunötigen: „Laßt mich nicht so sterben wie Karen Quinlan."

A. J. Levinson, der in New York eine Organisation leitet, die für das Recht des Menschen auf den eigenen Tod kämpft, erklärte: „Die Geschichte der Karen Quinlan verdeutlicht die Verwirrung in der medizinischen Technologie der letzten zehn Jahre und die Verwirrung, die ihr Fortschritt in der ethischen Diskussion über Leben und Sterben der Menschen ausgelöst hat."



Niemand hat deutlicher gemacht als Karen Quinlan, daß ein Patient nicht mehr allein ein Recht auf Heilung, sondern ein ebenso großes Recht auf Beendigung des Schmerzes und des Leidens durch den Tod hat. Ihr Schicksal hat zahlreiche Ärzte veranlaßt, ihren Anspruch („Wir allein wissen, was für den Patienten richtig ist") aufzugeben und in gewissen Grenzfällen einzugestehen, daß sie nicht nur medizinisch, sondern auch ethisch überfordert und so verwirrt wie die Laien und Ausgelieferten der Medizin sind.

Der Fall der Karen Quinlan wird von vielen Amerikanern, die ihn seit dem Tag, da dieses Mädchen in tiefe Bewußtlosigkeit fiel, intensiver als andere Menschen in der Welt diskutiert haben, als ein Fall und Exempel für das Mitspracherecht des Patienten am eigenen Leben und Tod betrachtet. Immerhin erkennen heute 24 der 50 amerikanischen Staaten den Wunsch von todkranken Patienten an, keinerlei Mittel zu benutzen, um sie künstlich am Leben zu halten.

Das Leiden und der Tod der Karen Quinlan begann vor über zehn Jahren, am 15. April 1975, auf einer Party mit Freunden. Sie hatte Alkohol getrunken, zugleich eine größere Dosis Beruhigungstabletten genommen und fiel in eine Ohnmacht, aus der sie nie wieder erwachte. Am 31. Juli 1975 baten ihre Adoptiveltern, beide gläubige Katholiken, den Arzt, ihre Tochter von den lebenserhaltenden Maschinen zu trennen, nachdem ihnen gesagt worden war, daß bei ihrer Tochter keinerlei Gehirnfunktionen mehr festzustellen seien und sie nie wieder aus dem Koma erwachen werde.

Der Arzt weigerte sich jedoch aus „moralischen Gründen" Karen Quinlan von den Maschinen zu trennen. Ein Gericht in Morristown bestätigte ihn am 10. November 1975 in seiner Entscheidung, die jedoch am 31. März 1976 in einer aufsehenerregenden Entscheidung des höchsten Gerichtshofes in New Jersey aufgehoben wurde. Das Gericht räumte den Eltern das Recht ein, ihre Tochter von den Beatmungsgeräten zu trennen. „Es gibt für den Staat kein zwingendes Interesse, die Leiden der Karen Quinlan zu verlängern", hieß es in der Begründung.

Am 14 Mai wurde Karen von den Beatmungsgräten getrennt, um ihren Tod herbeizuführen. Es stellte sich jedoch heraus, daß die Ärzte geirrt hatten. Karen lebte auch ohne Beatmungsgerät weiter, ohne jedoch aus ihrem Koma zu erwachen. Sie wurde in den letzten neun Jahren jedoch immer häufiger von Anfällen von Lungenentzündung heimgesucht. Ihr abgemagerter Körper war gezeichnet von Entzündungen, die durch das zehnjährige Liegen verursacht wurden.

In den letzten neun Jahren legte ihr Vater täglich 60 Kilometer zurück,



Enttäuscht waren die Adoptiveltern der Karen Ann Quinlan, als im November 1975 ein Gericht in Morristown gegen ihren Antrag entschied, die medizinischen Belebungsgeräte abzuschalten, um ihrer Tochter ein schnelleres Sterben zu ermöglichen FOTOS: AP

um seine Tochter im Krankenhaus zu besuchen, ihre Hand zu halten und ihren Kopf zu streicheln. An jedem 29. März in diesen neun Jahren, dem Geburtstag ihrer Tochter, ließen sie in ihrem Krankenhauszimmer eine Messe lesen.

Die Kontroverse um ihr Schicksal wird jedoch auch mit ihrem Tod nicht enden. Judy Brown von der Organisation „American Life", die gegen das sogenannte „Recht am Tode" kämpft, klagte: „Wir steuern auf eine Gesellschaft zu, in der die letzte Entscheidung über Leben und Tod im Gerichtshof fällt."

Seither haben sich vor den Gerichten Serien verwirrender Fälle gehäuft. So gewann im letzten November der 70jährige William Bartling, der die Behandlung der Ärzte verweigern wollte, einen nachträglichen Sieg. Einen Tag nach seinem Tod durch Krebs entschied ein Gericht, daß er ein Recht zur Verweigerung ärztlicher Behandlung habe. Im Februar letzten Jahres entschied ein Gericht im Staate New York, daß Ross Henninger ein Anrecht darauf habe, sich selbst zu Tode zu hungern. Ross Henninger tat es. Dagegen verlor Elizabeth Bouvia ein Jahr zuvor den gleichen Kampf. Sie wollte sich zu Tode hungern. Ein Gericht verweigerte ihr das Recht. Sie wird seither zwangsernährt.

Das Wort „leben und leben lassen" hat einen qualvollen und bedrückenden neuen Inhalt bekommen.

„Das ist doch verrückt und gegen die Natur"

Für die Gastgeber in Ost-Berlin war es kein Thema, doch die Gäste aus Frankreich, Ministerpräsident Fabius und seine Umgebung, warfen unbefangen die deutsche Frage auf: Ob es denn nicht logisch, vernünftig und natürlich sei, daß ein Volk gemeinsam miteinander lebe.

Von A. GRAF KAGENECK

Es war am Abend in der Halle des Ostberliner „Palasthotel". Der Besuch des französischen Regierungschefs Laurent Fabius im kommunistischen deutschen Staat war beendet. Am Schluß hatte man – ebenso wie am Anfang – wieder aneinander vorbei gesprochen. Die Franzosen sprachen von Handel, die Gastgeber von Politik. Frieden, Entspannung und Abrüstung gegen Chemiefasern, Stahlröhren und Gänseleber.

Aber da war etwas anderes, das zunächst unausgesprochen geblieben war und erst am Abend von Fabius in einer Tischrede erwähnt wurde. Es war etwas, für das die Gastgeber ganz und gar taub blieben, das aber um so heftiger am Rande der offiziellen Unterhaltungen diskutiert wurde: Was wird aus der deutschen Frage? Was wird aus den Deutschen?

Fabius war von 17 Industriellen und Bankiers begleitet, unter denen wie ein Leuchtturm Jean Baptiste Doumeng herausragte. Nicht wegen seiner massiven Gestalt, eher schon des rosigen Teints wegen, den der Rotwein als Spur auf den Wangen des Südfranzosen hinterlassen hat. Vor allem aber wegen der Aura, die den Mann umgibt. Man nennt ihn den „roten Milliardär". Über ihn laufen praktisch alle Geschäfte mit dem Osten, bei denen französische und europäische Landwirtschaftsprodukte im Spiel sind.

Doumeng ist seit frühester Jugend Kommunist und versieht bis heute die Partei, der seine Jugendliebe gehörte, mit beträchtlichen Mitteln aus seinen riesigen Gewinnen. Der Sohn eines Kleinbauern aus Südfrankreich hat beide Beine auf dem Boden behalten und sich einen gesunden Menschenverstand und Sinn für Realitäten bewahrt. Und eine der Realitäten für den französischen Kommunisten Jean Baptiste Doumeng ist, daß die Deutschen eines Tages wieder zusammengehören und unter einem Dach wohnen werden.

Da steht er breitbeinig in der Hotelhalle und sagt in seinem rollenden Akzent des Südfranzosen zu einem Funktionär aus dem „DDR"-Außenministerium: „Hören Sie mal, Sie werden mir doch wohl nicht weismachen wollen, daß dies ewig so weitergeht. Mit der Mauer, dem Schießen und dem sich gegenseitig Auflauern unter den Deutschen. Das ist doch verrückt und gegen die Natur." Der Funktionär schweigt und blickt durch die dicke Hornbrille nach draußen, wo gerade eine Reisegruppe betagter britischer Ladies aus einem Omnibus heraussteigt. „Na, also das wird noch eine Weile dauern", sagt der Funktionär schließlich. – „Wie lange noch?" insistiert der Franzose. – „Sie können mir nicht weismachen, daß sich die West- und die Ostdeutschen wie Angehörige eines fremden Volkes betrachten. Daß sie nicht zur selben Nation gehören nach so einer langen Geschichte miteinander und so viel gemeinsamem Blutvergießen?"

Und er geht ein paar Schritte zurück, rudert mit den Armen, kommt wieder vor und klopft seinem Gesprächspartner intensiv auf die Brust, um ihn zum Reden zu ermuntern. Aber der druckst herum. Ausflucht in einen Auszug aus dem Honecker-Interview in „Le Monde": „Beide Staaten gehören zu unterschiedlichen gesellschaftlichen und militärischen Systemen in Europa. Die europäische Nachkriegsordnung ist nun einmal für lange Zeit fixiert. Wir sind in unserem Staat sehr glücklich; niemand bei uns will daran etwas ändern. Die Lage in Europa müßte eine von Grund auf andere werden. Und das ist vor langer Zeit nicht abzusehen."

Man sieht dem 67jährigen Doumeng an, daß ihn das Parteichinesisch des SED-Mannes nicht überzeugt. Er wechselt das Thema und spricht von Traktorkäufen in der Sowjetunion für Westeuropas Bauern.

Doumeng ist mit seinen Zweifeln an Ostberliner Aussagen zur deutschen Frage nicht allein. Kein Franzose – ob Unternehmer, Finanzmann, Parteipolitiker oder Journalist, die Fabius begleiteten – glaubt, daß der Zustand im Herzen Europas auf immer zementiert ist. Sie haben die langen Schlangen alter Menschen gesehen, die beiderseits der Mauer am Morgen auf das Durchlassen für einen Besuch „drüben" warten. Die Resignation in den Gesichtern der Menschen, die nicht hinaus können. Sie haben vergebens nach Zeichen der Lebenslust in den Gesichtern der ganz Jungen gesucht, die zwischen Unter den Linden und dem Marx-Engels-Platz auf den Gehwegen auf und ab flanieren. Sie haben die unverwechselbare Duftmischung aus schlecht raffiniertem Naphta und Zweitaktauspüffen in der Nase, die von Moskau bis Ost-Berlin den „realen Sozialismus" wie kaum eine andere Sinneswahrnehmung kennzeichnet. Und sie können sich nicht vorstellen, daß die Deutschen das auf immer aushalten können.

Es will auch nicht in die Köpfe dieser Angehörigen einer der ältesten und stolzesten Nationen Europas, daß ein so großes Volk wie die Nachbarn im Osten einen Zustand so einfach hinnimmt, den niemals ein Franzose akzeptieren würde. Scheinbar protestlos ergeben sie sich in ihr unausweichliches Schicksal, das ihnen ein gewisser Adolf Hitler eingebrockt hat.

Und aus allen diesen Feststellungen erwachsen Zweifel und Besorgnisse. Da ist nicht nur das Loch in der Mauer der Europäischen Gemeinschaft, durch das Industriegüter aus der „DDR" auf den westeuropäischen Binnenmarkt strömen und diesen durcheinander bringen. Dies ärgert die Franzosen. Da ist auch die Ungewißheit, wie das alles da in der Mitte eines widernatürlich zerrissenen Europas, für das Berlin ein so frappierendes Symbol ist, wieder einmal in eine „natürliche Ordnung" zurückkehren soll.

Honecker hatte sich François Mauriacs zynisches Wort aus den fünfziger Jahren zu eigen gemacht. Er liebe Deutschland so sehr, daß er froh sei, daß es deren zwei gebe. Aber er stieß bei seinen französischen Gästen auf keinerlei Gegenliebe. Im Gegenteil: Fabius sprach ausdrücklich in einer Tischrede davon, daß die beiden deutschen Staaten sich besser untereinander verstehen und eines Tages wieder zu einem natürlichen Zustand in Europa zurückfinden müßten.

Zehn Jahre Leben ohne Großhirn

Von JOCHEN AUMILLER

Die Tragödie der Karen Ann Quinlan begann mit einem gar nicht so ungewöhnlichen Fehler. Auf einer Party trank sie Alkohol, obwohl sie bereits Beruhigungstabletten geschluckt hatte. Diese heimtückische Kombination kostete Karen zwar zunächst nicht das Leben, aber das Großhirn. Alkohol und das Pharmakon führten zu einem abrupten Durchblutungsstopp im Großhirn. Karen kippte um. Aus der anfänglichen Ohnmacht wurde ein tiefes Koma (Bewußtlosigkeit), aus dem sie nicht mehr erwachen sollte.

Wäre das gesamte Großhirn von diesem Zirkulationsstopp betroffen gewesen – sie hätte die nächsten zehn Minuten wahrscheinlich nicht überlebt. Bei Karen blieben aber noch lebenswichtige Regionen des Stamm- und Mittelhirns verschont; das erlaubte ihr das Weiterleben auch ohne funktionierende Großhirnrinde, Teil des Zentralnervensystems, in dem die besonderen biologischen Leistungen, die dem Menschen vorbehalten sind, gespeichert werden.

Karens Organismus „schaffte" noch zehn Jahre. Lebte Karen, vegetierte sie? War sie ein entmenschlichter Körper, eine Stoffwechselmaschine ohne Menschenwürde? In Festvorträgen und auf Medizinerkongressen tauchten solche Fragen immer wieder auf, denn was Karen passierte, ereignet sich auch hierzulande, wenn auch nicht in so extremer Dramatik. Das Krankheitsbild, unter dem Karen litt (litt sie wirklich?), heißt in der Medizinersprache Apallisches Syndrom. Die Apalliker bleiben in einem Zustand der Dauerbewußtlosigkeit. Am häufigsten kommt es nach Verkehrsunfällen zu dieser Katastrophe. Immer wieder ereignen sich aber auch Narkose-Zwischenfälle, bei denen das Gehirn vorübergehend keinen Sauerstoff erhält. Der empfindlichste Teil des Gehirns ist die Großhirnrinde; sie verweigert als erste ihre Dienste.

Eine offizielle Statistik über die Häufigkeit des Apallischen Syndroms gibt es nicht. Man rechnet etwa mit 2000 Apallikern pro Jahr in der Bundesrepublik und West-Berlin. Die Prognose für diese Kranken ist meistens schlecht. Über 80 Prozent von ihnen dürften schon nach wenigen Wochen sterben. Sind die Apalliker zur Spontanatmung fähig, sind sie also nicht auf eine künstliche Beatmung angewiesen, ist die Wahrscheinlichkeit, daß sie sich wieder erholen, größer.

Wie Professor Hans-Henning von Albert, Leiter der Neurologischen Klinik am Bezirkskrankenhaus Günzburg, der WELT gegenüber ausführte, hängt die Prognose hauptsächlich vom Alter (je jünger, desto besser) und der Grundkrankheit ab. Pfropft sich etwa das Apallische Syndrom einer Hirnerkrankung auf, so ist wohl kaum noch etwas zu retten. Von Albert hat seit vielen Jahren Erfahrungen mit diesen Patienten. Sein „Paradefall": Ein 18jähriger Bursche, der nach einem schweren Verkehrsunfall fünf Monate in einem Apallischen Syndrom dahindämmerte, dann „aufhellte", langsam alle seine motorischen Fähigkeiten wiedererlangte und lediglich Gedächtnis- und Konzentrationsschwächen zurückbehielt. In einem geschützten Arbeitsplatz ist er heute berufstätig.

Die Überlebenszeit von Apallikern wird auch ganz wesentlich von ihrer Pflege bestimmt. Sorgt man sich nicht mit aller Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit um sie, kommt es schon bald, in wenigen Wochen oder Monaten, zu tödlichen Komplikationen, etwa zur Lungenentzündung, der auch Karen Quinlan erlag – allerdings erst nach zehn Jahren.

Schlechte Noten für das Krankenhaus

Riesige Summen wurden investiert, um Krankenhäuser immer besser auszustatten. Das Meinungsbild über das Krankenhaus hat sich dementsprechend aber nicht gebessert. Im Gegenteil.

Von PETER JENTSCH

Knapp 33 Milliarden Mark kosten Deutschlands Krankenhäuser jährlich allein die gesetzliche Krankenversicherung – immerhin ein Drittel ihres Budgets. 775 000 Personen sind in den 3200 Kliniken zwischen Flensburg und Rosenheim beschäftigt, darunter 64 000 Ärzte. In 695 600 Betten werden Jahr für Jahr rund elf Millionen Patienten behandelt.

Doch mit ihrer Behandlung sind die Patienten unzufrieden. Das zeigt eine repräsentative Umfrage (2257 Personen wurden befragt) des Allensbacher Instituts für Demoskopie mit dem Titel „Was macht unsere Krankenhäuser so unmenschlich?"

Zwar soll es, so werden Politiker, Krankenkassen und Krankenhäuser nicht müde zu bekunden, den Patienten an nichts fehlen; dafür habe man schließlich erhebliche Mittel investiert. Das ist auch richtig: Pro Bett gut eine Million Mark, pro Klinikum eine Milliarde und mehr – das ist mittlerweile normal, wenn etwa Länder und Gemeinden Krankenhäuser bauen. Aber irgend etwas, so stellt Allensbach fest, „kann in den vergangenen 15 Jahren bei der Entwicklung zum neuen, modernen Krankenhaus nicht ganz richtig gelaufen sein". Denn „die Diskussion über die Humanität im Krankenhaus, die im Laufe dieser Zeit geführt worden ist, hat nicht verhindert, daß heute das Image des Krankenhauses in unserem Lande weniger gut ist als etwa 1977 oder 1970".

Im Januar 1970 verbanden 43 Prozent der Befragten beim Allensbacher Assoziationstest mit dem Krankenhaus den Begriff „Angst". Heute empfinden diese Angst 56 Prozent. Von den Befragten, die im vergangenen Jahr selbst im Krankenhaus gelegen haben, äußerten „Angst" vor dem Krankenhaus sogar 64 Prozent. 1970 empfanden 37 Prozent der Befragten, man könne sich im Krankenhaus „nicht wehren, ist machtlos". Heute urteilen so 44 Prozent und von den Patienten 45 Prozent. Schlimmer noch: Jeder zweite Befragte (49 Prozent) denkt bei dem Begriff Krankenhaus „an sterbende Menschen", 1970 waren das nur 36 Prozent.

Allensbach kommentiert diese Entwicklung so: „Während wir Woche für Woche in den Zeitungen über die neuesten Erfolge in der Medizin, über die Zeugung in Vitro, Organverpflanzungen und Kunstherzen lesen, scheint im ganzen kein Funken an zusätzlicher Zuversicht für uns dabei herausgekommen zu sein, wenn wir ans Krankenhaus denken."

Zusätzliche Zuversicht wird auch nicht durch das Krankenhauspersonal vermittelt. Zwar verbinden 65 Prozent der Befragten mit dem Krankenhaus den Begriff „hilfsbereite Schwestern", vor 15 Jahren waren es 66 Prozent. Diese weitgehend positive Beurteilung wird aber wieder relativiert: 43 Prozent der Befragten, sogar 53 Prozent derjenigen mit Krankenhauserfahrung, denken an „lange, schlaflose Nächte". Und 45 Prozent (52 Prozent der Patienten) erwarten, daß sie im Krankenhaus allzuoft „endlos warten" müssen – auf den Arzt, die Schwester, aufs Essen oder auf Medikamente.

Daß ein Krankenhausaufenthalt von vornherein als „vergnüglich" angesehen werde, könne nicht erwartet werden, schreibt Allensbach. Deshalb sei es nicht von hoher Bedeutung, daß das Negativspektrum überhaupt genannt werde. „Alarmierend ist vielmehr, daß ein Großteil der Negativpunkte von Messung zu Messung häufiger genannt wird, während die positiven Assoziationsmomente – wie etwa bei dem Stichwort ‚hilfsbereite Schwestern' – über die Jahre hin gleichgeblieben sind."

Allensbach-Chefin Professor Elisabeth Noelle-Neumann: „Bei erkennbarer Zunahme der Zahl der Ärzte ..., bei Ausrüstung mit modernster Technik nimmt zugleich jene Kälte und Anonymität zu, die die Patienten im Krankenhaus besonders bedrückt." Das gilt insbesondere für Mammutkliniken à la Aachen, mit 250 Meter Länge, 135 Meter Breite, acht Stockwerken Höhe, mit 24 je 50 Meter hohen Türmen, 1530 Betten und 52 Operationssälen „der größte geschlossene Baukomplex Europas". In diesem und in anderen mit Milliardenaufwand errichteten „Alpträumen der Inhumanität" verschwindet, so klagt der Caritas-Verband, „der Kranke spurlos". Zumindest aber, so Klinikpfarrer Franz Meringhaus, „fühlen sich die Kranken in diesen technischen Reparaturwerkstätten alleingelassen, sie vermissen Nähe, Wärme und Geborgenheit".

Daß freilich unter den deutschen Klinikbedingungen auch Humanität möglich ist, belegen Musterfälle wie das Gemeinschaftskrankenhaus in Herdecke, Westfalen. Hier ist der Patient noch König wie weiland im Hospital, dem kirchlichen „Hôtel de Dieu", wo jeder Leidende als ein Abbild des leidenden Christus galt.

Agent sollte Studenten für „DDR" gewinnen

WERNER KAHL, Düsseldorf

Hat der vor dem Düsseldorfer Oberlandesgericht angeklagte „DDR"-Agent Detlef Scharfenorth jahrelang in Bonn einen hochrangigen Politiker als Informanten des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) „geführt"? Diese Frage stellte im Prozeß gegen den 43jährigen Diplom-Wirtschaftler aus Ost-Berlin der Vorsitzende des Staatsschutzsenates, Wagner. Nach dem Gutachten des Sachverständigen der Spionageabwehr beim Bundesamt für Verfassungsschutz gehörte der Agent zu dem „handverlesenen Kreis" zwischen der „DDR" und dem Westen pendelnder Instrukteure, Kuriere und Werber von Perspektivagenten. Der Vertreter der Bundesanwaltschaft, Piesker, beantragte deshalb gestern sechs Jahre Gefängnis. Piesker sprach von einem „schweren *Schaden für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland*".

Der Verdacht, daß der Absolvent der Leipziger Universität während seines sechzehnjährigen Einsatzes nach den Worten des Richters „einen großen Fisch an der Angel" gehabt haben könnte, war durch einen Rollenwechsel des Agenten entstanden. Die Spionageabwehr hatte festgestellt, daß Scharfenorth unter wechselnden Namen und Legenden be*reits seit 1968 jeweils für mehrere Ta*ge aus der „DDR" in den Westen gekommen war. Bei ihm handelte es sich offenkundig um einen linientreuen, dem kommunistischen System bedingungslos ergebenen Mitarbeiter des „Reisekaders" des Ministeriums für Staatssicherheit. Der Reisekader setzt sich aus Bewohnern der „DDR" zusammen, die zivil in Betrieben, Institutionen und Organisationen ihrem Beruf nachgehen und unauffällig für Geheimdienstaufträge kurze Zeit aus ihrem Arbeitsbereich herausgeholt werden können.

Eine Gruppe im Kader ist für logistische Unterstützung im Westen operierender Agenten zuständig. Die andere Gruppe verdient nach den Angaben des Sachverständigen besondere Beachtung. Hier werden ausgewählte „IM" (Inoffizielle Mitarbeiter) zur Anbahnung von Kontakten, zum Beispiel auf wissenschaftlichen Tagungen, angesetzt. In die Aufgaben dieser Gruppe fällt auch das Werben von Sekretärinnen. Die Instrukteure in der Gruppe haben schließlich eine umfassende Steuerungsfunktion für Agenten im Operationsgebiet. Unter diesen Instrukteuren war vermutlich auch der angeklagte Agent Scharfenorth.

Zwischen 1968 und 1975 war der gebürtige Ostpreuße häufig auch im Raum Köln-Bonn eingesetzt worden. Die Aufdeckung der Guillaume-Affäre und die Zerschlagung des Agentenringes Lutze im Bundesverteidigungsministerium fällt zeitlich mit einer neuen Rolle Scharfenorths ab 1976 zusammen. Unter dem Decknamen „Dr. Gensel" mietete er durch das Fremdenverkehrsamt in Köln ein Zimmer. Bei der studentischen Arbeitsvermittlung der Kölner Universität offerierte er Gelegenheitsarbeiten für die „Marktforschung". Das Ziel war die langfristige Verwicklung von Studenten in den „DDR"-Geheimdienst.

Diese Funktion übte Scharfenorth nach den Feststellungen des Verfassungsschutzes etwa ab 1980 im großen Stil aus. Erstmals sei durch seine Verhaftung bekannt geworden, daß der „DDR"-Geheimdienst in der Bundesrepublik Deutschland „Wohnstützpunkte" geschaffen hat, in denen Agenten getarnt als Messebesucher, Marktforscher, Kongreßteilnehmer oder andere Berufe vortäuschend auftreten und junge Leute auf ihre Eignung als „DDR"-Agenten testen, um sie später mit Quittungen für Job-Honorare zu erpressen. Bei seiner Festnahme, die ein mißtrauischer Kölner Student veranlaßte, suchte der Agent gerade Perspektivagenten für das Bundesfinanzministerium und das Bundeswirtschaftsministerium. Das Urteil wird heute erwartet.

Zhao Ziyang – „Sendbote einer erwachten Nation"

Werner Marx (CDU) über Chinas Handels- und Außenpolitik

THOMAS KIELINGER, Bonn

„Gewandt, zuvorkommend, freundlich, nicht laut, sehr entspannt, ohne Herrschaftsallüren, kein Produzent *ideologischer Floskeln*, nüchtern, pragmatisch." So resümiert Werner Marx (CDU), Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages, in einem Gespräch mit der WELT seine Eindrücke von Chinas Premierminister Zhao Ziyang, den er „den Sendboten einer erwachten Nation" nennt. Zhao besucht nach Beendigung seiner Visite in Bonn Industrieanlagen in Hamburg, Niedersachsen, Baden-Württemberg und Bayern.

Die deutschen potentiellen Wirtschaftspartner Chinas ermahnt Marx aber auch, den hart verhandelnden Geschäftsmann in Zhao Ziyang nicht zu unterschätzen. Die Chinesen befinden sich seit 1980 in einer grundlegenden Überprüfung ihrer wirtschaftlichen Möglichkeiten, und nicht alles, was Ende der 70er Jahre als technologischer Sprung nach vorn *angepriesen wurde, läßt sich* unter den Prämissen nationaler und wirtschaftlicher Unabhängigkeit, von denen sich China unbeirrt leiten läßt, verwirklichen. Peking, so erinnert der außenpolitische Experte der Union, will auf keinen Fall den Weg *großer Verschuldung gehen wie vor* ihm andere Länder an der Schwelle ihrer Entwicklung. „Gegengeschäfte" ist das Zauberwort.

Dennoch sieht Marx, der vor kurzem von einer dreiwöchigen China-Reise zurückkehrte – seiner dritten in *neun Jahren –, für Europa insgesamt* gute Chancen, sich im China-Handel gegenüber dem Konkurrenten Japan zu behaupten. Er folgert: „Den Chinesen wird der Wirtschaftsdruck Japans, wenn sie die Flut von japanischen Produkten wie Motorräder, Farb-TV und elektronische Geräte auf sich zukommen sehen, unheimlich. Japan, so erkennen sie, will lieber auf dem chinesischen Markt verkaufen als China beim Erwerb neuer *Fertigkeiten anlernen*." Hier spürten die Chinesen größeres Entgegenkommen aus Europa.

Nicht im Schlepptau

Der Unionspolitiker glaubt, daß China eine strategische Veränderung von langfristiger Gültigkeit durchmacht. Er liest das unter anderem an folgenden Phänomenen ab:

1. Spürbar ist das Heranwachsen einer „nationalen Psychologie", die das eigene Land als wichtigsten und selbstbewußten Bestandteil der Welt von heute annimmt. Entsprechend die Dominanz solcher Politiker wie Deng oder Zhao, die sich als Vertreter klassischer Interessenpolitik verstehen. Dabei definiert sich Peking eindeutig als anti-imperialistische Macht, im Schlepptau von niemandem, ein Vorbild auch für die Dritte Welt; damit will man gleichzeitig einen Beitrag zur Multipolarität des internationalen Systems leisten. Die *Bipolarität*, wie sie das sozialistische Lager unter der Führung Moskaus vertritt, lehnt China strikt ab.

2. Die Sicherung des Weltfriedens gewinnt den Charakter eines nationalen Axioms. In mehreren Gesprächen in London und auch jetzt in der Bundesrepublik hat etwa Außenminister Wu zu erkennen gegeben, daß die friedliche Lösung des Hongkong-Konflikts ein Beispiel „auch für andere Leute" sein könne – gemeint sind die USA und das noch nicht *gänzlich* ausgeräumte Taiwan-Problem. Peking spielte auf der kürzlichen Bandung-Konferenz eine überaus konstruktive Rolle, was das bisher zurückhaltende Indonesien bewogen hat, demnächst eine Wirtschaftsdelegation nach China zu entsenden, um den Handel wieder zu beleben.

Erstarkte Regionen

Die zwischen Moskau und Peking umstrittene Grenzziehung am Ussuri betrachtet *die chinesische Führung* nicht als eine Selbstaufforderung zu gewaltsamen Veränderungen. Die Volksrepublik möchte von Moskau zunächst nur die Anerkennung, daß die derzeitige gemeinsame Grenze die Folge ungleicher Verträge sei, *geschlossen in einer Zeit interner chinesischer* Schwäche. Der Kreml antwortet auf dieses Ansinnen so, wie er einen ähnlichen Streit mit Japan – die Kurilen-Inseln betreffend – von sich weist: Hier werde von Problemen gesprochen, „die gar nicht existieren". *Marx sieht in dieser fruchtlos wirken*den Debatte dennoch eine große innenpolitische „pädagogische Wirkung": Die Pragmatiker an der Spitze Chinas können an diesen Beispielen immer wieder demonstrieren, was eine Politik nationaler Schwäche alles verspielt. Damit untermauert man das neue Primat strikter Interessenpolitik.

3. Auf seiner kürzlichen Reise begegnete Marx überall einem erstarkten Selbstbewußtsein der Regionen und Provinzen, wo noch bis vor kurzem alles auf die Hauptstadt und ihre ideologische Führungsrolle ausgerichtet war. Während man früher gegenüber dem ausländischen Gast erst einmal die Litanei der Großtaten der Parteileitung intonierte, verkündet man heute lautstark die Leistungen der eigenen Region. „Peking wurde diesmal vielfach nicht einmal mit einem einzigen Wort erwähnt", referiert der Unionspolitiker.

4. Der Typus des Unternehmers, in manchen westlichen Gesellschaftskreisen eher als Buhmann gebrandmarkt, gewinnt in China eine Aura von wachsendem Respekt. So wurden im März dieses Jahres in Peking etliche chinesische Manager mit dem offiziellen Ehrentitel „erfolgreiche Unternehmer" ausgezeichnet. Werner Marx erinnert freilich auch daran, daß es gerade an diesen Manager-Qualitäten allenthalben noch fehlt, daß vor allem Infrastruktur und Mechanisierung in China noch weit hinter dem einer Großmacht zukommenden Standard hinterherhinken.

Die hessische CDU warnt Börner vor „gefährlichem Weg" mit den Grünen

Regierungserklärung des Landeschefs / Abgrenzung von den „Bonner Wendeparteien"

dg. Wiesbaden

Der hessische Ministerpräsident Holger Börner hat seine Abgrenzung von den „Bonner Wendeparteien" bekräftigt und sein Koalitionsangebot an die hessischen Grünen wiederholt. „Ich halte es nur für logisch, daß ich den Grünen ein Koalitionsangebot gemacht habe, dazu stehe ich", sagte der SPD-Politiker in einer Regierungserklärung anläßlich der 2. Lesung des Landeshaushalts für 1985. Regierungssprecher *Edgar* Thielemann meinte vor Journalisten, *die Anregung von hessischen FDP-*Politikern, der SPD ein Tolerierungsbündnis vorzuschlagen, komme „zwei Monate zu spät". Sie habe im SPD-Landesvorstand nicht einmal Diskussionen *ausgelöst*. Thielemann: „Wer jetzt noch auf den Zug aufspringen will, kann sich nur die Beine brechen."

Für die Grünen erklärte deren Abgeordneter Jürgen Engel, seine Partei sei bereit, „politische und personelle Verantwortung zu übernehmen". Unter Anspielung auf Willy Brandts Formel von der „Mehrheit diesseits der Union" sprach der Grünen-Politiker von „unserer Mehrheit jenseits von CDU und FDP".

Kein Wählervotum

Demgegenüber attestierte der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Gottfried Milde, der Landesregierung einen „gefährlichen Weg", wenn sie mit einer Gruppe „paktieren" wolle, die nicht nur die Gesellschaft verändern wolle, sondern auch nach eigenem Bekunden ihr „Verhältnis zu diesem Staat noch nicht geklärt" habe. Ein solcher Weg sei schon einmal in der *Weimarer Republik* begangen worden, als es den großen Parteien nicht gelang, die Probleme gemeinsam anzupacken. Börner habe kein Votum der Wähler für dieses Bündnis erhalten. Die CDU wolle demgegenüber ein Bündnis aller gesellschaftlichen Gruppen unter Einschluß der Gewerkschaften schaffen. Nicht Neu*wahlen als Versuch einer „Ausgren*zung der Möglichkeiten demokratischer Art", sondern der Weg des parlamentarischen Miteinanders der demokratischen Parteien solle im Landtag gesucht werden.

Auch der Landesvorsitzende der hessischen FDP, *Wolfgang* Gerhardt, sagte: „Es gibt eine Alternative zur Zusammenarbeit von SPD und Grünen, die den Interessen des Landes dient und unserem Land seine innere Stabilität wiedergeben würde: SPD, CDU und FDP sollten sich über Haushalte und andere landespolitische Fragen verständigen und sich am Ende der Legislaturperiode den Wählern stellen.

In seiner Regierungserklärung bezeichnete es Börner als „Auftrag der hessischen Wähler" an seine Landesregierung, „ein Gegengewicht und Gegenmodell" zu Bonn zu bilden. Die FDP habe sich 1982 mit ihrem Koalitionswechsel zur CDU entschieden, eine „Industriepartei" zu werden. Die CDU hänge seitdem im *„Ackergeschirr der FDP"*. Beide Parteien zusammen betrieben eine Politik der wirtschaftlichen Ausgrenzung, der Umverteilung von unten nach oben, der Schwächung der *Gewerkschaften* und der Demontage des Sozialstaats.

Die hessische Landesregierung habe es sich indessen zum Ziel gesetzt, die „jungen und umweltbewußten Wählerschichten" zu integrieren. Die hessische Landesregierung erwarte nunmehr von den Grünen „eine klare eindeutige Entscheidung über die Fortsetzung der Zusammenarbeit". Den Grünen stelle sich die Frage, ob sie „die parlamentarische Regierungstätigkeit nur hinnehmen oder sie aktiv unterstützen" wollten. Warnungen aus Kreisen der hessischen Wirtschaft vor einer Wiederauflage des rot-grünen Bündnisses nannte der Regierungschef „außerparlamentarische Aktionen", denen er sich nicht beugen werde.

Neue Energiepolitik

Ausführlich ging Börner auf seine *„neue Energiepolitik" ein, mit der der* „Monopolisierung im Energiebereich" entgegengewirkt werden solle. Als Ziele zählte er unter anderem auf: Dezentralisierung, Stärkung der kommunalen Versorgungsbetriebe, Einsparung von Primärenergie, verbesserte Kraft-Wärme-Kopplung, Nutzung neuer Energiequellen, vorrangiger Einsatz heimischer Kohle. Auf diese Weise könne die Nutzung der Kernenergie „zukünftig überflüs*sig" gemacht werden. Er sei zwar im*mer noch ein Befürworter der Kernenergie, seine „Sorgen" hätten jedoch „erheblich zugenommen".

„Kirche und Politik nicht vermischen"

Nordelbische Kontrahenten trafen sich zur Diskussion

GEORG BAUER, Kiel

Über das Motto des Streitgesprächs „Darf oder soll sich Kirche an politischen Diskussionen beteiligen" gab es mit Blick auf die Nähe von Kirche und *einem christlich fundier*ten Staatswesen keinen Dissens. „Doch der Teufel steckt im Detail", meinte einer der Diskutanten, das EKD-Mitglied Otto Freiherr von Kampenhausen. Gleich zu Beginn des Gesprächs legte er damit die Finger auf die Wunden, die seiner Meinung nach das verhängnisvolle Abgleiten der evangelischen Kirche in die Politik markiere.

Und Kampenhausen, Unterzeichner des „Aufrufes an unsere Bischöfe" und einer der führenden Kritiker der Kirchenleitung Nordelbiens, schob die Details nach: „Wie sieht das *aus, wenn sich Christen* bei Bundestagswahlen zusammenschließen und gegen einzelne Kandidaten massive ketzerische Bemerkungen machen? Wie sieht es aus, wenn jungen Konfirmanden der Blick in die Welt geöffnet wird, die aber keinen Choral oder *kein Vaterunser mehr können?" Und* wie sähe das aus bei der Kirche und bei den Soldaten: Militärpfarrer beklagten sich darüber, daß sie von ihren Amtsbrüdern nicht mehr gegrüßt würden. Und wie sähe es aus beim Recht? Wo sei sie Kirche legitimiert *zu Handlungen aufzurufen, die gegen* die staatliche Ordnung verstoßen?

Grundsätzlich warnte Kamphausen Kirche und Christen davor, ihre Rechtfertigung nur in der „Reduktion auf soziales Verständnis" zu sehen und durch eine „lineare Ablei*tung aus biblischen Kernaussagen*" christliches Handeln zu bestimmen.

Auch der Schleswiger Bischof Karlheinz Stoll, der ebenso wie der Präsident der Synode, Hans R. Dräger, Heide Ense vom Evangelischen Frauenwerk, Elisabeth Motschmann und der Kieler Propst Reinold Küchenmeister von Kultusminister Peter Bendixen zu der Diskussion eingeladen worden war, warnte vor einer Vermischung von Kirche und Politik. Stoll, dem die Kritiker ebenso wie *seinen Amtsbrüdern Ulrich Wilkens* in Lübeck und Peter Krusche in Hamburg vorwerfen, in die Diskussion nicht wegweisend einzugreifen, unterschied allerdings zwischen einem engeren und einem weiteren Verhältnis von Kirche und Staat.

Die Kirche dürfe dem Staat keine Vorschriften machen, wie er seine Mittel einzusetzen habe. So sei dort die Grenze überschritten, wenn man meine, der Nachrüstungsbeschluß sei mit Christsein nicht vereinbar. Gleichzeitig aber gehe es der Kirche darum, daß die „zehn Gebote nicht nur im Kämmerlein" gehört würden.

Das Dilemma der evangelischen Bischöfe, ein klärendes Wort zur Entwicklung in ihrer Kirche zu sagen, offenbarte sich auch bei der Diskussion um die feministische Theologie. Ein Machtwort sei in der evangelischen Kirche nicht üblich, so Stoll. In der *protestantischen Kirche* würden Theologien nicht verboten. Vielmehr sei auf dem Wege des Dialogs ein Kampf des Geistes notwendig. Auch bei der feministischen Theologie, die noch der Auseinandersetzung in der Kirche bedürfe, gebe es Dinge, die man diskutieren könne, und Erscheinungen, die nichts mehr mit der Kirche zu tun hätten.

Der Zwiespalt der Gläubigen wurde aus dem Wortbeitrag eines Zuhörers deutlich: Er habe den Eindruck, daß das Volk den Unterschied zwischen den einzelnen Theologien und Ansichten nicht mehr nachvollziehen könne. Bei der Kirchenleitung vermisse er aber den Mut zu sagen, was Irrlehre sei und was nicht. Klärung versprach Dräger. „Die Synode", so meinte er vorsichtig, werde „klare Antworten zu geben versuchen".

Museum am historischen Ort

hrk. Berlin

Das von Bundeskanzler Helmut Kohl zum 750. Geburtstag Berlins 1987 versprochene „Deutsche Historische Museum" wird unmittelbar gegenüber dem Reichstagsgebäude am Rande des „Platzes der Republik" nahe *der Kongreßhalle errichtet*. Auf diesen Standort verständigten sich gestern Kohl und der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen bei einer Ortsbesichtigung.

In seiner Rede vor dem Deutschen Städtetag hatte Kohl zuvor nochmals sein Vorhaben bekräftigt. Der Bau solle der „zentrale Ort deutscher Geschichtsdarstellung" werden, erklärte Kohl.

Der Neubau wird auf dem Areal der ehemaligen Krolloper errichtet, die nach der Zerstörung des Reichstages 1933 den Nazis als Sitz des Scheinparlaments diente. Neben diesem Gebäude waren auch Grundstücke an der Mauer in Kreuzberg und nahe dem Bendler-Block, dem Schauplatz des 20. Juli 1944, im Gespräch.

Auf dem vorgesehenen Grundstück soll ein Jahrhundertbau entstehen. Für den Entwurf soll ein beschränkter Wettbewerb ausgeschrieben werden.

Kujaus Betrug „milieugerecht"

ub. Hamburg

Der Verteidiger des geständigen *Tagebuch-Fälschers Konrad Kujau*, Rechtsanwalt Kurt Groenewold, hat gestern in dem Betrugsprozeß vor der Großen Strafkammer 11 des Hamburger Landgerichts Freispruch für seinen Mandanten gefordert. Kujaus Motiv, so erklärte Groenewold zur Begründung, sei nicht in erster Linie Geld gewesen; er habe die Fähigkeit unter Beweis stellen wollen, sich in Menschen hineinzuversetzen. Dies sei keine „dreiste", sondern eine „milieugerechte" *Handlungsweise* gewesen. Das Verlagshaus Gruner + Jahr, das für die Beschaffung der Tagebücher insgesamt 9,34 Millionen Mark aufgewendet hatte, habe konkrete Anlässe gehabt, um an der Echtheit des Materials zu zweifeln, und habe zu seiner *„Opfersituation"* sehr viel beigetragen. Im übrigen habe der Verlag selbst die Absicht gehabt, die Lizenzen für die Hitler-Tagebücher „in betrügerischer Absicht" zu verkaufen. In der Verlagsleitung sei man sich sehr wohl darüber im klaren gewesen, daß es sich bei den Tagebüchern um „unterschlagenes Gut" *handeln müsse*. Bezeichnenderweise habe der Verlag versucht, die Erben Hitlers in London „um ihre Rechte zu täuschen und zu betrügen".

Aus München kommt Lob für Minister Kiechle

PETER SCHMALZ, München

Freudige Kunde aus München erreichte *Bundeslandwirtschaftsminister* Ignaz Kiechle, während er in Luxemburg in einer neuen Pokerrunde um den Getreidepreis steht: Die Parteifreunde von der CSU, die in ihm einen Prügelknaben und den Schuldigen für den Vertrauensschwund bei den einst unionstreuen Bauern ausgemacht haben, fanden im bayerischen Landtag erstmals wieder lobende Worte für den Minister aus den eigenen Reihen. Ihm sei zu danken, sagte der CSU-Landtagsabgeordnete und Landwirt Josef Feneberg, er habe sich in Brüssel „standhaft und unerschütterlich" gezeigt.

Auch der bayerische *Landwirt*schaftsstaatssekretär Simon Nüssel meinte, die bisherigen Ergebnisse, die Kiechle aus Brüssel mit nach Hause gebracht hat, „können sich sehen lassen", wenn sie auch noch nicht den Beginn eines goldenen Zeitalters für die Bauern bedeuten würden.

Nur wenige Wochen sind es her, da äußerte *ein CSU-Landtagsabgeord*neter unter Beifall seiner Fraktionsfreunde die Meinung, mit dem Landwirtschaftsminister in Bonn gehe es so nicht weiter, man müsse ihn notfalls zurückziehen. Und der einflußreiche Abgeordnete Richard Wangenmeier, Vorsitzender des Haushaltsausschusses, sagte mehrfach, zwischen ihnen sei das Tischtuch zerschnitten, er könne dem Minister nichts mehr glauben.

Nach der Brüsseler Standhaftigkeit Kiechles, die von Kohl wie von Strauß gemeinsam gestützt wurde, begann die Münchner Zuneigung zum CSU-Minister jedoch wieder zu wachsen. Und Generalsekretär Tandler versicherte den Bauern via Landtagsplenum: „Sie müssen in den vergangenen Wochen erkannt haben, daß ihre Sorgen und Nöte von keiner anderen Partei so ernst genommen werden wie von der CSU".

Herbe Kritik am Scheidungsrecht

hey. Bonn

Die von der Bundesregierung vorgelegte Novelle des Ehescheidungsfolgenrecht wird geändert werden müssen. Auf den Gesetzesentwurf reagierten 24 Sachverständige im Bundestagsrechtsausschuß gestern mit teilweise harter Kritik. Sie reichte von Ablehnung über Änderungswünsche bis hin zu Konkretisierungsforderungen.

So wurde gewarnt, mit der Neure*gelung des Unterhaltsrechts das Ver*schuldensprinzip wieder einzuführen. Bezweifelt wurde, daß die Vorlage mehr Einzelfallgerechtigkeit bringen würde. Das Kindeswohl sei nicht ausreichend gesichert.

Zu einem Streit zwischen Koalition und Opposition kam es wegen einer noch während des Hearings verbreitete Erklärung der CDU/CSU. In ihr sei das Ergebnis, so Hans de With (SPD), vorweggenommen worden.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

„Schwemme" ist für die Notare kein Thema

Strenge Auswahlkriterien / 22. Treffen in München

H.-H. HOLZAMER, München

Mit *Themen* des Ehescheidungsrechts, des Internationalen Privatrechts, des Bau- und des Gesellschaftsrechts befassen sich Deutschlands Notare auf dem 22. Notartag, der heute in München beginnt und bis zum Wochenende dauern wird.

Ein Thema – das alle ihre juristischen Kollegen beschäftigt, ob Richter oder Rechtsanwälte – tangiert die Notare nicht: „Die Schwemme". Die *Auswahlkriterien sind so streng*, der Berufsstart so mühsam, daß Berufsanfänger davor zurückschrecken, egal ob in Ländern mit „Nur-Notariat" (wie Bayern oder Baden-Württemberg) oder mit *„Anwalts-Notariat"* (wie Hessen oder ein Teil Nord*rhein*-Westfalens).

Immerhin muß ein Anwalt, der (etwa in Hessen) auch als Notar tätig sein will, über eine zwölf- bis 15jährige Berufserfahrung verfügen. In Bayern werden Notariate „nach den Bedürfnissen" der Bevölkerung *eingerichtet*. „Immerhin", sagte der Präsident der Bundesnotarkammer, Professor Helmut Schippel, in der gestrigen Pressekonferenz, „haben wir die Stellen in den letzten Jahren stark erhöht." *Aus seiner Heimatstadt* München nannte er Zahlen: 1958 gab es 18 Notare, heute immerhin schon 58. Man habe sogar inzwischen Nachwuchsprobleme in Bayern. Zehn habe man im ersten *Halbjahr 1985* einstellen wollen, sieben nur gefunden. Was schreckte, sei der Start als Notar für fünf bis zehn Jahre in Gemeinden tief im Bayerischen Wald oder an der Grenze zur „DDR". „Parsberg ist da schon eine tolle Sache", meinte Schippel.

Wichtiges Thema dagegen ist für *sie die Unsicherheit* im Scheidungsfolgenrecht. Wie Schippel betonte, lehnen die Notare – wie die Richter und Anwälte – die geplante rückwirkende Anfechtung von Unterhaltsvereinbarungen oder -entscheidungen ab. „Wer vor vier Jahren eine Unterhaltsverpflichtung oder -berechtigung akzeptiert hat, soll heute seinen Frieden haben", sagte Schippel. Alle Reformen dürften nur ab ihrem Inkrafttreten Gültigkeit haben.

Übereinstimmend berichtete das Präsidium in der Pressekonferenz, daß immer mehr Ehepartner vor der Ehe oder auch während eines laufenden Scheidungsverfahrens die Hilfe der Notare in Anspruch nehmen, um zu Regelungen zu kommen, die verläßlich und bestandskräftig seien.

Auch Eheleute „ohne Trauschein" sicherten verstärkt ihre Partnerschaft mit Hilfe einer notariellen Urkunde.

Im Gesellschaftsrecht wird das Auslaufen der Übergangsfrist der Aufstockung der Gesellschaft mit beschränkter Haftung im Vordergrund *stehen*. Diejenige GmbH, die bis zum 31. 12. 1985 nicht die Erhöhung von bislang 20 000 auf 50 000 Mark vorgenommen hat, wird – so das Gesetz – automatisch liquidiert. Und das sei noch die Mehrheit. Hier will der Notartag warnen und Rettungsmaßnahmen diskutieren.

Im Baurecht wird die Forderung auf den Tisch kommen, das gesetzliche Vorkaufsrecht der Gemeinden zu Fall zu bringen. Dies werde nicht einmal in einem Promille aller Fälle ausgeübt. Sinnvoller sei es, daß die Gemeinde von sich aus tätig werde und beim Grundbuchamt hinterlege, an welchen Grundstücken sie *im Rahmen ihrer Planungen* Interesse habe. Außerdem stehe ihr immer das Enteignungsverfahren zur Verfügung.

Von hoher Dringlichkeit ist nach Auffassung der Notare auch die Reform des Internationalen Privatrechts. Seitdem das Bundesverfassungsgericht die Anknüpfung an das Recht des Mannes wegen Verstoßes gegen den Gleichheitsgrundsatz gestrichen habe, wisse bei Ehen mit oder unter Ausländern in Deutschland kaum einer, wo er nun dran ist.

Die Angst in der Union vor dem Sommertheater

Waigel: Es ist Kohl zuzumuten, auf Strauß zuzugehen

MANFRED SCHELL, Bonn

Das Verhältnis zwischen CDU und CSU war das dominierende Thema, das die Abgeordneten der Unionsparteien nach den heftigen Diskussionen über das Erscheinungsbild der Koalition der vergangenen Wochen auf ihrer Fraktionssitzung am Dienstagabend beschäftigte. Fraktionschef Alfred Dregger *sprach offenherzig* die Problematik an. Die „Mehrheit" der Bevölkerung „findet es nicht gut", wenn „wir uns gegenseitig abwerten, statt uns zu loben". Die jüngsten Beschlüsse der Koalition könnten sich sehen lassen.

*Bundeskanzler Helmut Kohl nutz*te die Aussprache zur Verteidigung seiner Politik. So habe er die Diskussionen und Proteste im Zusammenhang mit der NATO-Nachrüstung „durchgestanden". Ausdrücklich dankte er dabei dem amerikanischen Präsidenten Reagan für seinen Bitburg-Besuch. Ein Zeichen, daß man auch in schwierigen Phasen zueinander stehe.

Kohl kündigte an, im Herbst gemeinsam mit dem Bundesinnenminister in die Fraktion zu kommen, „um *in dieser Legislaturperiode" das* Ausländer- und Asylgesetz zu verabschieden. Vorsichtig näherte er sich dann der Thematik, die, unausgesprochen, an diesem Tag die eigentliche Tagesordnung ausmachte: Wie ist es um ihn, um das Verhältnis zwischen den Schwesterparteien *CDU* und CSU, um die Bundesregierung bestellt? Die Zeit nach dem Wahl-Debakel der CDU in Nordrhein-Westfalen sei von einer „Diskussion" bestimmt, die von „Resignation und Ärger" geprägt sei. Aber es sei oberste Pflicht der Union, *auch in übergeordnetem Interesse*, „keine Bilanz der Zerstrittenheit zu bieten". Damit leiste sie nur der SPD einen Dienst. Kohl appellierte an die Abgeordneten, seine Nervenstärke nicht zu unterschätzen.

„Schub aufgedrückt"

Kohl sprach auch von den Pannen. *Zu Buschhaus, so meinte er*, „haben wir uns einen Schuh aufdrücken lassen". Entscheidend sei jedenfalls die Absicht der Koalition unter seiner Führung, eine „Wende in der deutschen Politik einzuleiten". Kohl: „Sie ist noch nicht abgeschlossen." Der Kanzler schloß seine Rede mit einem Appell, ihn zu unterstützen: „Es gibt für mich eine gewisse Grenze dessen, was zumutbar ist." Vorwürfe gegen die CSU ließ er allerdings aus.

In der anschließenden Diskussion sagte der CDU-Abgeordnete Stavenhagen, „er könne sich nicht erklären", daß sich CDU und CSU noch am vergangenen Freitag in wichtigen Sachfragen verständigt haben, der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß aber im Hinblick auf die Steuerreform von „unüberbrückbaren" Mei*nungsverschiedenheiten* gesprochen habe. Stavenhagen sprach auch die Kritik Zimmermanns an Kohl an. Der Innenminister hatte erklärt, er wünsche sich sichtbare Führungskraft.

Der Abgeordnete Schmitz sprach den meisten aus dem Herzen, als er verlangte, es dürfe „kein Sommertheater" geben. Der CDU-Parlamentarier Olderog meldete sich mit forschem Ton. Er verstehe nicht, warum Franz Josef Strauß nach der Zusammenkunft am Freitag ein so kritisches Interview gegeben habe. Vor allem bemängelte er die Erklärung von Strauß zur Frage eines Journalisten, was „passieren" würde, wenn Kohl den Bundesinnenminister entlassen würde. Die Antwort von Strauß: Es sei das Recht des Kanzlers, einen Minister zu entlassen. Aber dann wäre die Koalitionsfrage gestellt und die CSU würde ihre *fünf Minister* „zurückziehen". Kohl hätte dann keine Mehrheit mehr im Parlament. Olderog erinnerte an die verlorene Bundestagswahl 1980, wo „wir wie ein Mann hinter Strauß gestanden haben. Wir sollten jetzt auch Solidarität für unseren Bundeskanzler einfordern."

„Auf Strauß zugehen"

Auch das Wort von „Treuhändern" fiel. *Der CDU-Abgeordnete* von Wartenberg fragte, ob ein „Erfolg" der Bundesregierung nicht auch für die Landtagswahl in Bayern im nächsten Jahr von Bedeutung sei.

Die Antwort Theo Waigels auf die Kritik aus den Reihen der CDU war scharf: „Für mich und die CSU-Landesgruppe nehme ich in Anspruch, daß wir unseren Beitrag *zum* treuhänderischen Verhältnis geleistet haben. Ohne den Beitrag der CSU-Landesgruppe wäre manches so positiv nicht erreicht worden." Die Niederlagen der *CDU* seien nicht auf Streit zwischen Bonn und München zurückzuführen, denn strittige Themen seien bis zu den Wahlen an Rhein und Ruhr bewußt zurückgehalten worden. Es liege an der CDU, sich zu fragen, warum diese Landtagswahlen verlorengegangen seien. Es sei höchste Zeit, daß man im Verhältnis zwischen CDU und CSU „zur Normalität" zurückkehre. Dieser „Schulterschluß" müsse so eng sein, daß die Union „von niemandem auseinanderdividiert werden kann, auch nicht vom Koalitionspartner". Und dann sprach Waigel das Verhältnis zwischen Kohl und Strauß an: „Man kann einen solchen Mann wie Franz Josef Strauß mit seiner Kompetenz in allen Bereichen nicht draußen stehen lassen. Wir brauchen ihn, CDU und CSU, auch für die anstehenden Wahlen." Es sei Kohl zuzumuten, auf Strauß „zuzugehen". Waigel fragte, warum kritische Fragen, im Zusammenhang mit der Steuerreform, „nur an die CSU, nicht aber an die FDP gestellt werden, die hier einer Meinung mit der CSU ist?" Ausdrücklich verteidigte Waigel Bundesinnenminister Zimmermann. Das, was dieser an kritischen Anmerkungen angebracht habe, sei „maßvoll", gemessen an dem, was Bundesaußenminister Genscher (FDP) „in Hintergrundgesprächen" zum Ausdruck bringe. Die CSU „will den Erfolg der Regierung dieses Kanzlers". Helmut Kohl, der neben ihm saß, rührte sich nicht.

Rebellen im Süden Sudans fordern eine säkulare Bundesrepublik

Auch nach dem Sturz Numeiris gilt die Scharia / Militärs kündigen Wahlen für 1986 an

ACHIM REMDE, Bonn

Die Scharia ist das Gesetz Gottes. Deshalb kann sich kein sudanesischer Moslem öffentlich für die Abschaffung der Scharia aussprechen. So einfach ist die Erklärung. Die grausamen Amputationsstrafen werden in Sudan seit dem Sturz Numeiris zwar nicht mehr praktiziert. Aber das islamische Gesetz wurde keineswegs aufgehoben.

So wurden im April drei Frauen wegen Genusses von Alkohol öffentlich ausgepeitscht. Die Moslembrüder drohen damit, die Straße zu mobilisieren, falls jemand versuche, die Scharia in ihrer Geltung zu beschränken. Obwohl lange Zeit die Bundesgenossen des nun verfemten und diskreditierten Diktators, gehören sie nun zu denen, die am lautesten die wiedergewonnene Freiheit feiern und sich als Opfer der Willkürherrschaft darstellen. Nicht zu Unrecht! Ihr Führer Hassan al-Turabi war noch zwei Wochen vor der Absetzung Numeiris von diesem ins Gefängnis geworfen worden.

Hunger wird schlimmer

So ist es nur die „Südsudanesische Volksbefreiungsbewegung", deren militärischer Führer John Garang und politischer Führer Joseph Oduho ist – beide verharren in Opposition *zur neuen Regierung* –, *die sich* öffentlich gegen die Scharia ausspricht und eindeutig einen Säkularstaat fordert.

General Suwar el-Dahab, der Vorsitzende des *Militärrats*, geht demgegenüber schon weit, wenn er zugesteht, daß die Scharia unter Numeiri falsch angewandt worden sei. In der Tat hatten sich islamische Theologen gegen die unter dem gestürzten Präsidenten grausame Anwendung der Scharia verwahrt.

Hoffnungen, daß der Sturz Numeiris die Probleme Sudans lösen werde, haben sich wie befürchtet als vorschnell erwiesen. Im Westen, besonders im Norden/Darfur, und im Osten wütet der Hunger schlimmer als je zuvor. Im Süden, wo der Bürgerkrieg die Entwicklung zum Stillstand gebracht und auch die Nahrungsmittelerzeugung beeinträchtigt hat, haben die Rebellen nach Angaben der Regierung wieder einen Angriff durchgeführt.

Die SPLM (Südsudanesische Befreiungsbewegung) will bei den für April 1986 angekündigten Wahlen als Partei kandidieren. Sie rechnet allein im Süden mit 90 Prozent der Stimmen, also ein Drittel der Abgeordneten. Doch ihr Kalkül geht weiter: Zu John Garangs 30 000-Mann-Armee sind 900 Leute aus Darfur gestoßen. Ein Angebot Suwar el-Dahabs auf Posten im Ministerrat, dem zivilen Organ des neuen Militärregimes, hat die SPLM abgelehnt. Denn – so sagt sie – im Gegensatz zum Militärrat habe dieser sowieso keine Entscheidungsbefugnis.

Die SPLM spielt ein riskantes Spiel. Sie hat den politischen Preis für die Befriedung des Südens höher getrieben, obwohl es den neuen Machthabern offensichtlich gelungen ist, ihre Beziehungen zu Libyen und Äthiopien zu verbessern und damit den südsudanesischen Rebellen weitgehend die ausländische Unterstützung zu entziehen.

Chief Costello Garang Ring Lual, traditioneller Führer des eine halbe Million zählenden Volkes der Dinka *Malual und Vorstandsmitglied* der SPLM, bestätigte in einem Gespräch, daß Libyen seine Waffenlieferungen eingestellt habe. Dabei betonte er jedoch, daß die SPLM über genügend *Waffen verfüge*, um den Kampf fortzuführen.

Während für Khadhafi das Versprechen Dahabs bestimmend gewesen sei, die sudanesische Unterstützung für die Regierung Hissen Habres in Tschad einzustellen, habe Dahabs Zusage, den äthiopischen Rebellen die Basen abzuschneiden, die Regierung Mengistus nicht dazu verleiten können, mit der SPLM ähnlich zu verfahren. Denn die Unterstützung für die äthiopischen Rebellen erfolge überwiegend von außerhalb des sudanesischen Machtbereichs, so daß Sudans Verhalten irrelevant sei.

Autonomie für den Süden, deren Wiederherstellung früher das oberste Ziel der SPLM war, hat die neue Zentralregierung zugestanden. Doch das genügt der SPLM inzwischen nicht mehr.

Vorherrschaft brechen

Sie will jetzt vor allem auch für Darfur Autonomie und Sudan in eine echte Bundesrepublik verwandelt sehen, um so die traditionelle Vorherrschaft der „weißen arabischen Moslems" – das halbinselförmige Dreieck, das „Weißer" und „Blauer Nil" vor ihrem Zusammenfluß bei Khartum/Omdurman bilden – zu brechen. Sie machen nach Angaben Luals nur 15 Prozent der Bevölkerung aus. Wenn es zu freien und fairen Wahlen kommt, wird alles davon abhängen, wem die schwarzen Moslems im Westen und Osten ihre Stimmen geben.

Nur etwa fünf Prozent der Bevölkerung sind Christen. Sie wohnen überwiegend im Süden, der durch den Animismus geprägt ist. Sie stellen im Süden die Elite dar und wehren sich gegen das kaum verhüllte Bestreben der arabischen Moslems, die Heiden des Südens zu islamisieren. Die Gültigkeit der Scharia spielt dabei eine Schlüsselrolle. Denn wer nicht einer Offenbarungsreligion angehört und damit zu den „Menschen desBuches" zählt, ist der Scharia unterworfen. Deshalb auch die Forderung der SPLM nach einem Säkularstaat.

Aus aller Welt: Sisyphusarbeit

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Husarenritt

Die Kritik *von* EG-*Präsident* Delors ist zwar ungewöhnlich, aber leider nicht unberechtigt. Die Europapolitik der Bundesregierung ist widersprüchlich und unglaubwürdig geworden. Die Enden passen *vorne* und hinten nicht zusammen.

Da wird die EG zu größter Sparsamkeit gedrängt. Gleichzeitig wird die seit Jahren geforderte Einschränkung der Agrarüberschüsse blokkiert. Für nationale Ausgleichsmaßnahmen stehen Milliardenbeträge zur Verfügung.

Der Alleingang in Sachen Katalysator war ein unüberlegter Husarenritt, der noch nachwirkt. Das bleifrei fahrende Auto wird mit Sicherheit kommen, aber nicht mit dem Katalysator, für dessen Einführung die Bundesregierung Hunderte von Millionen Mark verschleudert. Bis der Katalysator sich durchgesetzt hat, ist eine völlig neue Motorengeneration vorhanden, die ohne den Katalysator auskommt.

Tatsächlich sind das deutsche Ansehen und der deutsche Einfluß in Brüssel trotz unseres hohen finanziellen Einsatzes auf ein Minimum abgerutscht. Als alter Europäer sieht man das mit größtem Bedauern.

Dr. Ernst Müller-Hermann,
ehemaliges Mitglied von Bundestag und Europaparlament,
Bremen

Ein Slowake

„Papst weist auf Kirchenverfolgung hin"; WELT vom 28. Mai

Sehr geehrte Herren,

in Ihrem Bericht über die Überreichung des Biretts an die neuen Kardinäle durch den Papst bezeichnen Sie Kardinal Jozef Tomko als „Tschechoslowaken".

Kardinal Tomko ist Slowake und hat sich selbst in den der Presse übergebenen biographischen Unterlagen selbst auch so bezeichnet.

Bezeichnend für die Haltung des in der CSSR herrschenden Regimes ist es, daß die in Bratislava erscheinende „Katholische Zeitung" zwar die Namen der 28 neunen Kardinäle nennt, nicht aber die Herkunft von Kardinal Tomko erwähnen durfte und daß zur Feier in Rom lediglich eine Person, die 81jährige Mutter Kardinal Tomkos, die Ausreiseerlaubnis bekam.

Hochachtungsvoll
Kamil Tomko,
Iserlohn

Bibelkenntnis

„Das ist Mißbrauch ...", WELT vom 22. Mai und „Leserbrief: Was bedeutet Irrlehre?": WELT vom 3. Juni

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen herzlichen Dank, daß Sie einen Leserbrief auf Bischof Wilkens Gedanken haben folgen lassen.

Wer das Neue Testament von Jesus Christus kennt, der weiß auch die „Herren-Worte" zu deuten: „Wer nicht mit mir sammelt, der zerstreut", Matthäus-Evangelium, Kapitel 12, Vers 30 und Lk 11,23. Es ist wohl mehr als erstaunlich, daß in hohen geistlichen Ämtern zu dieser Frage so viel mehr als nur das biblische „Ja, ja; nein, nein", Matthäus-Evangelium, Kapitel 5, Vers 37(!) gesprochen wird.

Mit freundlichen Grüßen
K.-R. Latk,
Bonndorf

Wort des Tages

„Das Wichtigste im Leben ist die Wahl eines Berufes. Der Zufall entscheidet darüber."

Blaise Pascal; franz. Mathematiker und Philosoph (1623–1662)

Personalien

GEBURTSTAG

Der emeritierte Professor für Volkswirtschaftslehre von der Universität München, Dr. **Hans Möller**, feierte gestern seinen 70. Geburtstag. Professor Möller ist einer der angesehensten Wissenschaftler seines Fachs in der Bundesrepublik Deutschland und hat wesentlich zur heutigen Geltung der Münchner volkswirtschaftlichen Fakultät beigetragen. Möller kam 1958 an die damalige Staatswirtschaftliche Fakultät der Universität München, nachdem er zuvor an den Universitäten Berlin, Breslau, Frankfurt am Main gelehrt hatte und auch in der Praxis der Wirtschaftsverwaltung eine Karriere gemacht hatte. Unmittelbar nach dem Krieg war er in München am Wiederaufbau des Landesamtes für Statistik, sodann beim Länderrat für Bayern tätig. In der Zweizonenwirtschaftsverwaltung war er an den Vorbereitungen der Währungsreform beteiligt. Von 1950 bis 1954 arbeitete er für die Bank Deutscher Länder, der Vorgängerin der heutigen Deutschen Bundesbank, in den ersten europäischen Institutionen (OEEC und EZU) in Paris.

AUSZEICHNUNGEN

Der Düsseldorfer Messe-Manager **Kurt Schoop** (64) ist mit dem Großen Bundesverdienstkreuz mit Stern ausgezeichnet worden. Damit wurden vor allem seine Verdienste, die er sich um das deutsche Messewesen, insbesondere aber als Sonderbevollmächtigter der Bundesregierung um die deutsche Leistungsschau in Japan, gewürdigt. Die „Doitsuhaku" im Frühling des vergangenen Jahres in Tokio, mit der sich die deutsche Industrie zum erstenmal vorstellte, war in der Anlaufphase von den Medien und der Wirtschaft außerordentlich kritisch und zurückhaltend aufgenommen worden. Die Ausstellung selbst, verbunden mit dem größten Kulturprogramm, das je im Ausland vorgeführt wurde, wurde nicht zuletzt durch den Einsatz von Schoop zu einem großen und vielbeachteten Erfolg. Schoop ist der bislang einzige deutsche Messe-Mann, der diese hohe Auszeichnung erhielt. Schoop ist heute Mitglied des Aufsichtsrates der Düsseldorfer Messegesellschaft Novea mbH, die er 17 Jahre lang verantwortlich leitete und in der Zeit an die Spitze aller deutschen Messegesellschaften führte.

*

Der Kulturkreis im Bundesverband der Deutschen Industrie zeichnete junge Cellisten mit seinem Förderpreis für Musik aus. Stipendien und Studienbeihilfen von insgesamt 30 000 Mark erhielten: **Gustav Rivinins** aus Bous, **Ohle Akahoshi** aus Berlin, **Martin Loehr** aus Hamburg, **Christoph Franzius** aus Bremerhaven, **Sebastian Hess** aus Berg, **Adnana Alexandrescu** aus Lübeck, **Claudius Hermann** aus Mannheim, **Achim Melzer** aus Sindelfingen, **Christian Peters** aus Hamburg, **Dorothea von Albrecht** aus Freiburg und **Jörg Breuninger** aus Schuttertal.

Der frühere Bischof der württembergischen evangelischen Landeskirche, **Erich Eichele**, ist im Alter von 81 Jahren in Stuttgart verstorben. In den Jahren seines Bischofsamtes von 1962 bis 1969 erwies sich Eichele als Mann des Ausgleichs angesichts zunehmender Polarisierung innerhalb der Kirche. Wichtig war ihm auch die gute Nachbarschaft zur katholischen Kirche. Vor seinem Bischofsamt war er elf Jahre lang Prälat in Ulm. Kennzeichnend für das Lebenswerk des in Stuttgart geborenen Theologen waren die intensive Beschäftigung mit Fragen der jungen Generation und das Engagement für die Diaspora der evangelischen Gemeinden in katholischen Gegenden.

EG-Beitritt: Freude und Schatten

Spanien feiert Unterzeichnung als historisches Datum / Blutige Attentate der ETA

ROLF GÖRTZ, Madrid

Im „Saal der Säulen" des 200 Jahre alten königlichen Schlosses von Madrid unterzeichneten am Mittwochabend die zehn EG-Ministerpräsidenten beziehungsweise ihre Stellvertreter den Beitritt Spaniens zur Europäischen Gemeinschaft. Im einstigen im italienischen Stil gehaltenen Tanzsaal des Schlosses, in dem vor zehn Jahren 300 000 Spanier von dem dort aufgebahrten General Franco Abschied nahmen und den Königin Sofia mit schallschluckenden Brüsseler Teppichen zum Konzertsaal umwandelte, übergab Spaniens Ministerpräsident Felipe Gonzalez jedem seiner Gäste eine Mappe mit Zeichnungen von Salvador Dali. Der Maler der „paranoischen Kritik" stellte den „Raub der Europa" durch den in einen Stier verwandelten Zeus auf seine Art dar: Auf seinen Zeichnungen raubt der iberische Stier die Europa. „*Nur Dali* hat als einziger das Ereignis richtig begriffen", so der Exzentriker über sich selber.

Der Unterzeichnung der Römischen Verträge durch Spanien und seine europäischen Partner wohnte König Juan Carlos I. bei. Das Fehlen der „drei Großen" – wie es in der spanischen Presse hieß (Margaret Thatcher, François Mitterrand und Helmut Kohl) – warf dennoch einen grauen Mißton auf das Geschehen. Ernst zu nehmende Kommentatoren der Tagespresse *vermuten hinter* ihrer Abwesenheit eine „Reaktion der Verstimmung" darüber, daß die Regierung Gonzalez an der Volksabstimmung über den Verbleib in der NATO *festhält. Gonzalez rechnet mit* einem positiven Ergebnis dieser Abstimmung, andere zweifeln daran.

Blutige Schatten warf eine Attentatsserie der Terrororganisation ETA auf diesen Tag: Am Vormittag um 10.00 Uhr erschossen zwei Terroristen einen Oberst der Heeresverwaltung und dessen Fahrer. Ihren mit Sprengstoff beladenen Fluchtwagen parkten sie in einer unterirdischen Garage. Als die Polizei auf Grund eines anonymen Anrufes den Wagen entdeckte explodierte er. Zwei Polizisten wurden zerrissen, zwei weitere schwer verletzt.

Der spanische EG-Beitritt, dem am Dienstag die Regierung zustimmte und dem in den nächsten Tagen das Parlament mit einer überwältigenden Mehrheit seine Approbation geben wird, wird in der gesamten Nation als ein historisches Ereignis aufgefaßt. Seit 1962 bemüht sich Spanien um den Beitritt in die EG. Damals stellte die Regierung General Francos einen ersten offiziellen Antrag um „Aufnahme von Gesprächen mit dem Ziel eines Beitrittes". 1970 wurde daraus ein *Assoziationsvertrag* und 1977 begannen nach einem erneuten Aufnahmeantrag in Brüssel die Verhandlungen. Ernsthaft verhandelt wurde jedoch erst in den letzten 16 Monaten, nachdem die französische Regierung ihre bisherigen Bedenken zurückgestellt hatte.

Um Spanien entgegenzukommen gewährt die Brüsseler Kommission für die Anpassung der Landwirtschaft eine Zeit des schrittweisen Überganges von sieben Jahren und der Industrie von zehn Jahren. Dennoch genügt schon die Anfangsphase der spanischen Zollsenkung für die Einfuhr europäischer Güter, um einen Produktionsverlust von drei Prozent für das kommende Jahr für die spanische Industrie voraussehen zu lassen. Der Verlust kann nur teilweise von der Landwirtschaft durch ihre verstärkte Ausfuhr ausgeglichen werden. Sehr negativ – so fürchtet man in Madrid – wird sich auch die Einführung der *Mehrwertsteuer* bis *zum* 1. Januar 1986 auswirken. Alles in allem fürchtet man, daß der Beitritt zunächst eine eine Vermehrung des Arbeitslosenheeres bringt, das zur Zeit drei Millionen zählt.

Türkei: Moskau steuert Kurden-Revolte

Kritik ungewöhnlich / Syrien bildet Separatisten aus / „Operation Sonne" ohne Erfolg

E. ANTONAROS, Athen

Indirekt, aber unmißverständlich hat der türkische Innenminister Yildirim Akbulut kürzlich die Sowjetunion beschuldigt, den Guerilla-Krieg der kurdischen Separatisten in der Südosttürkei systematisch zu unterstützen und zu lenken. Ohne die Russen beim Namen zu nennen, sagte Akbulut in einem vielbeachteten Interview mit der Istanbuler Tageszeitung „Milliyet", eine genaue Studie der Ausrüstung und der Aktivitäten der Guerrillas hätte ergeben, daß sie „von einer einzigen Quelle außerhalb der Türkei" gesteuert würden.

Akbuluts Äußerungen erregten wegen ihrer ungewöhnlichen Offenheit großes Aufsehen. In der Türkei ist es nicht üblich, daß sich Politiker und Zeitungen in dieser Form mit dem Kurdenproblem auseinandersetzen. Aber die Tatsache, daß neuerdings immer mehr Berichte über die Situation in Ostanatolien in der Presse erscheinen, läßt zweifellos erkennen, daß die türkischen Truppen weiterhin große Schwierigkeiten haben, die kurdische Revolte zu zerschlagen.

38 Soldaten getötet

Von Regierungs- und Militärsprechern in Ankara wird zwar der Umfang des kurdischen Aufstandes systematisch heruntergespielt. „Keine einzige Region in Ostanatolien ist unsicher. Die Sicherheitskräfte sind überall präsent", stellte unlängst das Istanbuler Blatt „Cumhuriyet" fest.

Aber in den letzten neun Monaten, also seit den kurdischen Überfällen auf die Ortschaften Eruh und Semdinli, sind nach amtlichen Angaben 38 Angehörige der Streitkräfte ums Leben gekommen. In dieser Zeitspanne wurden 65 Separatisten umgebracht und 707 festgenommen. Dem Guerrilla-Krieg fielen auch 50 Zivilisten, unter ihnen neun Kinder, zum Opfer.

Seit Mitte Oktober 1984 ist die „Operation Sonne" im Gange, deren Ziel die Zerschlagung der kurdischen Revolte ist. Nach Angaben in der türkischen Presse soll die einheimische Bevölkerung, die weitgehend aus Kurden besteht, „enger als bisher" mit den Behörden zusammenarbeiten und die Identifizierung von einigen Anführern der offiziell als „Terroristen" bezeichneten Separatisten ermöglicht haben.

Aber offenbar ist es dem Militär, das unter den Bestimmungen des Kriegsrechts operiert, noch nicht gelungen, sämtliche Widerstandsnester in diesem höchst unwegsamen Gebiet auszuheben. Westliche Diplomaten in Ankara besitzen sogar Informationen, wonach die Lage erheblich brisanter sein soll als sie von türkischer Seite dargestellt wird.

Ankaras Innenminister verwarf jetzt zum erstenmal die Behauptung, daß es sich bei den Kurden um „Banden" handele, und sprach offen von „Guerrillas": „Sie sind im Besitz von Kalaschnikows, Granatwerfern, Gewehren, Ferngläsern, Kompassen. Sie sind gut organisiert. Daher nenne ich sie Guerrillas. Wenn man ihre Ausrüstung untersucht, kann man nur feststellen, daß sie von einem unserer Nachbarn unterstützt werden. Es handelt sich nicht um voneinander unabhängig operierende Banden. Sie haben dieselbe zentrale Organisation."

Nach Erkenntnissen des türkischen Geheimdienstes erhalten die Anführer der kurdischen Aufständischen ihre Ausbildung in Syrien. Das syrische Regime, das im Auftrag der Sowjets handelt, gewährt den Guerrillas Zuflucht nach jedem Angriff auf türkischem Territorium. Der Ostanatolien-Experte Ugur Mumcu behauptete neuerdings sogar, daß armenische und kurdische Terroristen seit einiger Zeit gemeinsam in syrischen Lagern ausgebildet werden sollen.

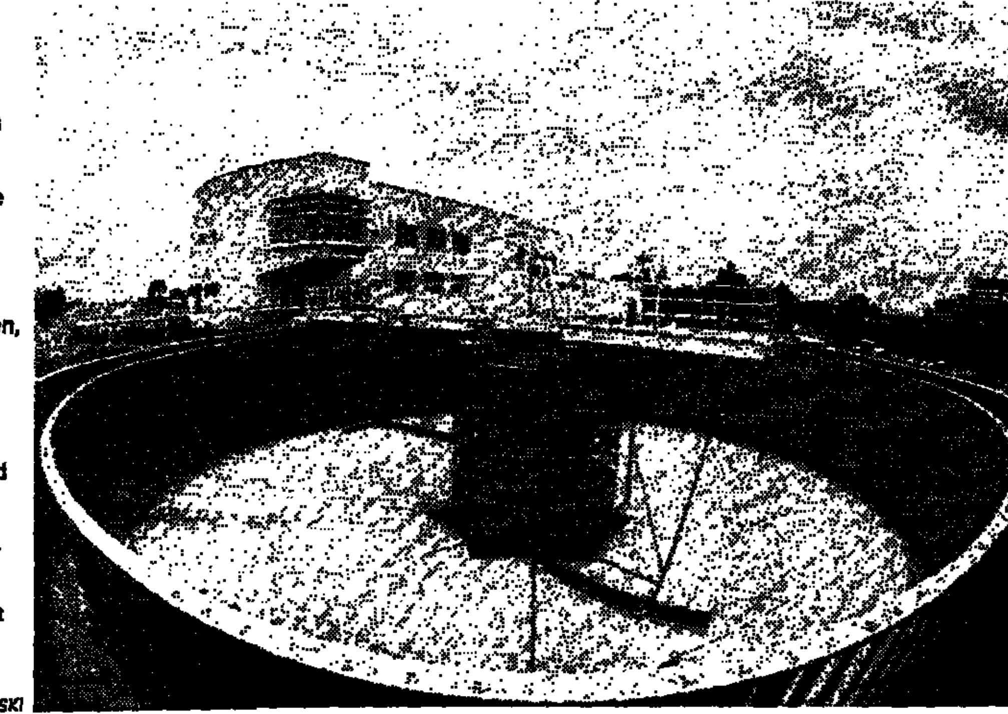
NATO-Partner im Visier

Ziel dieser angeblich von den Sowjets finanzierten Aktion soll die mittelfristige Destabilisierung des NATO-Partners Türkei entlang seiner östlichen Grenze sein.

Allen Avancen von türkischer Seite zum Trotz hat sich Syrien bisher beharrlich geweigert, gemeinsam den Separatismus zu bekämpfen. Das ist in türkischen Augen der beste Beweis dafür, daß Damaskus daran interessiert ist, den Kurdenaufstand am Leben zu erhalten.

Abkulut („Die Guerrillas erhalten ihre Ausrüstung jenseits der Grenze") hat jetzt zum erstenmal öffentlich zugegeben, daß Gespräche „über eine gemeinsame militärische Operation mit einem Nachbarland" geführt werden. Gemeint ist Irak: Bereits letztes Jahr hatte das türkische Militär mit Bagdads Zustimmung die kurdischen Rebellen bis tief ins irakische Hoheitsgebiet hinein verfolgt. Daß Ankara und Bagdad nun aufs neue eine gemeinsame Aktion erörtern, zeigt, daß die „Operation Sonne" nicht ganz erfolgreich gelaufen ist.

(SAD)



Sowohl technisch als auch architektonisch bietet die Phosphat-Fällungsanlage im Berliner Ortsteil Tegel Neues: Einer Schiffsbrücke nachempfunden, beherrscht das Betriebsgebäude mit der Leitwarte den Komplex. Im Vordergrund eines der drei Becken für die Sedimentation. In der Mitte liegt der Sammelschacht mit dem Flockungsrohr.

FOTO: MROTZKOWSKI

Eine Hungerkur für die Wasseralgen

Der hohe Phosphatgehalt im Tegeler See wird durch eine neue Kläranlage gesenkt

Von RICHARD SCHWALBE

Mit *großem* Aufwand wird derzeit in Berlin versucht, die Überdüngung der Oberflächengewässer zu stoppen. *In Kürze* wird eine erstmals im Großmaßstab ausgeführte Anlage in Betrieb genommen, die die Phosphorverbindungen aus *dem* Wasser des *Tegeler* Sees entfernt. Damit soll das übermäßige Wachstum der Algen in dem Gewässer beendet werden, für die das Phosphat der wichtigste Nährstoff ist.

Kern der sogenannten Phosphat-Elimination ist ein Flockungsrohr, das vom Wasser des *See-Zuflusses* Nordgraben durchströmt wird. Das Phosphat, das in erster Linie aus Waschmitteln stammt und über Abwassereinleitungen *in den Graben* gelangt, wird dort in Kontakt mit Metallsalzen gebracht. Salze und Phosphat reagieren miteinander zu *wasserunlöslichen* Verbindungen, die als feine Flocken sichtbar werden.

Durch Zugabe des Flockungsmittels Polyacrylamid ballen sich diese *Flocken* weiter *zusammen*, bis sie einen Durchmesser von ca. 1 cm erreichen. Sie sind dann so schwer, daß sie in ruhendem Wasser allmählich auf den Boden sinken. Von dort können sie leicht als Schlamm entfernt werden. Man bezeichnet diesen Vorgang als Fällung. Dem Flockungsrohr sind sogenannte Sedimentationsbecken nachgeschaltet, die dafür sorgen, daß die Strömungsgeschwindigkeit des Wassers verlangsamt wird. Das gereinigte Wasser *fließt anschließend* über Sandfilter, in denen auch die letzten Schmutzpartikel eingefangen werden, und wird dann in den Tegeler See abgelassen.

Je nach Wasserstand und Verunreinigung des Nordgrabens hat die Anlage *unterschiedliche Phosphat-Konzentrationen* zu bewältigen. Um den Verbrauch der Chemikalien in Grenzen zu halten und dem tatsächlichen Bedarf anzupassen, sind zahlreiche aufwendige Meß- und Regelungsaufgaben zu lösen. So werden die entstehenden *Flocken ständig mit einem* Laserstrahl gezählt. Für eine optimale Flockenbildung sorgen eine Querschnittsverengung des durchströmten Rohrs sowie verschiedene Leitbleche, die Turbulenzen erzeugen. Mit beiden Vorrichtungen bestehen noch wenig Erfahrungen, so *daß* sie auch nach der Inbetriebnahme weiter erforscht und erprobt werden.

Die 220 Millionen Mark teure Fällungsanlage *ist für eine Leistung von* 5 Kubikmeter Wasser pro Sekunde ausgelegt. Wegen der schwankenden Wassermenge im Zufluß kann dieser Wert jedoch zum Teil stark über- oder unterschritten werden. Um die daraus folgenden Schwierigkeiten zu vermeiden, *mußte* quer durch den Tegeler See ein Rohr bis zu dessen Einmündung in die Havel verlegt werden. Damit ist es möglich, Hochwasser an der Anlage vorbeizuleiten, ohne *den See wieder zu belasten*. Umgekehrt kann Niedrigwasser ausgeglichen werden.

Durch die Phosphatfällung soll die Nährstoffbilanz in den Oberflächengewässern der Stadt um jährlich rund 1000 Tonnen entlastet werden. Damit wird *dann* der Phosphatgehalt der ursprünglich sehr nährstoffarmen Seen wieder auf einen Wert um 0,03 Milligramm je *Liter fallen*. Er erreicht heute noch Spitzenkonzentrationen bis etwa 20 mg je Liter. Dadurch können sich die Algen rasant vermehren. Dies *führt nach ihrem Absterben zur* Bildung einer Faulschlammschicht im See und zu einem schnellen Verbrauch des Sauerstoffs im Wasser. Mit einem anhaltend sauberen Zustand des Tegeler Sees ist allerdings erst nach etwa 10 Jahren Reinigungsarbeit zu rechnen.

Daß der erwartete Sanierungseffekt auch tatsächlich eintritt, zeigen die Erfahrungen mit einer kleineren *Phosphatfällungsanlage* im Berliner Bezirk Wannsee. Seit 1982 wird dort nach dem gleichen Prinzip gereinigtes Wasser in den *Schlachtensee* eingeleitet. *In der Folge* sank der Nährstoffgehalt deutlich, und sowohl die Wasserqualität als auch das biologische *Gleichgewicht* verbesserten sich.

Gemeinsamer Kampf gegen Diabetes

Nur bei Zusammenarbeit von Arzt und Patient kann die Behandlung erfolgreich sein

Von INGRID ZAHN

Viele *Komplikationen* bei der *diabetischen* Erkrankung, die die Inselzellen der Bauchspeicheldrüse befällt und sie für die Produktion von *Insulin teilweise oder ganz* untauglich macht, sind vermeidbar, wenn es gelingt, den Stoffwechsel des Patienten dauerhaft zu stabilisieren. Gelingt dies nicht, drohen dem *Diabetiker* Schäden an den kleinen Gefäßen. Die sogenannte Mikroangiopathie befällt Augen und Niere, Herz und Extremitäten. Unter den *zwei* Millionen vom Diabetes betroffenen Bundesbürgern sind vor allem die ca. 50 000 überwiegend jungen Patienten mit dem aggressiveren Krankheitsverlauf beim Diabetes Typ I gefährdet.

Immerhin steht der Diabetes in den westlichen Industrieländern an erster Stelle *aller Ursachen* für die Erblindung. 40 Prozent aller jugendlichen Diabetiker sterben an Nierenversagen. Oft genug sind ein Herzinfarkt oder Schlaganfall die Folge *der* langjährigen Entgleisung des Fettstoffwechsels durch die Krankheit.

Nach den Symposien in Detmold *und Mainz waren sich auch die* Referenten der Münchner Stoffwechseltage am vergangenen Wochenende, die von Prof. Karl *Dietrich* Hepp und Dr. Rolf Renner geleitet wurden, darin einig, daß die Beherrschung der Stoffwechselregulation der sicherste Wege sei, um den Spätfolgen des Diabetes zu entgehen.

Der Kampf um stabile Blutzuckerwerte *beim* Diabetiker verlangt auch, daß der Patient bei der Therapie mitarbeitet. Ihm werden Selbstdisziplin und Sorgfalt abverlangt, um die Therapieangebote für seine besondere Situation *einzusetzen*. Seine sorgfältige Mitwirkung ist nicht nur bei der ausgefeilten Diät erforderlich, die um neu entwickelte verdauungshemmende *Faserstoff-* und *Enzympräparate* bereichert wurde. Auch bei den täglichen Eigenmessungen der Glukosekonzentration im Blut und im Harn mittels genormter Teststreifen muß er sorgfältig mitarbeiten.

Auch das verfeinerte Behandlungsschema der Mehrfach-Injektionen, das notwendig wird, wenn die ein- bis zweimalige Insulingabe nicht ausreicht, um Blutzuckerschwankungen *zu nivellieren*, *erfordert* eine Zusammenarbeit zwischen Patient und Arzt. Bis zu viermal täglich kann verzögert wirksames Insulin für den Grundbedarf und – damit kombiniert – schnell wirkendes Insulin gespritzt werden, das die Bedarfsspitzen bei den Mahlzeiten und bei körperlichen Anstrengungen abdeckt.

Der Einsatz der Insulinpumpe, die außen am Körper *getragen* wird *und* über ein Schlauchsystem rund um die Uhr individuell regulierbare Insulinmengen ans Unterhautfettgewebe abgibt, macht ein Beratungszentrum erforderlich, das in Notfällen schnell erreichbar ist. *Glukose-Sensoren und* Dosiercomputer, die den ärztlichen Rat teilweise ersetzen könnten, sind noch nicht ausgereift. Auch die Möglichkeit einer *Pankreastransplantation kann* erst einem kleinen Patientenkreis zugute kommen.

Cyclosporin ist derzeit das beste Mittel, um die Entwicklung des jugendliches *Diabetes* vom *Typ I möglichst schon* in seinem stumm verlaufenden Vorstadium aufzuhalten. Dr. Werner Scherbaum vom Zentrum für Innere Medizin der *Universität Ulm* berichtet von Untersuchungen an Familien von Diabetikern, bei denen sich eine erhöhte Anfälligkeit ihrer *Gewebsstruktur für die Ausbildung* von Diabetes nachweisen läßt.

Neben diesen genetischen Hinweisen ist auch das Vorhandensein von Inselzell-Antikörpern schon im Vorstadium der Krankheit ein Zeichen für den nahenden Ausbruch. Wenn der *Patient dann akute Symptome* entwickelt, sind bereits 80 Prozent seiner Insulin produzierenden Zellen durch eine gegen körpereigenes Gewebe gerichteten Fehlreaktion des Immunsystems zerstört. Dieser Selbstzerstörung kann das Cyclosporin *um so wirksamer begegnen*, je früher es eingesetzt wird. Es besitzt allerdings unter Umständen Nebenwirkungen.

Das Fernsehbild soll besser werden

Eine neue Norm löst das *PAL-System* ab und ermöglicht europaweiten Empfang

Reuter/Kü. Bonn

Das Bundeskabinett hat sich am Mittwoch für die Einführung einer neuen Farbfernsehnorm entschieden. Demnach wird die Bundesrepublik ebenso wie Frankreich in Zukunft das sogenannte D-2-MAC-System einsetzen. Dies ist ein Schritt zu einer *einheitlichen europäischen* Fernsehnorm. Für den Zuschauer wird es zunächst keine Veränderungen geben, da die Fernsehprogramme weiterhin *in PAL-Norm ausgestrahlt* werden.

Die Entscheidung war notwendig geworden, weil die beiden bestehenden Systeme PAL (Bundesrepublik) *und* SECAM (Frankreich) nicht kompatibel und technisch überholt sind. Wenn im nächsten Jahr Frankreich und die Bundesrepublik ihre direkt *strahlenden* Satelliten *im* All sendebereit machen werden, könnten bei Einführung des *neuen Systems* die Deutschen das empfangen, was die Franzosen senden, und umgekehrt.

Zugleich bietet D-2-MAC mit einer schmaleren Bandbreite auch über Satellit gesendet ein besseres Bild, bei dem Farbschwankungen praktisch vermieden werden. *Weiterhin wird es* möglich sein, zum Fernsehbild gleichzeitig vier Tonkanäle in HiFi-Qualität digital abzustrahlen.

Die in der neuen Norm gesendeten Signale können allerdings individuell nur mit Hilfe einer Parabolantenne und einer entsprechenden Fernsehanlage *empfangen werden. Die notwendigen* Geräte werden ab Spätsommer 1986 im Handel sein. Sie dürften am Anfang etwa 1000 Mark *mehr kosten als herkömmliche* Fernsehgeräte. Nach Angaben der Hersteller *dürfte dieser Betrag* jedoch auf 250 bis 500 Mark sinken, wenn die Geräte in größerer Stückzahl produziert werden. Hinzu kommen aber *noch etwa 3000 Mark für die Antenne*.

Niemand muß nun allerdings befürchten, daß sein alter Apparat unnütz wird oder daß jeder Fernsehteilnehmer *gezwungen ist, sich eine* Zusatzeinrichtung zu kaufen. Die Bundespost will die neue Norm zunächst nur für den technischen Sendebetrieb *von der Erde über Satellit bis zu* den Verteilstationen einsetzen. Für den Sendebetrieb zum Kunden soll *MAC-2* dann wieder in die *PAL-Norm* umgewandelt werden.

Es stellt sich die Frage, wie die Fernsehkunden reagieren werden, die bereits in die Verkabelung investiert haben und *die nun mit* einer neuen Technik konfrontiert werden.

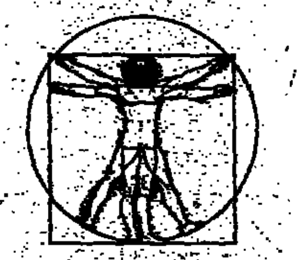
NOTIZEN

Ersatz für Muttermilch

Kiel (dpa) – Säuglinge können in den ersten Lebenswochen nur dann *ohne großes Gesundheitsrisiko* auf Muttermilch verzichten, wenn sie unter hygienisch einwandfreien Bedingungen leben. Muttermilch enthält in den ersten *Stillwochen* große Mengen an *Abwehrstoffen*, den Immunglobulinen, die der Organismus des Kindes noch nicht selber bilden kann. Es ist daher nach Ansicht von *Prof.* Jürgen Schaub von der Kinderklinik Kiel nicht zu vertreten, daß in den Ländern der Dritten Welt die Babys von Anfang an mit *Säuglingsnahrung* gefüttert statt gestillt werden.

Schnellere Erzsuche

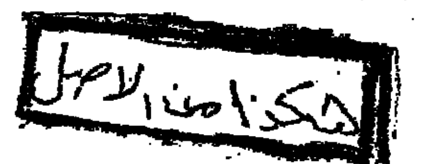
Bonn (E. P.) – Neue geologische *Erkenntnisse* werden die Suche nach wirtschaftlich interessanten Bodenschätzen künftig erleichtern, wie Prof. R. W. Hutchinson von der



Colorado School of Mines mitteilte. Die einzelnen Erze entstanden demnach nur in ganz bestimmten Zeiten der Erdgeschichte, Gold z. B. in zweieinhalb *Milliarden* Jahre *alten* Sedimentgesteinen, Kupfer *dagegen* nur in „jungen" Gesteinen wie in den Anden. Eisenerze bildeten sich dagegen weltweit vor etwa 2 Milliarden Jahren. Man könne daher die Suche auf konkrete Gebiete der *Erdkruste* beschränken.

In Zukunft Sonnenenergie

Frankfurt (dpa) – Sonnenenergie kann nach Ansicht von Prof. Hansjörg Sinn von der Universität Hamburg in absehbarer Zukunft die Kernenergie ablösen. In den Jahren 2000 bis 2030 wird mit Sonnenlicht erzeugter *Wasserstoff erstmals zur* Energieversorgung beitragen. Die Wasserstoff-Technologie sei daher von zentraler Bedeutung, sagte der Chemiker auf der Ausstellungstagung für chemisches Apparatewesen (Achema).



SPORTHILFE

Qualifikation an Stelle von Vetternwirtschaft

sid, Berlin

Sporthilfe für Länder der Dritten Welt ist so gut wie die mit der Realisation beauftragten Entwicklungshelfer. Das wäre das Fazit eines Fachseminars an der Führungs- und Verwaltungsakademie Berlin des Deutschen Sportbundes. „Jedes dritte Projekt scheitert, weil man den falschen Mann hingeschickt hat", meinte ein Teilnehmer. Von einer „Vetternwirtschaft, die nicht ein Problem der Entwicklungsländer, sondern ein hausgemachtes ist", sprach der Sportwissenschaftler Helmut Digel (Universität Tübingen).

„Wir müssen die besten Leute entsenden", forderte Digel, „bei Stellenausschreibungen sollten unbedingt Begriffe wie Menschlichkeit und Toleranz aufgenommen werden." Digel kritisierte, daß bei Bewerbungen private Bekanntschaften und ideologische Übereinstimmung noch immer einen höheren Stellenwert hätten als die Kriterien Qualifikation und Leistungsfähigkeit.

Die Seminarteilnehmer empfahlen lange Vorbereitungsphasen, um Entwicklungshelfer mit sportspezifischen Maßnahmen einzuarbeiten. Das Bundesinstitut für Sportwissenschaft in Köln sollte dabei Clearing-Stelle sein.

FUSSBALL-LÄNDERSPIEL / Machtkampf zwischen Hermann Neuberger und dem DFB-Teamchef

Wird in Mexiko aus dem Fall Michael Frontzeck bereits jetzt ein Fall Franz Beckenbauer?

ULRICH DOST, Mexico City

Wenn es einem Mann zu verdanken ist, daß der deutsche Fußball nach der Ära des Jupp Derwall nicht unaufhaltsam in die Bedeutungslosigkeit abgerutscht ist, dann ist es Franz Beckenbauer. Er, eher ein Weltbürger, der sich überall sicher bewegt, mit einem Blick für das Wesentliche ausgestattet, der nichts so haßt wie kleinkariertes Denken, gab mit seiner Ausstrahlung und seiner Persönlichkeit dem deutschen Fußball wieder ein Gesicht.

Was er tat, mußte stets der Sache dienen. Nicht nur irgendeinem Prinzip. Alle waren sie damals beim Deutschen Fußball-Bund (DFB) dankbar, einen wie ihn gefunden zu haben. An erster Stelle der Funktionär und Präsident Hermann Neuberger, dem der Strick nach dem Dilemma mit Derwall schon um den Hals gelegt war.

Aber seine Funktionärsseele, sein sicheres Gespür in einem Situationswechsel rettete ihn noch einmal. Er trat freiwillig ins zweite Glied zurück, überließ Beckenbauer die Schlagzeilen, die Entscheidungsgewalt und jeden erdenklichen Freiraum.

Franz Beckenbauer, der Perfektionist, krempelte alles um. Er holte neue Spieler und lud auch nach Platzverweisen gesperrte Nationalspieler ein. Er warf die Journalisten aus dem Mannschaftsquartier und konnte es sich sogar leisten, die Freunde der Nationalmannschaft (FdN), die jährlich 5000 Mark in die Sepp-Herberger-Stiftung zahlen, zu verbannen. Er zog sich mit den Spielern in die Sportschulen zurück, sorgte für Disziplin und Ordnung und veränderte erfolgreich das Image der Profis.

Nun haben alle wieder Profil – nur einer nicht: Hermann Neuberger. Das muß ihn kränken, zumal er noch die Schelte der Kritiker und Journalisten über sich ergehen lassen mußte, weil er wegen der Europameisterschaft in Deutschland auf den Spielort Berlin verzichtete.

Zum erstenmal seit Beckenbauers Amtsantritt im Juli des vergangenen Jahres ist Neuberger nun auf der Mexiko-Reise der Nationalmannschaft unerhofft aus dem Schatten des Teamchefs herausgetreten. Plötzlich fühlt er sich wieder stark. Plötzlich, 12 000 Kilometer von der Heimat entfernt, betreibt er wieder Machtpolitik. Das Durcheinander nimmt seinen Lauf, die Atmosphäre wird zunehmend vergiftet. Die Laune von Franz Beckenbauer verschlechtert sich.

Nun dürfen die Freunde der Nationalmannschaft wieder bei den Spielern im Hotel „Internacional Havre" wohnen. Beckenbauer sagt, er habe für dieses eine Mal zugestimmt, weil es sich nur um eine Handvoll Personen handelt. „Wegen der paar Hansel lohnt sich doch die Aufregung nicht." Doch Beckenbauers Prinzip ist vorerst einmal vom DFB durchbrochen worden.

Beckenbauer ist es nicht gewohnt, eine einmal getroffene Entscheidung bis zu seinem Lebensende beizubehalten. Er ist flexibel, er entscheidet von Fall zu Fall, den Erfordernissen und Gegebenheiten entsprechend und angepaßt. Funktionäre denken leider nicht immer so. Beckenbauer weiß das, und er spürt selbstverständlich, daß er sich künftig immer mehr mit diesem Funktionärsdenken auseinandersetzen muß. Und das mag er nicht.

Der DFB-Präsident warf ihm in Mexiko gleich noch einen Knüppel zwischen die Beine. Kategorisch legte sich Neuberger im Falle des für die Bundesliga gesperrten Michael Frontzeck (Tätlichkeit) fest. In Mexiko, bei den Freundschaftsspielen gegen England und Mexiko, darf er nicht spielen. Neuberger: „Die Nationalspieler üben eine Vorbildfunktion aus. Ich habe dem Franz Beckenbauer schon zu Hause gesagt, er könne Frontzeck mitnehmen, weil er ein Mann für die WM im nächsten Jahr sei, aber nur unter der Bedingung, daß er nicht eingesetzt wird."

Beckenbauer hat zwar zugestimmt, aber wahrscheinlich gedacht: Wenn wir einmal da sind, mache ich es ohnehin so, wie ich es will. So ist er gewohnt zu denken, so hatte es Neuberger bislang stets akzeptiert.

An Vorbilder dachte Neuberger bestimmt nicht, als er zuließ, daß Dietmar Jakobs und Pierre Littbarski, als *sie ebenfalls in der Bundesliga* gesperrt waren, von Beckenbauer ins Nationalteam berufen wurden, wo er sie hätte einsetzen können. Beckenbauer sagt: „Wir können die DFB-Gerichtsbarkeit nicht umgehen. Aber der DFB und die Nationalmannschaft sollten eine Einheit sein." Was für ihn nichts anderes bedeutet, als im Sinne der Sache auch mal Gnade vor Recht ergehen zu lassen.

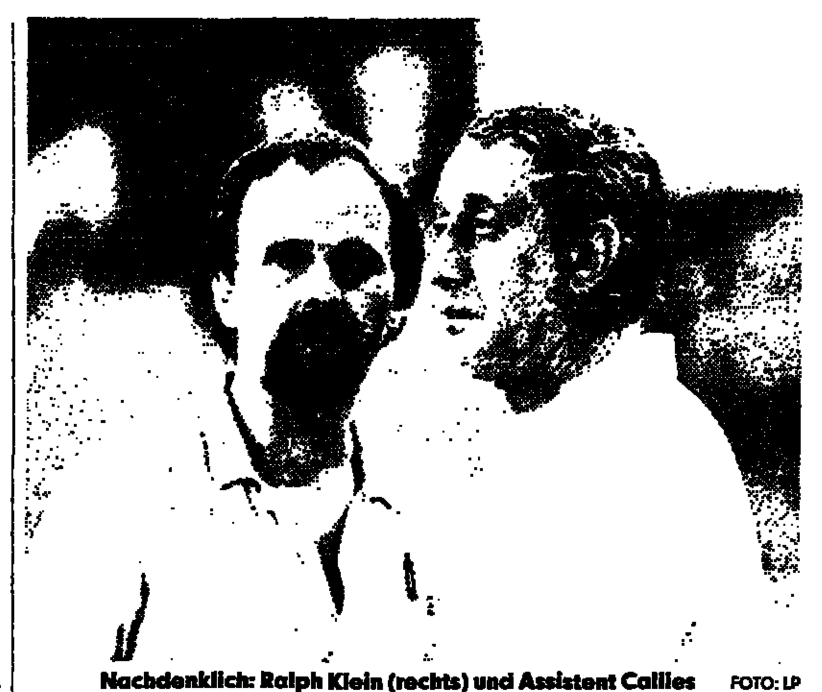
Neuberger aber blieb stur. Zum erstenmal müssen nun Franz Beckenbauer und sein Assistent Horst Köppel einen Bittgang zu Neuberger unternehmen, weil sie mit Klaus Allofs und Rudi Völler zwei verletzte Spieler dabei haben. Deshalb hätten sie Frontzeck gerne auf die Reservebank gesetzt, um ihn notfalls einzuwechseln.

Franz Beckenbauer nervt dieses prinzipiengetreue Denken, mit dem er sich nun auseinandersetzen muß. Er gibt sich in Mexiko gereizt, ist kaum ansprechbar („Schreibt doch, was ihr wollt, wenn ihr meint, die FdN-Sache sei eine Geschichte"), weil er sich mit Kleinigkeiten auseinandersetzen muß, statt zu tun, warum er nach Mexiko gekommen ist. Beckenbauer will Erfahrungen sammeln, um sich an die Gegebenheiten in der Höhenlage und in der Hitze anzupassen. Es geht ihm nicht darum, ausgerechnet *in Mexiko einen Machtkampf* auszutragen.

Franz Beckenbauer mußte zudem feststellen, wie wichtig es bislang war, daß er Reisen selbst vorbereitete und auch die Hotels aussuchte. In Mexiko übernahm dies Hermann Neuberger – und gleich ging es schief. Schon am ersten Abend drohte Beckenbauer, er werde mit seinem Team augenblicklich das Hotel „Internacional Havre" verlassen, wenn nicht sofort in der Küche für Sauberkeit gesorgt würde.

Das alles sind Auseinandersetzungen, die an die Nerven gehen, weil sie nicht zu vermeiden sind. Neuberger treibt deshalb mit dem Teamchef ein gefährliches Spiel. Anders als Jupp *Derwall wird Beckenbauer deshalb* kaum einen Autoritätsverlust erleiden. Einer wie er wird es so weit nicht kommen lassen, einer wie er würde von selbst aufhören und dann von heute auf morgen.

Ob Neuberger darüber schon nachgedacht hat?



Nachdenklich: Ralph Klein (rechts) und Assistent Callies FOTO: LP

Schrempf: „Wir haben uns weiter hochgearbeitet"

sid/dpa, Stuttgart

Im sechsten Spiel der Basketball-Europameisterschaft erlitt die deutsche Mannschaft bereits ihre dritte Niederlage. Nach dem 83:98 gegen den Olympia-Zweiten Spanien ist sie damit im Kampf um den Titel ausgeschieden. Trotzdem kann sie immer noch das beste Ergebnis erreichen, das eine deutsche Mannschaft je bei einer Europameisterschaft erzielte. Der achte Rang bei der EM 1983 war der bislang *größte Erfolg* – jetzt hat die Mannschaft immerhin noch die Chance auf Platz fünf.

Heute abend (18.00 Uhr) wird sie in der Stuttgarter Hanns-Martin-Schleyer-Halle das erste der zwei entscheidenden Spiele bestreiten. „Dieses Spiel ist für uns das allerwichtigste", erklärte Hans Leciejewski, der Vizepräsident des Deutschen Basketball-Bundes. Denn im Fall einer Niederlage wird die deutsche Auswahl am Samstag noch maximal um Platz sieben spielen können und könnte noch in Abstiegsgefahr geraten. Denn der neue Modus sieht vor, daß der achte Platz bei der EM 1987 in Griechenland für das Gastgeberland reserviert ist. „Doch das ist kein Thema. Deutschland hat sich weiter an die europäische Spitze herangearbeitet", behauptet Detlef Schrempf, der bislang erfolgreichste deutsche Werfer. „Das wollen wir mit dem fünften Platz beweisen."

Wer vor Beginn der EM die deutsche Auswahl in der Endrunde der besten vier erwartet hatte, mußte spätestens im Spiel gegen Spanien erkennen, daß im Vergleich mit der europäischen Spitze noch ein deutliches Leistungsgefälle besteht. Zwar haben die Deutschen überdurchschnittlich viele lange Spieler in der Mannschaft und bilden das mit Abstand „größte" Team, doch technisch und spielerisch haben sie großen Nachholbedarf. Die wendigen Spanier demonstrierten, was den Deutschen fehlt: hohe Freiwurf-Sicherheit, schnelle und variantenreiche Angriffe, wenig Fehlpässe trotz ständiger Bewegung, Dribbelkünste und konsequente Abwehrarbeit. Allein die Zahl der Fehlpässe (Spanien: 7 - Deutschland: 17) und die Freiwürfe bewiesen den Klassenunterschied.

Nur zehn Minuten lang waren die Gastgeber den Spaniern ebenbürtig. Körperliche Erschöpfung und damit verbundene dilettantische Fehler erleichterten in der zweiten Halbzeit den Spaniern den Sieg, der nach Meinung von Bundestrainer Ralph Klein zu hoch ausfiel: „Die Höhe der Niederlage täuscht. Es hätten am Ende auch nur sechs oder vier Punkte Differenz sein können."

Israels Kampf

Für das Spiel um Platz neun hat sich Israel als erste Mannschaft der *Europameisterschaft qualifiziert.* Sie stellte ihren schwer umkämpften 91:86-Sieg über Polen allerdings erst in der zweiten Halbzeit sicher, nachdem sie zur Pause noch mit 40:45 zurückgelegen hatte. Vor nur 1000 Zuschauern war der israelische Flügelspieler Jamchy mit 29 Punkten der beste Werfer. Er hatte mit seinen Distanz-Würfen, *die jeweils drei Punkte* zählen, schon wesentlich zum Vorrunden-Sieg über Deutschland beigetragen.

Klarer Sieg

Die Basketball-Auswahl Italiens qualifizierte sich als erste Mannschaft *für das Halbfinale der Europameisterschaft.* Der Titelverteidiger gewann vor 3500 Zuschauern sein erstes Endrundenspiel mit 97:71 gegen Frankreich und wird am Freitag (20.30 Uhr) auf den Sieger aus der Begegnung zwischen Weltmeister UdSSR und Bulgarien treffen. Erst in der zweiten Halbzeit konnten sich die Italiener entscheidend durchsetzen. Sie hatten nach sieben Minuten schon 4:20 zurückgelegen und konnten erst in der 24. Minute erstmals ausgleichen.

AUSSCHREITUNGEN / EG-Beschlüsse gefaßt

Sportminister setzen UEFA unter Entscheidungszwang

HELMUT HETZEL, Amsterdam

Der Schock, den die Fußballkatastrophe im Brüsseler Heysel-Stadion hinterließ, sitzt noch immer tief und bewirkte auf einer Sonderkonferenz der europäischen Sportminister in Amsterdam für die EG Ungewöhnliches: nämlich rasche Entscheidungen und Einigkeit.

So beschlossen die Minister übereinstimmend, daß

– fanatisierte und rivalisierende Fußballfans künftig in den Stadien völlig voneinander getrennt werden sollen,
– starke Polizeikräfte in den Fußballstadien bzw. vor und nach der Abreise der Fans eingesetzt werden,
– der Kartenvorverkauf streng kontrolliert werden soll,
– der Alkoholkonsum in den Stadien verboten wird
– und Gewalttäter künftig hart zu bestrafen sind.

Diese offene Konvention soll am 26. Juni dem Europarat vorgelegt werden. Der Vizepräsident dieses Rates, der Italiener Arnolfi, zeigte sich in Amsterdam zuversichtlich, daß alle 23 europäischen Länder diese Konvention unterzeichnen werden.

Der holländische Gastgeber, Staatssekretär van der Reijden, charakterisierte das Verhandlungsergebnis, das von den sieben europäischen Ländern (Großbritannien, Niederlande, Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg und der Bundesrepublik Deutschland) übereinstimmend gebilligt wurde, so: „Wir haben die UEFA unter Entscheidungszwang gesetzt."

Das Thema wird mit Sicherheit auch auf der Tagesordnung des Ende Juni geplanten Treffens der EG-Regierungschefs in Mailand stehen. Auch die europäischen Innenminister werden sich in Rom damit beschäftigen.

STAND ● PUNKT / *Der Abschied*

Im Gegensatz zu früher ist Guillermo heute innerlich nicht mehr sicher, daß er gegen 98 Prozent aller Gegner gewinnt." Björn Borg hatte das festgestellt, in aller Öffentlichkeit und schon im letzten Herbst. In diesem Frühjahr kam das Ende der Karriere des Guillermo Vilas. In Bologna verlor der argentinische Tennisstar gegen den Jugoslawen Goran Prpic. Der Mann ist die Nummer 257 der aktuellen Computer-Weltrangliste. Vilas wußte, wem die Stunde geschlagen hatte: „Ich glaube nicht, daß ich noch einmal den Mut aufbringe, *einen Tennisplatz zu betreten.* Ich habe gerade das letzte Match meines Lebens beendet."

Schade und traurig – aber wohl unabwendbar.

Stationen: Von 1974 bis 1982 hatten sie Vilas stets unter den sechs besten Tennisspielern der Welt eingestuft. Sechzig Grand-Prix-Turniere hatte er gewonnen. Doch in den letzten Jahren versagte er zunehmend gegen Außenseiter: 1983 in Wimbledon scheiterte er an Ndouka Odizor aus Nigeria, in Flushing Meadow an dem amerikanischen Amateur Greg Holmes von der Universität Utah.

*Es hat an seinem Selbstbewußt*sein genagt.

Er sei kein Sklave des Geldes, betonte er stets. Doch dann wurde er selbst zur Affäre, als er in Rotterdam verbotene Startgelder genommen haben soll. Vilas stellte traurig und verwundert fest, niemals zuvor habe ihn etwas nachhaltiger verunsichert als diese Angelegenheit.

Und in deemselben Maße, wie er an sich zu zweifeln begann, stieg die Zuversicht seiner Gegner.

Vor fünf Jahren erschien in Paris sein Gedichtband „Vagabondages 21". Unter dem Titel „Echo" schrieb er folgendes: „Traum ohne Echo. Du bist einsam. Traum ohne Wirklichkeit, *Du bist leer. Traum meines Lebens,* Du! Sag mir, wer Du bist."

K. Bl.

SPORT-NACHRICHTEN

Rummenigge muß bleiben

München (dpa) – Der vom Hamburger SV umworbene Michael Rummenigge (21) muß bei Bayern München bleiben. „Präsidium und Trainer haben es einstimmig abgelehnt, Rummenigge an die Hamburger auszuleihen", erklärte Manager Uli Hoeneß.

Nationaltrainer gefeuert

Lima (UPI) – Mitten in den Qualifikationsspielen zur Fußball-Weltmeisterschaft 1986 in Mexiko wurde Perus Nationaltrainer Moises Barack seines Amtes enthoben. Nach dem dritten von sechs Qualifikationsspielen hat Peru 3:3 Punkte.

Winterspiele gesichert

Calgary (sid) – Das Organisationskomitee der XV. Olympischen Winterspiele 1988 im kanadischen Calgary (OCO) wird von den Lotterie-Gesellschaften der zehn kanadischen Provinzen 190 Millionen kanadische Dollar (umgerechnet rund 210 Millionen Mark) erhalten. Da zudem die amerikanische Fernsehgesellschaft ABC für die exklusiven Übertragungsrechte rund 309 Millionen kanadische Dollar zahlt, ist der finanzielle Erfolg der Winterspiele gesichert.

Freigabe verweigert

Braunschweig (sid) – Bundesliga-Absteiger Eintracht Braunschweig *hat seinem Abwehrspieler Reinhard* Kindermann die Freigabe für einen Wechsel zu den Fußball-Amateuren des FC Augsburg verweigert. „Wir haben ihm ein Angebot vorgelegt. Wenn er nun trotzdem in die Bayernliga wechseln will, muß er mit einer einjährigen Sperre rechnen", sagte Eintracht-Präsident Mast.

Volleyball-Niederlage

Salzburg (sid) – Die deutschen Volleyball-Damen unterlagen im ersten von fünf Länderspielen gegen Kuba mit 0:3 (7:15, 14:16, 9:15). Vor 350 Zuschauern in Salzburg leisteten sie vor allem im zweiten Satz gegen den Weltmeisterschafts-Fünften heftige Gegenwehr, mußten sich jedoch nach 60 Minuten Spielzeit geschlagen geben.

Gefälschte Karten

London (dpa) – Die englische Polizei hat gefälschte Eintrittskarten für das in der letzten Juniwoche beginnende Wimbledon-Turnier gefunden. Es handelt sich um Platzkarten für Spiele auf dem Centre Court, die auf dem Schwarzmarkt gekauft wurden und bis zu 2000 Mark gekostet hatten.

Prean Deutscher?

London (dpa) – Der englische Tischtennis-Spitzenspieler Carl Prean (17) bewirbt sich um die deutsche Staatsangehörigkeit. Seine Mutter ist Deutsche. Prean, Junioren-Vize-Europameister 1983 und 1984, wird in der kommenden Saison für Grün-Weiß Bad Hamm in der Bundesliga spielen.

Eberstadt: Ohne Zhu

Düsseldorf (sid) – Das internationale Hochsprung-Meeting in Eberstadt wird am Sonntag *ohne den chinesischen* Weltrekordler Zhu Jianhua (2,39 m) stattfinden. Der Olympiadritte soll sich den Fuß umgetreten haben.

ZAHLEN

RAD

Tour de Suisse, Prolog, Einzelzeitfahren über 6,5 km in Locarno: 1. da Silva (Portugal) 8:27,9 Min., 2. Wyder (Schweiz) 8:28,8, 3. Vanderaerden (Belgien) 8:29,1, 4. Bérard (Frankreich) 8:29,6, ... 9. Gölz 8:36,2, ... 22. Thurau (beide Deutschland) 8:43,7.

LEICHTATHLETIK

„DDR"-Sportfest in Halle, Männer: Hammer: 1. Moder (Ost-Berlin) 80,92 („DDR"-Rekord). Diskus: 1. Hoßfeld (Erfurt) 63,42 m, 2. Lemme (Magdeburg) 63,02. – Frauen: 100 m: 1. Göhr (Jena) 10,92 Sek., 2. Gladisch 11,06, 3. Koch (beide Rostock) 11,19. – 800 m: 1. Ludwigs (Neubrandenburg) 1:59,45 Min., 2. Körber-Ulrich (Erfurt) 1:59,76. – 100 m Hürden: 1. Riefstahl-Oschkenat (Ost-Berlin) 12,87 Sek. – Kugel: 1. Müller (Rostock) 20,67, 2. Schulze (Ost-Berlin), 3. Knorscheidt (Halle) 19,80. – Speer: 1. Felke (Jena) 66,68 m.

Agententhriller auf der Glienicker Brücke

● Fortsetzung von Seite 1

tiv undramatisch ab: Das Quartett aus Amerika wurde zunächst in die Bundesrepublik Deutschland geflogen. Dann transportierte ein US-Militär-Jet die wertvolle Fracht am Dienstag morgen zum Berliner US-Militärflughafen Tempelhof. „Dorthin kam Rechtsanwalt Vogel mit seinem großen Mercedes und vergewisserte sich, ob auch die vier ‚Richtigen' von Bord gegangen sind", berichtete ein Augenzeuge. US-Militär lotste den Konvoi unauffällig durch die halbe Stadt – *stets im US-Sektor – hinaus nach* Wannsee zur Glienicker Brücke. Über diese Stahlbrücke auf vier Steinpfeilern rollen täglich die Limousinen der drei westalliierten Militärmissionen, die in Potsdam ihr Quartier haben.

Der westliche „Geleitzug" bestand aus einem blauen Transporter und einem beigefarbenen Bus, die auf die Brücke rollten. Von Potsdam her näherte sich ein „DDR"-Bus mit den 25 Häftlingen. Im Niemandsland auf der 128 Meter langen Brücke mit ihren dunkelgrünen Stahlaufbauten vollzog sich vor den mit Vogels Hilfe exklusiv informierten SED-Kameratrupps nach einem peniblen Ritual der Tausch: Die vier US-Gefangenen stiegen aus. Frau Michelson fiel Wolfgang Vogel spontan um den Hals und küßte den Mit-Regisseur dieses west-östlichen Epos. „Schicken Sie Ronald *Reagan ein Danktelegramm*", gab Vogel dann den 19 aus „DDR"-Haft freigekommenen Deutschen mit auf den Weg in den Westen. Vielleicht hörten sie gar nicht genau hin – überwältigt vom Glück des Augenblicks reckten viele von ihnen die Finger zu Winston Churchills Siegeszeichen – ein neues Leben für „Lebenslängliche" und andere hart Verurteilte.

Sie wurden noch am Dienstag nach Frankfurt geflogen und kamen ins Notaufnahmelager Gießen. Dort kritisierte einer der Ex-Häftlinge, Jörg Süß aus Jena, im Gespräch mit einer AP-Reporterin die „menschenunwürdigen Haftgedingungen". Ihm seien sogenannte „Wahrheits-Spritzen", Schläge und Fußtritte verabreicht worden.

Wäre es nach Reagan gegangen, hätten *auf* der Glienicker Brücke auch Andrej Sacharow und Anatoli Schtscharanski aus dem Ost-Bus klettern können. Aber Moskau blockte ab ...

Abgasarmes Auto: Bonn ist optimistisch

HEINZ HECK, Bonn

Innenminister Zimmermann hat die bisherigen Verhandlungserfolge um die Durchsetzung des schadstoffarmen Autos in Europa als „wichtigen Schritt in die richtige Richtung" bezeichnet. *Zugleich ließ er jedoch in* der gestrigen, von der Fraktion die *Grünen beantragten* Aktuellen Stunde Zweifel deutlich werden, ob die von der EG-Kommission am 5. Juni vorgeschlagenen Abgasgrenzwerte beim Umweltministerrat am 25. Juni angesichts des britischen Widerstandes mit Zustimmung rechnen können. Der SPD warf Zimmermann vor, den deutschen Interessen nicht nur durch die Schwächung der Bonner Position Schaden zuzufügen. Er erin*nerte sie zugleich daran, daß die nun*mehr in Aussicht genommenen Abgasgrenzwerte deutlich schärfer seien als alle Zielvorstellungen der früheren SPD-geführten Bundesregierung.

Die Redner der SPD warfen Zimmermann „bewußte und vorsätzliche" Täuschung des Parlaments und der Öffentlichkeit vor. „Wir glauben Ihnen kein Wort *mehr*, Herr *Zimmermann*", betonte Hauff. Der Minister habe mit seiner Verhandlungsführung der Umwelt wie auch der Automobilindustrie geschadet. Für Lennartz hat es in der Geschichte des Automobils bisher keine Maßnahme gegeben, die *allen* Beteiligten so sehr geschadet habe. Stoltenberg könne bis 1987 mit rund 1,7 Milliarden Mark Mehreinnahmen durch die Spreizung der Mineralölsteuer rechnen. Er forderte eine stärkere Senkung der Steuer auf bleifreies Benzin.

Die Redner der Koalitionsparteien machten in erster Linie das in den EG-Partnerländern schwächer ausgeprägte Umweltbewußtsein und die Untätigkeit der SPD in ihrer eigenen Regierungszeit für die Schwierigkeiten verantwortlich. Der frühere Innenminister Baum (FDP) bezeichnete die für Fahrzeuge der Zwei-Liter-Klasse zu erwartenden Grenzwerte als „in Ordnung". Für Mittelklassefahrzeuge plädierte er, wie zuvor Zimmermann, für weitere Verbesserungen. In der Klasse der Kleinfahrzeuge (bis 1,4 Liter Hubraum) sei nicht mehr zu erreichen.

Der Grünen-Abgeordnete Schulte (Menden) warf der Bundesregierung vor, sie habe „beim drängendsten *umweltpolitischen Problem*, der Bekämpfung des Waldsterbens, auf der ganzen Linie kläglichst versagt".

Betroffenheit über Glemps Attacke gegen die Landsmannschaft Schlesien

Unmut auch in der Deutschen Bischofskonferenz / Was der polnische Primas sagte

GERNOT FACIUS, Bonn

Mit Betroffenheit – in anderen Reaktionen war die tiefe Verärgerung nicht zu überhören – hat die Deutsche Bischofskonferenz die jüngsten Äußerungen des Primas von Polen, Jozef Kardinal Glemp, zum deutsch-polnischen Verhältnis zur Kenntnis genommen. Der Kardinal hatte wenige Tage vor dem Schlesier-Treffen in Hannover in einem Interview des Westdeutschen Rundfunks, das von der Wochenzeitung „Die Zeit" veröffentlicht wurde, die Vertriebenenorganisationen scharf angegriffen. Er warf insbesondere der Landsmannschaft Schlesien vor, die Verständigung zu verhindern, „weil sie auf ziemlich künstliche Weise das Heimweh aufrechterhält". Das „Hochspielen der deutschen *Minderheit in Po*len und revisionistisches Gerede" in der Bundesrepublik richteten Schaden an, meinte der Kardinal weiter.

Es ist das zweite Mal in einem Jahr, daß der polnische Primas Unmut erregt. Im August 1984 hatte Glemp vor Pilgern in Tschenstochau das deutsche Staatsbürgerrecht kritisiert und die *Existenz einer starken deutschen* Minderheit im polnischen Machtbereich indirekt geleugnet. Was bei Bischöfen und Politikern im Westen auf besondere Kritik stieß, war: Glemp ließ sich ablehnend zu Gottesdiensten in *deutscher Sprache* vernehmen. In Bonn erinnerte damals die Bischofskonferenz an eine Erklärung von Kardinal Wyszynski aus dem Jahr 1980: „Was uns vornehmlich interessiert, ist der Gottesdienst und die Seelsorge, die für unsere Landsleute notwendig sind, die auf dem Gebiet Deutschlands leben und für eure Mitbrüder, die auf dem Gebiet Polens leben". Diese Stellungnahme, hieß es gestern, sei weiter aktuell.

Die Deutsche Bischofskonferenz hatte sich in den vergangenen Monaten darum bemüht, zu verhindern, *daß die Glemp-Worte die engen Be*ziehungen zum polnischen Episkopat schädigen. Der Sekretär der Konferenz, Prälat Wilhelm Schätzler, sondierte in Polen. Der Primas versuchte in Briefen an Kardinal Höffner und dessen Amtsbrüder, die Äußerungen von Tschenstochau als Mißverständnis hinzustellen. Es gab auch einen Briefwechsel, der einen Schlußstrich unter die Angelegenheit ziehen sollte. Die deutschen *Oberhirten* wiesen darin ausdrücklich darauf hin, daß es die Vertriebenen gewesen seien, die sehr früh die Initiative zur Verständigung ergriffen hatten. In Bonn wurde nicht nur bedauert, daß der Kardinal *mit seinen Bemerkungen über angeb*lich revisionistische Strömungen *kommunistische Propagandathesen* verstärke. Man zeigte sich vielmehr auch verbittert darüber, daß sich hier ein Mann äußert, der es aus seiner genauen Kenntnis der Situation in der Bundesrepublik Deutschland besser wissen müßte.

Der heutige Primas hielt sich des öfteren in Straelen bei Geldern (Niederrhein) auf, wo er als junger Geistlicher in der Seelsorge aushalf. Er ist mit der Familie der Theologin Uta Ranke-Heinemann, Tochter des früheren Bundespräsidenten, verwandtschaftlich verbunden. Frau Ranke-Heinemann, die sich den Zielen der „Friedensbewegung" verbunden fühlt, nimmt auch in *Fragen* der Ostpolitik eine Position ein, die von Warschau gerne herangezogen wird.

Späth wirbt für einen „Brückenschlag"

In Warschau zitiert der CDU-Politiker aus den Reden Weizsäckers und Kohls

fac. Bonn

*Der baden-württembergische Mini*sterpräsident und stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende Lothar Späth hat während seines jüngsten Polenbesuchs darauf hingewiesen, daß sowohl Bundeskanzler Kohl als auch Bundespräsident Richard von Weizsäcker in der umstrittenen Grenzfrage „klare Positionsbestimmungen" gegeben hätten. Späth versicherte bei allen Gelegenheiten in Warschau, daß die Polen, die in den Oder-Neiße-Gebieten aufgewachsen sind, dort Heimatrechte genössen. Die Bundesrepublik Deutschland habe keine Gebietsansprüche an Polen.

Späth bemühte sich, immer wieder *aus der Bundestagsrede des Kanzlers* vom 27. Februar und aus den Äußerungen des Bundespräsidenten zum 8. Mai zitierend, für eine Politik des Brückenschlags zwischen Polen und Deutschen zu werben. Für eine solche Politik hätten Kohl und von Weizsäcker die „entscheidenden Fundamente" geschaffen, präzisierte gestern *Späths Sprecher* Kleinert gegenüber der WELT die Position des Stuttgarter *Regierungschefs*. Sowohl Weizsäcker als auch Kohl hatten dazu *aufgerufen*, weniger das Trennende als vielmehr das Gemeinsame herauszustellen und dem Freiheitsgedanken den entsprechenden Stellenwert zu geben. Späth zitierte in Warschau den Bundespräsidenten: „Für mich ist die deutsche Frage offen, solange das Brandenburgertor zu ist". Seinen polnischen Gesprächspartnern gab der CDU-Politiker aber auch zu verstehen: „Sie können von uns nicht erwarten, *daß wir Urteile* des Bundesverfassungsgerichts in die Schublade *stecken*". *Das Gericht* hatte entschieden, daß die Ostverträge aus dem *Jahre* 1970 *nicht* als Grenzanerkennungsverträge verstanden werden dürfen.

So ließ auch Späth die Warschauer Führung wissen, daß er wie alle anderen Politiker der Union nur für die *Bundesrepublik* Deutschland sprechen und mögliche Entscheidungen eines gesamtdeutschen Souveräns zur Grenzfrage nicht vorwegnehmen könne.

Späth versicherte, es sei ein Wunsch der Bundesregierung und *auch seiner Partei*, „die *vielleicht* in der Vergangenheit weniger Kontakte zu den polnischen Bereichen hatte als die Sozialdemokraten", daß die Freundschaft zwischen Polen und der Bundesrepublik „auch auf parteipolitischem Gebiet auf eine solide Grundlage gestellt wird". Er habe seine polnischen Gesprächspartner in diesem Zusammenhang auch darum gebeten, bei der Lösung der humanitären Frage zu helfen. Dabei habe er auch die in letzter Zeit stark reduzierte Familienzusammenführung angesprochen.

Elbgrenze: „DDR" zeigt keine Dokumente

H. KAMPHAUSEN, Ratzeburg

Mit der Behauptung, die Elbe zwischen den Stromkilometern 472,6 und 566,6 sei in den Jahren 1945 bis 1949 Teil der sowjetischen Besatzungszone gewesen, überraschte der Leiter der „DDR"-Delegation in der Gemeinsamen Grenzkommission, der Gesandte Volkmar Fenzlein, gestern die Vertreter der Presse.

In seiner „Darlegung zum Grenzverlauf Elbe" im Anschluß an die Tagung der Gemeinsamen Grenzkommission sagte Fenzlein, das Ostufer des Flusses sei „zu keinem Zeitpunkt" die Grenze zwischen der Bundesrepublik *Deutschland* und der „DDR" gewesen. Auch durch die *Wiederholung* der Behauptung von einer angeblichen Grenze auf dem Ostufer könne die „historische Tatsache" nicht beiseite geräumt werden, daß die Elbe zwischen Stromkilometer 472,6 und 566,3 für schiffbare Flüsse üblicherweise Teil der sowjetischen Besatzungszone gewesen sei. Die territorialen und hoheitlichen Zu*ständigkeiten* für diesen Teil der Elbe seien 1949 an die „DDR" mitübergeben worden, behauptete Fenzlein. Der Gesandte verwies dann auf einen zwischen Bonn und Ost-Berlin abgestimmten Protokollversuch aus dem Jahr 1975, wonach man sich geeinigt habe, die Grenze in der Strommitte festzulegen.

Bonn hatte diese Meinung aber schließlich verworfen, weil die *Grenzkommission* lediglich die Aufgabe hat, die Grenze dort festzustellen, *wo* die ehemaligen Besatzungsmächte die Demarkationslinien zwischen den Besatzungszonen festgelegt hatten. Eine Verlegung der Grenze in die Mitte des Flusses wäre demzufolge ein „konstitutiver Akt" gewesen, den die Grenzkommission nicht vornehmen könne.

Die „DDR"-Delegation trug ihre Meinung zum Verlauf der Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der „DDR" vor, *ohne* jedoch Dokumente als Belege ihrer These vorzulegen. Fenzlein ließ zudem unerwähnt, daß die britische Besatzungsmacht von 1945 bis Januar 1951 die Kontrolle über die gesamte Breite der Elbe im Abschnitt Schnackenburg-Lauenburg ausübte und jedes Schnackenburg talwärts passierende Schiff eine Durchfahrtgenehmigung der Briten benötigte.

Walesa nennt Strafanträge terroristisch

DW. Danzig

Der polnische Arbeiterführer Lech Walesa hat den Strafantrag vom Dienstag im Danziger Prozeß gegen die drei ehemaligen Führer der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität", Frasyniuk, Lis und Michnik, als terroristisch gebrandmarkt. Der Staatsanwalt hatte für Frasyniuk fünf, für Michnik und Lis je vier Jahre Gefängnis ohne Bewährung gefordert.

In einer der westlichen Presse in Danzig zugespielten Erklärung Walesas heißt es weiter, der Ablauf dieses Verfahrens bedrohe die friedlichen *Methoden des Kampfes für Reformen* und Gewerkschaftsfreiheit in Polen. Den drei Regimekritikern wird die Führung einer verbotenen Organisation zur Last gelegt. Der Staatsanwalt hatte sie als „antipolnische Agenten" beschimpft.

Ein Gericht in Jedrzejow hat zwei polnische Geistliche wegen Unterstützung eines Schülerstreiks gegen die Entfernung von Kruzifixen aus *einer Schule in der Kleinstadt* Wloszezowa zu Haftstrafen verurteilt. Gegen Pater Marek Labuda wurde wegen Hausfriedensbruchs und Widerstands gegen die Staatsgewalt eine einjährige Gefängnisstrafe ohne Bewährung ausgesprochen. Die zehnmonatige Haftstrafe gegen Pater Andrzej Wilczynski setzte das Gericht für drei Jahre zur Bewährung aus. Nach dem Urteilsspruch wurden vor dem Gerichtssaal 57 Demonstranten festgenommen.

Moskau will Handel mit Bonn ausweiten

Co. Bonn

Der sojewtische Botschafter Wladimir Semjonow hat in einem Gespräch mit Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher den Wunsch Moskaus nach einem weiteren Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern auf einer stabilen *Grundlage unterstrichen*. Genscher erwiderte, dies sei auch das Ziel der Bundesregierung. Bonner Diplomaten hatten schon vor dem Treffen mit Interesse neu erwachte russische Bestrebungen zur verstärkten ökonomischem Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik registriert.

Auf politischem Gebiet vereinbarten Genscher und Semjonow die baldige Abhaltung der schon in Wien mit *Sowjetaußenminister Andrej* Gromyko verabredeten Konsultationen auf hoher Beamtenebene. In diesem Zusammenhang wird der deutsche Botschafter in Moskau, Jörg Kastl, Ende dieser Woche zu einer eingehenden Erörterung der West-Ost-Beziehungen nach Bonn kommen.



Kohl rät Kommunen zu erhöhten Investitionen

Optimistische Atmosphäre auf dem Deutschen Städtetag

F. DIEDERICHS, Berlin

Die Bundesregierung erwartet nach Aussage von Bundeskanzler Helmut Kohl in diesem Jahr eine deutliche Trendwende im kommunalen Investitionsverhalten. Zur Eröffnung der 23. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Städtetages im Berliner Reichstag forderte Kohl die Kommunen und Gemeinden in der Bundesrepublik auf, die neugewonnenen finanzwirtschaftlichen *Handlungsspielräume für „einen ste*tigen Wiederanstieg der kommunalen Investitionen" zu nutzen.

Der Kanzler entsprach mit diesem Appell auch der Auffassung des amtierenden Präsidenten des Städtetages, des Dortmunder Oberbürgermeisters Günter Samtlebe (SPD). Samtlebe hatte in seiner Grundsatzrede vor rund 1200 Delegierten die Ansicht vertreten, nach der Konsolidierungsphase der *letzten* Jahre, bei denen die Städte rund 90 Prozent weniger investiert *und* erheblich *mehr* Personal eingespart hätten, sei es jetzt an der Zeit, „das Ruder herumzureißen" und mit verstärkten Investitionen die Arbeitsmarktsituation zu verbessern.

Kohl sprach von einem „beträchtlichen Investitionsstau", der gleichzeitig dazu geführt habe, daß man „auf dem gemeinsamen Weg zur Gesundung der Kommunalfinanzen ein gutes Stück vorangekommen" sei. 1984 *hätten die Gemeinden erstmals seit* Bestehen der Bundesrepublik ein Haushaltsjahr mit einem Finanzierungsüberschuß in Höhe von fast eineinhalb Milliarden Mark abgeschlossen. Dies sei ein überzeugender Ausdruck dafür, daß kommunale Selbstverwaltung von den Kommunalpolitikern auch als hauswirtschaftliche Selbstverantwortung verstanden werde, die selbst unbequemen Entscheidungen nicht ausweiche.

Konsolidierung fortsetzen

Die kommunalen Einnahmen seien vor *allem durch finanzielle* Ausgleichsregelungen des Bundes, wie die Umsatzsteuerneuregelung, den Gewerbesteuerausgleich und den Sonderausgleich zum Steuerentlastungsgesetz 1984 gestärkt worden, durch die der Bund auf jährliche Einnahmen von 4,5 Milliarden Mark verzichtet habe. „Wir sind damit an die Grenze des finanzwirtschaftlich Möglichen gegangen", sagte Kohl.

Der Kanzler bekräftigte seine Ansicht, die Bundesregierung werde nicht, „unter welchem Druck auch immer", vom bisherigen Kurs der Haushaltskonsolidierung abweichen. Nur geordnete Staatsfinanzen seien Grundlage einer gesunden Wirtschaft. Als Hauptziel nannte der Bundeskanzler die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Es werde aber „Jahre dauern, bis wir sie auf breiter Front abbauen können".

Mißfallenskundgebungen aus dem Plenum erregten Äußerungen des Regierungschefs, mit denen er die derzeitige Arbeitsmarktsituation als „Hypothek der Vergangenheit" umschrieben hatte. Kohl hatte in diesem Zusammenhang erneut darauf hingewiesen, vor dem *Regierungswechsel* im Jahr 1982 habe es „schwerwiegende Fehlentscheidungen" *mit* „teilweise schlimmen Folgen" gegeben. Heute nehme jedoch die Bundesrepublik im wirtschaftlichen Wachstum „in Europa eine Spitzenposition ein".

Milliarde für Städtebau

Zur Stützung des kommunalen Investitionsverhaltens will Bonn in den nächsten beiden Jahren für die Städtebauförderung rund eine Milliarde Mark zur Verfügung stellen. Zusammen mit dem Beitrag der Kommunen stünden dann nach Worten Kohls rund 2,3 Milliarden Mark für diesen Bereich zur Verfügung. Gerade Verbesserungen in der städtischen Infrastruktur und bei der Stadterneuerung könnten, so waren sich gestern Kohl und Samtlebe einig, zu einer Stärkung des Grundgedankens dieses *Städtetages* führen, der unter dem Motto steht: „Die Stadt: Heimat ihrer Bürger." Samtlebe: Die Städteflucht der Bürger beginne sich jetzt „allmählich umzukehren".

Bundespräsident Richard von Weizsäcker würdigte die *kommunale* Selbstverwaltung als „den historischen Ursprung und das Fundament unserer demokratischen Tradition". In Städten und Gemeinden werde nach Worten Weizsäckers Volkssouveränität ernst genommen, die Bürger *seien dort* „mehr *als* lediglich Wähler". Als beispielhaft bezeichnete es der Bundespräsident, daß es in der Kommunalpolitik noch „Worte und Taten über die Parteigrenzen hinweg" gebe.

*Gestern beschäftigten sich die De*legierten des Städtetages in vier Arbeitskreisen mit den Themen Wirtschaft und Arbeitsplätze, Umwelt, Finanzen sowie Kultur und Freizeit. Heute steht die Neuwahl des Präsidiums auf der Tagesordnung. Dabei gilt die Wahl des Frankfurter Oberbürgermeisters Walter Wallmann (CDU) als Nachfolger Samtlebes als sicher, da Wallmann einziger Kandidat ist. Als Vizepräsident kandidiert der Oberbürgermeister von Hannover, Herbert Schmalstieg.

Kardinal kritisiert Sandinisten

AP, Washington

Drei Führer der militärischen und politischen Opposition in Nicaragua haben sich zur „Union der nicaraguanischen Opposition" zusammengeschlossen und ein Grundsatzprogramm *mit ihren Forderungen und* Vorstellungen formuliert.

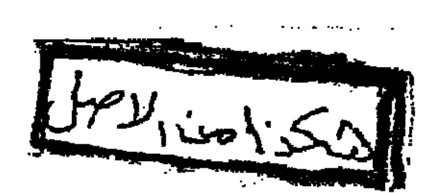
In dem Positionspapier verlangen die Oppositionellen die Entmilitarisierung Nicaraguas und die Einsetzung einer Übergangsregierung „der nationalen Aussöhnung". Diese Regierung soll innerhalb eines Jahres überwachte Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung ausschreiben, an der alle politischen Kräfte teilnehmen. Die „Volkstribunale" gegen Anhänger des früheren Präsidenten *Somoza* und die Todesstrafe sollen abgeschafft werden.

Kritik an dem Sandinisten-Regime hat auch der Erzbischof von Managua, Kardinal Miguel Obando Bravo, geübt. Als „ein und dieselbe Sache" bezeichnete er die als „Volkskirche" angesehenen Basisgemeinden seines Landes und die Sandinisten-Regierung. Beide Seiten identifizierten sich sehr stark miteinander, erklärte *Obando Bravo* gegenüber der in Barcelona erscheinenden Zeitung „La Vanguardia". Der Kardinal wies darauf hin, daß er gegenwärtig von den Sandinisten „in ernste Schwierigkeiten versetzt" würde, weil er die gleiche kritische Haltung zum Staat vertrete, die ihm auch schon die Gegnerschaft des gestürzten Somoza-Regimes *eingebracht habe*. *In jüngster* Zeit gebe es in Nicaragua „verschiedene Anzeichen" dafür, so Obando Bravo, daß wieder der „Totalitarismus" angesteuert werden solle.

SPD begrüßt Haltung der USA zu SALT 2

dpa, Bonn

Die SPD hat die Entscheidung des amerikanischen Präsidenten Ronald *Reagan* begrüßt, daß sich die USA auch in Zukunft an die Bestimmungen *des 1979* unterzeichneten, aber nicht ratifizierten SALT-2-Abkommens *halten wollen*. In einer Erklärung der SPD-Bundestagsfraktion unterstrich der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Horst Ehmke gestern in Bonn, SALT 2 sei ebenso wie der Abwehr-Raketen-Vertrag (ABM) eine entscheidende Grundlage für die Fortsetzung des Abrüstungs- und Rüstungskontrolldialogs zwischen den Supermächten.



Hypothek ohne Risiko

cd. – Hypotheken mit einem für die gesamte Laufzeit festen Zins – das war so manchmal in den letzten 15 Jahren, wenn das Zinsniveau relativ niedrig erschien, der Traum vorsichtiger Häuslebauer. Mittlerweile läßt sich dieser Traum verwirklichen.

Wer sich nicht dem Risiko aussetzen will, daß sich die Hypothek nach Ablauf der üblichen fünf- bis zehnjährigen Zinsbindungsfrist verteuert, muß dafür freilich eine Prämie zahlen. So ist zum Beispiel bei der Rheinischen Hypothekenbank, einer Tochter der Commerzbank, die monatliche Belastung für Zinsen einschließlich ein Prozent Tilgung bei 100 000 Mark Darlehen mit 770 Mark um knapp 25 Mark höher als bei einer ohne Damnum ausgezahlten Hypothek, deren Zinssatz nach zehn Jahren an den aktuellen Marktzins angepaßt werden kann.

Gewiß, auch eine so kleine Risikoprämie summiert sich in 28 Jahren zu einem stattlichen Betrag; ohne Zins und Zinseszinsen sind es je 100 000 Mark Hypothek immerhin 8400 Mark. Aber die Sicherheit, gegen die möglicherweise einmal sehr deutliche Verteuerung einer Hypothek geschützt zu sein, die heute nur wegen der relativ kurzfristigen Zinsfestschreibung preiswert erscheint, sollte schon des Nachdenkens wert sein.

Zwar kann man hoffen, daß die Zinsen noch weiter sinken, aber niemand kann ausschließen, daß sie auch wieder einmal explodieren. Im übrigen ist das „Risiko" einer langfristigen Zinsbindung dadurch eingeschränkt, daß der Schuldner seine Hypothek nach zehn Jahren kündigen kann.

Kein Durchblick

sas. – Nicht immer will ein Unternehmen ein neues Produkt, das es auf den Markt bringt, auch verkaufen. Das gilt offenbar für den Colonia-Renditeplan und -Sparplan, zwei Produkte, die die Versicherung Anfang des Jahres ihren Kunden angeboten hat, nachdem einzelne Banken damit vorangegangen waren. In beiden Fällen wird das Sparziel über eine Risikolebensversicherung abgesichert. Wie jetzt die Verantwortlichen – durchaus zufrieden – berichteten, sind die beiden Angebote bisher zusammen nur auf etwa 30 bis 50 Vertragswillige gestoßen. Die Erklärung dafür lieferte man gleich mit: So war dem Außendienst für die Sparpläne nur eine sehr geringe Provision gewährt worden, die erst gar kein Interesse an ihrem Verkauf aufkommen ließ. Denn schließlich seien die beiden Produkte von vornherein nur zur argumentativen Stützung des Außendienstmitarbeiters im Kundengespräch eingeführt worden. Dadurch habe man nämlich um so mehr Lebensversicherungen an den Mann bringen können. Da soll der Verbraucher noch durchblicken.

KERNENERGIE / Nordrhein-Westfalen und Hessen fordern ein neues Konzept

Ministerpräsidenten wollen über die Probleme der Entsorgung beraten

HEINZ HECK, Bonn

Hessen und Nordrhein-Westfalen fordern Änderungen am nuklearen Entsorgungskonzept der Bundesregierung. Mit diesem Thema will sich auf Vorschlag der Ministerpräsidenten Börner und Rau die morgen stattfindende Konferenz der Regierungschefs von Bund und Ländern befassen. Die Bundesregierung hat in Stellungnahmen zu den Forderungen bereits zu erkennen gegeben, daß sie an ihrer Linie festhalten wird.

Die Meinungsverschiedenheiten zwischen Bonn und Wiesbaden konzentrieren sich auf die Notwendigkeit der Wiederaufarbeitung. Nach Auffassung der hessischen Landesregierung ist die Wiederaufarbeitung
- wirtschaftlich nicht vertretbar,
- energie- und entsorgungspolitisch verzichtbar,
- unter dem Gesichtspunkt der radiologischen Sicherheit ungünstiger zu beurteilen als die direkte Endlagerung,
- wegen der hohen Risiken der Plutoniumwirtschaft nicht verantwortbar und
- nicht wesentlich weiter entwickelt als die direkte Endlagerung.

Damit zieht Wiesbaden völlig andere Schlüsse als Bonn aus der im Dezember 1984 vorgelegten „Systemstudie andere Entsorgungstechniken". Die Regierungschefs von Bund und Ländern waren in ihrem Entsorgungskompromiß vom 28. September 1979 unter anderem übereingekommen, neben der Weiterverfolgung des integrierten Entsorgungskonzepts auch andere Entsorgungstechniken wie zum Beispiel die direkte Endlagerung untersuchen zu lassen. Das Forschungsministerium hatte eine Reihe von Studien zum Vergleich der beiden Entsorgungswege mit und ohne Wiederaufarbeitung in Auftrag gegeben, die in dem erwähnten Papier vom Dezember 1984 gipfelten.

Daraus zog das Bundeskabinett in der Beratung vom 23. Januar 1985 unter anderem folgende Schlußfolgerungen:
- Die direkte Endlagerung abgebrannter Brennelemente aus Leichtwasserreaktoren hat keine entscheidenden sicherheitsmäßigen Vorteile.
- Die Bundesregierung sieht keinen Anlaß, von dem im Atomgesetz festgelegten Entsorgungskonzept abzugehen, das vom Gebot der Reststoffverwertung und damit vom Grundsatz der Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente ausgeht.
- Die zügige Verwirklichung einer deutschen Wiederaufarbeitungsanlage ist weiterhin geboten.
- Die direkte Endlagerung kommt aus heutiger Sicht zunächst nur für solche Brennelemente in Betracht, für die die Entwicklung einer eigenen Wiederaufarbeitungstechnik wirtschaftlich nicht vertretbar ist.

Für die von Börner geforderte Einsetzung eines Staatssekretärs-Ausschusses von Bund und Ländern zur Überprüfung des Entsorgungskonzepts sieht die Bundesregierung daher „keine Veranlassung". Das 1979 von den Regierungschefs „bestätigte Entsorgungskonzept hat sich bewährt". Die seinerzeit für die Wiederaufarbeitung angeführten Gründe „gelten heute unverändert fort. Nicht die Sachlage hat sich geändert, sondern ihre politische Bewertung durch die hessische Landesregierung", meint das Bonner Innenministerium.

Auch Rau übt Kritik an der Kabinettsentscheidung vom 23. Januar, dies vor allem mit Blick auf die in den nächsten Monaten anstehenden Entscheidungen für den Schnellen Brüter in Kalkar („dabei geht es um die Frage, ob die Brennelemente mit dem Kernbrennstoff Plutonium in die Anlage verbracht werden können und das Kernkraftwerk schrittweise seinen Betrieb aufnehmen darf").

Der Düsseldorfer Regierungschef meldet verstärkte Zweifel gegen die Zweckmäßigkeit und Verantwortbarkeit der Brüter-Technik an, die die Bundesregierung allerdings nicht teilt. Bonn hält die Anordnung des Sofortvollzugs für die weiteren Teilgenehmigungen – wie bisher – für erforderlich und beruft sich unter anderem auf die unverändert bestehende forschungspolitische Notwendigkeit des Projekts. Rau drängt auf eine Entsorgungsregelung für Kalkar. Seine Zurückhaltung gegenüber dem Einsatz des Zwischenlagers Ahaus erhält durch den Baustopp des Oberverwaltungsgerichts Münster für dieses Projekt zusätzliches Gewicht.

STRASSENBAU

Keine Hoffnung auf wirksame Maßnamen der Regierung

HANS BAUMANN, Essen

Die deutsche Straßenbauwirtschaft gibt sich keinen Illusionen hin, daß sie aus Bonner Maßnahmen zur Belebung der Bauwirtschaft profitieren könnte. Wie das Präsidiumsmitglied der Deutschen Straßenliga, Heinz Holberndt, Vorsitzender des Vorstandes der Teerbau Gesellschaft für Straßenbau GmbH, Essen, vor der Presse erklärte, reiche seine Phantasie nicht aus, um sich aus Bonner Initiativen etwas für den Straßenbau auszurechnen, „zumindest nicht für 1985".

Holberndt verweist darauf, daß von Bund und Ländern keine zusätzlichen Mittel zu erwarten seien, daß bestenfalls die Gemeinden etwas mehr investieren könnten. Doch diese 8744 kommunalen Einheiten seien in der Ausgabe ihrer Mittel völlig autonom. Es gebe kein Instrument, sie zu einem einheitlichen Verhalten etwa bei Straßenbauinvestitionen zu veranlassen. Da aber liege die Krux des Straßenbaus, da die Kommunen 53 Prozent des gesamten Straßenbaus finanzierten.

Nach Holberndt ist die Bauwirtschaft gut beraten, die Kapazitäten weiter an den verringerten Bedarf anzupassen und sich nicht auf Investitionsprogramme zu verlassen, die auch schon in der Vergangenheit nichts als „Strohfeuer" gewesen seien, die lediglich Aufträge vorgezogen und danach den Anpassungszwang nur noch verschärft hätten.

Von 1974 bis einschließlich 1984 sind die Straßenbauaufgaben real um 32 Prozent auf 8,5 (12,5) Mrd. Mark zurückgegangen. Die Zahl der Beschäftigten sank in der gleichen Zeit um 30 Prozent auf 103 000 und die der gleisteten Stunden um 46 Prozent auf 144 Millionen. Dieser Prozeß wird nach Holberndt weitergehen.

Die Frage, ob diese Entwicklung seit 1974 bedarfsgerecht gewesen sei, verneint Holberndt. Der Kraftfahrzeugbestand habe sich seit 1974 um 45 Prozent erhöht, das Straßennetz sei aber nur um sieben Prozent gewachsen. Den Wert des deutschen Verkehrswegenetzes beziffert er mit 450 Mrd. Mark. Wenn Bund, Länder und Gemeinden aber nur drei Prozent dieser Summe jährlich für die Unterhaltung dieses Netzes ausgäben, so bedeute dies den Abbau einer längerfristig nötigen Kapazität, oder auch den Verfall des Netzes. Die erhöhte Verkehrsbelastung pro Verkehrsfläche bedeute nichts anderes als Reduzierung der Verkehrssicherheit, erhöhte Belastung der Umwelt und steigender Energieverbrauch.

Relativ gut abzuschätzen sind nach Holberndt die Straßenbauausgaben von Bund und Ländern, die sich nominal mit zusammen rund 5,8 Mrd. in 1974 und 5,7 Mrd. Mark in 1984 kaum verändert hätten, real aber auch um ein Drittel gefallen seien. Der Anteil der Straßenbauausgaben der Gemeinden, der Säule des Straßenbaus, sei aber von 1974 bis 1984 von 6,3 Prozent auf 3,9 Prozent der Gesamtausgaben zurückgegangen.

Bequeme Wege gibt es nicht

Von PETER GILLIES

Der Titel „Beschäftigungsprogramm" ist zwar verpönt, aber die Schöpfer hätten wohl nichts dagegen, wenn man es hin und wieder so bezeichnete. Diese Doppelstrategie soll die eigenen Mannen beruhigen, den Eindruck kraftvoller Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vermitteln und dem politischen Gegner den Wind aus den Segeln nehmen. Das Paket der bürgerlichen Koalition zum Zwecke konjunktureller Belebung strahlt guten Willen aus, enthält Ratlosigkeit und das zwanghafte Bemühen, den Verdacht der Untätigkeit abzustreifen.

Bisher sind drei Schwerpunkte der Bonner Doping-Versuche auszumachen. Erstens sollen die Ausgaben für die Stadt- und Dorferneuerung kräftig aufgestockt werden. Man spricht beim Bund von einer Verdreifachung der bisherigen Mittel und hofft auf entsprechende Reaktion der Länder und Gemeinden. Das ergäbe – so die Rechnungen – mehr als zwei Milliarden Mark. Die Faustregel unterstellt, eine öffentliche Investitionsmark stoße zwei weitere private an, ergäbe sich ein Investitionsstoß von rund sechs Milliarden Mark. Daraus wird die recht kühne Schlußfolgerung gezogen, so fänden bis zu 180 000 Menschen einen neuen Arbeitsplatz.

Zweitens besteht die Absicht, die Abschreibungen für gewerbliche Bauten zu verbessern. Auf längere Sicht ist das zwar nur eine Steuerverlagerung auf spätere Jahre, auf kurze Sicht jedoch eine Entlastung. Der Einnahmeausfall für den Fiskus wird auf Werte zwischen einer und vier Milliarden Mark veranschlagt. Drittens schließlich will die bundeseigene Kreditanstalt für Wiederaufbau ihren Plafond für zinsgünstige Kredite zum Zwecke gemeindlicher Umweltinvestitionen kräftig aufstocken.

Im Kern handelt es sich also um öffentliche Bauaufträge, um eine gezielte Steuererleichterung für spezielle Investoren sowie um eine Zinssubvention. Ob der Arbeitsmarkteffekt, letztlich der Ziel- und Angelpunkt der Anstrengungen, je erreicht wird, ist zu bezweifeln. Zum einen verfügen nicht alle Kommunen über sinnvolle Projekte, die sie lediglich aus der Schublade zu ziehen brauchen, zum anderen dürften manche Stadtkämmerer die Gelegenheit des Bonner Füllhorns beim Schopfe packen und Projekte, die sie ohnehin geplant hatten, jetzt als Konjunkturspritze ausgeben („Mitnahmeeffekt").

Es gebe, so meinte der Bundeskanzler gestern, einen Investitionsstau bei den Gemeinden und einen ungestillten Bedarf an Infrastruktur. Das trifft in dieser allgemeinen Form nicht zu. Die Etats werden von den Folgekosten der Altanlagen gebeutelt. Das Stichwort vom angeblich ungestillten Bedarf bleibt ohne die Kostenfrage steril. Zum Nulltarif ist der Bedarf jedes Bürgers und jedes Bürgermeisters unendlich. Entscheidend kommt es vielmehr darauf an, daß die Bürger einen bestimmten Bedarf zum angemessenen Preis mitzufinanzieren bereit sind.

Tröstlich ist immerhin, daß die Koalition die geplante Neuverschuldung nicht überschreiten und die Ausgabensteigerungen bei rund zwei Prozent festhalten will. Wenn aber andererseits finanzielle Spielräume vorhanden sind, sollte man sie besser für eine kräftige Steuerreform nutzen. Das verbände den Reformgedanken mit psychologischer Anregung für breiteste Schichten.

Die Gefahr solcher eilig zusammengestrickten Maßnahmen liegt darin, daß man bequeme Wege zur Lösung des Arbeitslosenproblems suggeriert. Die gibt es jedoch nicht. Das Erwerbslosenproblem ist ein strukturelles, weniger ein konjunkturelles, zudem ist es qualitativ-langfristiger Natur. Ein Buchhalter, der durch Anschaffung eines Computers seinen Arbeitsplatz verliert, bekommt auch dann keinen Job, wenn seine Stadt ein neues Kulturhaus baut. Rund die Hälfte der als arbeitslos Registrierten verfügt über keine oder eine nur unzureichende Ausbildung. Andererseits suchen viele Unternehmen händeringend Fachkräfte.

Es führt kein Weg daran vorbei: Solange die Vertragspartner am Arbeitsmarkt marktwidrig die Ursachen des Beschäftigungsrisikos negieren, solange sie Unternehmer drängen, Arbeit durch Kapital zu ersetzen und solange Lohn wie Nebenlohn die Knappheitsverhältnisse verzerren, vermag auch der gutwilligste Staat keine Dauerarbeitsplätze zu schaffen. Dieser Zusammenhang verdient mehr Verbreitung, als die Regierung es ihm derzeit ermöglicht.

AUF EIN WORT



„Unklare Kriterien bei der Kandidatenauswahl führen zu unbefriedigenden Ergebnissen. Vor der erfolgreichen Einigung steht die professionelle Auseinandersetzung zwischen Bewerber und Arbeitgeber. Der Personalberater kann helfen und Maßstäbe setzen."

Wolfram Hatesaul, geschäftsführender Gesellschafter der P&M Personal & Management Beratung Wolfram Hatesaul GmbH, Bonn.
FOTO: GERD LUDWIG VISUM

Bringt Auflösung Arals Wettbewerb?

wz, Berlin

Die Verhandlungen zwischen dem Bundeskartellamt und der Aral AG, Bochum, vor dem Kartellsenat des Berliner Kammergerichts drehten sich gestern darum, ob der Wettbewerb nach der Auflösung Arals wesentlich zunähme. Der Rechtsvertreter der Aral verneinte dies. Außerdem habe das Kartellamt das Vertragswerk von Aral 1967 geprüft und nicht beanstandet. Zu prüfen sei, ob es sich dabei um einen Verwaltungsakt handelte, der nur innerhalb eines Jahres revidiert werden könnte. Das Kartellamt hatte 1983 mit der Begründung „unzulässiges Verkaufskartell" die Auflösung der Gesellschaft gefordert.

WIRTSCHAFTSLAGE

Ifo: Industrie investiert wie schon lange nicht mehr

DANKWARD SEITZ, München

Die Investitionstätigkeit im verarbeitenden Gewerbe der Bundesrepublik Deutschland wird sich im laufenden Jahr kräftig beleben. Nach Feststellungen des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, München, dürften die Bruttoanlageinvestitionen der Industrie das Niveau von 1984 um nominal 14 (real zwölf) Prozent übersteigen. Ein derartig kräftiges Wachstum sei, so die Konjunkturforscher, schon seit langem nicht mehr zu beobachten gewesen. In den beiden letzten Jahren waren die Bruttoanlageinvestitionen jeweils nur um zwei (1984) sowie vier Prozent (1983) gestiegen.

Besonders ausgeprägt wird die Investitionsbelebung im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe sowie im Investitionsgütersektor mit jeweils plus 17 (plus drei nach minus fünf bzw. zwei nach plus fünf) Prozent ausfallen. Wesentlich verhaltener sehen dagegen die Pläne der Verbrauchsgüterindustrie mit plus acht (elf nach 20) Prozent aus. Stagnieren wird die Investitionstätigkeit im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe, nachdem hier 1984 ein Minus von sieben Prozent und 1983 ein Plus von acht Prozent zu verzeichnen war.

Als Hauptziel ihrer Investitionen geben 31 (29 nach 25) Prozent der befragten Unternehmen Kapazitätserweiterungen an, während Rationalisierungsmaßnahmen nur noch bei 45 (47 nach 49) Prozent im Vordergrund stehen. Bei knapp einem Viertel steht nach wie vor die Ersatzbeschaffung im Vordergrund. Bei unverändert 57 Prozent der Unternehmen sollen die Investitionen unter anderem der Einführung neuer Fertigungs- und Verfahrenstechniken dienen.

AKTIENBÖRSE

Bei Auftragsflut auch noch Gewinnmitnahmen

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

„Waschkörbeweise liefern die Filialen aus der Provinz bei uns Börsenaufträge ab", so „klagt" der Börsenchef einer Großbank, deren Wertpapierabteilung die Arbeitsflut nur noch mit Überstunden bewältigen kann. Die Aktienhausse lockt immer neue Käufer an, die hoffen, bei weiter steigenden Kursen Gewinne einfahren zu können. Es sind längst nicht mehr allein die Ausländer, die den Markt mit massiven Käufen in Schwung halten. Gestern gingen ausländische Profis im Laufe der Börsensitzung vielmehr hier und da zu Gewinnrealisationen über, so daß sich die zunächst von ausländischer Nachfrage auf einen neuen Höchststand hochgetriebenen Kurse nicht behaupten konnten und manche Titel sogar etwas niedriger schlossen als am Dienstag.

Der Aktienindex der WELT, der auf Basis der Einheitsnotierungen errechnet wird, zu denen Kleinaufträge von weniger als 50 Aktien ausgeführt werden, stieg dennoch um 1⅛ Prozent von 194,4 Punkten auf einen neuen absoluten Höchststand von 196,6. Spitzenreiter des Tages waren wieder Autoaktien unter Führung der um gut drei Prozent auf 1299 DM gestiegenen Porsche, ferner einige Versicherungsaktien, unter denen Allianz-Versicherung um 3,⅞ Prozent ihres Kurswertes auf 1397 nach vorübergehend sogar 1435 DM kletterten.

Die Banken berichten zwar von einer wachsenden Nachfrage der Privatkundschaft. Aber immer häufiger werden sie von Kunden, die „auf dem Papier" schon gut verdient haben, gefragt, ob es nicht sinnvoll sei, Gewinne sicherzustellen. Nicht selten zögern die Banken, dies zu empfehlen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Bauförderung wirkungslos

Bonn (dpa/vwd) – Die Förderungsmaßnahmen der Bundesregierung für die Bauwirtschaft sind nach Auffassung des Bundesverbandes deutscher Banken, Bonn, völlig wirkungslos. Unter den gegenwärtigen Umständen bewirkten neue Förderungsmaßnahmen für die Bauwirtschaft kaum mehr als „Mitnahmeeffekte" für ohnehin vorgesehene Investitionen und die Subventionierung einer öffentlichen Hand durch die andere, schreibt der Verband in seinem gestern Mittwoch in Bonn veröffentlichten Konjunkturbericht.

Klassische Hypotheken

Frankfurt (cd.) – Einige Hypothekenbanken bieten wieder Darlehen mit einem für die gesamte Laufzeit festen Zins an. Derartige Hypotheken zahlt die Rheinische Hypothekenbank bei einem Nominalzins von 8,25 Prozent zu 99,75 Prozent aus, die Frankfurter Hypothekenbank, die solche Darlehen schon seit mehr als einem Jahr anbietet, sogar zu 100 Prozent. Bislang ist allerdings die Nachfrage nach diesen klassischen Hypotheken ohne jegliches Zinsrisiko nur sehr moderat.

DIW: Exportkonjunktur

Berlin (dpa/vwd) – Mit einer anhaltend guten Exportkonjunktur rechnet das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) auch im 2. Quartal 1985. Angesichts unverändert hoher Wettbewerbsvorteile der deutschen Wirtschaft werde die Leistungsbilanz der Bundesrepublik „im zweiten Quartal saisonbereinigt mit einem etwa doppelt so hohen Überschuß wie im ersten Quartal abschließen", schreiben die Berliner Forscher in ihrem jüngsten Wochenbericht.

Tagegeld für Radfahrer

Bonn (dpa/vwd) – Auch dem Radfahrer steht – wie dem Kraftfahrer – nach schuldlosem Unfall ein Tagegeld zu, bis er wieder ein neues Rad hat. Der Bundesverband Deutscher Versicherungskaufleute rät den Betroffenen, sich in solchen Fällen an die Haftpflichtversicherung des Kraftfahrers zu wenden, wenn der Unfallgegner ein Autofahrer war. Das Amtsgericht Ahrensburg hatte vor kurzem in einem Urteil (Aktenzeichen: Az 4b C 154/82) die Mietkosten auf acht DM pro Tag geschätzt.

Einigung mit IWF

Washington (DW.) – Argentinien und der Internationale Währungsfonds (IWF) haben sich auf neue wirtschaftspolitische Auflagen geeinigt, die dem mit 46 Milliarden Dollar im Ausland verschuldeten Land den Weg zu einer Teilumschuldung ebnen. Die Einigung soll außerdem ermöglichen, dem Land einen Überbrückungskredit von voraussichtlich 450 Millionen Dollar einzuräumen, bis die Banken und der IWF neue Kredite gewähren oder auszahlen.

Stabile Inflationsrate

Paris (J.Sch.) – Der Anstieg der Konsumentenpreise hat sich im Durchschnitt der westlichen Industriestaaten (OECD-Zone) nicht saisonbereinigt von 0,5 Prozent im März auf 0,6 Prozent im April leicht beschleunigt. Jedoch blieb die Jahresteuerung mit 4,7 Prozent unverändert. Das günstigste Ergebnis erzielte Japan (1,9) gefolgt von der Bundesrepublik (2,5) und unter den anderen großen OECD-Staaten USA (3,7), Kanada (3,9), Frankreich (6,5), Großbritannien (6,9), und Italien (9,5) Prozent. Nach Angaben des OECD-Sekretariats verengte sich der Abstand zwischen den Inflationsraten der Mitgliedstaaten im Jahresvergleich um einen Fünftelpunkt.

Bauabsicht zurückgezogen

Ankara (AFP) – Die Kraftwerkunion (KWU) hat nach Angaben aus Regierungskreisen in Ankara ihre Bewerbung zum Bau eines Kernkraftwerks in der türkischen Mittelmeerprovinz Mersin zurückgezogen. Als Gründe für den Verzicht der KWU wurden fehlende private Finanzierung, das Ausbleiben einer Bundesbürgschaft für Bankkredite sowie die Auflagen der türkischen Regierung, mit denen die KWU nicht einverstanden war, genannt.

MEERESWIRTSCHAFT

BDI: Bonn sollte politische Richtlinien bald ausarbeiten

HEINZ HECK, Bonn

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) hat unter Mitwirkung zahlreicher Fachverbände, Industrie- und Handelskammern sowie des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) ein „Globalkonzept für die Meerestechnik" formuliert. Darin werden Strategien und Maßnahmen zur Verbesserung der Wettbewerbsposition auf dem Weltmarkt empfohlen. Das heute in Bonn stattfindende Meeressymposium, zu dem die Wirtschaftsminister Bangemann und Westphal (Kiel) einladen, gibt dem BDI-Papier besondere Aktualität.

Obwohl die Bundesrepublik zu den Kurzküstenstaaten gehöre und über keine eigenen Rohstoffquellen im Meer verfüge, habe die deutsche Wirtschaft auf dem Gebiet der Meerestechnik ein umfassendes Engineering-, Liefer- und Leistungspotential in Weltstandard aufgebaut. Die meerestechnische Industrie, so das Papier, sichere in der Bundesrepublik schätzungsweise 50 000 Arbeitsplätze. Dabei sei von besonderer Bedeutung, daß die Standorte vorwiegend in küstennahen Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit lägen.

Die Politik der Bundesregierung, so die Forderung des Papiers, müsse darauf ausgerichtet sein, der deutschen Wirtschaft den Zugang zur Nutzung des Meeres und seiner Rohstoffe sowie die Durchführung der damit verbundenen wirtschaftlichen Aktivitäten langfristig und dauerhaft zu sichern. Vorrangig geht es der Industrie um die Abstimmung von Maßnahmen gegen Protektionismus in der Nordsee und dem EG-Meer und um die Einleitung umfassender Kooperationen in der Meerestechnik mit ausgewählten Staaten.

KONJUNKTUR / Mittelständler wünschen Leistungsanreize für die private Wirtschaft

Das Handwerk mahnt die Wende an

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Das Präsidium des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH) hat jetzt bei der Bundesregierung einen konsequenteren Vollzug der „wirtschaftlichen Wende" angemahnt. „Das Handwerk erwartet, daß die noch ungelösten Aufgaben zügig und – ohne die als wirksam erkannte, langfristig angelegte wirtschaftspolitische Strategie aufzugeben – zielstrebig angegangen werden", heißt es in einer Erklärung, in der zugleich weitere Wünsche zur Förderung der kleineren und mittleren Unternehmen angemeldet werden.

Die noch bestehenden Defizite in den Bereichen Subventionsabbau und Entlastung bei Steuern und Abgaben gelte es zu beseitigen. Hier sei im Mittelstand manche Verwirrung gestiftet worden. Mit der Regierungserklärung sei der richtige Weg vorgegeben worden. Er müsse auch konsequent weiter begangen werden. Für die zweite Halbzeit der laufenden Legislaturperiode des Bundestages fordert der ZDH eine Stärkung der binnenwirtschaftlichen Wachstumskräfte. Bisher sei der Aufschwung überwiegend vom Export getragen worden. Es komme jetzt darauf an, die Leistungsanreize für die private Wirtschaft zu stärken.

Dabei komme der Finanz- und Steuerpolitik eine Schlüsselrolle zu. Die Konsolidierungspolitik müsse zwar fortgesetzt werden; die Situation der kleineren und mittleren Betriebe müsse jedoch berücksichtigt werden. Sparen dürfe auch nicht Selbstzweck sein. Das Handwerk plädiert noch einmal für eine Steuerreform in einem Zuge. Besonders enttäuscht zeigt sich das Handwerk über die Hartnäckigkeit, mit der die Bundesregierung eine mittelstandsbezogene, steuerstundende Investitionsrücklage ablehnt.

Eindringlich weist das Handwerk auf die dramatische Verschlechterung der Lage des Bauhaupt- und Ausbaugewerbes hin. Zwar lehnt der ZDH ein neues öffentliches Investitionsprogramm weiterhin ab, verlangt jedoch eine Verstärkung und Verstetigung der Vergabe öffentlicher Aufträge, „um eine möglichst kontinuierliche Beschäftigung der Baubetriebe zu erreichen". Überdies unterstützt das Handwerk die Bestrebungen, die vorgesehene Neuordnung der Besteuerung des selbstgenutzten Wohneigentums bereits im nächsten Jahr einzuführen.

Korrekturen fordert der ZDH auch in der Beschäftigungspolitik. Die vorhandenen Beschäftigungsreserven könnten nur dann mobilisiert werden, „wenn auch die umfänglichen sozialen Leistungspflichten zu Lasten der Betriebe auf ein vertretbares Maß zurückgeschraubt werden".

KIENBAUM / Hilfe beim Krisenmanagement verstärkt

Frühwarnsysteme entwickelt

HEINZ STÜWE, Düsseldorf

Daß 1984 das Jahr mit den meisten Firmenzusammenbrüchen nach dem Krieg war, haben auch die Unternehmensberater gespürt: Die Aufträge, bei denen Krisenmanagement gefragt war, häuften sich. Für Gerhard Kienbaum, Seniorchef der Gummersbacher Kienbaum-Gruppe, ist dies Anlaß zu einer Warnung: „Nur mit Neugründungen können nicht die Arbeitsplätze geschaffen werden, die durch immer wieder aufgeschobene Strukturveränderungen verlorengehen." Volkswirtschaftlich sei es vordringlich, die bestehenden Unternehmen zu erhalten. Dies sei beispielsweise durch Änderung des Produktprogramms möglich.

„Zwingend erforderlich" ist nach Kienbaums Ansicht eine Reform des Insolvenzrechts. Denn wenn wie heute oft die Belastung aus Sozialplänen 20 000 DM pro Beschäftigten erreiche, gebe es keine Chance für eine Sanierung. Unter solchen Umständen sei es kein Wunder, wenn sich für gefährdete Firmen mit hohen Personalüberständen keine Kapitalgeber fänden.

Um Unternehmen auf gefahrenreichen Märkten besser für die Zukunft zu wappnen, entwickelt Kienbaum verstärkt Frühwarnsysteme. Zudem versuchen die Berater ihren Kunden die Einsicht zu vermitteln, daß sie auch von der Qualität ihrer Mitarbeiter abhängig sind.

Insgesamt wickelte Kienbaum 1984 in Deutschland 552 (445) Personalbeschaffungsaufträge ab. Davon entfiel ein Viertel auf die oberste Management-Ebene. Mit 15 (14,8) Mill. DM steuerte der Personalbereich knapp 25 Prozent zu dem auf 62,7 (61,8) Mill. DM gesteigerten Gesamtumsatz bei. In der Unternehmensberatung brachten 256 (267) Aufträge 23,1 (22,7) Mill. DM Honorarumsatz. Eine steigende Nachfrage registriert Kienbaum für die Führungsberatung. Im Entwicklungsländerconsulting (14,6 Mill. DM Umsatz nach 14,5 Mill.) wurden 1984 28 Projekte durchgeführt.

VIAG / Der 1984er Abschluß ist „ermutigender Anfang" für die Privatisierung

Bundesholding im Dividendenanstieg

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Der 1984er Abschluß sei ein „ermutigender" Anfang für die Pläne der Bundesregierung, voraussichtlich 1986 mindestens ein Viertel von derzeit 580 (570) Mill. DM Aktienkaptial der Viag AG, Berlin/Bonn, ins Publikum zu emittieren. Rudolf Escherich und Werner Damby, das Vorstands-Duo dieser größten Holding für Industriebeteiligungen des Bundes, begründen diesen Kommentar nicht nur damit, daß die Holding ihre 1983 nach fünfjähriger Pause begonnene Dividendenzahlung für 1984 auf 8 (7) Prozent verbessert.

Sie verweisen auch darauf, daß die Holding dieses in den drei Feldern Energiewirtschaft, Chemie und Aluminium arbeitenden Konzerns von ihrem auf 80 (45) Mill. DM verbesserten Jahresüberschuß 34 (5) Mill. DM für die Rücklagen übrigbehielt. Der 1984 um die ausgegliederten Braunschweigischen Kohlenbergwerke (BKB) verkleinerte Konzern brachte aus 5,97 (5,9) Mrd. DM Fremdumsatz mit 20 979 (24 435) Beschäftigten 643 (777) Mill. DM Cash-flow (vor Dividende) zustande (mit BKB bei 806 Mill. DM) und 125 (109) Mill. DM Jahresüberschuß.

Das DVFA-Nettoergebnis für die Viag-Aktie deutet der Vorstand für 1984 in der Größenordnung von 17 bis 18 DM an. Und ziemlich deutlich folgt dem der Hinweis, daß nach dem bislang zufriedenstellenden Konzernverlauf das volle Jahr 1985 auch eine weitere Etappe der „Dividendenerhöhung in kleinen, aber konsequenten Schritten" bescheren werde. Vorsorglich obendrauf noch die Versicherung, daß es auch bei allfällig wieder schlechterer Aluminiumkonjunktur für die Holding aus ihren anderen Konzernaktivitäten wenigstens für eine „Sockeldividende" reichen werde.

Auch die für 1984 bislang höchste Viag-Dividende für den öffentlichen Eigentümer verändert noch längst nichts an einem anderen, nicht minder wichtigen Aspekt der „Privatisierungsreife": Seit der Währungsreform bis heute hat die öffentliche Hand bei der Viag insgesamt 564 Mill. DM an Dividenden kassiert – zugleich aber 810 Mill. DM Eigenkapital für die kapitalintensive Expansion des Konzerns zugeführt. Da bietet die Privatisierung eines Konzerns, der auf allen seinen Tätigkeitsfeldern mit Privatunternehmen konkurriert und kein (wie immer zu definierendes) „öffentliches Interesse" wahrzunehmen hat, für den Bundesetat sogar eine doppelte Entlastungschance.

Der Holding-Vorstand, beim Privatisierungsplan natürlich „nur Objekt", mischt sich nicht in solche Argumentation, teilt aber immerhin mit, daß auch aus Bayern (wo die größten Aktivitäten des Konzerns liegen) „keine Obsession" gegen die Privatisierung vernehmbar sei. Nebst Beteiligungen ab 25 Prozent hatte die Viag-Gruppe 1984 einen Gesamtumsatz von 11,96 (10,73) Mrd. DM und will ihre Sachinvestitionen 1985 auf (beteiligungsanteilig) 1 (0,8) Mrd. DM steigern.

DEUTSCHE SHELL / Ergebnis 1985 auf Rekordhöhe?

Einige Goldadern angebohrt

JAN BRECH, Hamburg

Die Rückkehr in schwarze Zahlen im Mineralölgeschäft bleibt bei der Deutschen Shell AG, Hamburg, die bei weitem wichtigste Aufgabe. Nach Angaben des Vorstandsvorsitzenden Hans-Georg Pohl ist im ersten Quartal dieses Jahres wieder ein Verlust pro Tonne von 19 DM angefallen und trotz tendenziell besserer Erlössituation im Mai und Juni eine Wiedergewinnung der Wirtschaftlichkeit in diesem Bereich nicht in Sicht.

Ein Abbau der Verluste, so Pohl, setze zuerst und vor allem voraus, daß am Markt höhere Preise durchgesetzt werden können. Zum anderen müsse die Shell alle internen Möglichkeiten nutzen, um die Kosten weiter zu senken. Unabhängig von den bereits erbrachten Vorleistungen in der Verarbeitung, im Vertrieb und auch bei der Belegschaft gebe es nach wie vor eine Reihe von Möglichkeiten.

Sollte es der Shell in diesem Jahr gelingen, nachhaltige Verbesserungen im defizitären Mineralölgeschäft zu erzielen, dürfte das Gesamtergebnis 1985 auf Rekordhöhe steigen. Die Erträge aus anderen Quellen des Konzerns sprudeln nämlich munter, und von rund 800 Mill. DM Preissteigerungsrücklage, die in der Bilanz noch aus Zeiten der zweiten Ölkrise stehen, muß der größte Teil 1985 ergebniswirksam aufgelöst und versteuert werden.

Anhaltspunkte, wie das Ergebnis ohne Mineralölverluste dann aussehen könnte, gibt immerhin der Abschluß für 1984. Trotz tiefroter Zahlen in Verarbeitung und Vertrieb hat die Shell glänzend verdient. Als Jahresüberschuß werden 415 Mill. DM ausgewiesen, wobei die Steigerungsrate von 21 Prozent der tatsächlichen Verbesserung nicht eimal entspricht. Im Abschluß für 1983 war das Ergebnis netto mit rund 90 Mill. DM aus der Auflösung von Preissteigerungsrücklagen begünstigt. Ohne Berücksichtigung dieser außerordentlichen Erträge, die 1984 nicht angefallen sind, hat sich der Shell-Gewinn um rund 160 Mill. DM verbessert. An die niederländische Muttergesellschaft werden 360 Mill. DM übrwiesen, was einer Dividende von 36 Prozent entspricht.

Der stolze Abschluß läßt die Misere in dem Mineralölgeschäft fast vergessen. Die Hoffnung, so Pohl, in diesem Bereich die Ertragslage nachhaltig zu verbessern, habe sich aber nicht erfüllt. Der betriebswirtschaftliche Verlust sei lediglich von 370 auf 358 Mill. DM oder von 25,70, auf 23,55 DM je Tonne reduziert worden. Berücksichtige man 61 Mill. DM Bestandsgewinne, verbleibe ein bilanziell wirksamer Verlust von rund 300 Mill. DM.

Unter dem Strich allerdings hatte die Shell nicht die geringste Mühe, dieses Ölminus mit den Erträgen anderer Sparten auszugleichen. Vor allem in den Bereichen Öl- und Gasförderung sowie in der Chemie hat das Unternehmen klotzig verdient. Die Erträge aus der eigenen Öl- und Gasförderung dürften zwischen 450 und einer halben Mrd. DM liegen, wobei im Inland eine höhere Gasproduktion und in Italien eine gestiegene Erdölproduktion zu der Verbesserung dieses Spartenergebnisses um vermutlich 100 Mill. DM beigetragen haben.

Auch in der Chemie ist das Ergebnis nach Angaben von Pohl um mehr als 80 Prozent gestiegen. Konkrete Zahlen werden zwar nicht genannt, doch dürfte ein großer Teil der um rund 50 Prozent gestiegenen Beteiligungserträge aus dieser Sparte stammen. Mit positiven Ergebnissen schlossen schließlich die Bereiche Tanker, Bauchemie und Kohle.

Dank der breiten Streuung der Aktivitäten, so resümiert Pohl, präsentiere sich die Shell in sehr guter Verfassug. Diese gemessen an Ertrag, Liquidität und Finanzkraft unbestritten richtige Feststellung macht es dem Ende dieses Monats scheidenden Shell-Chef wohl auch leichter als manch anderem in der Branche, den noch immer nicht beendeten und sehr teuren Strukturwandel der gesamten Industrie und der Shell selbst als unternehmerische und nicht als staatliche Aufgabe zu verstehen.

So hält Pohl nichts von den kürzlich geforderten Versuchen, den deutschen Markt gegen Ölprodukte aus Exportraffinerien in Nordafrika und vor allem Mittelost abzuschotten. In den Kreis derjenigen, die auch die Politik ins Spiel bringen wollen, reiht sich Pohl nur in der Frage ein, wo es um Harmonisierung innerhalb der EG beim Umweltschutz und der Verfassung der Mineralölmärkte geht.

Deutsche Shell	1984	±%
Umsatz (Mill. DM)	25 467	+ 13,1
Absatz		
Mineralöl (Mill. t)	15,2	+ 5,6
Erdgas (Mrd. cbm)	7,9	± 0
Belegschaft	4129	– 5,4
Jahresüberschuß	415	+ 20,6
in % vom Nettoumsatz	1,8	(IV 1,7)
Brutto-Cash-Flow	1397	+ 22,9
Investitionen	184	– 58,2

BENCKISER / Umfangreiches Investitionsprogramm

Ein tiefes Steuer-Loch

JOACHIM WEBER, Ludwigshafen

Die international aktive Chemiegruppe der Joh. A. Benckiser GmbH, Ludwigshafen, peilt für 1985 ein Umsatzziel von 1,15 Mrd. DM an. Gegenüber dem Vorjahr mit 972 (773) Mill. DM – davon 65 (58) Prozent im wachstumstragenden Ausland – würde das einen Zuwachs um 18 Prozent bedeuten. Verglichen mit den 26 Prozent des Vorjahres signalisiert diese Rate nur auf den ersten Blick ein verlangsamtes Wachstum: 1984 wurden fünf Tochtergesellschaften erstmals konsolidiert. Ohne sie hätte das Umsatzplus nur 14 Prozent betragen.

Das neue Wachstumsziel gilt auch für die GmbH: Nachdem die ersten fünf Monate 1985 ein Umsatzplus von 17 Prozent gebracht haben, soll bis zum Jahresende ein Zuwachs um 18 Prozent auf 430 Mill. DM erreicht werden. Gegenüber dem Vorjahreswachstum um 13 Prozent auf 362 (319) Mill. DM – bei einer Absatzsteigerung um 11,5 Prozent – ergäbe sich eine deutliche Beschleunigung.

„Dies wird sich auch positiv in der Ertragsentwicklung niederschlagen", meint Hauptgeschäftsführer Martin Gruber. Über deren Entwicklung konnte das Familienunternehmen auch 1984 nicht klagen. Zwar sorgte ein sprunghafter Anstieg der Steuerposition auf 13 (3) Mill. DM („im wesentlichen durch den Anstieg inländischer Beteiligungserträge" dafür, daß der Jahresüberschuß auf 9,1 (9,9) Mill. DM sogar leicht zurückging. Doch vor Steuern hatte Benckiser immerhin 22 (13) Mill. DM verdient.

Die Weichen zur weiteren Expansion wurden 1984 mit einem Investitionsprogramm von 29 (18) Mill. DM in der GmbH und 52 (37) Mill. DM in der Gesamtgruppe (für die noch kein Abschluß vorgelegt wird) gestellt. Schwerpunkte lagen dabei auf der Kapazitätserweiterung sowie – bei der Mutter – auf der Entsorgung und Abfallbeseitigung. Auch bei den Tochtergesellschaften und in neue Beteiligungen wurde kräftig investiert, wie 17 Mill. DM Netto-Zugänge bei den Finanzanlagen belegen.

Bei weiterem Wachstum soll die Belegschaft des Stammhauses, im Jahresdurchschnitt 1984 bei 940 (1070) Mitarbeitern (Gruppe: 3080 nach 3030 Beschäftigte) in diesem Jahr um etwa 5 Prozent ausgeweitet werden.

VAW / Hoffnung auf Aluminium-Markterholung nach der Sommerpause

Nach Glanzjahr regiert nun die Vorsicht

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Das „bisher beste Jahr" sei 1984 für das eigene Unternehmen wie auch für etliche andere Europäer gewesen, konstatiert Rudolf Escherich, Vorstandsvorsitzender der Vereinigte Aluminium-Werke AG (VAW), Berlin/Bonn. Der mit 50 Prozent Anteil größte deutsche Hüttenaluminiumproduzent honoriert es seiner Konzernmutter Viag nach zwölfjähriger Ausschüttungspause mit 8 Prozent Dividende auf 315 Mill. DM Aktienkapital, wonach abermals 20 Mill. DM als Gewinnvortrag bleiben.

Was schon darin als Vorsicht zum Ausdruck kommt, betrieb die VAW-Gruppe 1984 noch stärker aus ihren um gut ein Drittel verbessertem Cash-flow. Denn darin stecken nun weit über die 227 (169) Mill. DM Sachinvestitionen auf 334 (266) Mill. DM gesteigerte Abschreibungen mit dem klaren Ziel, durch (steuerliche) Lebensdauer-Verkürzung von Hüttenkapazitäten auf eine schwierige Zukunft gerüstet zu sein: Spätestens ab 1990 droht mit dem Ende alter Strombezugsverträge einem erheblichen Teil der kapital- und stromintensiven VAW-Kapazität ein gewaltiger Kostenschub. Er könnte dann existenzbedrohend sein, wenn bis dahin nicht wenigstens der Kapitaldienst gegen Null gebracht würde.

Diesseits solcher Vision sieht das aktuelle VAW-Geschäft noch einigermaßen rosig aus. Den schweren Konjunkturrückschlag der großen (und weltmarktbestimmenden) Nordamerikaner im zweiten Halbjahr 1984 spürten VAW und die übrigen Europäer dank Höhenflug des Dollarkurses zunächst überhaupt nicht.

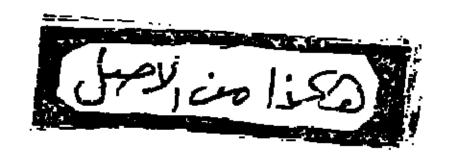
Sie spüren ihn allerdings 1985 mit folgenden Fakten: Im ersten Tertial gingen bei den Deutschen die Hüttenproduktion um 4,4 Prozent und die Halbzeugerzeugung um 4,2 Prozent zurück. Der Hüttenaluminium-Listenpreis, den der deutsche Marktführer VAW bis Februar 1984 in drei Etappen auf 4,25 (3,45) DM erhöht hatte, wird vom Marktpreis derzeit um etwa ein Zehntel unterboten.

Vorerst noch „ganz zufriedenstellend" blieb dabei, wie Escherich betonte, bis Ende Mai die Ertragslage in der VAW-Gruppe. So könnte es wohl auch für das volle Jahr sein (wenngleich mit niedrigerem als dem 1984 in der Gruppe auf 64 Mill. DM verdoppelten Jahresüberschuß), wenn „Außeneinflüsse" keinen Strich durch die Rechnung machen. Denn zuversichtlich stimmt, daß die (preisdrückenden) Produzentenlagerbestände seit einigen Monaten wieder sinken und die Nachfrage seit einigen Wochen lebhafter wurde, was nach der Sommerpause in einen neuen Aufwärtstrend von Absatz und Marktpreis münden könnte.

Solche Hoffnung lenkt den VAW-Vorstand jedoch nicht von der Strategie ab, seine heimische Hüttenproduktion möglichst bald voll (bisher bereits zu 70 Prozent) an konzerneigene oder „eng verbundene" Betriebe der ersten und zweiten Verarbeitungsstufe abzusetzen.

VAW-Gruppe	1984	±%
Alu.-Produktion 1000t*	418,6	+ 11,8
Alu.-Absatz	473	+ 3,5
Umsatz (Mill. DM)	4694	+ 19,2
Belegschaft	16 632	+ 1,4
Personalaufwand	920	+ 9,0
Gesamtinvestitionen	247	+ 22,9
Cash flow (vor Div.)	534	+ 39,4
Zinsaufwandsaldo	113	+ 1,5
AG-Jahresüberschuß	36,1	+ 84,9

*)Hüttenaluminium einschließlich Anteile an Hamburger Aluminiumwerk GmbH und an der Hütte Tomago (Australien).



PENTAPLAST

Weiterer Ausbau in den Staaten

J. GEHLHOFF, Montabaur

Eine wichtige Etappe seiner Diversifikationsstrategie meldet die Klöckner-Werke AG, Duisburg, bei seinem seit 1965 existierenden Kunststoff-Verarbeitungsbetrieb Klöckner Pentaplast GmbH, Montabaur. Mit 21 Mill. DM Investitionsaufwand wurden dort ein moderner Hochleistungskalander und ein neues Produktionsgebäude fertiggestellt, um Klöckners (nach Kalle/Hoechst-Konzern) zweitstärkste Position in der Produktion von Hart-PVC-Folien auszubauen.

Aus Montabaur kamen für das aufblühende Geschäft in den 70er Jahren zwei große Stützpunkte hinzu. Zunächst die Klöckner Pentapack in Randstadt (1974) und kurz darauf der Aufbau der USA-Fertigungsstätte Klöckner-Pantaplast of America Inc. in Gordonsville/Virginia (1977). Hier soll die Produktion auf sechs Kalander ausgebaut werden.

Die Klöckner Pentaplast-Gruppe *hat ihren Umsatz 1984* „bei guten Ergebnissen" um 34 Prozent auf 340 Mill. DM gesteigert. Für 1985 *wird* ein weiteres Plus auf gut 400 Mill. DM mit 1400 Beschäftigten erwartet.

NAMEN

Uwe Schneider (38), Anzeigenleiter der Wirtschaftsmagazine ‚Capital' und *‚Impulse' wird in diesem Jahr* vom Verlagshaus Gruner + Jahr, Hamburg, zur Deutschen Lufthansa, Köln, wechseln um dort den Marketing-Bereich zu übernehmen.

Hans-Otto Wöbcke, Mitglied des Vorstandes der Beiersdorf AG, Hamburg, wurde zum Schatzmeister des Markenverbandes gewählt. Neu in *den Vorstand gewählt wurden* Dr. **Helmut G. Fischer**, Geschäftsführer der Procter + Gamble GmbH, Dr. **Heinrich J. Klein**, Sprecher des Vorstandes der Schott Glaswerke, und **Jürgen Peddinghaus**, Vorsitzender des Vorstandes der Reemtsma Cigarettenfabriken GmbH.

Verbandsdirektor **Helmut Tepper**, *Vorsitzender des Vorstandes des Gesamtverbandes Gemeinnütziger Wohnungsunternehmen*, wird am 31. Januar 1986 in den Ruhestand treten. Zu seinem Nachfolger wurde der ehemaliger Hamburger Senator **Jürgen Steinert** gewählt.

KÜHNE & NAGEL / Ertragsschwerpunkte in Europa, Nordamerika und Fernost – Inlandsgeschäft wird ausgebaut

Speditionsgruppe erzielt bislang bestes Ergebnis

JAN BRECH, Hamburg

Die Belebung des Welthandels, der feste Dollarkurs sowie die Weiterentwicklung zu einer geschlossenen und schlagkräftigen internationalen Organisation haben der Kühne & Nagel-Gruppe im Berichtsjahr 1984 starkes Wachstum und eine kräftige Ertragsverbesserung beschert. Die Unternehmens-Gruppe, so betont das geschäftsführende Verwaltungsratsmitglied Klaus-Michael Kühne, lege für 1984 ihr bislang bestes Ergebnis vor.

Bei einem Umsatzanstieg um 18,5 Prozent erhöhte sich der Gewinn vor Steuern um 38 Prozent auf 65 Mill. DM und der Nettogewinn um 21 Prozent auf 31 Mill. DM. Bezogen auf den Rohertrag verbesserte sich die Rendite von 4,2 auf 4,4 Prozent. Zu dem positiven Ergebnis haben nach Angaben von Kühne alle drei Gruppen beigetragen. Schwerpunkte des Ertrags lagen dabei in Europa, Nordamerika und dem Fernen Osten. Die KN Deutschland steuerte zum Reingewinn 11 Mill. DM, die KN International AG 12,4 und die KN Western Hemisphere 7,5 Mill. DM bei.

Vor allem die nordamerikanische Gesellschaft habe, wie Kühne betont, 1984 eine deutliche Ertragsverbesserung erreicht. Das gelte nicht nur für das ohnehin schon ertragsstarke kanadische Geschäft, sondern auch für die bislang verlustreichen US-Aktivitäten. Bei der amerikanischen KN-Gesellschaft seien die Sanierungsmaßnahmen außerordentlich erfolgreich gewesen. Der Anteil der KN Western Hemisphere am Bruttogewinn der Gruppe erhöhte sich von 11 auf 28,5 Prozent. Die KN International war mit 38,2 (37) Prozent beteiligt, die deutsche Gruppe dagegen nur noch mit 33,3 (52) Prozent.

Der starke Rückgang des Beitrags der deutschen Organisation, die nach wie vor umsatzmäßig den Schwerpunkt der Gruppe darstellt, ist auf Sondereinflüsse zurückzuführen. In dem um 12,7 Prozent gesunkenen Reingewinn wirken sich vor allem Anlaufverluste des Mitte 1983 eingeführten Paketdienstes nieder. Unbefriedigende Ergebnisse gab es ferner im Sammelladungsgeschäft und in den Verpackungsbetrieben, von denen *zwei* inzwischen stillgelegt worden sind.

Der Ausbau des Inlandsgeschäfts *zu einem modernen Logistik-System*, das die noch vorhandenen Strukturschwächen im innerdeutschen Speditionsbereich ausmerzen soll, wird nach Angaben von Kühne fortgeführt. Mit der Gründung des KN Parcel Service sowie der KN SchnellGut habe KN ein stufenloses bundesweites Schnelliefersystem eingeführt, das vom Markt sehr gut aufgenommen worden sei. Das Netz der Distributionsstützpunkte soll bis Ende 1986 auf 30 erweitert werden. In den nächsten Jahren plant KN ferner, den EDV-Verbund der Niederlassungen noch enger zu gestalten und ab 1987 allen Kunden direkten Zugang zu dem System zu ermöglichen.

Das Wachstum der gesamten KN-Gruppe im Berichtsjahr ist vor dem Hintergrund starker Exporttätigkeit in Europa und Fernost nach Nordamerika vor allem von den See- und Luftfrachtverkehren getragen worden. Die deutsche Gruppe profitierte von dem Importboom in den USA allein mit einem Plus von 70 Prozent. In der Luftfracht gab es bei den Luftverkehrsgesellschaften zum ersten Mal seit Jahren Kapazitätsengpässe. Die starke Stellung von KN in diesem Bereich, so betont Kühne, habe es der Gruppe jedoch ermöglicht, nahezu alle Kundenaufträge zu erfüllen.

Als erfreulich bezeichnet Kühne auch die Entwicklung in dem Dienstleistungsbereich Schiffs- und Versicherungsmakler. Diese Sparte soll ebenso ausgebaut werden wie die Reisebüroaktivitäten, und zwar auf internationaler Ebene. Als realistisches Ziel für dieses Jahr sieht Kühne die Bewahrung der Ertragskraft auf dem erreichten hohen Niveau und einen weiteren Ausbau der Marktpositionen. Die Zahlen für die ersten Monate 1985 rechtfertigten diese Prognose, weiß er.

Kühne & Nagel	1984	±%
Weltumsatz (Mill. DM)	5250	+ 18,5
dav.		
KN Deutschland	2000	+ 14,2
KN International	1900	-
KN Kanada/USA	1350	-
Umsatz nach Sparten		
Seefracht	1890	+ 18,5
Luftfracht	997	+ 25,1
Landverkehre	945	+ 6,6
Lagerung	683	+ 32,9
Sonderdienste	473	+ 18,5
Sonstiges	262	+ 16,5
Belegschaft	7837	+ 6,6
Rohertrag	705	+ 14,4
Reingewinn	31	+ 20,7
Cash-flow	61	+ 24,1
Investitionen	30	+ 28,4
Eigenmittel	107	+ 20,1
in % d. Bilanzsumme	12,9	(20,1)

GERLING-KONZERN / Mit Selektion und Sanierung deutlich verbessert – Kapitalerhöhung vorgesehen

Die US-Haftpflichtrisiken werden unterschätzt

HARALD POSNY, **Düsseldorf**

Die Gerling-Konzern Allgemeine Versicherungs-AG (GKA), Köln, hat ihre schon 1983 sichtbar gewordene positive Ergebniswende 1984 erfolgreich fortgesetzt. Das technische Ergebnis nach Schwankungsrückstellung ist zwar immer noch tief rot, doch sieht es vor Schwankungsrückstellung mit einem Verlust von 5,3 (3,4) Mill. DM schon recht erträglich aus. Ohne die selektive Zeichnungspolitik aufzugeben, wurden in den meisten Sparten (außer Kraftfahrt) die Prämieneinnahmen zum Teil beträchtlich erhöht und die Schadenquote um ein Quentchen verbessert, doch so ganz glücklich, scheint es, *kann man mit dem* Ergebnis nicht sein.

Das liegt vor allem für den mit starkem Schwerpunkt im Industrie- und Gewerbe-Geschäft tätigen Kompositivversicherer an zwei Sparten, die anhaltend auf dem Bestandssanierungs-Programm stehen: die Feuer/Betriebsunterbrechungs-Versicherung mit 23 Prozent Prämienanteil und die Allgemeine Haftpflichtversicherung mit 17 Prozent Anteil am Gesamtprämienvolumen. Beide Sparten schlossen mit größeren Verlusten ab.

Im Feuerbereich tröstet sich das Unternehmen mit *hohen Zufallsrisiken* bei überdruchschnittlichen Großschäden, denen man mit fundierter Risikoanalyse und systematischer Bestandsmischung entgegenwirken will. Im Haftpflichtbereich beklagt die Gesellschaft die industriellen Risiken und Risikopotentiale im US-Geschäft sowie die steigenden Umweltrisiken. Der Geschäftsbericht dazu: „Wir mußten noch weitgehende Unterschätzung der industriellen Haftpflichtrisiken und damit verbunden unzureichende Prämienangebote der Wettbewerber feststellen."

Gerling selbst hat für sich längst die Bremse der Vorsicht und Bestandsverbesserung gezogen. Der Vorstand zielt wegen der „Unkalkulierbarkeit der amerikanischen Rechtsprechung" namentlich in Fragen der Produkthaftpflicht auf eine Reduzierung des Haftpflicht-Engagements. Vor allem Umweltrisiken erfordern eine überproportionale Anhebung der Rückstellung für Schäden, die in der Vergangenheit entstanden, aber erst mit mehrjähriger Verzögerung zu Ansprüchen führen.

Die Transportsparte hat den Nettoverlust des Vorjahres von 3 Mill. DM in einen Gewinn von 6 Mill. DM verwandelt, die Kraftfahrtsparte bringt noch 1,5 (8) Mill. DM Nettoverlust. Das Auslandsgeschäft, das 12,6 Prozent des Prämienvolumens repräsentiert, zu 75 Prozent aus fünf europäischen Staaten und zu 80 Prozent aus Haftpflicht/Feuer stammt, kam weiter gut voran.

Nach den guten Erträgen aus Kapitalanlagen wird der Jahresüberschuß nach Steuern mit 12,2 (7,2) Mill. DM ausgewiesen, die an die Stammaktionäre (14 nach 10 Prozent) und die Vorzugsaktionäre (10 Prozent) verteilt werden. Der Hauptversammlung wird vorgeschlagen, das Grundkapital auf 109 (87) Mill. DM zu erhöhen.

Gerling Allgemeine		1984	± %
Bruttoprämie (Mill. DM)		1803	+ 4,9
Nettoprämie [1])		857	+ 1,8
Aufw. f. Vers. Fälle		660	+ 2,4
Vers. techn. Ergebnis [2])		-29,7	(-39,7
Kapitalanlagen [3])		1207	+ 9,6
Kapitalerträge [4])		89	+ 12,8
in % d.verd.Beitr.	1984	1983	1982
Selbstbeh.-Quote %	47,5	48,9	47,7
Schadenquote	76,7	77,0	84,1
Verw.-Kostenquote	22,7	21,9	21,1
Rückstellungs-Quote [5])	128,4	125,0	122,2
Eingenkapitalquote	20,2	20,4	21,6

Brutto- minus Rückversicherungsbeitr.; [2])nach Zuführung von 24,3 (36,4) Mill. DM zur Schwankungsrückstellung; [3])oh. Depotford.; [4])netto; Durchschnittesrendite: 8,1 (8,1) Prozent; [5])vers. techn. Rückstellg.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Vergleichsantrag

München (dpa/VWD) – Das private Bankhaus Schneider + Münzing beim Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen, Berlin, Antrag auf Vergleich gestellt. Nach eigenen Angaben, habe sich kein Übernahmepartner gefunden, der dem ältesten Münchner Institut aus seinen finanziellen Schwierigkeiten geholfen hätte. Die weitere Entwicklung, hänge jetzt davon ab, ob die Berliner Behörde dem Vergleich zustimmen oder Konkursantrag stellen werde. Schneider + Münzing weist in seiner Mitteilung darauf hin, daß seinen Kunden keine materiellen Nachteile aus der Schließung der Bank entstehen, da sich die Allgemeine Elsässische Bankgesellschaft im Zusammenwirken mit dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes Deutscher Banken bereit erklärt habe, *die Einlagen zu den bisherigen* Bedingungen weiterzuführen.

PWA zahlt vier DM

München (dpa/VWD) – Die Aktionäre der PWA Papierwerke Waldhof-Aschaffenburg AG, München, erhalten nach zwei dividendenlosen Jahren wieder eine Ausschüttung. Die Verwaltung schlägt der HV vor, bei einem Bilanzgewinn von 16 Mill. DM 1984 eine Dividende von 4 DM je 50-DM-Aktie auf das Grundkapital von 200 Mill. DM zu zahlen. 1983 wurde noch einen Bilanzverlust von 21,7 Mill. DM ausgewiesen.

Hohe Investitionen

Düsseldorf (J.G.) – Bis 1989 will die Bayer AG, Leverkusen, in ihrem jungen Werk Brunsbüttel weitere 400 Mill. DM investieren und 160 neue Arbeitsplätze schaffen. Größter Einzelposten ist eine 135 Mill. DM teure neue MDI-Anlage, die 1988 fertig werden und Bayers Kapazität für Polyurethan-Rohstoffe um 60 000 Jato erweitern soll. Auch Ergängzungsinvestitionen im Bereich der ehemaligen Schelde Chemie seien vorgesehen. Insgesamt behalte mithin Brunsbüttel (entgegen manchen öffentlichen Zweifeln) bei Bayer weiterhin „Investitions-Priorität".

Mehr Umsatz bei Spar

Amsterdam (dpa/VWD) – Bei Spar haben die Kassen 1984 im Groß- wie auch im Einzelhandelsgeschäft wieder kräftig geklingelt. Wie die Internationale Spar Centrale, Amsterdam, mitteilte, ist der Umsatz der 148 Spar-Grosshandelsunternehmen in 16 Ländern um 13,8 Prozent auf 148 Mrd. hfl (131,3 Mrd. DM) gestiegen. Die Spar-Einzelhändler haben rund 31 Mrd. hfl (27,5 Mrd. DM) umgesetzt (plus 9,2 Prozent). Erzielt wurde dieses Ergebnis mit mehr als 128 000 Mitarbeitern auf einer von 3,5 Mill. auf 3,71 Mill. Quadrameter erweiterten Verkaufsfläche.

Neue DeTeWe-Tochter

Berlin (Wz.) – Die Deutsche Telephonwerke und Kabelindustrie (DeTeWe) AG, Berlin, hat in Frankfurt/Main die DeTeKom Gesellschaft für Bürokommunikation mbH gegründet. Das Unternehmen konzentriert sich innerhalb des DeTeWe-Angebotsspektrums auf integrierte, vernetzte Text- und Datensysteme.

Großauftrag aus Kuwait

München (sz.) – Einen Auftrag im Wert von 60 Mill. DM zur Lieferung und Verlegung von Höchstspannungskabeln hat jetzt die Siemens AG, Berlin/München, aus Kuwait erhalten. Die Verlegung der Kabel soll bis Mai 1986 abgeschlossen sein.

Burmah verkauft Tabbert

Hamburg (VWD) – Sämtliche Geschäftsanteile der Tabbert Caravan GmbH, Sinntal-Mottgers, hat die Burmah Oil (Deutschland) GmbH an Gerd Sanmann, Hamburg, verkauft. Bei Tabbert sind rund 340 Mitarbeiter beschäftigt, der Umsatz liegt bei 70 Mill. DM im Jahr.

Zigarettenfabrik gibt auf

Saarlouis (VWD) – Die Tabak- und Cigarettenfabrik Jyldis GmbH, Saarlouis, wird zum Jahresende ihre Produktion einstellen. Von der Schließung werden 40 Mitarbeiter betroffen. Als Grund für die Stillegung wird u. a. der Absatzrückgang bei den in Saarlouis produzierten Zigaretten genannt. Nach Brancheninformationen erzielte *Jyldis 1984* bei einem Absatz von 38 Mill. Stück einen Umsatz von 15 bis 16 Mill. DM.

Positron übernommen

München (VWD) – Die Electronic 2000 Vertriebs-AG, München, hat die Positron Bauelemente Vertriebs-GmbH, Gerlingen, übernommen. Positron (Umsatz 1984: 39,4 Mill. DM, Jahresüberschuß 3,2 Mill. DM), werde eigenständig weitergeführt. Der bisherige und künftige Geschäftsführer von Positron, Horst E. Escher, wurde zum 1. Juni in den Vorstand der Electronic 2000 berufen.

Gewinnmitnahmen bremsten

Festere Kurse bröckelten wieder ab

DW. – An der Mittwochbörse setzte sich der Kursaufschwung nicht so strahlend fort wie am Vortag. *Zwar kauften Ausländer weiter, doch* bremsten kräftige Gewinnmitnahmen den Aufwärtstrend. Aufkeimende Spekulationen, daß die deutschen Zinsen noch einen Ruck nach unten machen werden, damit die Bauwirtschaft angekurbelt wird, hatten auf dem Aktienmarkt noch *keine Auswirkungen. Daß der* mitlaufende Berufshandel immer wieder schnell aussteigt und damit auch Kursdellen verursacht, wird nur als gesund angesehen.

Aktien, die von Ausländern weniger beachtet werden und in den letzten Tagen auch nicht so stark mit nach oben gezogen waren, setzten ihren Aufwärtstrend fort bzw. verstärkten ihn. So zum Beispiel Maschinenbaupapiere, bei denen es Tagesgewinne bis zu 5 DM gab. Kräftige Gewinne auch bei Versicherungsaktien, von denen Aachener und Münchener bis um 80 DM anzogen, dieses Plus im Verlauf aber wieder ganz hergaben, und Allianz, die zeitweise 85 DM gewannen. Trotz Gewinnmitnahmen lagen BMW vorübergehend noch 10 DM höher, später aber abbröckelnd. Fester auch Daimler-Benz bis plus 15 DM. Starker im Vordergrund auf freundlicher Basis wieder VW. Siemens trotz im Verlauf nachgebender Notierungen noch freundlich. Uneinheitlich tendierten Bankaktien. Das Commerzbank-Bezugsrecht für die Genußscheine gab von 2,75 auf 2,50 DM nach. Ein wenig aus dem Dornröschenschlaf erwacht sind Nixdorf mit plus 4 DM. Freundlich lagen Stahlaktien, vor allem Thyssen.

Frankfurt: Daimler verbesserten sich um 9 DM und BMW um 1,20 DM. Allianz Vers. zogen um 45 DM anund Aachener Münchner Bet. um 32 DM. Hutschenreuther zogen um 11 DM an.

Düsseldorf: Audi NSU befestigten sich um 14 DM, Dyckerhoff lSt. um 6 DM und Leffers um 8 DM. Concordia Chemie gaben um 5 DM und Dt. Atlanten um 10 DM nach.

Hamburg: Je 2,50 DM legten NWK Vz. und Phoenix Gummi zu. Bremer Vulkan stiegen um 2 DM und Beiersdorf legten 1 DM zu. Hypothekenbank Hamburg befestigten sich um 5 DM.

Berlin: Rheinmetall gewannen 6 DM, Detewe und Herlitz Vz. je 3 DM. Herlitz St. konnten 2,50 DM, I.Berthold und Schering je 2 DM zulegen. DUB-Schultheiss lagen um 1 DM freundlicher. Orenstein ermäßigten sich um 2 DM und Berliner Kindl um 1 DM.

München: Aigner zogen um 4,50 DM an, Audi AG konnten sich um 20 DM und AKS um 1,20 DM befestigen. Deckel AG gaben um 3 DM, Flachglas um 12 DM und Grünzweig um 2 DM nach.

Stuttgart: Daimler stockten um 11 DM und Mercedes um 10 DM auf. Prosche zogen um 37 DM an. IWKA setzten Ihre Aufwärtsbewegung um 15,50 DM fort. DLW gaben um 3 DM nach. Stuttgarter Hofbräu St. verloren 10 DM.

Nachbörse: freundlich

WELT-Aktienindex: 196,6 (194,4)

WELT-Umsatzindex: 5978 (5140)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München · Aktien-Umsätze

Inland

	12.6.	11.6.
H Aach M Bet.L9+2,50	1440	1390
H Aach. M. Vers. 7	565	565
D Aach. Rück. 9	1460	1440
D Aseag *4	455T	455T
M Ack-Gögg. 4	124	125
H Adca 0	142	139
D Adler 9	290	290G
F Adt 0	47,5	50
F AEG-Telef. 0	137	136,5
D AEG-Kabel 8	303	290G
S Aesculap 8	430	430
F AGAB 5	115,5	115
D Agrippina *0	1530T	1530

	12.6.	11.6.
H Br.H.Hypo 10	327G	327
Hn Brnch.Jute *0	100G	100G
H Breitenb.-C. *78	600G	600G
H Br. Straßb. *0	450G	440bB
H Br. Vulkan 0	85,5	81,5
H Br. Wolk. 6	168,9	168,9
F BBC 6	220,8	217,5
S BSU Textil % 20	1300G	1300G
D Buckau-W. 4,1	128bB	150bG
D Buderus *12	385G	385G
M Bgl.Br.Ing. *12+2	805G	805
S Bgl.Brh.Rav. *0	560TG	560TG
S Calw D. **30+18	770G	770G
F Cassella *10	550	550
F Ceag 0	159	160

	12.6.	11.6.
M En. Oberfr. 4,5	264G	264G
M En. Ostb. 5+1	220	224
H Elbraft 0	59	66,5
B Engelhardt 7	202G	202G
D Enka 6,67	305	310
M Erlus 12,5	337bB	337bB
M Erste Kulmb. 9	1300G	1300bG
S esbi *0	6,75	7,5
S Essl. Masch. *6	300TG	290TG
M Esterer **5%	575G	575G
D Farb. Liqu. RM 0	6,9	6,85
F Flachglas 8	253	269,8
D Ford *19,36	880T	880T
B Forst. Ebn. *4 %	3050	3000G
M Fr. Oberl. Wk. 5	230G	230bG
F Frankf. Hypo 12	585	581

	12.6.	11.6.
S Holmer *6	250	250
H Holsten-Br. 6	245	245
F Holzmann 10+1	480	478
D Horten 6	178	178
B Hw. Kayser *12	279B	279bB
D Hussel 8	286	285,5
D Huta Heg. 0	ausg.	ausg.
M Hutschenr. 9	252	245
H Hypo Hbg. 10+2,5	450G	445
D IKB 7,5	205	205G
S IWKA 0	362	346,5
M Isar-Amper 7,5	373bG	370bG
D Isenbeck 4,75	172T	170T
H Jacobsen *8	620G	621
H Jute Bremen 4	254B	257B

Freiverkehr · Ungeregelt.Freiverkehr · Unnotierte Werte · Inlandszertifikate · Auslandszertifikate (DM) · Fremde Währungen

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

New York · Toronto · Amsterdam · Mailand · London · Tokio · Wien · Kopenhagen · Zürich · Brüssel · Madrid · Paris · Hongkong · Singapur · Sydney

Firestone	21	21,125
Fluor	16,875	16,875
Ford	45,375	45,375
Foster Wheeler	13	13
Fruehauf	23,25	23,5
GAF Corp.	34,5	34,5

Revlon	39	39,25
Reynolds Ind.	78,25	78,75
Rockwell Int.	36	36,5
Rorer Group	35	34,5
Schlumberger	38,125	38,375
Sears, Roebuck	37,875	37,75

Denison Mines	13	13
Dome Petroleum	2,95	2,96
Domtar	18,125	18,375
Falconbridge Ltd.	19,125	19,25
Great Lakes Forest	–	20,5
Gulf Canada	17,125	17,125
Gulfstream Res.	1,5	1,25

Cons. Gold. Fields 5	5,29	5,29
Cons. Murchison	487	487
Courtaulds	140	138
De Beers 5	5,27	5,25
Distillers	291	290
Driefontein 5	23,37	22,87

Pirelli SpA	2670	2680
RAS	75000	73100
SAI Risp.	14900	15000
SIP	2250	2256
Snia Viscosa	3445	3459
STET	3215	3225
Index	325,34	314,50

Schwechater Br.	307	307
Semperit	174	140
Steyr-Daimler-P.	176	171
Universale Hochtief	268	269
Veitscher Magnesit	620	615
Index	102,75	101,60

Kopenh. Handelsbk.	291	292
Novo Industri	334	338
Privatbanken	287	285
Ostasiat. Komp.	257	247
Dan. Sukkerfabr.	490	500
For. Bryggerier St.	900	905
Kgl. Porc. Fabr.	225	225

Petrofina	4000	4000
Soc. Gén. d. Belg.	1895	1910
Sofina	7200	7200
Solvay	4580	4450
UCB	5250	5510
Index	2336,43	2349,46

Kl. Kepong	2,68	2,68
Mal. Banking	5,9	6
Nat. Iron	–	2,78
OCBC	9	9,2
Sime Darby	1,97	2
Singapur Land	2,8	2,8
Un. Overs. Bank	4,12	4,16

Poseidon	3,7	3,8
Thomas Nat. Tr.	1,9	1,88
Waltons Bond	0,58	0,56
Westpacific Banking	4,2	4,24
Western Mining	3,8	3,8
Woodside Petr.	1,45	1,42
Index	854,6	854,90

Optionshandel

Frankfurt: 12. 06. 85
3195 Optionen = 163 500 (172 750) Aktien,
davon 362 Verkaufsoptionen = 29 900 Aktien

Kaufoptionen: AEG 7-120/17, 10-120/24,5, 1-140/13, 1-150/7, BASF 7-220/7,4, 10-230/14, 1-240/12,2, Bayer 7-230/6,7, 10-220/20, 1-230/20, BBC 1-220/20, Bay. Hypo 1-370/15, Bekula 10-100/4,5, BMW 7-430/8, 10-390/47, 1-400/5, Bay. Vereinsbk. 7-339/40, Commerzbk. 7-190/20, 10-240/5,5, 1-230/14, 1-250/8, Conti 7-130/19,9, 7-140/11, 10-160/6,9, 10-170/4,5, 1-140/22, 1-150/18, Daimler 10-900/8, 1-950/13, Dt. Babcock St. 10-170/7,5, Deutsche Bk. 7-570/12, 10-428/135, 10-920/16, 1-560/44, Dresdner Bk. 7-179/49, 7-180/29, 10-250/8, 1-250/12, GHH St. 10-150/15,4, 1-160/11,9, Hoechst 7-211/12,5, 10-240/9, 10-250/5, 1-240/16, 1-250/10, Hoesch 7-100/11, 7-110/4, 10-110/9, Kloeckner 7-70/2,4, 7-75/1, 1 10-70/5,5, 10-75/3,6, 1-65/3,2, Lufthansa St. 7-190/9, 7-200/5, Lufthansa Vz. 7-180/15,8, 7-190/6,1, Mercedes 1-680/98, Mannesmann 7-160/22, 7-170/12, 8, 10-200/5,6, 1-160/27, 1-170/25, 1-180/20, Preussag 7-290/5, 10-270/30, RWE St. 7-170/2,8, 1-180/5, RWE Vz. 7-160/7,6, Schering -410/69,5, 7-470/10,5, 10-490/14,4, Kali + Salz 10-270/14, Siemens 7-523,3/57, 7-533,3/46, 10-600/20,2, 10-610/18, 10-620/15, 1-630/19, 1-650/10, Thyssen 7-13,25/30, 7-90/23, 7-93,25/20,2, 7-98,25/15, 10-110/15,6, 10-110/8,9, 10-120/6, 1-130/7,7, 1-140/4, Varta 1-240/10,4, Veba 7-190/16,7, 7-200/9,6, 7-210/3,8, 10-210/9,4, 10-220/5, 1-200/19,4, VW 7-210/70, 7-230/60, 7-290/50,6, 7-240/4, 7-250/38, 10-300/11,4, 10-310/8, 1-310/30, 1-320/12, 1-330/8, Alcan 10-80/4,5, 1-80/9, 1-85/4,95, IBM 7-420/7,8, 10-440/10,6, Norsk Hydro 1-40/2,8, Philips 7-50/1,4, 10-50/4, 1-50/6,5, 1-55/4,3, 1-60/3,5, Sony 1-55/6, **Verkaufsoptionen:** AEG 7-130/1,1, 10-130/4,5, 1-120/4,4, 1-130/6, BASF 7-220/2,35, 10-220/4, 1-210/2, 1-220/2, 1-220/3,3, Bayer 7-230/1,8, 10-220/1,4, 10-230/3,6, 1-220/3, 1-230/5, Bay. Hypo 7-350/6,5, BMW 10-380/5,5, 1-380/9,4, 1-400/15, 1-420/21, Commerzbk. 10-210/8, 1-200/6,9, Conti 7-138/4,7, 10-140/2, Daimler 7-800/6, 10-800/11,4, 1-800/18, 1-810/24,2, Deutsche Bk. 7-550/14,6, 10-530/9, 1-530/15, Dresdner Bk. 10-220/3, 1-220/6, 1-230/7,4, Hoechst 1-221/6, Hoesch 10-119/2,8, Karstadt 1-220/6, Kaufhof 7-240/7,4, 10-230/4,6, Klöckner 7-70/1,2, 7-75/3, 10-70/3,3, Lufthansa St. 7-180/6,5, Linde 7-480/6,5, 10-480/11,4, Mercedes 7-700/3,8, 7-720/15, 6-480/11,4, Mercedes 7-700/3,8, 7-720/15,6, Nixdorf 10-590/9, Preussag 1-270/5,3, Schering 10-460/6, Kali + Salz 7-280/3, Siemens 7-509/3, 10-540/3,5, 10-560/8, 1-540/9, 1-550/2,6, Thyssen 7-110/2, 10-110/34,5, 1-100/1,8, Veba 10-200/3,5, VW 7-280/8,4, 10-260/5,6, 10-270/10, 10-280/16, EM 10-75/5,5, General Motors 1-210/5,6, IBM 7-390/5, 7-400/14,8, Philips 10-50/3, 1-45/1,6, 1-50/3,5.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 12. 6. 85; *Redaktionsschluß 14.30 Uhr:*

	US-$	DM	sfr
1 Monat	7½– 7¾	5⅜–5⅝	5 –5⅛
3 Monate	7½– 7¼	5⅜–5½	5⅛–5⅜
6 Monate	7⅝– 7⅞	5½–5¾	5¼–5⅜
12 Monate	8⅛– 8⅜	5⅝–5⅞	5¼–5½

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 12. 6. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1430,00	1812,60
10 US-Dollar (Indian)**)	1245,00	1508,70
5 US-Dollar (Liberty)	510,00	695,40
1 £ Sovereign alt	221,75	275,60
1 £ Sovereign Elizabeth II.	221,00	274,74
20 belgische Franken	171,75	224,30
10 Rubel Tscherwonez	232,50	292,41
2 südafrikanische Rand	217,50	288,71
Krüger Rand, neu	975,50	1151,87
Maple Leaf	984,25	1161,90
Platin Noble Man	836,50	993,51

Außer Kurs gesetzte Münzen*)

	Ankauf	Verkauf
20 Goldmark	231,50	292,41
20 schweiz. Franken „Vreneli"	173,75	226,58
20 franz. Franken „Napoléon"	173,00	225,72
100 österr. Kronen (Neuprägung)	907,75	1098,68
20 österr. Kronen (Neuprägung)	180,50	228,57
10 österr. Kronen (Neuprägung)	84,00	124,26
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	422,50	515,85
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	99,25	135,95

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

12. 6. 85	Frankfurt. Devisen Geld	Brief	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs⁴)	Ankauf	Verkauf
New York³)	3,0780	3,0860	3,0847	3,02	3,12
London¹)	3,819	3,903	3,828	3,83	3,98
Dublin¹)	3,125	3,139	3,081	3,05	3,20
Montreal³)	2,2484	2,2564	2,2296	2,20	2,30
Amsterd.	88,610	88,830	88,450	87,75	89,50
Zürich	118,700	118,900	118,770	117,50	120,25
Brüssel	4,961	4,971	4,922	4,85	5,05
Paris	32,740	32,900	32,410	32,00	33,75
Kopenh.	27,830	27,860	27,615	27,00	28,75
Oslo	34,715	34,835	34,150	33,75	34,50
Stockh.**)	34,525	34,685	33,690	33,75	35,50
Mailand²) **)	1,5680	1,5780	1,5420	1,53	1,63
Wien	14,209	14,249	14,188	14,13	14,35
Madrid**)	1,756	1,786	1,718	1,70	1,82
Lissabon**)	1,743	1,763	1,664	1,35	2,15
Tokio	1,2330	1,2360	–	1,19	1,25
Helsinki	48,045	48,245	–	47,25	49,25
Buen. Air.	–	–	–	–	3,50
Rio	–	–	–	0,03	0,18
Athen*) **)	2,2345	2,2886	–	1,90	2,70
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,0635	2,0835	–	1,96	2,07
Johannesbg.*)	1,3405	1,3605	–	1,22	1,47

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar.
⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert.
**) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Aufgrund weiter nachgebender Tendenz der kurzfristigen US-Zinsen fiel der Dollar am 12. 6. wieder leicht zurück. Der amtliche Mittelkurs wurde ohne die Mitwirkung der Bundesbank bei 3,0820 fixiert. Bei äußerst ruhigem Geschäft bewegte sich der Dollarkurs im Tagesverlauf lediglich zwischen 3,0765 und 3,0845. In Großbritannien blieb die Rücknahme des Basiszinssatzes von 12,75 Prozent auf 12,50 Prozent durch zwei Großbanken ohne Einfluß auf den Wechselkurs, zumal dieser Schritt von zwei anderen Großbanken bereits im April vollzogen worden war. Bemerkenswert ist die Erhöhung der Italienischen Lira, die mit nunmehr 1,5730 seit Anfang Juni 0,8 Pfennig zulegen konnte. US-Dollar in: Amsterdam 3,4725; Brüssel 62,120; Paris 9,3880; Mailand 1966,00; Wien 21,6590; Zürich 2,5943; Ir. Pfund/DM 3,132; Pfund/Dollar 1,2841; Pfund/DM 3,898.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 11. Juni: In D-Mark 2,24423 (Parität 2,24184); in Dollar 0,725512 (12. März 1979: 1,35444).

Ostmarkkurs am 11. 6. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,75; Verkauf 21,75 DM West.

Devisenterminmarkt

Leicht nachgebende Dollar-Deports, insbesondere im 6- und 12-Monats-Bereich, führten am 12. Juni zu gleichmäßigen Dollar-Termin-Abschlägen.

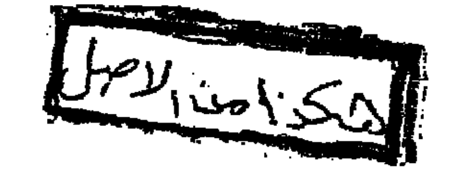
	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,62/0,52	1,73/1,62	3,28/3,18
Pfund/Dollar	0,54/0,53	1,50/1,47	2,65/2,61
Pfund/DM	3,1/1,7	7,3/5,9	12,7/11,3
FF/DM	21/5	47/31	83/67

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 12. 6.: Tagesgeld 5,45–5,50 Prozent; Monatsgeld 5,50–5,60 Prozent; Dreimonatsgeld 5,65–5,75 Prozent.

Privatdiskontsätze am 12. 6.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 12. 6.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 6 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 15. April 1985 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich; in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/5 (Typ A) 5,00 (5,00) – 6,50 (7,00) – 7,00 (7,50) – 7,25 (8,00) – 7,50 (8,25) – 8,50 (8,50): Ausgabe 1985/6 (Typ B) 5,00 (5,00) – 5,75 (5,97) – 6,13 (6,46) – 6,38 (6,80) – 6,56 (7,05) – 6,84 (7,25). [illegible] des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,45, 2 Jahre 6,10. Bundesobligationen ([illegible] in Prozent): Zins 6,75, Kurs 99,80, Rendite 6,85.



Warenpreise – Termine

Nur bruchteilige Verluste bzw. Gewinne wiesen am Dienstag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex auf. Etwas fester ging Kupfer aus dem Markt. Während Kaffee überwiegend schwächer notierte, konnte Kakao in allen Sichten zulegen.

Getreide und Getreideprodukte

	11. 6.	10. 6.
Weizen Chicago (c/bush)		
Juli	322,75	322,00
Sept.	324,50	323,00
Dez.	331,75	330,25
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif.	11. 6.	10. 6.
St. Lawrence 1 CW	247,19	243,89
Amber Durum	230,24	227,29
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Juli	122,90	123,30
Okt.	129,10	129,30
Dez.	132,50	132,50
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Juli	115,50	115,50
Okt.	110,20	110,30
Dez.	-	-
Hafer Chicago (c/bush)	11. 6.	10. 6.
Juli	152,25	152,50
Sept.	149,75	150,25
Dez.	154,50	154,50
Mais Chicago (c/bush)		
Juli	277,00	276,75
Sept.	261,75	262,50
Dez.	257,75	253,00
Gerste Winnipeg (can. $/t)	11. 6.	10. 6.
Juli	125,80	127,20
Okt.	118,50	118,70
Dez.	117,80	117,70

Genußmittel

	11. 6.	10. 6.
Kaffee New York (c/lb)		
Terminkontr. Juli	145,20	147,00
Sept.	146,95	148,05
Dez.	147,01	147,80
Kakao New York ($/t)	11. 6.	10. 6.
Terminkontr. Juli	2107	2080
Sept.	2082	2036
Dez.	2043	2025
Umsatz	4089	2617
Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Juli	2,82	2,76
Sept.	2,90	2,87
Okt.	3,08	2,98
Jan	3,38	3,40
März	3,29	3,77
Umsatz	9 050	9 895
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	11. 6. 2,79	10. 6. 2,71
Kaffee London (£/t) Robusta-	11. 6.	10. 6.
Kontrakt Juli	2068–2069	2070–2075
Sept.	2117–2118	2121–2123
Nov.	2156–2157	2155–2158
Umsatz	1831	4072
Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Juli	1800–1801	1783–1784
Sept.	1782–1783	1772–1774
Dez.	1751–1754	1748–1749
Umsatz	3422	1587
Zucker London ($/t), Nr. 6		
Aug.	89,60–89,80	87,80–88,00
Okt.	91,40–91,60	90,60–90,80
Dez.	96,80–97,40	96,00–97,40
Umsatz	1641	1409
Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	11. 6.	10. 6.
schw. Sarawak spez.	775,00	765,00
weißer Sarawak	895,00	885,00
weißer Muntok	905,00	895,00
Orangensaft New York (c/lb)	11. 6.	10. 6.
Juli	145,80	144,80
Sept.	143,90	142,00
Nov.	141,00	140,40
Jan.	140,60	139,60
März	140,50	139,90
Umsatz	300	300

Öle, Fette, Tierprodukte

	11. 6.	10. 6.
Erdnußöl New York (c/lb)		
Südstaaten fob Werk	42,00	42,00
Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	30,75	30,75
Sojaöl		
Chicago (c/lb) Juli	31,75	31,18
Aug.	30,25	29,92
Sept.	29,40	28,90
Okt.	28,30	27,70
Dez.	27,30	26,70
Jan.	28,80	26,20
März	26,35	25,65
Baumwollsaatöl New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk	32,00	32,00
Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	17,00	17,00
Choise white hog 4% fr. F.	15,75	15,75
Talg New York (c/lb)		
top white	17,75	18,00
fancy	17,25	17,00
bleichfähig	15,75	16,00
yellow max. 10% fr. F.	14,00	14,75
Schweine Chicago (c/lb)		
Juni	48,00	48,10
Juli	50,90	50,80
Aug.	50,65	50,50
Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Juli	68,45	68,60
Aug.	68,00	67,85
Feb.	72,70	73,25
Rinder Chicago (c/lb)	11. 6.	10. 6.
Ochsen einh. schwere River Northern	53,00	53,00
Kühe einh. schwere River Northern	40,00	46,00
Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Juli	587,50	582,50
Aug.	580,00	577,50
Sept.	574,00	572,00
Nov.	578,00	578,00
Jan.	588,00	587,00
März	595,25	597,00
Mai	603,00	605,00
Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Juli	121,80	123,50
Aug.	124,80	125,90
Sept.	127,80	128,80
Okt.	130,50	131,80
Dez.	136,00	137,00
Jan.	138,50	139,50
März	143,50	145,00
Leinsaat Winnip. (can. $/t)	11. 6.	10. 6.
Juli	349,10	380,80
Okt.	357,60	386,20
Dez.	361,60	386,50
Kokosöl New York (c/lb)	11. 6.	10. 6.
Westküste fob Werk	32,50	32,25
Erdnußöl Rotterdam ($/t)	12. 6.	11. 6.
jegl. Herk. cif	985,00	980,00
Leinöl Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank	286,00	700,00
Palmöl Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	575,00	575,00
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	221,00	216,50
Kokosöl Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	620,00	625,00
Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	710,00	287,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

	11. 6.	10. 6.
Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:		
Juli	62,35	62,82
Okt.	61,27	61,65
Dez.	61,65	62,17
März	62,65	63,18
Mai	63,00	63,58
Juli	63,50	63,90
Kautschuk New York (c/lb): Händlerpreis loco RSS-1	41,50	41,50
Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	11. 6.	10. 6.
Aug.	540–542	539–540
Okt.	540–542	539–540
Dez.	540–542	539–541
Umsatz	76	14
Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	11. 6.	10. 6.
Juli	55,20	55,20
Okt.	55,40	55,40
Dez.	55,40	55,40
März	55,40	55,40
Umsatz	0	-
Tendenz: stetig		
Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	11. 6.	10. 6.
Juli	640,00–642,00	geschl.
Dez.	-	geschl.
März	-	geschl.
Umsatz	2	-
Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	11. 6.	10. 6.
East African 3 long	680,00	680,00
undergraded	570,00	570,00
Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	11. 6.	10. 6.
Juni	12 291	12 338
Juli	12 188	12 221
Kautschuk London (p/kg)	11. 6.	10. 6.
Nr. 1 RSS loco	66,00–69,00	64,00–67,00
Juli	70,00	69,00
Aug.	70,00	69,00
Sept.	70,00	69,00
Tendenz: ruhig		
Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	11. 6.	10. 6.
Juni	199,00–199,50	195,25–197,00
Aug.	196,50–197,00	194,00–195,00
Nr. 2 RSS Juli	197,00–198,00	195,50–196,50
Nr. 3 RSS Juli	194,50–195,50	183,00–194,00
Nr. 4 RSS Juli	190,00–191,00	188,50–189,50
		Tendenz: ruhig
Jute London (£/lgt)	11. 6.	10. 6.
BWC	905,00	905,00
BWD	885,00	885,00
BTC	905,00	905,00
BTD	885,00	885,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

	12. 6.	11. 6.
Aluminium: Bas. London		
laufend. Monat	317,31–317,51	320,37–320,77
drittfolg. Monat	325,48–326,68	329,36–329,56
Blei: Basis London		
laufend. Monat	120,02–120,21	118,19–118,26
drittfolg. Monat	118,46–118,85	117,99–118,19
Nickel: Basis London		
laufend. Monat	1733,93–1734,98	1734,71–1736,66
drittfolg. Monat	1699,76–1701,71	1719,08–1721,00
Zink: Basis London		
laufend. Monat	221,30–221,69	225,83–226,61
drittfolg. Monat	226,96–227,16	230,51–230,90
Produz.-Preis	287,00	287,72
Reinzinn 99,9 %	4056–4096	4049–4090

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	12. 6.	11. 6.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz*)	445,53–448,84	444,42–447,74
Blei in Kabeln	127,75–128,75	125,75–126,75
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 13 Kupferverarbeiter und Kupferbesteller.

Messingnotierungen

	12. 6.	11. 6.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	409–412	409–413
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	455	455–462
MS 63	456–463	456–463

Zinn-Preis Penang

	11. 6.	10. 6.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	29,32	29,22

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	12. 6.	11. 6.
Leg. 225	368–375	378–380
Leg. 226	370–377	380–382
Leg. 231	400–410	410–415
Leg. 233	410–420	420–425

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	12. 6.	11. 6.
Platin (DM je g)	28,95	28,95
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	31 630	31 630
Rücknahmepr.	30 880	30 880
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	31 760	31 790
Rücknahmepr.	30 960	30 990
verarbeitet	33 320	33 350
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	31 150	31 175
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	624,70	625,70
Rücknahmepr.	606,40	607,40
verarbeitet	652,20	653,20

Internationale Edelmetalle

	12. 6.	11. 6.
Gold (US-$/Feinunze) London		
10.30	313,75	313,25
15.00	314,50	315,00
Zürich mittags	313,70–314,20	313,10–313,60
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	94 500	94 300
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	485,80	485,85
3 Monate	500,50	500,75
6 Monate	515,00	515,50
12 Monate	542,90	543,25
Platin (£-Feinunze) London	11. 6.	10. 6.
fr. Markt	211,45	208,30
Palladium (£-Feinunze) London		
f. Händlerpr.	77,10	76,70

New Yorker Preise

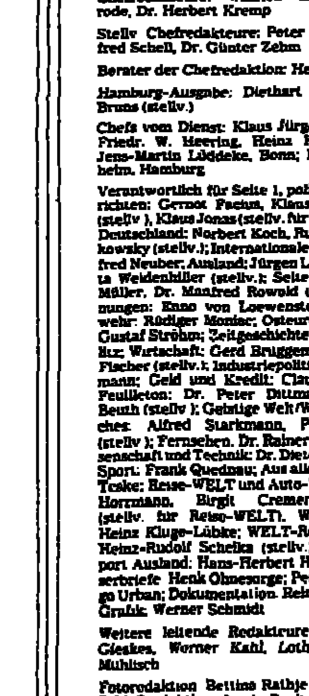
	11. 6.	10. 6.
Gold H & H Ankauf	315,00	312,00
Silber H & H Ankauf	616,00	608,50
Platin fr. Händlerpr.	267,50–272,00	267,50–277,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	96,25–97,25	96,0–97,0
Produz.-Preis	150,00	150,00
Silber (c/Feinunze)		
Juni	615,20	615,00
Juli	617,00	617,00
Sept.	625,00	625,00
Dez.	637,00	637,00
Jan.	642,40	642,00
März	650,70	650,20
Mai	659,80	659,00
Umsatz	15 000	15 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	11. 6.	10. 6.
Juni	60,50	60,20
Juli	60,70	60,45
Sept.	61,25	61,35
Dez.	61,55	62,40
Jan	62,70	62,65
März	63,00	63,10
Mai	63,40	63,55
Umsatz	8 000	77 000

Londoner Metallbörse

	12. 6.	11. 6.
Aluminium (£/t) Kasse	813,00–813,50	821,00–822,00
3 Monate	836,50–837,00	845,00–845,50
Blei (£/t) Kasse	307,50–308,00	302,00–303,00
3 Monate	303,50–304,50	302,00–302,50
Kupfer Higher grade (£/t)		
mittags Kasse	1120,5–1121,5	1117,0–1117,5
3 Monate	1139,0–1139,5	1137,5–1138,0
abends Kasse	-	1125,0–1126,0
3 Monate	-	1143,5–1144,0
(Kupfer-Standard) Kasse	1113,0–1114,0	1115,0–1116,0
3 Monate	1127,0–1128,0	1131,0–1131,5
Zink (£/t) Kasse	567,00–568,00	580,00–581,00
3 Monate	581,50–582,00	590,50–591,00
Zinn (£/t) Kasse	9680–9685	9660–9670
3 Monate	9563–9565	9555–9560
Quecksilber ($/Fl.)	-	285–295
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	-	61–67



Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden† Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.), Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT). WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheika (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer. Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Thomas L. Kielinger (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Kozak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

Bundesanleihen

		12.6.	11.6.
F 7¾ Bund 79 I	7/85	100,1G	100,1
F 8 dgl. 76 IV	10/85	100,65	100,65G
F 5½ dgl. 78 II	3/86	99,9	99,85bG
F 5¾ dgl. 78	5/86	99,7	99,7
F 7¼ dgl. 76 I	12/86	101,95G	101,95
F 6½ dgl. 79	1/87	102,95	102,85
F 7¼ dgl. 76 II	1/87	100,95bG	100,95G
F 6¾ dgl. 77	4/87	101,55	101,55bG
F 6½ dgl. 77	7/87	101,1bG	101,15
F 6 dgl. 77	10/87	100	100
F 6 dgl. 78 I	1/88	99,75	99,7
F 6½ dgl. 78 I	9/88	101,15	101,15
F 6½ dgl. 78 II	12/88	100,95	101
F 6¾ dgl. 79	1/89	101,35	101,45
F 7¼ dgl. 79 I	4/89	102,9	103
F 10 dgl. 81 I	4/89	110,9G	110,9bG
F 7½ dgl. 79 I	6/89	103,25	103,35
F 8 dgl. 79 I	7/89	104,8	104,75bG
F 8 dgl. 79 II	8/89	104,85bG	104,8bG
F 7¾ dgl. 79 II	9/89	103,4	103,35
F 7¾ dgl. 79 II	11/89	104,1bG	104bG
F 7¾ dgl. 80	1/90	104,1	104bG
F 10 dgl. 80	4/90	112,55	112,55
F 5¾ dgl. 78	5/90	96,75	96,75
F 8¼ dgl. 80 I	7/90	106,4	106,3G
F 8¼ dgl. 80 II	11/90	104,55	106,4bG
F 7¾ dgl. 82 I	11/90	104,55	104,4bG
F 9 dgl. 81	2/91	108,75	108,75
F 7¾ dgl. 83 III	6/91	103,5	103,4bG
F 10¼ dgl. 81	7/91	115,2G	115,2
F 10¾ dgl. 81	9/91	117,95	117,95G
F 10 dgl. 81 II	12/91	114,5	114,55
F 9¾ dgl. 82 I	1/92	113,1G	113,1
F 9¾ dgl. 82 II	3/92	113,3	113,3
F 9½ dgl. 82	4/92	112,3G	112,3G
F 9 dgl. 82 I	5/92	109,8	109,8
F 8½ dgl. 82	6/92	107,35	107,35
F 9 dgl. 82 II	8/92	109,8G	109,8G
F 8¾ dgl. 82	9/92	108,6bG	108,5
F 7¾ dgl. 82 II	12/92	104,15	104,1
F 7½ dgl. 83	1/93	102,7bG	102,65
F 6 dgl. 78 II	3/93	95,3	95,2
F 7½ dgl. 83 II	3/93	102,7bG	102,65
F 8¼ dgl. 83	6/93	106,45bG	106,45
F 6 dgl. 78 II	7/88	99,3bG	99,3
F 6½ dgl. 77	5/89	100,05G	100,05bG
F 8 dgl. 79 I	7/89	104,5	104,5
F 6 dgl. 78 I	2/90	97,55	97,5
F 8 dgl. 80 II	7/90	104,9	104,9
F 9 dgl. 81	3/91	108,8	108,6bG
F 10½ dgl. 81	9/91	116,25G	116,25
F 10¼ dgl. 81	11/1	115,6G	115,6
F 8 dgl. 80 I	2/92	104,45	104,45bG
F 10 dgl. 82	2/92	114,45bG	114,4
F 9½ dgl. 82	7/92	112,4	112,35
F 8 dgl. 82	11/92	104,5	104,4
F 7¾ dgl. 85	1/95	103,45	103,4
F 8¼ dgl. 85	10/95	106,4	106,35
F 8¼ dgl. 84	6/94	106,75	106,65
F 7½ dgl. 84	10/94	101,2G	101,2
F 7¾ dgl. 85	1/95	100,15	100,15

Bundespost

F 6½ Bdpost 68	6/88	100,05	100,05
F 8 dgl. 72 I	9/87	103,1	103,05
F 8 dgl. 80	3/90	104,9	104,9G
F 7¾ dgl. 80	9/90	104bG	103,9
F 8¾ dgl. 80	12/90	108,05G	108,05G
F 10 dgl. 81	3/89	110,5	110,5
F 10¾ dgl. 81	6/89	112,2	112,15
F 10½ dgl. 81	10/91	116,5	116,5
F 9¾ dgl. 82	2/92	113,05G	113,05
F 8¾ dgl. 82	6/92	108,35	108,3G
F 8½ dgl. 82	10/92	107,45	107,4
F 7¾ dgl. 83	2/93	103,65	103,6
F 8½ dgl. 83	9/93	107,55	107,55G
F 8½ dgl. 84	2/94	106,4	106,4
F 8 dgl. 84	9/94	105	105
F 7 dgl. 85	97	100G	100

Länder – Städte

S 6¾ Bd.-Württ. 78	86	100,2bG	100,2bG
S 8¾ dgl. 82	92	105,7G	105,7bG
M 6½ Bayern. 67	87	105bG	105G
M 6 dgl. 68	85	100G	98,9bG
M 6 dgl. 78	88	98,9bG	98,7bG
M 8¾ dgl. 80	90	107bG	107G
M 8¾ dgl. 82	92	107,9bG	108G

Rentenwerte weiter im Schatten

Die festverzinslichen Wertpapiere lagen auch an der Mittwochbörse weiter im Schatten. Die Umsätze blieben bei kleinstem Umfang. Hoffnungen, daß die Zinsen im Interesse der deutschen Bauwirtschaft wieder sinken werden, waren bisher durch keine „harten Zeichen" untermauert und verursachte noch keine spekulativen Käufe. Im öffentlichen Bereich änderten sich Anleihekurse bei kleinen Umsätzen kaum. Bundesobligationen konnten sich nur knapp halten. Weiter wenig beachtet DM-Auslandsanleihen.

M 6½ dgl. Pf 12	93,5G	93,5G
M 7 dgl. Pf 20	100,75G	100,75G
B 5 Berl.Pfandb. Pf 7	102,5G	102,5G
B 7 dgl. Pf 31	100,5	100,5G
B 6 dgl. Pf 34	98,25G	98,25G
B 6½ dgl. Pf 37	100G	100G
Hn 5 BrHann. Hypo. Pf 1	118G	118G
Hn 7 dgl. Pf 80	96,25G	96,25G
Hn 7½ dgl. Pf 87	101,5G	101,5G
Hn 6 dgl. KS 29	87,5G	87,5G
Hn 7 dgl. KS 30	101,15G	101,15G
D 5 Dt.Genbod. Pf 44	120,5G	120,5G
D 6 dgl. Pf 28	98G	98G
D 6½ dgl. Pf 67	90G	90G
D 5½ dgl. KO 34-E	120G	120G
D 7½ dgl. KO 77	100G	100G
S 5 RhHyp.Mannh.Pf59	110G	110G
S 5½ dgl. Pf 109	78G	78G
S 7 dgl. Pf 125	101,25G	101,25G
S 7 dgl. Pf 128	97,5G	97,5G
S 8 dgl. Pf 177	101,25	101,25
S 6 dgl. KS 77	87G	87G
Br 5 St.Kr.Öl-Br Pf17	124,25G	124,25G
Br 5½ dgl. Pf 34	107,75G	107,75G
F 7¼ dgl. 71	100,5G	100,5G
F 7½ dgl. 76	100,75	100,75
F 7½ Klöckner W. 71	100,5T	100,25G
F 8 dgl. 72	102	101,5
F 6 NWK 61	99,8G	99,8G
F 6 dgl. 62	98,75G	98,75G
F 6 Ob.Don.Kraft. 64	98,6T	98,6T
F 6 Rh.Brkw. 63	97,7	97,7T
F 6 dgl. 65	98T	98T
F 6 RWE 63	99T	99T
F 6 dgl. 65	97,75T	97,75T
F 7¼ dgl. 71	100,4T	100,6T
F 7 dgl. 72	100G	100G

D 6½ Pyrm Autob. 77	–Zhg	–Zhg
D 8½ Queensl. A. 70	100,5G	100,5G
D 7 RENFE 79	100,05bG	100,05bG
D 10 dgl. 82	110,75	110,75
D 8¼ dgl. 83	104,25	104,25
D 7¾ Sumito F. 82	102rG	101,9G
D 7½ Sun Int. 73	100G	100,05
D 7¼ Svenska C. 75	100bG	100G
D 10¼ dgl. E 81	109G	109G
D 9½ Svensk. Ex. 82	104,35G	104,35
D 5½ Tauernaut. 78	93,65	93,95
D 9¾ dgl. 82	112,75rG	112,25G
D 6 TVO-Kraftw. 78	97,75bG	97,75G

Wandelanleihen

	12.6.	11.6.
F 4¼ AKZO 69	88G	88G
F 5 Asics Corp. 83	108	108,5
F 3½ All Nippon 78	181,75	175,1bG
F 3¼ Asahi Opt. 78	134G	136G
F 4¾ Canon Inc. 77	410	400G
F 5¾ Daiei Inc. 80	150G	150G
F 3 Daikin Ind. 84	129	128,5bG
F 4½ Fujitsu Lim. 78	670T	670T
F 5½ Hoogovens 68	88G	88G
F 3½ Izumiya Co. 78	145T	145T
F 3½ Jusco Co. 78	120,45G	120
F 4 Kawashima Tex. 84	107,5G	107,5G
F 6 Komatsu 76	156G	156G
F 6 Konishiroku Pho81	149,5G	147,5G
F 6½ dgl. 82	140,5bG	138
F 3½ Korakuen 78	135G	135
F 7½ Kraft Inc. 70	187T	186T
F 5½ Marudai F. 78	107	105
F 5½ Minolta Cam. 77	304G	304G
F 4 dgl. 79	232G	232G
F 6½ Mitsub. H. 81	207G	199bG
F 6 dgl. 81	153bG	147
F 6 Nichii Co. Ltd. 80	147T	147T
F 3½ Nissan Mot. 78	105,5G	105,5
F 4 Nisshin Steel 78	185T	182T
F 7¼ Nitto Boseki 84	104,5	105G
F 3½ Olympus 78	305T	300G
F 3¼ Omron Tat. 79	340G	340G
F 4¾ Orient Fin. 79	225G	219G
F 3½ Renown Inc. 84	104,6	104,75
F 3½ Ricoh Comp. 78	212T	210T
F 6½ Rothm. Int. 72	119,5G	119,5
F 3¾ Sanden Corp. 78	125G	127G
F 6½ Seibu 76	176G	175G
F 3½ Stanley 78	172T	175T
F 6 Taiyo Yuden 82	138G	138G
F 5 Texaco Int. 66	99,5T	99,3
F 3½ Tok.Elec. 78	450G	440G
F 4 Tokyu Land 79	114G	114G
F 3½ Tdo Kenw. 78	147	153

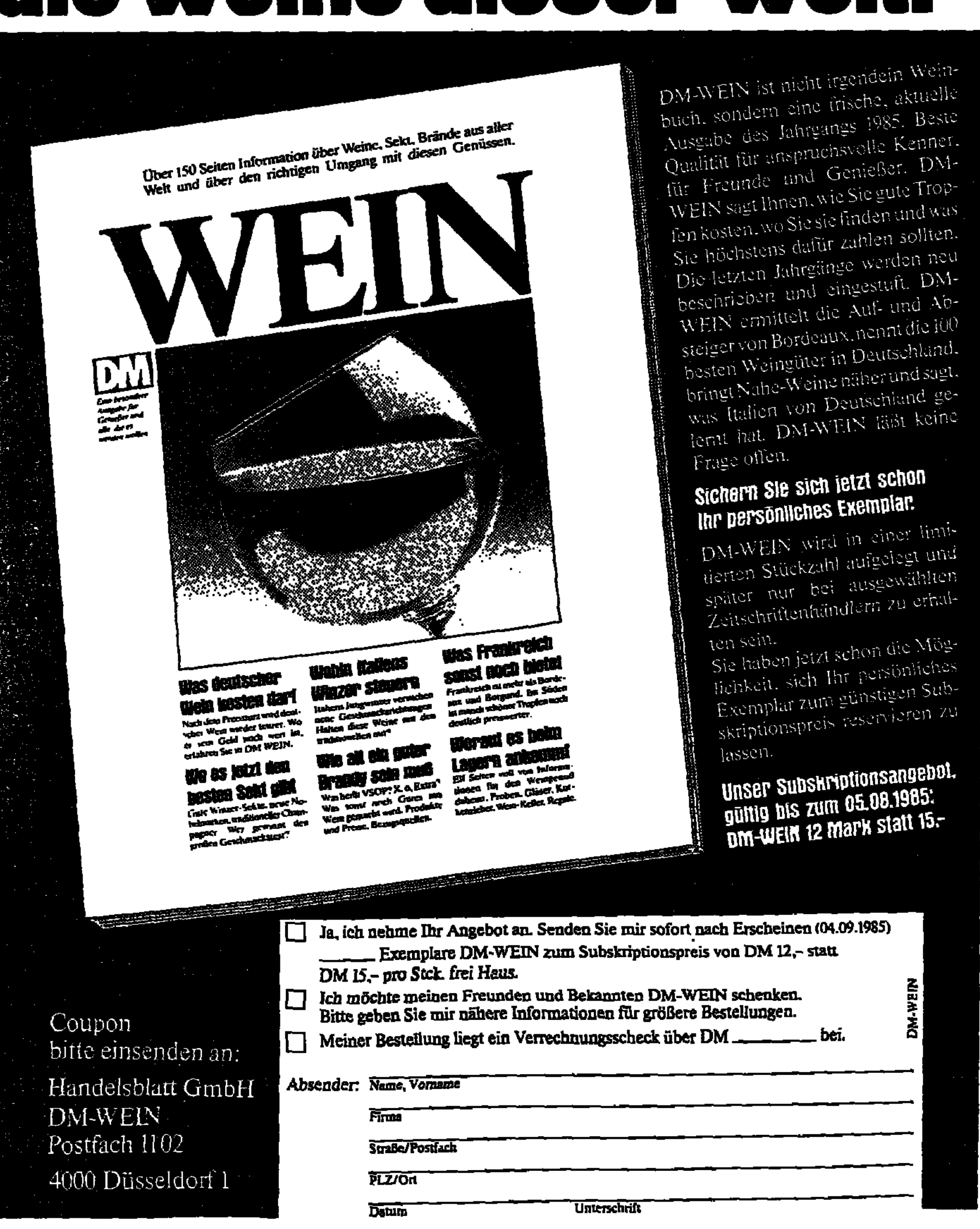
Anmerkung: * Zinsen steuerfrei; PF = Pfandbrief, KO = Kommunalobligation, KS = Kommunalschatzanweisung, IS = Inhaberschuldverschreibung, RS = Rentenschuldverschreibung, S = Schuldverschreibung. (Kurse ohne Gewähr) B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart. Kursive Positionen = Ausländischer Freiverkehr.

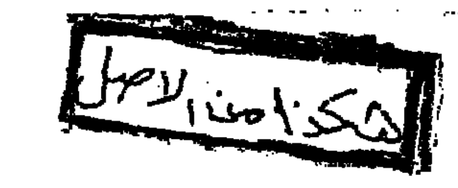
Ausländische Aktien in DM

	12.6.	11.6.
M Abbott Labor	174,7	174,8
F L'Air Liquide	–	222G
D Akzo	97,5	99,4
F Alcan	76	76
F Alcoa	98	98
F Alg. Bk. Nedld.	399G	402
F All Nippon Air	7,5T	7,2
F Allied Corp.	130,5	130,5
M ALPS El.	19,9	21,3
F Amax	48,1	49,3
F Am. Cyanamid	162G	165G
D Gen. Shopping	127T	128G
D Gevaert	186G	188G
F Goodyear	89	89,5
H Grace	132	133
F Greyhound	90	89G
D GKN	8,8T	8,7
F Gulf Canada	37,5	37,2
D Halliburton	94	95G
F HCA Hospital	137	138G
M Hewlett Packard	105,2	104,4
D Highveld Steel	–	–
M Pepsi	182	183,1
F Pernod	246bG	250G
F Peugeot	132	131,95
F Philip Morris	273	270
M Phibro-Salomon	129	129,4xD
H Philips	47,4	50,1
M Pioneer El.	23,8	23,8
F Pirelli	4,15	4,1bG
M Polaroid	97,8	97,4
M Prime Computer	52	51,1
F Procter & G.	163G	162,5

D Exxon	159	159
M Fed. Nat. Mortg.	60,6	60,5
D Fiat St.	5,5	5,45
D dgl. Vz.	4,8	4,7
F Finsider	0,14	0,13G
D Fisons	14,4	13,9T
M Fluor	51,9	51,3
D Ford	138	139
F Fujitsu	13,8	13,8
F General Electric	187,3	190
F General Food	220T	223T
F General Mining	47	47,5
D General Motors	230G	231bG

Das ganze Wissen über die Weine dieser Welt.





Luise Rinser inklusive

zhk. – Das kommunistische „Paradies" Nordkorea war bisher nur wenigen Auserwählten aus dem Westen zugänglich, z. B. Erhard Eppler oder Jürgen Möllemann. Nun hat es aus akutem Devisenmangel die Grenzen einen Spalt breit geöffnet. Erstmals dürfen in diesem Jahr zwei Gruppen von Bundesbürgern über ein Reisebüro im niedersächsischen Beckum das Reich von Kim Il-Sung und seinem Sohn-Thronfolger Kim Chong-Il besuchen. Allerdings werden pro Gruppe nur 20 Personen zugelassen: Offenbar will man erst einmal „testen", ob Touristen aus der Bundesrepublik sich auch würdig genug benehmen. Außerdem muß es sich um verdächtig-betuchte Gäste handeln, denn für die 18-Tage-Reise ins koreanisch-stalinistische Reich müssen 7072 DM West pro Person hingeblättert werden.

Das staatliche (Nord-)Koreanische Touristenbüro, das diese Reisen anbietet, hat dafür auch etwas zu bieten. Die richtige Reiselektüre vor allem. Deswegen ist im Reisepreis das „Nordkoreanische Reisetagebuch" von Luise Rinser inbegriffen. Die Dame, die zuerst für Adolf Hitler, dann für Josef Stalin schwärmte, hat bekanntlich unlängst Kim Il-Sung als ihr neues Idol entdeckt. Wer dieses Bändchen liest, muß schon vor der Reise vor Wonne erschauern. Ehrfurchtsvoll werden die so eingestimmten Touristen dann auch das Programm absolvieren. Das Geburtshaus des „genialen Führers", der „Sonne" Nordkoreas, gilt es zu besichtigen. An den Gräbern der Eltern Kim Il-Sungs darf den Ahnen, die der Menschheit diesen bemerkenswerten Diktator geschenkt haben, Reverenz erwiesen werden. Und natürlich führt der Weg auch zu Museen, Pionierpalästen der Metro von Pjöngjang und den Denkmälern, die alle in einem gigantischen Kult Kim senior und Kim junior verherrlichen und preisen.

Denn wie sagte doch die von den Grünen für das Amt des Bundespräsidenten nominierte „fortschrittliche" Autorin Rinser? Nach der Begegnung mit Kim Il-Sung habe sie wieder „Kraft aufgeladen". Die werden die jetzt auserwählten 40 „Touristen" auch brauchen – bei dem Programm.

Moskaus Bolschoi-Ballett gastiert im Berliner ICC

Vorturner der Lüfte

Das Bolschoi-Ballett ist noch immer eine der großartigsten Tanzmaschinen der Welt. Zu Gast in Berlins Congress-Centrum, drehte es in den Ensemble-Szenen der Ballett-Literatur voll auf und tanzte dann, ohne rechts oder links zu schauen, wie rasend alle Konkurrenz nieder. Gruppenszenen des Bolschoi-Balletts sind nach wie vor spektakulär wie tänzerische Vulkanausbrüche.

Das Corps de ballet tanzt mit großer Pracht, majestätisch, vollplastisch, unkindlich. Die feine Anämie westlicher Ensembles ist ihm ganz und gar unbekannt. Kaum hebt sich der Vorhang wie über dem zweiten Akt von Prokofieffs „Romeo und Julia", beginnen auch schon vom Stampfschritt der tanzenden Volksmenge die Wände Veronas zu wakkeln. Kraft, Gewandtheit, die vollreife Geste werden, wohltrainiert, in den Kampf geführt. Der Tanz flüstert nicht folkloristisch. Er trumpft in Herrlichkeit auf.

Ähnlich vollkommen breitet sich auch der weiße Akt aus Tschaikowskys „Schwanensee" hin, das schönste Mitbringsel der Russen. Wundervolle Homogenität schwingt herauf, Schwanenfriede, holde Abstraktheit. Flügelschläge der Seele. Das macht den Russen immer noch keiner nach. Sie verstehen es, bei aller Zartheit und Schlankheit der Mädchen, den Tanz vollbrüstig zu entfalten, jede Bewegung ins sanft Kolossale zu weiten. Das sieht man staunenden Auges.

In Ludmilla Semenjaka haben sie überdies als Schwanenprinzessin eine Ballerina von traumwandlerischer Sensibilität und Tanzsicherheit. Sie regt sich kühl und rein und perlend, als sei der Schwanensee aus göttlicher Quelle gespeist – wahrscheinlich also Apollinaris. Aber auch wie Alexander Bogatyrew seiner Odette tanzend zur Hand ging, war von alter, erster Kultur, vornehm, ausgepicht und von selbstverständlichem Adel.

Beinahe noch hinreißender tanzte Semenjaka einen Pas de deux aus Drigos „Der Talisman" in der Choreographie von Petipa. In diesem holden, zwinkernd-koketten Stück unterläuft die Ballerina mit wehenden Händen und ironischen Blicken immer wieder den Tanz-Machismo des Partners, der sich gar nicht genug tun kann an tänzerischem Bombast.

Dafür hat das Bolschoi Alexander Wetrow einzusetzen, einen blondgelockten Waldschrat und Vorturner der Lüfte, der sich mit imponierender Schwerelosigkeit vor den Augen des Mädchens (und der Zuschauer) schier zerreißt. Aber den vollen Tanzspaß bringt dennoch Semenjaka allein ein in die hinterhältige Nummer. Sie unterminiert mit einem einzigen Augenaufschlag allen Männerbombast. Tanz wird Spiel, Spiel wird Tanz. Als Siegerin auf der ganzen Linie präsentiert sich die Frau.

Aber da ist auch noch Natalia Bessmertnowa, die sich wohlgeborgen in den Armen eines Ballett-Zehnkämpfers wie Irek Muchamedow offensichtlich im siebenten Himmel fühlt. Erstaunlicherweise tanzen die beiden ohne anderweitige Ankündigung an zwei Abenden unter wechselnden Titeln dieselbe Nummer. Was sich als Szene aus Prokofieffs „Romeo und Julia" vorstellt, ist in Wahrheit ein Pas de deux aus Schostakowitschs „Goldenem Zeitalter". Unter welchem Titel auch immer exekutieren Bessmertnowa und Muchamedow die Nummer in weit sich entfaltendem Einklang, zwei Interpreten des großen Stils.

Erstaunlich wiederum, wie schmächtig ein Stück wie der „Korsar"-Pas de deux, sonst noch gradezu ein Tanzdonnerwetter, nachgezeichnet wird von den Russen. An Persönlichkeitsmacht, Individualismus, Unverwechselbarkeit hat die Solistenmannschaft des Bolschoi in den vergangenen Jahren deutlich verloren. Es setzt an den Rändern viel Zuverlässigkeit. Über das Selbstverständliche aber sprang das Bolschoi früher energisch hinaus.

Am schlimmsten aber: Das Bolschoi-Orchester unter Alexander Lawrenjuk spielte derart unsauber, undiszipliniert und krachend, als gelte es, in allen Instrumentalgruppen den Grand Prix für Musikverhunzung durch ein namhaftes Orchester zu gewinnen. Ihn vermag nach zwei Abenden musikalischer Folterungen den Russen gewiß keiner mehr streitig zu machen.

KLAUS GEITEL

Carl Reiners Film „Der Mann mit zwei Gehirnen"

Schädelschraub-Methode

Während viele seiner Kollegen voller Ernst Hollywoods Erfolgsrezepte nachkochen, wühlt Carl Reiner augenzwinkernd im Zitatenschatz der Filmgeschichte. Im Krimi „Tote tragen keine Karos" ließ er die Gangster der schwarzen Serie auf vergammeltem Asphalt ausrutschen, sein „Solo für zwei" entpuppte sich als geistreiche Fortsetzung der Gespensterkomödien aus den vierziger Jahren. Diesmal nun darf, wie weiland bei Hitchcock, Rebeccas Geist durch die feudale Villa eines Witwers wehen, während ein verschrobener Erbe Frankensteins makabre Forschungen betreibt.

Der Reihe nach: Ein erfindungsreicher Gehirnchirurg mit dem unaussprechlichen Namen Hfuhruhurr hat Glück im Unglück. Jene Frau, die ihm gerade vors Auto lief, kann durch seine ebenso brachiale wie geniale „Schädelschraub-Methode" gerettet werden und bald den verwaisten Platz an seiner Seite einnehmen. Des Doktors verblichene Frau Rebecca läßt freilich die Wände des Hauses zittern, denn ihre Nachfolgerin zieht heftige Flirts mit dem Hauspersonal der Erfüllung ehelicher Pflichten vor. So flieht der frustrierte Arzt in beruflichen Nervenkitzel, der ihn im Labor eines fanatischen Kollegen erwartet.

Dieser moderne Frankenstein verkündet stolz, etliche Gehirne in Einmachgläsern zwecks späterer Verpflanzung zu hegen und zu pflegen. Und tatsächlich vernimmt unser Doktor aus Glas Nummer 21 eine verängstigte Frauenstimme. Wie er nun von der Vorliebe für kurvenreiche Damen zur platonischen Seelenfreundschaft findet, ist freilich eine recht verworrene Geschichte. Sorglos läßt Reiner alle ohnehin kraus geflochtenen Handlungsstränge nebeneinander baumeln und vertraut dann dem Reiz einer Nummernrevue.

Immerhin: Wenn er das Pathos einschlägiger Abendromane verulkt oder liebevoll gebastelte Gartenlauben mit einem einzigen Gag in die Luft sprengt, beweist er Gespür für treffsicheren Slapstick. Zwar schlägt er unbekümmert unter die Gürtellinie des guten Geschmacks, doch sein Hauptdarsteller Steve Martin nimmt diesen Hieben einiges von ihrer plumpen Härte. Auch er bleibt dabei großen Vorbildern verpflichtet, wenn er etwa bei seiner blitzschnellen Verwandlung vom ritterlichen Tugendbold in ein zähnebleckendes Monstrum an Jekyll und Hyde erinnert.

Sein größtes Kabinettstück aber ist jener Alkoholtest, den er steptanzend, radschlagend und mit Orangen jonglierend souverän besteht. Da Cathleen Turner an seiner Seite entschlossen gegen ihr Kinderstunden-Image aus der „Jagd nach dem grünen Diamanten" anspielt und David Warner seinen Standardpart als augenrollender Finsterling einfallsreich variiert, bleibt diese Mischung aus Schauermär, parodiertem Melodram und schlichtem Blödsinn für Freunde schwarzen Humors genießbar.

HARTMUT WILMES

Opferbereitschaft und heiliger Ernst: WELT-Porträt des polnischen Violinvirtuosen Henryk Szeryng

Hebt für die Geige ungeahnte Schätze

Als er in den fünfziger Jahren in Köln sein Deutschland-Debüt gab, prangte auf dem Plakat marktschreierisch das Epitheton: „Der Gigant auf der Violine". Der Name des Giganten war Henryk Szeryng. Der Erfolg des Konzerts war sensationell: Er – und die natürlich sofort einsetzende Szeryng-Welle – katapultierten den so Apostrophierten in den Geiger-Olymp, ans Firmament unter die hellsten Sterne seiner Zunft. Und von dort strahlt er noch heute auf die musikalische Szene „around the world".

„Sternstunden, also Momente, in denen der Interpret eins ist mit der Musik, in denen er sicher ist, ein Konzert so gespielt zu haben, wie es die Partitur verlangt, der Komponist es sich erträumt hätte – sie sind die ausgewogene Balance zwischen Erarbeitetem und spontan Erfühltem. Ich habe solche Augenblicke hin und wieder erlebt, dieses Glücksgefühl des Vollkommenen. Aber klar wird einem das erst in der Distanz, in der Relation zu anderen, früheren Aufführungen." So resümierte Szeryng bei einer kürzlichen Deutschland-Tournee im Gespräch mit der WELT.

Steht man ihm gegenüber, hat man nicht den Eindruck eines „Giganten". Szeryng hat den Habitus der meisten großen Geiger: Er ist von kleinem Wuchs, kompakt, stämmig. Arme, Hände, Finger und die Relationen der Körperglieder haben die idealen Maße, Bogen- und Griffhand ergänzen einander perfekt.

Henryk Szeryng wurde 1918 im polnischen Zelazowa Wola, dem Geburtsort Chopins, geboren. Er wurde Schüler von Maurice Frenkel, der noch beim legendären Leopold Auer in St. Petersburg studiert hatte. Von 1928 bis 1932 vervollkommnete Szeryng sein Können beim großen Geigentrainer Carl Flesch in Berlin.

Szeryng ging nach Paris, wurde dort Schüler von Nadia Boulanger und lernte durch Geiger wie Jacques Thibaud und Gabriel Bouillon die französische Schule des Violinspiels kennen. Er kam dort mit bedeutenden musikalischen Geistern der Zeit in Berührung wie Villa-Lobos, Cortot, Strawinsky und Ravel, die seine Entwicklung förderten.

Der Krieg brach im September 1939 Szeryngs Karriere abrupt ab. General Sikorski, Chef der polnischen Regierung im Londoner Exil, ernannte den sprachbegabten Musiker (Szeryng beherrscht sieben Sprachen fließend, „und in ein paar mehr kann ich mich auch verständigen, wenn's darauf ankommt", meint er) zum Verbindungsoffizier und Dolmetscher bei den Alliierten.

Neben dieser Aufgabe gab Szeryng bis 1945 unzählige Konzerte für die Truppen an den verschiedensten Fronten. 1942 führte ihn der Auftrag, eine neue Heimat für 4000 polnische Flüchtlinge zu suchen, nach Mexiko. Tief berührt durch die menschliche Geste, seine Landsleute dort aufzunehmen, nahm er 1945 eine Professur in Mexico City an und erhielt 1946 die mexikanische Staatsbürgerschaft.

Erst 1954 setzte Szeryng, angeregt durch Arthur Rubinstein, seine durch den Krieg unterbrochene Konzertkarriere fort. Mit Rubinstein verband ihn seither bis zu dessen Tod eine tiefe Freundschaft. Beide nahmen zusammen die drei Brahms-Sonaten und einige Beethoven-Sonaten für die Schallplatte auf.

Apropos Repertoire: Henryk Szeryng beherrscht und spielt eine kaum glaubliche Bandbreite der Literatur für sein Instrument. Das beginnt mit einer Fülle von Werken aus dem Barock, gekrönt von der Bibel jedes Geigers, den sechs Sonaten und Partiten für Solo-Violine von Bach (von denen Szeryng 1981 eine von ihm gründlich durchgesehene und mit Vortragsanweisungen versehene Neu-Edition vorlegte) über alle bedeutenden (und auch vergessenen unbekannten) Violinwerke der Klassik und Romantik bis zu einer beispielhaften Auseinandersetzung mit der zeitgenössischen Literatur für die Geige.

Die lebenden Komponisten fördert er mit einer ausdauernden Leidenschaft, die die großen Liebenden auszeichnet: ihre Beziehung zum Objekt ist allumfassend, übersieht und verzeiht Schwächen und Fehler (deren distanzierte und gerechte Beurteilung er der Nachwelt überläßt) und fördert mit ungehemmter Lust alles, was für die Geige komponiert wird. Dem Mitteleuropäer, der meint, mit der Materie hinreichend vertraut zu sein, verschlägt es den Atem vor den ihm unbekannten Komponistennamen vornehmlich lateinamerikanischer Provenienz, die der Meister aus der Tasche zieht, als seien es liebe Vertraute: Caminha, Carrillo, Guastavino, Sabre-Marroquin, Mignone, Mompou, Rolon, Serratos und Valle.

Beinahe komisch klingt es, aber doch wieder beeindruckend ob soviel naiver Ehrlichkeit, wenn Szeryng auf die naheliegende Frage nach dem Schönberg-Konzert rundheraus erklärt, er habe das Stück (natürlich) in seiner Jugend studiert, könne aber mit der musikalischen Substanz herzlich wenig anfangen. Das nennt man Haltung eines, der sich Ehrlichkeit leisten kann. Und sie ist es auch, die er zusammen mit Opferbereitschaft und heiligem Ernst als die Fundamente seines Lebens bezeichnet.

Er lebt nach diesen Maximen, und er lebt sie vor. Einen großen Teil seiner Konzerte spielt er ohne Gage für wohltätige Zwecke. Den größten Teil seiner Sammlung wertvoller Instrumente – darunter zwei Stradivaris, zwei Guarneris und eine Guadagnini – hat er an verschiedene Künstler und Institutionen verschenkt.

Die „Herkules"-Stradivari, die er in „Kinor Davids" (David Harfe) „umgetauft" hat, schenkte er der Stadt Jerusalem. Auf ihr spielen jetzt die Konzertmeister des Israel Philharmonic Orchestra. Er selbst spielt noch zwei Geigen, eine Vuillaume und die „Le Duc"-Guarneri von 1743.

Apropos Pädagogik: Szeryng ist ein großer, ein leidenschaftlicher Lehrer. „Man muß", sagt er, „sehr vorsichtig sein beim Unterrichten, beim Formen des Musikers. Es klingt vielleicht paradox, aber man darf nicht zu viele musikalische Korrekturen anbringen. Zu leicht wird zu viel zerstört: eine Persönlichkeit besteht ja nicht nur aus idealen Anlagen. Auch ihre Fehler müssen einbezogen werden in die Entwicklung der künstlerischen Statur."

Apropos Virtuose: Henryk Szeryng gehört, denkt man über den Begriff ernsthaft nach, nicht zu ihnen. Bach, Beethoven, Mozart, Schubert, Brahms, Leute von anderem Schlag, die sich eitle Kinkerlitzchen verbitten, sind die Götter, denen er opfert.

Er tut es nicht als Bettler gesenkten Hauptes in Sack und Asche. Er betritt das Podium als König, weiß, wer er ist, kennt seinen Rang. Kraft und Energie seines Spiels sind an seiner Haltung zu erkennen, an jenen kleinen, energischen Schritten während des Spiels. Da herrscht tatsächlich einer auf dem Podium, beherrscht im fruchtbaren Miteinander das Orchester, animiert den Dirigenten.

Man könnte Szeryngs Spiel imperial nennen. Es gibt heute genügend Geiger mit so schnellen und präzisen Fingern, wie er sie hat. Aber an seinem so kühlen wie engagierten Konzept, an seiner musikalischen Präsenz, geboren aus dem genau ausbalancierten Dreiklang aus heißem Herzen, gespannten Nerven und präzis funktionierendem Gehirn muß sich jeder Musiker auf der Geige messen lassen.

HANS OTTO SPINGEL



Er taufte die „Hercules"-Stradivari zur „Harfe Davids" um: Henryk Szeryng, Weltreisender mit mexikanischem Diplomatenpaß FOTO: KUJATH

„Der heilige Leopold" im Stift Klosterneuburg

Faßlrutschen zur Ehre

Das Chorherrenstift von Klosterneuburg bei Wien wird immer wieder als österreichischer Escorial bezeichnet, obwohl es in seiner prunkvollen Festlichkeit mit diesem strengen Kloster nichts gemein hat. Es wurde seinerzeit von Karl VI. ideologisch als eine österreichische Spielart kaiserlicher Einkehr und Weltflucht ausersehen, jedoch niemals dieser Bestimmung zugeführt. Der Umbau konnte erst nach dem Tode Karls VI. fertiggestellt werden. Begründet wurde das Stift 1108, nachdem der damalige Markgraf von Österreich, Leopold III., seine Residenz von Melk nach Klosterneuburg verlegt hatte.

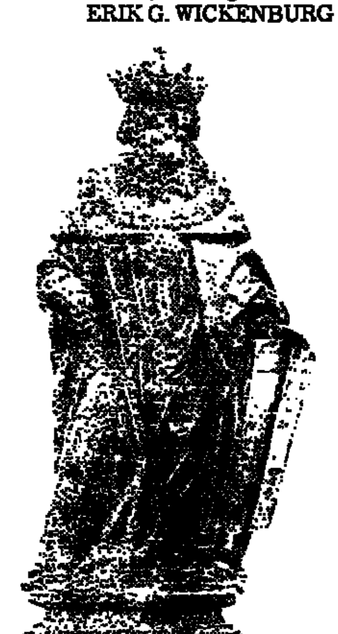
Die Gründungslegende will, daß seiner Gattin Agnes, der Tochter des deutschen Kaisers Heinrich IV., bei einem Windstoß ihr Schleier von der Burg auf dem Leopoldsberg entführt und, viel später, an der Stelle wieder aufgefunden worden sei, wo das Stift Klosterneuburg errichtet wurde. Viele der Darstellungen in der Ausstellung „Der heilige Leopold – Landesfürst und Staatssymbol", die im Stift den Sommer über zu sehen ist, zeigen diese, meist hagiographisch verbrämte, Geschichte. Auch gibt es als Reliquie ein Stück des angeblichen Agnesschleiers.

Leopold III. wurde vor fünfhundert Jahren, 1485, mehr als dreihundert Jahre nach seinem Ableben, heiliggesprochen, was den Anlaß zu dieser Ausstellung lieferte, die zugleich Einblick in die Kunstschätze des Stiftes gibt. Seine Kanonisierung könnte insofern überraschen, als eine vollkommene Fehlanzeige an Wundern besteht. Das Manko fällt wohl bei ranghohen Persönlichkeiten weniger ins Gewicht. In der Ausstellung selbst erhält man über die Person des Markgrafen nur geringen Aufschluß. Man sucht sie besser im Katalog. Dort ist notwendig mehr zu finden als in den zwar reichen, aber eben doch stummen Abbildungen, unter denen übrigens auch solche von Frueauf und der Donauschule zu sehen sind.

Person und Legende haben künstlerisch viele Anregungen geboten, aber ein authentisches Porträt fehlt. So wurde eine Darstellung aus späteren Jahrhunderten in jedem Sinne zum Vorbild: Ein braver, großgewachsener Mann mit Prophetenbart und etwas angestrengtem Gesichtsausdruck. Gut aussehend, gewiß, aber nicht bedeutend, was den äußeren Umständen seiner Regierung entspricht. Denn große politische Taten, die seine Popularität verständlich machen würden, sind nicht zu verzeichnen. Er stand als frommer Mann auf seiten des Papstes Gregor VII. gegen seinen Schwiegervater Kaiser Heinrich IV. und genoß später, als dessen aufmüpfiger Sohn, Heinrich V., Kaiser wurde, davon einige Vorteile. Er gründete mehrere Klöster, kam ohne Krieg über die Runden, war bei seinen Leuten außerordentlich beliebt, wurde zum Volksheiligen von Niederösterreich, dem sogar heute noch ein Feiertag gilt, und zu einem der 14 Nothelfer Österreichs. Sein Namensfest wird alljährlich durch das „Faßlrutschen" in Klosterneuburg begangen, eine Volksbelustigung, bei der man von einem großen Faß hinunterrutschen darf.

Zum Schluß sei noch erwähnt, daß die Besucher der, allein schon des Stiftes wegen, sehenswerten Ausstellung auch mit dem berühmten „Verduner Altar" konfrontiert werden, der 1181 von Niklas von Verdun mit kostbaren Emailtafeln als eine Bilderbibel geschaffen wurde. Markgraf Leopold war späteren Schülergenerationen gegenüber ebenso taktvoll wie Maria Theresia: er regierte nämlich von 1096 bis 1136, also ebenfalls genau 40 Jahre. (Bis 3. Nov.; Katalog 140 öS.)

ERIK G. WICKENBURG



Braver Mann mit Prophetenbart: Der hl. Leopold als Bronze von Stefan Godl, 1520 FOTO: KATALOG

Berlin: Ausstellung über das Theater Ostasiens

Fresien für den Dämon

Das hat es in der Akademie der Künste bisher noch nicht gegeben: Während einer Ausstellung wird einem Dämon gehuldigt. Ein balinesischer Barong in der großen Halle erfreut sich alle fünf Tage kleiner und alle zwei Wochen größerer Blumenopfer (am liebsten Fresien). Das ursprünglich von zwei Personen getanzte Maskenkostüm sollte eigentlich das Gute im einem magischen Tanzdrama gegen die böse Hexe Randa verkörpern. Aber auf diesen Barong war kein Verlaß. Weil er offenbar seinem Dorf nur Unglück gebracht hat, durfte er vor einer Weile Indonesien verlassen und in ein Museum einziehen. Er ist jetzt natürlich eine viel beachtete Hauptperson der nachgestellten Barong-Aufführung vor einem Papajabaum. Dabei ist auch der dämonische König Jauk mit seinem langen Kinnbart aus Fellstreifen und Tierhaaren nicht von schlechten Eltern!

Dem Besucher dieser Ausstellung, mit der Akademie und Berliner Festspiele den „Horizonte"-Begeisterten Informationen und „didaktischen Hintergrund" zu den diversen Gastspielen geben wollten, die in diesen Wochen die Stadt mit ihrem Zauber beleuchten, faßt sofort helles Entzükken, wenn er das konservatorische Schummerlicht der Schau betritt.

Da ist ein vollständiges, 32 Figuren zählendes birmanisches Marionettentheater mit Prinz und Prinzessin, Riesen, Clowns und Ministern, vor allem allerliebsten mobilen Tierchen, Tiger, Frosch und Schlange. In einer Art Manege, vor einem Umkleidezelt, harren die Tanzgestalten des tibetischen Cham-Maskentanzes, aus den verschiedensten musealen Reservoires gestiefelt und bewaffnet. Darunter befindet sich auch die zornvolle Gottheit Khroshal. Man wundert sich kaum, daß an einer Tanzschürze sogar Menschenknochen verarbeitet sein sollen.

Wunderschön sind die zahllosen Persönchen des chinesischen Schattentheaters hinter Schirmen angebracht. Sie entstanden vom frühen 18. Jahrhundert bis in unsere Gegenwart. Ursprünglich diente das Schattentheater der Illustration erzählter Texte. Es wurde auf Tempelfesten, Märkten und Hochzeiten gezeigt. In der Ming-Zeit waren die Schattenspiele auch im Kaiserpalast willkommen. Und heute, nach der Kulturrevolution, erlebt das Spiel dieser Figuren eine Art Renaissance.

Prächtig der Kostümauftritt einer Kaiserin aus der Peking-Oper mit zwei Beamten und vier Eunuchen in orangeroten Gewändern. Etwas konkreter ist die Aufführungs-Situation der javanischen Wayang inszeniert: Der spielende Dalang sitzt in der Mitte. Und für den Transport haben die Puppen sogar Anspruch auf eine zeremonielle Ordnung in der Kiste ... In einem modernen indonesischen Wayang Suluh werfen übrigens bekannte politische Persönlichkeiten ihre Schatten, Pandit Nehru und Sukarno.

Etwas boutiquenhaft, aber dennoch mit überschwenglicher Schönheit, treten uns die Kostüme des japanischen Kabuki entgegen, der blütengeschmückte Kimono einer Prinzessin oder das mit verschneiten Föhrenzweigen verzierte Gewand eines Generals. Frühe Darstellungen reichen bis ins 17. Jahrhundert zurück, als noch Frauen und Lustknaben tänzerisch im Kabuki auftreten durften, bevor es seine eigentliche dramatische Form gewann und allein von Männern gespielt wurde.

Die Lebendigkeit des Theaters allerdings kann diese Ausstellung, die immer nur Szenen einfriert, nicht einmal andeuten. Hinzu kommt, daß mit massiven Arrangements das sensible Ausstellungsgut in einer Weise ambitioniert erdrückt wird, wie man es von den diffizilen Ausstellungsarchitekturen der Akademie sonst nicht gewohnt ist. Obendrein werden die Kostüme auf gräßlichen plastischen Gebilden präsentiert, die bieder aus Karnickeldraht zurechtgeknetet wurden. Sparsamkeit war auch einer der Gründe, warum man fast ausnahmslos auf Leihgaben europäischer Sammlungen zurückgreifen und ganze Regionen praktisch ausklammern mußte – wie Indien und Korea, das allein für den Rätsel-Titel der Veranstaltung „... ich werde deinen Schatten essen" gut genug war.

Dreingaben europäischer Reflexe auf fernöstliches Theater wirken, angesichts der Breite, den dieser Aspekt, literarisch und aufführungsgeschichtlich, einnehmen müßte, allzu beliebig und aufgesetzt. Ein Berliner „Turandot"-Kostüm ist anwesend, nebst Kopfputz aus Plexiglas. Man wird ihm gewiß keine Blumenopfer bringen. (Bis 11. 8., Katalog 29 Mark, im Handel 39,80 Mark.)

PETER HANS GÖPFERT

JOURNAL

Polens Schriftsteller in der Fremde tagten

JGG. Köln

In Londons polnischem Kulturzentrum fand die Jahrestagung des des „Polnischen Schriftstellerverbandes in der Fremde" statt, dem inzwischen mehr als 100 namhafte Mitglieder angehören. Slawomir Mrozek, Redaktionsmitglied der jetzt in London erscheinenden, früher illegalen Literaturzeitschrift „Puls" (Warschau), erhielt den diesjährigen Verbandspreis und bezeichnete den Verband als „einzige legitime Berufsorganisation polnischer Schriftsteller" nach Verbot des polnischen Schriftstellerverbandes durch die Warschauer Regierung. Literatur-Nobelpreisträger Czeslaw Milosz war ebenso zugegen wie die „Grande Dame" der polnischen Exilliteratur, Zofia Romanowicz (Paris).

Aus Prag ein neuer Film über Heydrich

rst. Prag

In der Tschechoslowakei wurde ein Dokumentarfilm über das Leben des stellvertretenden Reichsprotektors Böhmen und Mähren, Reinhard Heydrich, aufgeführt. Der Film „Opus für einen Totenkopf" wurde nach dem Drehbuch des ehemaligen Offiziers des CSSR-Staatssicherheitsdienstes Kamil Pixa gedreht, wobei – wie in Prag betont wird – zahlreiche neue, bisher unbekannte Archivaufnahmen aus Beständen der CSSR und der „DDR" benutzt wurden.

Günther Anders lehnt Gryphius-Preis ab

dpa, Esslingen/Wien

Der in Wien lebende Schriftsteller Günther Anders hat den Andreas-Gryphius-Preis der Künstlergilde Esslingen abgelehnt. Die Auszeichnung, vom Bundesinnenministerium mit 10 000 Mark dotiert, wird jährlich für Literatur über deutsche Kulturlandschaften des europäischen Ostens vergeben. Anders begründete seine Annahmeverweigerung damit, daß „die Differenz zwischen meiner politischen und philosophischen Tendenz und der Gilde so groß ist, daß es unangemessen wäre, wenn ich einen Preis, der mir aufgrund eines Irrtums oder einer Unkenntnis meiner Tätigkeit zuerkannt worden war, annehmen würde". Der in Breslau geborene Autor wird im Juli 83 Jahre alt.

„Wachablösung" am Tor zur Musik der Gegenwart

DW. Wien

Er öffnete den Partituren die Märkte und ließ die Komponisten leben – Alfred Schlee, 84jährig, verläßt am 1. Juli die Wiener Universal Edition AG und tritt in den Ruhestand. Der legendäre Musikverleger war bereits in den dreißiger Jahren in die UE eingetreten, die sich vorwiegend zeitgenössischer Musik widmet, und seit 1951 in der Geschäftsführung tätig. Die künstlerische Leitung übernimmt nun der derzeitige Musikchef des Schwedischen Rundfunks, Trygve Nordwall.

Emil Scheibe im Gasteig-Kulturzentrum

DW. München

Rund zweihundert Werke des 1914 geborenen Malers Emil Scheibe, die von 1945 bis heute entstanden, sind bis zum 30. Juni im Gasteig in München ausgestellt. Zu der Präsentation ist ein 62 Seiten umfassender Katalog erschienen, in dem durch die Kombination von Malerei und historischen Fakten die Verquickung von Kunst und Wirklichkeit gezeigt werden soll.

Internationales Festival des archäologischen Films

DW. Verona

Archäologie als Thema des Dokumentarfilms steht im Mittelpunkt der „Rassegna Internazionale Di Cinematografia Archeologica". Bei diesem bereits traditionsreichen Festival des archäologischen Dokumentarfilms, das bis zum 16. Juni dauert, sind auch viele Produktionen von Fernsehanstalten aus den romanischen Ländern zu sehen.

Erich Trunz 80

Der Germanist und Goetheforscher Erich Trunz feiert heute in Kiel seinen achtzigsten Geburtstag. Der aus Königsberg stammende Gelehrte ist bekannt geworden als Herausgeber der sogenannten Hamburger Goethe-Ausgabe, die besonders wegen der Gediegenheit und Brauchbarkeit ihres wissenschaftlichen Apparats in aller Welt gerühmt wird und gleichsam als Inbegriff einer wissenschaftlich-kritischen Klassikerausgabe gilt. Trunz promovierte 1932 an der Berliner Universität und lehrte anschließend in Amsterdam, Freiburg und an der Deutschen Universität Prag. Seit 1957 leitete er das literaturwissenschaftliche Institut der Universität Kiel. Er ist Träger zahlreicher Auszeichnungen und Mitglied führender Wissenschaftler-Vereinigungen, u. a. Vorstandsmitglied der Goethe-Gesellschaft.

A.W.

Prozeß um Rennbahn-Mord begann

DW. Hamburg

Vor einer Großen Strafkammer des Landgerichts Hamburg muß sich in dieser Woche ein Mann verantworten, der eines Pferdes wegen seine Exfrau erschossen hat. Der 42jährige Makler Karl-Friedrich Schwisow wiederholte auch vor Gericht, was er unmittelbar nach der Tat ausgesagt hatte: „Ich weiß nicht, warum ich das getan habe."

Die Anklage lautet auf Totschlag, begangen im Zustand verminderter Zurechnungsfähigkeit, und unerlaubten Waffenbesitz. Über den Hergang der Tat gibt es keine Zweifel: Schwisow tötete am 23. September 1984, unmittelbar vor Beginn des Rennens um den „Deutschland-Pokal", auf der vollbesetzten Haupttribüne der Hamburger Trabrennbahn die 37jährige Bianca Jessen, geschiedene Schwisow. Die Ermittlungen ergaben, daß die tödlichen Schüsse aus einer aufgebohrten Schreckschußpistole aus nächster Nähe abgegeben wurden. Insgesamt acht Schüsse fielen in so schneller Folge, daß niemand eingreifen konnte. Nach den ersten Zeugenaussagen schoß Schwisow auch noch weiter, als seine geschiedene Frau längst zu Boden gestürzt war. Er hatte zuvor in der Bar der Trabrennbahn kurz hintereinander mehrere Glas Wein getrunken. Sein Blut wies eine Alkoholkonzentration von 1,5 Promille auf, wie eine Untersuchung später ergab.

Fabians „Todesurteil"

Vor der Bluttat war es zwischen dem Täter und seinem Opfer zu einem heftigen Streit um den Hengst „Fabian" gekommen: „Wenn er nach dem Willen meiner Frau an dem Rennen teilgenommen hätte", erklärte Schwisow dem Gericht, „dann wäre das sein Todesurteil gewesen." Das Pferd sei elf Monate lang nicht trainiert worden und hätte sich überanstrengt. Es war von dem Angeklagten von Fohlen an aufgezogen worden. Er habe sein Herz an das Pferd verloren und es behalten wollen.

Nach einem vorangegangenen Gerichtsbeschluß sollte der Hengst am Tattag nicht an den Start gehen, war von seiner Besitzerin Bianca Jessen-Schwisow aber dennoch gemeldet worden. Die Besitzverhältnisse waren nach Darstellung Schwisows jedoch nicht eindeutig. Das Pferd sei im Zusammenhang mit der Scheidung nur „nominell" seiner Frau übereignet worden. Schon zuvor sei der gemeinsame Traberstall mit zeitweilig mehr als 20 Pferden im Bekanntenkreis nur „AGB – alles gehört Bianca" genannt worden.

Liebe zum Pferd als Motiv?

Das Gericht hat nun zu klären, ob übertriebene Liebe zu einem Pferd tatsächlich das Motiv für die aufsehenerregende Tat gewesen ist. Auch andere Gründe könnten den Täter zur Verzweiflung getrieben haben: Die ursprüngliche Liebe sei zwar schon seit längerer Zeit zerrüttet und nur noch durch die gemeinsame, inzwischen vier Jahre alte Tochter zusammengehalten worden. Sehr viel mehr als von der Liebe zu seiner Frau sprach der Angeklagte jedoch von der Liebe zu dem Hengst „Fabian", der inzwischen von einem Kaufmann erworben wurde.

Schwisow entstammt kleinen Verhältnissen, arbeitete nach dem Besuch der Grundschule als Kellner, auf einem Fischfangschiff und schließlich als Autohändler. Später gelang es ihm, als Einrichter von Lokalen mehr oder weniger wohlhabend zu werden. Ob Schwisow seine Einnahmen auch als Geldverleiher auf St. Pauli aufgebessert hat, ist ein bislang unbewiesenes Gerücht. Beim Trabersport, den er sich nun leisten konnte, lernte Schwisow schließlich 1978 die attraktive Bianca kennen. Sie hatte mit einem Abbruchunternehmen viel Geld verdient und stammte aus sehr guter Familie, die den Emporkömmlung nie akzeptierte.

Mit dem Ferienbeginn am Wochenende beginnt auch die Stauzeit / Die traditionellen acht Engpässe existieren auch in diesem Jahr

Der Deutschen Lust am Stau ist ungebrochen

P. SCHMALZ, München

Des Autofahrers größter Wunsch, so sollte man meinen, ist die freie Fahrt. Doch einem anderen, geradezu entgegengesetzten Vergnügen des Verkehrsteilnehmers kam der ADAC in Südbayern auf die Spur, dessen Stauberater in nunmehr dreijährigem Einsatz entdeckt haben: „Die Lust am Stau ist bei Autofahrern weit verbreitet."

Blickte also Mike Krüger tief in die Seelen von Fahrer und Beifahrer, wenn er in seinem „Stauerlied" trällerte: „Wir finden jeden Stau eine Schau." Und wenn er singt: „Die Türen offen, der Motor kocht, auf so was Tolles haben wir gar nicht gehofft."?

So einfach ist die Chose nicht. Kaum einer der Millionen Urlauber, die auch in diesem Sommer wieder bei brütender Hitze irgendwo bei Kilometer Viel-zu-wenig über den Verkehrsfunk die Ansage ihres Staus hören, in dem sie seit Stunden braten, hat sich diese blecherne Stehparty auf heißem Beton als prickelnden Auftakt des Ferienvergnügens herbeigesehnt. Aber auch kaum einer von ihnen trifft Vorkehrungen, dem Stau zu entgehen oder ihm notfalls rasch wieder zu entkommen.

„Man nimmt es als unabwendbares Schicksal hin und fügt sich drein", mußte Stauberater Martin Mühlbauer erfahren. Karten mit Umleitungsrouten, die von den motorisierten Stauberatern in den Seitentaschen ihrer schweren BMW-Motorräder bereitgehalten werden, finden nur wenig Anklang. Mühlbauer: „Die werden kaum gefragt. Die meisten Autofahrer sind schwer zu bewegen, ihre festgelegten Routen auch nur kurzfristig zu verlassen."

Die Scheu der Autolenker, vom breiten, aber verstopften Band der Autobahn auf die kleineren Bundes- und Landstraßen auszuweichen, ist allerdings nicht unberechtigt: Oft sind die mitgeführten Karten veraltet oder ungenau, weil jüngste Teilstücke oder neue Anschlußstellen nicht berücksichtigt sind. Von den, wie der ADAC meint, „mittlerweile schon traditionellen acht Stau-Zentren" liegen auch in diesem Reisesommer wieder fünf in Bayern: bei Würzburg, Nürnberg, München, Inntal-Dreieck und der Bereich südlich von Kempten; siehe auch nebenstehende Staukarte plus Erläuterungen.

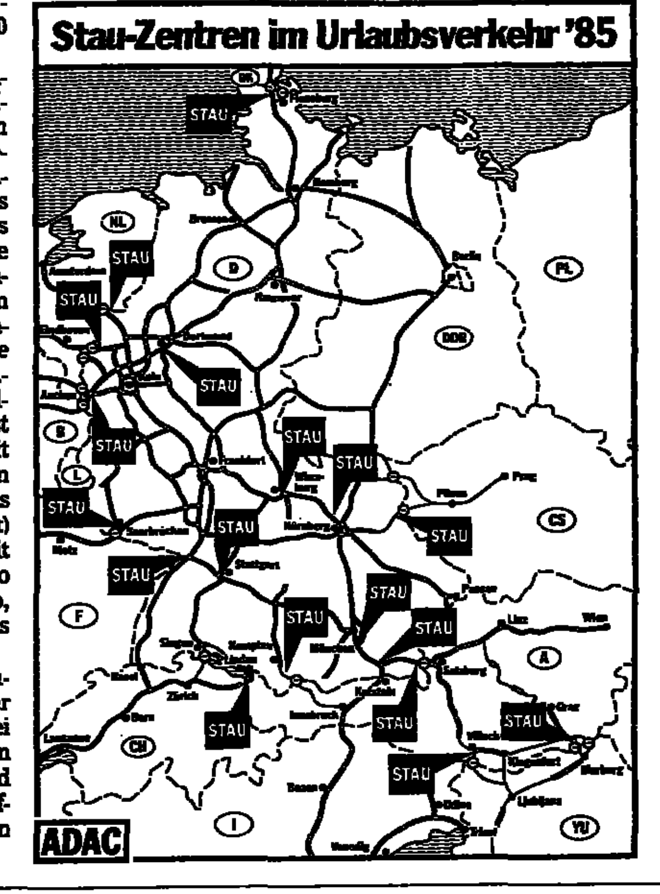
Nicht immer geht es im Stau so fröhlich zu wie bei Barde Krüger, dessen Beifahrer sich vor Freude auf die Schenkel haut, was sich schön reimt auf „gestaut". Eher ist die Regel, daß die Ehefrau vom Neben- und die Kinder vom Hintersitz dem Fahrer in den Ohren und auf den Nerven liegen.

Ihnen zu helfen und die dicke Luft im Wagen abzubauen, begann der ADAC-Gau Südbayern 1982 mit dem Pilotprojekt des Stau-Beraters, der – in einem Acht-Tage-Kursus psychologisch geschult – auf seinem Motorrad auch im Stau als Seelentröster die Kolonnen abfährt. In diesem Sommer werden vom kommenden Wochenende bis Mitte September in Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen insgesamt 50 Stau-Berater auf Tour sein.

„Es hilft schon", hat Mühlbauer während seiner bisherigen Einsätze erfahren, „wenn die Leute merken, daß sich jemand um sie kümmert." Sie informieren über den Grund des Stopps, geben Umleitungstips (und haben dadurch schon eine Ehe gestiftet, weil ein Autofahrer auf der Ausweichroute im Wirtshaus eine Bedienung kennenlernte, die er liebend gerne heiratete), schlichten staubedingten Ehekrach (Mühlbauer: „Das funktioniert meist über die Kinder."), stärken mit Traubenzucker (und wurden deswegen schon einmal als Rauschgifthändler verdächtigt) und haben Broschüren parat mit Tips für Kinderspiele im Auto („Da kommt ein grünes Auto, was ist noch alles grün?" bis zum Städtequiz).

Oft werden sie von staugestreßten Autoinsassen aber auch böse beschimpft. Wobei der Satz „Typisch Bayern, holen erst alle Urlauber hierher und können sie dann nicht verkraften" noch zu den harmloseren zählt.


Gutgelaunt zur blechernen Stehparty oder Der prickelnde Start ins jährliche Urlaubsglück. Deutsche Autofans unter sich. FOTO: MANFRED VOLLMER



Baustellen auf Autobahnen sind zu jeder Zeit ein Ärgernis, ganz besonders aber stören sie in der Urlaubszeit, die mit den NRW-Ferien am Wochenende beginnt. Auf der gesamten Nord-Süd-Verbindung ist daher mit Staus zu rechnen.

Wo der Verkehr durch einspurige Engpässe gezwungen wird, muß mit stundenlangen Pausen gerechnet werden. In 18 Teilbereichen sollte man die Autobahnen, aber auch Bundesstraßen und etliche Grenzübergänge meiden. Wie in jedem Jahr hat der ADAC eine Übersichtskarte zusammengestellt, aus der die schon traditionellen Stauzentren zu ersehen sind: bei Dortmund, Würzburg, Nürnberg, rund um Stuttgart, Karlsruhe, München, am Inntal-Dreieck sowie südlich von Kempten. Aktuell (und noch nicht eingezeichnet) ist die unfallträchtige Dauerbaustelle (bis Ende 1986) am Kölner Westkreuz und auf der Strecke nach Aachen. Das angeordnete Tempolimit im Großraum Köln–Leverkusen führt zusätzlich zu einer Massierung des Verkehrs. Ausgerechnet jetzt werden auch Ausbesserungen auf der Strecke Köln–Frankfurt und Frankfurt–Karlsruhe begonnen.

Vor allem freitags und samstags müssen sich die Fahrer auch an den Hauptgrenzübergängen nach Dänemark, Belgien, Holland und Frankreich, nach Österreich, in die CSSR und Jugoslawien mit Geduld wappnen. Die Nennung dieser wichtigen Punkte bedeutet aber nicht, daß bei Verkehrsspitzen nicht auch an den Schlagbäumen zur „DDR" und der Grenze zur Schweiz und nach Luxemburg lange Schlangen entstehen können.

Der ADAC hat für die Engpässe Umfahrungsmöglichkeiten erkundet. Wer sich bei seinen Geschäftsstellen ein sogenanntes „Tourenpaket" abholt, erhält in seinen Routenplan gleich eine Ausweichstrecke eingezeichnet. Ohne aktuelles Kartenmaterial geht es ohnehin nicht mehr. Spätestens alle zwei Jahre empfiehlt sich der Kauf neuer Karten.

HEINZ HORRMANN

„Jeder gesunde Mensch kann Blut spenden"

dpa, Bonn

Die Zahl der Blutspender ist nach Angaben des Bonner Gesundheitsministeriums dramatisch gesunken. Das Spendenaufkommen sei teilweise um mehr als 20 Prozent zurückgegangen. Die Versorgung der Krankenhäuser und Patienten mit Blutkonserven, insbesondere bei Herz- und Gefäßoperationen und in der Unfallchirurgie, sei in der beginnenden Urlaubs- und Ferienzeit ernsthaft gefährdet, berichtete das Ministerium gestern in Bonn. Bundesgesundheitsminister Heiner Geißler und der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, Botho Prinz zu Sayn-Wittgenstein, riefen zu verstärkten Blutspenden auf. Täglich würden 10 000 Blutspenden gebraucht. Jeder gesunde Mensch im Alter von 18 bis 65 Jahren könne Blut spenden und damit Leben retten.

Entführer angeklagt

AP, München

Die Staatsanwaltschaft in München hat, wie sie erst jetzt bekanntgab, bereits am 28. Mai Anklage gegen drei der vier Entführer des 19jährigen Verleger-Enkels Axel Sven Springer erhoben. Die Anklage lautet auf versuchten sowie vollendeten erpresserischen Menschenraub. Der Prozeß wird wahrscheinlich noch in diesem Jahr stattfinden. Das Verfahren gegen den vierten Entführer soll in der Schweiz abgewickelt werden.

Ärzte größte „Sünder"

dpa, Bonn

Durch gefälschte Abrechnungen und Rezepte haben Ärzte, Apotheker und Zahnärzte den Krankenkassen allein in Bochum einen bisher gerichtlich festgestellten Schaden von insgesamt 5,2 Millionen Mark zugefügt. Dies geht aus einer Aufstellung hervor, die die Bochumer Staatsanwaltschaft gestern bekanntgab. Demnach stehen die Ärzte ganz obenan auf der „Sünderliste": Die Gerichte haben ihnen einen Schaden von 2,648 Millionen Mark in die Urteile geschrieben. Vier sind verurteilt (Höchststrafe vier Jahre), 27 haben einen Strafbefehl akzeptiert.

Vater getötet

dpa, München

Wegen Vatermordes müssen sich vom 27. Juni an die 19 und 20 Jahre alten Söhne eines Münchner Psychiaters vor der Jugendkammer des Landgerichts München II verantworten. Die beiden Angeklagten – der Ältere hat in der Untersuchungshaft ein Einser-Abitur abgelegt – haben gestanden, den Vater am 11. April 1984 im Hause der Mutter in Holzkirchen niedergeschlagen und wahllos auf ihn eingestochen zu haben.

Ameiseninvasion

AP, Wien

Wien und das östliche Niederösterreich werden gegenwärtig von einer ungewöhnlichen Ameiseninvasion heimgesucht. Wie das niederösterreichische Naturschutzamt gestern mitteilte, fallen „ganze Heere von Ameisen" in Häuser und auch in Wohnungen von Hochhäusern ein.

Mietkosten ersetzt

AP, München

Ausfall-Tagegeld kann auch für Radfahrer bezahlt werden. Der Bundesverband deutscher Versicherungskaufleute teilte gestern in München mit: „Wer sich nach einem schuldlosen Unfall ein neues Fahrrad zulegen muß, kann vom Unfallgegner für die radlose Zeit ein Tagegeld verlangen." Die Mietkosten für ein Fahrrad wurden mit acht Mark pro Tag beziffert.

Flirt mit der kühlen „Rita"

dpa, Hamburg

Die kühle „Rita" läßt die Bundesbürger weiter frösteln. Die Meteorologen machen „Rita" – ein über der Nordsee liegendes Tief – für die sehr kühle Luft verantwortlich. Regenschauer, Windböen und Temperaturen um 15 Grad bestimmen auch das Wetter der nächsten Tagen

Bußgeld sofort zahlen

dpa, Brüssel

Die Polizei in Belgien wird vom 1. Juli an bei Verkehrssündern aus dem Ausland an Ort und Stelle kassieren, statt ihnen wie bisher Zahlungsaufforderungen per Post zu schicken. Nach einer veröffentlichten Verordnung werden bei einfachen Verkehrsverstößen 750 Franc (37,50 Mark) und bei schweren Verstößen 4000 Franc (200 Mark) sofort fällig. Die belgischen Beamten akzeptieren bis auf italienische Lire oder dänische Kronen die Währungen der anderen EG-Länder sowie US-Dollar und Euroschecks mit Scheckkarte.

ZU GUTER LETZT

„Fertigpackungen in rechteckiger Blockform mit einem Nettogewicht unter 500 Gramm sind unzulässig, ausgenommen in Formen mit quadratischer Grundfläche." Änderungswunsch des Bundesrats laut der Zeitschrift des Deutschen Städtetages.

Sudan: Sisyphusarbeit gegen den Hunger

Die schlimmsten Hungerländer der Gegenwart sind Äthiopien und Sudan. Viele Millionen Menschen sind von der Dürrekatastrophe betroffen, Hunderttausende, wenn nicht ebenfalls Millionen vom Tode bedroht, ungezählte bereits tot. Die Zahlen schwanken, widersprechen sich sogar. Das kann nicht verwundern; die Hilfsorganisationen sind auf Schätzungen angewiesen, die Regierungen spielen das Drama aus diversen Motiven herunter. An dem Leid der Menschen besteht aber kein Zweifel. Die Welt ist aufgerüttelt, und sie hilft auch. Völlig unbegreiflich erscheinen nun Meldungen, wonach sich die Hilfsgüter in den Häfen stapeln – 272 000 Tonnen in Port Sudan, 222 000 Tonnen in Assab, Massana und Dschibuti. Nur 40 Prozent erreichen ihr Ziel. Fehlende Infrastrukturen, aber auch horrende Preise der Transportunternehmer sind die Ursachen. Für die WELT sprach Claudia Oberascher in Bonn mit dem Ägypter Dr. Samir Basta, dem Unicef-Repräsentanten in Sudan. Unicef, das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, ist die führende Organisation für alle Hilfsoperationen jenseits der Nahrungsmittelhilfe. Es unterhält in Khartum sein größtes Büro in Afrika. Noch ein paar Stichworte zu Sudan (in Klammern die Vergleichszahlen der Bundesrepublik Deutschland aus 1982): Größe 2,5 Millionen Quadratkilometer (248 000 Quadratkilometer). Bevölkerung: 18,5 Millionen (61,5). Säuglingssterblichkeit 125 pro 1000 Lebendgeborene (9,5). Analphabetenquote: 83 Prozent (ca. 3). Lebenserwartung: 47 Jahre (72). Bevölkerungswachstum: 2,6 Prozent (1,6). Wirtschaftswachstum: 2,6 Prozent (2,5). Pro-Kopf-Einkommen pro Jahr: 1150 Mark (19 889).

Von CLAUDIA OBERASCHER

WELT: In unserer Öffentlichkeit stehen die Probleme Sudans, was Dürre und Hunger anbetrifft, im Schatten Äthiopiens. Entspricht das der Realität?

Basta: Vielleicht vor zwei Jahren. Aber seit 1984 mit der schlechtesten Regenzeit seit Menschengedenken weiß man, daß in diesem Jahr eine Katastrophe bevorsteht, die möglicherweise schlimmer ist, als die in Äthiopien. Daß dies so wenig bekannt wurde, ist in erster Linie der letzten Regierung anzulasten, die bis Ende vergangenen Jahres ein Hungerproblem in Sudan aus politischen Gründen beharrlich geleugnet hat, so daß Hilfsaktionen auch nicht rechtzeitig anlaufen konnten. Wenn bisher das Schlimmste vermieden werden konnte, dann nur durch die Hilfe der USA, die seit November große Mengen Weizen und Sorghum geschickt haben. Leider konnte sich die EG nicht zu einer so schnellen Hilfe entscheiden, obwohl sie ja bekanntlich große Vorräte lagert.

WELT: Sie sagten, schlimmer als in Äthiopien?

Basta: Äthiopien ist nur zu einem Drittel von den Folgen der Dürre betroffen, während in Sudan sechs der acht Provinzen schwer angeschlagen sind. Es gibt kaum eine Region, die keine Nahrungsmitteldefizite hat. Natürlich ist es im trockenen Norden schlimmer als im Süden. Mindestens sieben Millionen Menschen hungern. Für zwei Millionen besteht Lebensgefahr. Wenn nicht Entscheidendes geschieht, werden im Verlauf dieses Jahres eine Million Kinder sterben. Das ist ein Sechstel aller Kinder in Sudan.

WELT: Im März sah es so aus, als würden von den Geberländern genügend Nahrungsmittel nach Sudan kommen.

Basta: Das ist richtig. Es lagen Zusagen von über einer Million Tonnen vor. Das Hauptproblem ist der Transport.

Derzeit stauen sich 272 000 Tonnen Getreide in Port Sudan und Kosti, weil die Lastwagenunternehmer unerfüllbare Bedingungen für den Transport stellen.

Danach wäre der Transport im Land teurer als die Nahrungsmittel selbst einschließlich der Frachtkosten von Amerika. Dazu kommt, daß viele Regionen nach einigen verfrühten Regenfällen im Mai nicht mehr erreichbar waren.

Es gibt in Sudan bereits etwa 1,5 Millionen Menschen, die ihre angestammten Lebensräume verlassen haben und umherirren auf der verzweifelten Suche nach Nahrung oder Arbeit, Flüchtlinge im eigenen Land. Zum Beispiel in der Gezirah, dem bewässerten Gebiet am Nil, das in der Regel 100 000 Leuten Arbeit geben kann. Heute lagern dort 300 000 Menschen. Sie haben keine Arbeit, nichts zu essen, oft nicht einmal eine Unterkunft. Aber sie wissen nicht, wohin.

WELT: Jetzt hat es aber doch geregnet.

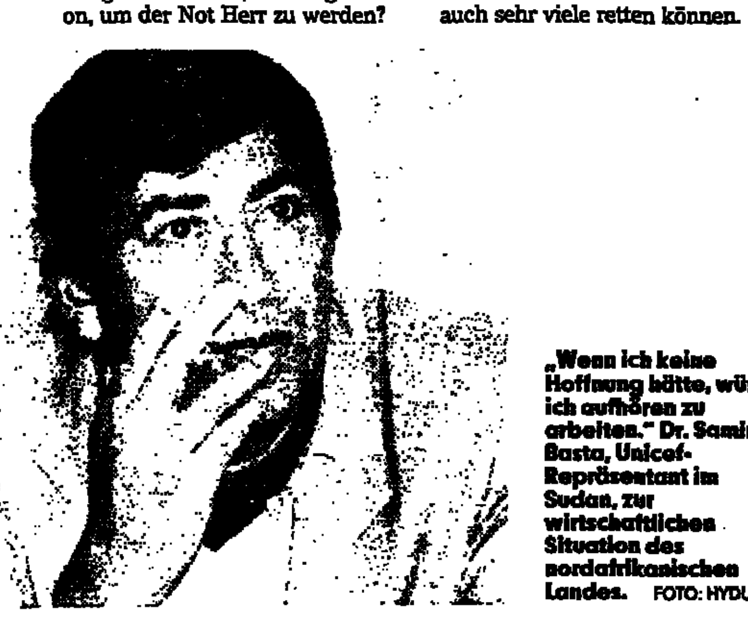
Basta: Zu früh. Das muß kein gutes Zeichen sein. Und die Felder waren nicht bestellt. Vor allem aber gibt es im Land kein Saatgut, um die nächste Ernte vorzubereiten. Die Leute haben die Saat gegessen, weil sie nichts anderes hatten. Inzwischen ist der Preis für einheimische Hirse ins Unermeßliche gestiegen: von 30 Pfund pro Sack auf 300 Pfund. Gleichzeitig sank der Preis für Vieh um das Acht- bis Zehnfache wegen des Überangebots.

WELT: Das klingt alles sehr hoffnungslos. Was tut Ihre Organisation, um der Not Herr zu werden?

Basta: Wir bemühen uns, zunächst einmal die Trinkwasserversorgung zu gewährleisten. Unicef ist der größte „Wasserproduzent" sozusagen in Sudan einschließlich aller privaten Unternehmen. Wir haben zwölf Bohrausrüstungen, die insbesondere in den Dürregebieten und Flüchtlingslagern fieberhaft nach Wasser bohren. Darüber hinaus verbessern wir traditionelle Wasserstellen und versuchen, mit kleinen Dämmen in Flußläufen, Regenwasser zu speichern. Wir liefern Impfstoffe und Medikamente und bemühen uns, Epidemien aufzuhalten, wie jetzt die Masern in den Red Sea Hills und Darfur. Wir beschaffen Unterkünfte und Decken. Und wir liefern Milch für Frauen und Kinder. Es gibt zur Zeit enorme Mengen Magermilchpulver in Sudan. Wir haben jetzt begonnen, die Magermilch mit Zucker und Stärke zu mischen, um sie nährstoffreicher zu machen.

WELT: Haben Sie Hoffnung?

Basta: Wenn ich keine Hoffnung hätte, würde ich aufhören zu arbeiten. Es werden viele Menschen und viele Kinder sterben. Aber wir werden auch sehr viele retten können.


„Wenn ich keine Hoffnung hätte, würde ich aufhören zu arbeiten." Dr. Samir Basta, Unicef-Repräsentant im Sudan, zur wirtschaftlichen Situation des nordafrikanischen Landes. FOTO: HYDUBIELZ

LEUTE HEUTE

Durch deutsche Lande

Am Leuchtturm „Alte Liebe" in Cuxhaven beginnt morgen ein 38jähriger Studienrat, ein früherer Pastor, die bisher längste Fastenwanderung durch deutsche Lande. **Christoph Michl** aus Ahlerstedt im Kreis Stade will mit leerem Magen und ohne Geld rund 1000 Kilometer von der Nordsee bis zu den Alpen wandern.

Für russische Eier

Für 1,76 Millionen Dollar kam ein Ei bei einer Versteigerung in New York unter den Hammer. Der amerikanische Millionär **Malcolm Forbes** erwarb das mit Diamanten und Perlen verzierte goldene Osterei. Es gehört zu den 54 weltweit noch existierenden Eiern, die der Juwelier Carl Fabergé für die russische Zarenfamilie schuf.

Dank Wiener Pflichten

Mit dem „Interessenkonflikt zwischen beruflichen und persönlichen Pflichten" begründete die amerikanische Botschafterin in Wien, **Helene von Damm**, ihr Rücktrittsgesuch. Nach anderer Version soll **Nancy Reagan**, die Frau des US-Präsidenten, mit ihrer Kritik die Entscheidung der Botschafterin beschleunigt haben. Der gestrengen Frau Nancy habe die vierte Ehe der Amerikanerin mit dem „Sacha"-Chef **Peter Gürtler** mißfallen.

In sowjetischen Kreisen

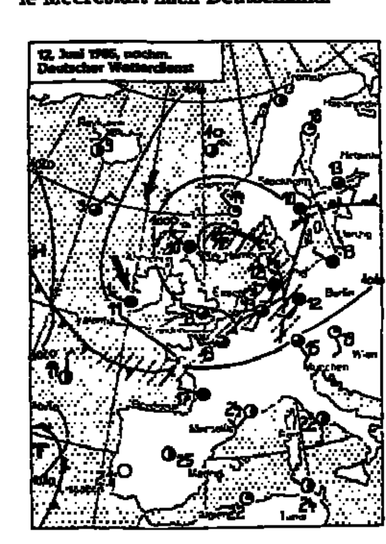
Als „idiotisch" und „tief deprimierend" hat der britische Bestsellerautor **John Le Carré** die sowjetische Interpretation seines Nahost-Thrillers „Die Libelle" verurteilt. Ohne Genehmigung und Honorar hat die Moskauer „Literaturnaja Gaseta" Auszüge aus dem Buch veröffentlicht, die antisemitisch verfälscht sind. Carré: Der Angriff könne immerhin bedeuten, daß er in den „höchsten Kreisen" gelesen werde.

Auf britische Ehre

Eine „Mrs. Elizabeth Regina" wurde jetzt von einer britischen Kreditgesellschaft aufgefordert, ihre Schulden von umgerechnet 17 000 Mark zu begleichen. Mrs. Regina soll mit einem Kredit für den Traktor eines Landwirtschaftsbetrieb in Windsor in Rückstand gekommen sein. Ein peinlicher Computer-Irrtum, wie sich jetzt herausstellte. Königin **Elizabeth II.** wurde inzwischen „rehabilitiert".

WETTER: Wechselhaft

Wetterlage: Ein Sturmtief verlagert sich von der Nordsee nach Südschweden. Auf seiner Rückseite gelangt kühle Meeresluft nach Deutschland.



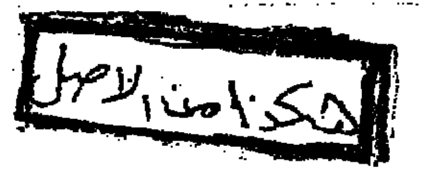
Vorhersage für Donnerstag:
Wechselnd, vielfach stark bewölkt mit zum Teil gewittrigen Schauern. Höchste Temperaturen 12 bis 17, im Bergland knapp 10 Grad, Tiefstwerte in der kommenden Nacht 10 bis 6 Grad. Mäßiger bis frischer, im Norden des Bundesgebietes in Böen starker bis stürmischer Wind aus Südwest bis West.

Weitere Aussichten:
Im Norden teils schauerartiger, teils länger andauernder Regen, im Süden abnehmende Niederschläge, weiterhin kühl.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	12°	Kairo	34°
Bonn	15°	Kopenh.	12°
Dresden	13°	Las Palmas	24°
Essen	13°	London	13°
Frankfurt	14°	Madrid	25°
Hamburg	12°	Mailand	20°
List/Sylt	11°	Mallorca	25°
München	15°	Moskau	18°
Stuttgart	15°	Nizza	21°
Algier	22°	Oslo	12°
Amsterdam	12°	Paris	13°
Athen	27°	Prag	14°
Barcelona	23°	Rom	22°
Brüssel	11°	Stockholm	10°
Budapest	18°	Tel Aviv	27°
Bukarest	16°	Tunis	22°
Helsinki	13°	Wien	19°
Istanbul	21°	Zürich	15°

Sonnenaufgang* am Freitag: 5.05 Uhr, Untergang: 21.39 Uhr; **Mondaufgang:** 3.01 Uhr, Untergang: 17.38 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel



Umweltbewußtsein hilft auch der Marktwirtschaft

Von FRIEDRICH ZIMMERMANN

Umweltschutz ist eine der wichtigsten Aufgaben unserer Zeit. Jeder kann dazu beitragen, den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen zu sichern, etwa durch den Kauf umweltfreundlicher Autos. Auch die Entscheidung für Getränke in Mehrwegflaschen ist umweltfreundlich, denn Einwegverpackungen vergeuden Rohstoffe und verbrauchen knappen Deponieraum.

Verbraucher stehen oftmals vor einem unübersichtlichen Warenangebot, *ohne die Vorzüge umweltfreundlicher Produkte zu kennen. Um dem* Verbraucher hier eine Orientierungshilfe zu geben, haben Bund und Länder das Umweltzeichen für umweltfreundliche Produkte geschaffen.

Eine unabhängige Jury legt nach Prüfung die Kriterien für die Umweltfreundlichkeit bestimmter Produktgruppen fest. Dies ist bisher zum Beispiel für schadstoffarme Kraftfahrzeuge, lösemittelarme Lacke, Spraydosen ohne Fluorchlorkohlenwasserstoff, salzfreie Winterstreumittel, Mehrwegflaschen aus Glas, Recycling-Papier – insgesamt 33 Produktgruppen – geschehen. Ein Hersteller kann für seine Produkte, die den Kriterien der Umweltfreundlichkeit entsprechen, das Umweltzeichen erhalten. Auf diese Weise sind mehr als 800 Produkte ausgezeichnet worden.

Die „Jury Umweltzeichen" verlangt einen hohen Qualitätsstandard. Da die Vergabebedingungen für das Umweltzeichen auch die Gebrauchstauglichkeit und Sicherheit eines *Produktes einschließen, kann der* Verbraucher bei den Umweltzeichen-Produkten davon ausgehen, daß er auch insoweit eine gute Wahl getroffen hat.

Eine verstärkte Nachfrage nach Produkten mit dem Umweltzeichen begünstigt solche Hersteller, die schon heute, ohne dazu gesetzlich verpflichtet zu sein, umweltfreundliche Produkte auf den Markt bringen und damit ihren Beitrag zum Schutz unserer Umwelt leisten. Diese marktwirtschaftliche Wirkung des Umweltzeichens ist mir besonders wichtig.

Das Umweltzeichen ist ein Instrument der Umweltpolitik, das ohne aufwendige Bürokratie, ohne Vorschriften und Verbote auskommt und auf die bewußte und freie Entscheidung des einzelnen für ein umweltfreundliches Produkt baut.

Zu zwei mit dem Umweltzeichen ausgezeichneten Produktgruppen möchte ich mich der aktuellen Bedeutung wegen noch gesondert äußern, nämlich zu den schadstoffarmen Kraftfahrzeugen und zu Mehrwegverpackungen.

Das Problem Mehrweg- oder Wegwerfpackung wird immer drängender. Ich habe immer wieder die Vorteile des Mehrwegsystems als Musterbeispiel einer wirksamen Abfallvermeidung unterstrichen. Der Trend zu Einwegverpackungen bei Getränken führt zu wachsenden, *kaum noch zu* bewältigenden Abfallmengen. Damit werden Umweltprobleme und auch Kosten zwangsläufig auf den Verbraucher abgewälzt. Im Interesse des Allgemeinwohls müssen wir gegensteuern und Maßnahmen zur Stützung des Mehrwegsystems ergreifen, ehe es zu spät ist.

Warnendes Beispiel ist die Entwicklung in den USA in den Jahren von 1965 bis 1971, als dort der Anteil an Mehrwegverpackungen drastisch zurückging, eine Entwicklung, die vielfach nicht mehr rückgängig zu machen ist. Etwa zehn Prozent aller Läden, die allerdings einen Anteil von 50 Prozent am Lebensmittelumsatz haben, verkaufen überwiegend Lebensmittel in Wegwerfverpackungen; einige haben ausschließlich diesem System den Vorzug vor einer umweltfreundlichen Entscheidung gegeben. Dies ist eine Herausforderung, die ich nicht tatenlos hinnehmen werde. Eine Ergänzung des Ab*fallbeseitigungsgesetzes wird die not*wendigen rechtlichen Handhaben schaffen. Ich begrüße allerdings die Initiative einzelner Handelsunternehmen, die gezeigt haben, daß es auch Discount-Ketten möglich ist, verstärkt Mehrwegverpackungen anzubieten.

Die Jury hat das Umweltzeichen für schadstoffarme Kraftfahrzeuge vergeben. Die Kriterien hierfür werden von Katalysatorfahrzeugen erfüllt, deren Einführung die Bundesregierung mit steuerlichen Maßnahmen beschleunigen wird. Ich appelliere an die Autokäufer, von diesen Förderungsmöglichkeiten Gebrauch zu machen und sich beim Kauf eines neuen Autos für ein solches mit Katalysator zu entscheiden. Jeder Autokäufer kann dazu beitragen, schädliche Abgase deutlich zu vermindern. Auch die Fahrer bereits zugelassener Wagen, die bleifreies Benzin vertragen, können die schädlichen Emissionen herabsetzen und die heute schon bald 2000 Tankstellen mit bleifreiem Benzin ansteuern. Es gibt bereits ein über die gesamte Bundesrepublik verteiltes Netz bleifreier Tankstellen. Auch in der Schweiz, Österreich, den Niederlanden, Dänemark und Schweden ist bleifreies Benzin zu kaufen; die „DDR", CSSR, Ungarn, Jugoslawien, Italien haben die Einführung bleifreien Benzins zugesagt.

Nutzen unsere Bürger diese Möglichkeiten, leisten sie einen entscheidenden Beitrag zur Erhaltung unser aller Umwelt.



FOTO: THONIG/MAURITIUS

Klare Flüsse, blauer Himmel

Wirtschaftler hängen ihre guten Taten nicht gerne an die große Glocke. Wer weiß nicht, daß erst vor zwei *Jahrzehnten über Ruß- und* Staubbelastung aus Kraftwerken gewettert wurde, daß Flüsse von Kühlwasser aufgeheizt wurden, die Flora und Fauna der Gewässer bedrohten. Niemand redet mehr darüber. Der Staub bleibt zu 98 Prozent in modernen Elektrofiltern hängen, und aufgewärmte Flüsse gibt es nicht mehr. Die Ruhr, als Kloake der Industrie verschrien, zählt zu den saubersten Flüssen der Nation. In ihr zu baden ist längst nicht mehr verboten. Wachposten der Lebensrettungsgesellschaft säumen ihr Ufer. Das kam *alles nicht von selbst. Es war die* Wasserwirtschaft, die die Legislative so unter Druck setzte, daß sie das Abwasser-Abgabengesetz erließ, das die Verschmutzer nach dem Verursacherprinzip zur Kasse bittet. Und ehe man ständig zahlt, rechnet sich bald eine Kläranlage im Betrieb, wie sie heute zu den selbstverständlichen Einrichtungen gehört. Am 30. Juni 1988 wird der Himmel über der Republik wieder blau. An jenem Tag nämlich müssen die Auflagen der Großfeuerungsanlagen-Verordnung erfüllt sein, ein Gesetz, das den *Kraftwerksbetreibern vorschreibt*, je Kubikmeter Abgas nur noch 400 Milligramm Schwefeldioxid in den Himmel zu pusten. Rund 20 Milliarden Mark wird die Industrie für *Kalkwaschanlagen ausgeben, in de*nen Kalk das Schwefeldioxid zu Gips in einer Reinheit bindet, wie ihn die Gipsindustrie zur Zeit aus der Natur nicht gewinnen kann. Und da die Kraftwerk-Iindustrie sicher ist, daß sie ihre Kohlekraftwerke weit vor dem Stichtag 1988 umgerüstet haben wird und daß die Zahl der Kernkraftwerke – der umwelt*freundlichsten, die es überhaupt gibt* – weiter zunimmt, verkünden die Umweltexperten an der Ruhr, daß hier noch vor 1988 die Luft so sauber sein wird wie vor 80 Jahren, als die Gründer ins Land kamen, um aus der verschlafenen bäuerlichen Region den Schmelztiegel Ruhr zu machen. Bis 1994 werden auch die Stickoxide um 85 Prozent reduziert – mit abermals vielen Milliarden Mark. Eine teure, aber heile Welt. Bm.

Kein Gespür für Freizeit-Schäden?

H. W. O. Hamburg

Umweltschäden durch Freizeitaktivitäten sind zwei Dritteln der Bevölkerung kaum bewußt, so das Umfrage-Ergebnis des B. A. T.-Freizeit-Forschungsinstituts (Hamburg). Zwar stand mit 58 Prozent die Landschafts*zersiedelung an erster Stelle, gefolgt* von Freizeitabfällen (57 Prozent), Gefährdung durch Skipisten und Liftanlagen (44 Prozent) sowie Wochenend- und Urlaubsverkehr (43 Prozent). Doch: Nur knapp ein Drittel hält sich für mitverantwortlich. Spontan nannte fast niemand den Freizeitbereich als Umweltproblem.

500 Millionen Mark für Umweltschutz

WR. Prag

Die Tschechoslowakei hat für den Umweltschutz in diesem Jahr zwei Milliarden Kronen (rund 500 Millionen Mark) in ihrem Haushalt bereitgestellt. Damit sollen vorwiegend in Nord- und Westböhmen Emissionen *der Wärmekraftwerke herabgesetzt* und Maßnahmen zur Reinigung der Flüsse bis zum Jahre 2000 eingeleitet werden. Dies kommt vor allem der Elbe zugute, die stark verschmutzt CSSR-Gebiet verläßt und den Schmutz bis Hamburg trägt. Deutsche Firmen haben der CSSR Technik für den Umweltschutz angeboten.

Klärmittel jetzt besser und billiger

W. L. Frankfurt

Die Marktreife technisch wie wirtschaftlich unaufwendiger Reinigungsverfahren ist Ziel der Chemieindustrie. So investierte unter anderem Degussa (Frankfurt) 60 Millionen Mark in fünf Jahren für Oxidations*chemikalien, Aktivkohlefilter sowie* Waschmittel-Phosphatersatz. Die Ergebnisse: Durch Wasserstoffperoxid ist die Reinigung selbst von Stoffen wie Formaldehyd ohne apparativen Aufwand möglich; Aktivkohle hat Eingang in die Abwässerreinigung gefunden; als Phosphatersatz dient Natriumaluminiumsilikat.

Recycling-Produkte aus alten Kabeln

WR. Eppingen

Das Recycling von verunreinigten Kunststoffen aus Haushalt und Gewerbe ist ein weitgehend ungelöstes Problem. Die Firma Cabka Plast in Eppingen hat sich gezielt um den Kunststoffabfall aus Altkabeln be*müht: Der nach früheren Erkenntnis*sen nur deponiefähige Kunststoff wird in Produkte wie Rasengittersteine, Vogelnistkästen, Pflanzgefäße verarbeitet, die, mit dem „Blauen Engel" ausgezeichnet, in manchen Bereichen bessere Eigenschaften aufweisen (witterungs-, säurefest) als die herkömmlichen Produkte.

Vorrang für den „Blauen Engel"

Die Bereitschaft des Bürgers, mehr Umweltschutz zu praktizieren, ist nach Umfragen gegeben. Umweltschutz rangiert nach der Erhaltung des Friedens an zweiter Stelle der Wertskala des Bundesbürgers. Zwischen Umweltbewußtsein und praktischem Handeln aber klafft so lange eine Lücke, wie dem Verbraucher nicht klare Handlungshinweise gegeben werden.

Produkte umweltfreundlich zu gestalten und zu dieser Tatsache dem Verbraucher beim Einkauf auch Orientierungshilfen zu geben, diesem Zweck dient seit 1977 der „Blaue Engel", das internationale Umweltemblem der Vereinten Nationen. Das Zeichen soll umweltfreundliche Entwicklungen und Alternativen erkennbar machen, die den Zweck gleich gut oder besser als das bisherige, umweltbelastende Konkurrenzprodukt erfüllen. Das Ziel: Weniger Luftverschmutzung, weniger Lärm, Schonung der Ressourcen.

Seit 1978 ist der „Blaue Engel" in der Bundesrepublik Deutschland für bislang 33 Produktarten mit rund 800 Gütern vergeben worden. Noch längst nicht ausgeschöpft ist die Palette der auszeichnungswürdigen Erzeugnisse, noch fehlen zum Beispiel Personenkraftwagen. Wichtige Bereiche des Alltagslebens aber sind bereits erfaßt. Ein Rasenmäher beispielsweise, der das lärmempfindliche Ohr des Nachbarn schont, gehört ebenso dazu wie die faserstofffreie Katzenstreu.

Auch für den Heimwerker gibt der „Blaue Engel" Orientierungshilfe für besseren Umweltschutz: Schadstoffarme Lacke, asbestfreie Bodenbeläge, blei- und chromatarme Anstrichstoffe für den Korrosionsschutz, umweltfreundliche Baustoffe und Holzschutzmittel. Bei den Recycling-Produkten sind ausgezeichnet mit dem „Blauen Engel": Mehrwegflaschen aus Glas, Umweltschutz-Papier, Pflanzentöpfe aus Altstoffen.

Für jede Produktart werden von Sachverständigen die Kriterien für die Auszeichnung festgelegt. Aber jeder Bürger kann einen Neuvorschlag für die Vergabe eines Umweltzeichens beim Umweltbundesamt in Berlin einreichen. Die einzige Bedingung ist: Der Vorschlag muß begründet werden. Das Umweltbundesamt sammelt und begutachtet die Neuvorschläge. Über sie beschließt dann zweimal im Jahr die „Jury Umweltzeichen". Ihr Vorsitzender ist der *Umweltbeauftragte der EKD*, Pfarrer Kurt Oeser; jeder amtierende Vorsitzende der Umweltminister-Konferenz ist automatisch Mitglied. Die endgültige Vergabe des Umweltzeichens schließlich erfolgt durch das Deutsche Institut für Gütesicherung und Kennzeichnung (RAL) in Bonn.

GÜNTER ISFORT

Wenn Teststäbchen sich verfärben, erbleicht so mancher Öko-Freak

Der Fernschreiber rattert unaufhörlich und spuckt eine ellenlange Meldung aus. Dem Schichtdienstleiter der Nachrichtentechnik ist das nicht ganz geheuer. Zur Vorsicht schaut er auf die ersten Zeilen. Weder handfeste Politik noch eine Hiobsbotschaft aus der Wirtschaft, weder ein Kulturknüller noch ein kommentierungswürdiges Sportereignis. Weit gefehlt. Die Umwelt meldet sich zu Wort. Und wie.

Der sofortigen Bitte um dringende Weiterleitung – wie es der Vorspann verheißt – an die im Haus zuständige Fachredaktion wird selbstverständlich nachgekommen. Ab ins blaue Mäppchen, hinein in die hauseigene Verteileranlage. Sekunden später fällt im Büro des Wissenschaftsredakteurs erst die Mappe, dann die Klappe.

In jedem vierten deutschen Haushalt – entnimmt er dem Original mit sechs Durchschlägen –, sind Bleikonzentrationen im Trinkwasser gefunden worden, die ein Vielfaches des gesetzlichen Grenzwertes betragen können. Wohlgemerkt: Können, nicht müssen. Am Ende des dringlichen Telebriefes: Hausbesitzer „könnten" per Wasserwerksbeschluß gezwungen werden, alle Wasserleitungen herauszureißen, um sie durch nagelneue zu ersetzen.

Und so geht das Tag für Tag: Fernschreiben und Fernkopien, Broschüren, Pressemitteilungen und Aufrufe kommen zuhauf. *Allzuoft wird dabei* noch versucht, mit den Vorsilben „Bio" und „Öko" ganz normalen Produkten ein verkaufsförderndes Mäntelchen umzuhängen, um sogar teilweise umweltschädliche Produkte an den Mann zu bringen.

Im Blätterwald der Öko-„Fach"-Presse rauscht es kräftig: Denn die Geschäfte mit der Aufklärung in puncto Umweltschutz laufen gut. Zu gut. Wer „in" sein will, ist auch ein Öko-Freak, zumindest Nachbarn und Freunden gegenüber. Man kauft nicht nur marmoriertes Umweltpapier, sondern schreibt auch darauf, möglichst mit Bleistift, denn das ist noch ein Stück echter Natur. Auf Hochglanzpapier aber informiert man sich, was wer wann und wie in der Szene zu tun gedenkt.

Und dann die alles entlarvenden Tests; experimentiert wird allerorten. Nicht nur Teststäbchen zur Qualitätssicherung des Wassers im Gartenteich für Goldfisch Hansi, genau zugeschnittene Test-Kits für den Nachwuchs-Chemikus geben Gewißheit über Wohl und Wehe der Blumenerde auf dem heimischen Balkon. Fortschritte in der chemischen Analytik machen's möglich. Seitdem Fragestellungen auf biochemischem und medizinischem Sektor die Nachweis- und Erfassungsgrenzen selbst komplizierter *Verbindungen mit exotischen* Strukturformeln bis in schwindelnde Höhen getrieben haben, ist für die Jünger von der „Öko"-Front oft schon der Fund von als „winzig" zu definierenden Stoffmengen Indiz und Beweis genug für Schädlichkeit und Heimtücke. Das gilt – nach der einhelligen Meinung von Wissenschaftlern – besonders für Ingredienzien, mit denen wir wenige Jahre zuvor noch nicht auf Kriegsfuß standen, obwohl sie vorhanden waren. Man hat *sie nur nicht messen können.*

Fazit der Rundumempfehlungen: Am besten nichts mehr essen, denn sonst vergiften wir unseren Organismus. Trinken ist von vornherein verpönt, die Wasser-Qualität steht ja außerhalb jeglicher Diskussion. Vorsichtig atmen, in bestimmten Bezirken besser gar nicht, denn die Luft ist ja mit Schadstoffen ohnehin übersättigt. Nur in Notfällen nachdenken, denn größere Stoffwechselumsätze bei kleinster Gehirnakrobatik lagern tödliche Schwermetalle in die grauen Zellen ein, und die gelten nicht nur als Aktivitätsbremse. Fortbewegt wird sich nur zu Fuß, Autos sind sowieso tabu.

„*Marsch*, marsch, *zurück in die* Höhlen", lautete die Überschrift eines Boulevard-Blattes. „Wer schützt die Umwelt vor zu viel falsch placiertem *Umweltschutz?" hätte die* Schlagzeile auch lauten können. Höhlen haben in der Tat einen unübersehbaren Vorteil: Sie werden nicht mit properen Mittelchen aus der Plastikdose auf Hochglanz gewienert, sondern mit Scheuersand auf Vordermann gebracht. Auf einen Schlag werden so sämtliche „Wohngifte" ausgetrieben.

Die Bevölkerung ist gegenüber diesen Hiobs-Beteuerungen kritischer geworden. Man glaubt nicht mehr alles. Selbst für Pennäler ist es einsichtig, was Theophrastus Bombastus von Hohenheim, Paracelsus genannt, vor über vierhundert Jahren bereits wohlweislich erkannte: „All ding sind gift. Und nichts ist ohn gift". In der Tat: Die Dosis macht das Gift; es kommt nur auf die Menge an.

Ein schwacher Trost: Die bereits zitierten, täglich in die Redaktionen flatternden Mitteilungen zum Thema „Umweltschutz" sind zum überwiegenden Teil aus bedrucktem Altpapier, im Recycling-Verfahren hergestellt. Die gefüllten Papierkörbe am Ende eines redaktionellen Arbeitstages geben *Anlaß zur Hoffnung*, ja verleihen die sichere Gewißheit, daß die zerknüllten Überreste eines Tages in veränderter Form wieder auf dem Schreibtisch landen. Vielleicht als Fernschreiben . . .

DIETER THIERBACH

Ölheizung: Anpassung an die Umwelt

Die stürmische Entwicklung der Ölheizung setzte Anfang der 60er Jahre ein. Sie erreichte 1975 einen Marktanteil von etwa 52 Prozent der beheizten Wohnungen. Die Gründe für diese Entwicklung waren der Komfort, den das Feuerungssystem brachte, und der günstige Preis des leichten Heizöls. Somit hatte sich die Ölfeuerung in weniger als 20 Jahren zur Leitgröße im Raumheizungsmarkt entwickelt. Daß sie dies auch heute noch ist, zeigt ihr Marktanteil von rund 49 Prozent im Jahre 1984.

Technische Entwicklung als Schrittmacher

Nutzte die Kohleheizung des Jahres 1960 nur etwa 50 bis 60 Prozent der in Kohle enthaltenen Energie zum Heizen, wandelt die Ölheizung über 85 Prozent des eingespeisten Öls in Wärme um. Nur etwa die Hälfte der verbrannten Kohle, beinahe das gesamte verbrannte Öl aber heizen tatsächlich den Wohnraum. Das bedeutet eine erhebliche Verbrauchs- und damit Abgaseinsparung. Ein bemerkenswerter Beitrag der geräteherstellenden Industrie zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit, um so die Energiepreissteigerungen 1973 und 1978/79 anteilig zu kompensieren. Da die Preise für Heizöl EL seit 1981 bei 4000- bis 5000-Liter-Partien mit etwa 67 Mark/100 Liter o. MWSt (Bundesstatistik) praktisch konstant geblieben sind, hat dies zusätzlich die führende Position der Ölheizung im Raumheizungsmarkt gestützt.

Das sich seit Anfang der 70er Jahre in der Bundesrepublik verstärkte Umweltbewußtsein hat die Ölfeuerung schon zehn Jahre zuvor als Herausforderung betrachtet und sich rechtzeitig auf die wachsenden Anforderungen eingestellt. So hat die technische Entwicklung nicht nur Einfluß auf die Wirtschaftlichkeit des Feuerungssystems genommen, sondern auch auf die Emissionsfaktoren im Zusammenhang mit der Reinhaltung der Luft. Zunächst wurde bereits in den 60er und verstärkt in den 70er Jahren die Verbrennungsgüte, die ein Hinweis für die Ausnutzung des Brennstoffs ist, maßgeblich verbessert.

Die sogenannte Rußzahl wurde von 5 auf kleiner als 1 reduziert, ein Wert, der dem Fachmann sagt, daß die Ölfeuerung in der Bundesrepublik bei einem Heizöl-EL-Bedarf von 20 bis 21 Millionen Tonnen im Raumheizungssektor insgesamt weniger als 350 Tonnen Staub in Form von Kohlenstoff in die Luft abführt. Dies sind weniger als 0,04 Prozent der über 800 000 Tonnen Staub, die 1982 von allen Brennstoffen emittiert worden sind und die Luft belasten. Eine besondere Leistung der geräteherstellenden Industrie, um durch die moderne Ölheizung die Luft sauberer zu halten.

Moderne Anlagen schaffen saubere Luft

Ferner wurde 1979 der Schwefelgehalt des Heizöls EL von 0,6 auf 0,3 Prozent/m reduziert. Im Mittel betrug dieser Wert 1984 0,24 Prozent/m. Damit lag der Anteil der Ölheizung (Raumheizung) an der Gesamtemission *Schwefeldioxid (über 3 Millionen t/a)* bei etwa 3,2 Prozent. Auch dies ein guter Beitrag zur Reinhaltung der Luft.

Durch Modernisierung einer Anlage, zum Beispiel durch einen neuen Kessel und Ölbrenner, kann Energie eingespart werden, die Anlage wird wirtschaftlicher und die luftbelastenden Schadstoffe wie beispielsweise Kohlenmonoxid (CO), Stickstoffdioxid (NO_x) und Schwefeldioxid (SO_2) verringern sich bis zu 40 Prozent.

W. B./K.-H. O.

WEISSBLECH / Rückgewinnung des Rohstoffes ist fast vollständig möglich

Magnete ziehen Metall aus dem Müll

Weißblech-Dosen profitieren vom Umweltbewußtsein. Von Natur aus ist ihr Herstellungsmaterial mit einer einmaligen Recycling-Eigenschaft gesegnet, die sie zur umweltfreundlichsten Verpackung der Welt macht: Das Metall ist magnetisch. Drei Milliarden Getränkedosen wurden 1984 verbraucht; die Weißblech-Dosen machen davon an die 90 Prozent aus. Per Magnet werden heute Dosen aus dem Müll herausgeholt. Allein in der Bundesrepublik waren es 1984 rund 330 000 Tonnen Schrott.

Die Rohstoffersparnis liegt bei 100 Prozent, und der zur Herstellung neuer Dosen benötigte Energieverbrauch beträgt gegenüber einer Neuproduktion nur ein Viertel. Eine bundesweite Recycling-Werbung ruft die Bürger auf, Dosen in die Mülltonne oder den Sammelcontainer zu werfen. Etwa 40 Prozent aller Einwohner der Bundesrepublik sind an eine solche Rohstoff-Rückgewinnung angeschlossen; Bund, Länder und Kom*munen streben eine Erhöhung auf* über 60 Prozent an.

Multicontainer im Test

Drei Milliarden Getränkedosen im Gesamtgewicht von etwa 100 000 Tonnen wurden 1984 verbraucht; die umweltfreundlichen Weißblech-Dosen machen davon an die 90 Prozent aus.

Umweltbewußte Bürger helfen beim Recycling mit, da neue kombinierte Sammelsysteme für Werkstoffe aus Haushaltsabfällen aufgestellt werden. Das seit über einem Jahr erprobte „Braunschweiger Modell" für Weißblech, Glas, Papier ist besonders erfolgreich: Weil es wirtschaftlich ist, keine Subventionen erfordert, die Kosten der Müllentsorgung sogar senkt.

Im norddeutschen Raum ist der Mehrkammer-Container für das Werkstoff-Recycling in vielen Städten und Kreisen flächendeckend eingeführt. Das System wird auch in Österreich betrieben, im westdeutschen und im süddeutschen Raum hat es ebenfalls Fuß gefaßt. Nach dem ersten Jahr sind rund 1000 Multicontainer im Einsatz; drei Millionen Einwohner sind angeschlossen. Weitere 2000 Container kommen in diesem Jahr hinzu. Vorwiegend private Entsorgungsbetriebe investieren hierfür in zwei Jahren 20 Millionen Mark und schaffen so viele neue Arbeitsplätze.

Die Multicontainer machen in Kürze zehn Millionen Bürgern ein zusätzliches Recycling-Angebot. 250 000 Tonnen Werkstoffe – Dosen, Flaschen, Papier – können so jährlich zurückgewonnen werden. Ein Anbieter rechnet damit, daß allein sein kombiniertes Recycling-System bis 1990 rund 20 Millionen Einwohner der Bundesrepublik entsorgt. Andere erwarten von ihren Sammelsystemen ähnlich positive Entwicklungen. In fünf Jahren dürfte daher das Recycling auf diese Art mindestens 500 000 *Tonnen* Wertstoffe zusätzlich der Wiederverwendung zuführen.

Auch in Berlin wurden 50 Sammelgefäße aufgestellt. Die Berliner Stadt*reinigung übernimmt* die Wertstoffrückgewinnung mit Hilfe dieser Multicontainer in ihre Regie. Der Einzelhandel unterstützt die Aufstellung der Sammelgefäße vor seinen Filialen, leistet damit ebenfalls einen Beitrag zum Recycling. Dem Handel bringt das neue System ebenfalls Nutzen. Die Erfassung der Wertstoffe erfolgt nämlich außerhalb der Läden. Der Handel bleibt auf seine Versorgungsaufgabe konzentriert, auch wenn er das neue System fördert und mit betreut. Die Verteuerung des Warenangebotes und Pfandaufwand werden so vermieden.

Ein Dosenpfandsystem für Weißblech-Dosen, wie das auch in Berlin erprobte schwedische System Retourpak, führt nach Ansicht der Weißblech-Industrie nicht zu den umweltfreundlichen Recycling-Erfolgen, die dieser Einrichtung zugeschrieben werden. Erfahrungen aus Schweden und den USA zeigen, daß sich die Dose zunächst um etwa zehn bis 25 Prozent verteuert.

Pfandsystem ist unrentabel

Eine bundesweite Einführung des Pfandsystems würde zudem bei etwa 100 000 Getränkeverkaufsstellen ungefähr dieselbe Zahl an Retour-Automaten erfordern. Bei einem Preis von etwa 5000 Mark pro Automaten bedeutet das ein Investitionsvolumen von 500 Millionen Mark sowie jährlich 150 Millionen Mark Leasingkosten. Schon die heute gebräuchlichen Mehrwegflaschen belasten den Einzelhandel mit drei bis sieben Pfennig pro Flasche. Das in Berlin getestete Retourpak-System könne in der gesamten Bundesrepublik höchstens 50 000 Tonnen Müllschrott im Recycling verwerten. Damit kostet jede Tonne etwa 6000 Mark. Der Preis für die gleiche Menge zur Neuproduktion benötigten Weißblechs beträgt lediglich etwa ein Drittel dieser Summe.

Die Weißblech-Industrie verspricht sich von der Berliner Container-Initiative zusätzliche Impulse für die Dosenrückgewinnung. Noch in diesem Jahr will die Weißblech-Recycling-Gesellschaft eine Müllschrottaufbereitungsanlage in Berlin errichten, die auch die in den Containern gesammelten Dosen zu einem wertvollen Rohstoff der Stahlerzeugung veredeln kann.

OLAF OELSEN

ALTSTOFFHANDEL / Gesetzesvorschlag erschwert Zugang zum Abfallmarkt

Privathändler sind benachteiligt

Neben der stärkeren Chemisierung des Hausmülls ist dessen „Politisierung" zu einem Faktum geworden. Die auch vom Bundesinnen*ministerium unterstützte* Recycling-Begeisterung, besonders beim Altpapier, hat in der Bevölkerung Erwartungen geweckt, die in der Praxis nicht immer erfüllt werden können. Gleichzeitig ist vom Gesetzgeber versäumt worden, Mindestanforderungen an Endbeseitigungsanlagen (Deponien, Verbrennungsanlagen, Kompostwerke) festzulegen und auch für Altanlagen durchzusetzen.

Es verwundert daher nicht, daß Standortentscheidungen für geordnete Abfallbeseitigungsanlagen erschwert wurden. Die Hilflosigkeit vieler Entscheidungsträger – besonders auf dem flachen Lande – hat in wachsendem Umfang zu Scheinlösungen wie der „Grünen Tonne" (Trockenmüllsammlung mit anschließender Sortierung) geführt. Ihr hat eine enge Seilschaft zwischen privaten Stadtreinigungsbetrieben, oft Tochtergesellschaften von Mülltonnenherstellern, und den Entscheidungsträgern in Politik und Verwaltung vielerorts zum Durchbruch verholfen.

„Verwerten" ist Sammeln

Wesentliches Motiv für teure Sammel- und Sortiersysteme aber ist vordergründig das Einsparen von Deponiekapazität, *hintergründig* die Vermeidung von Standorten für geordnete Abfallbeseitigungsanlagen in der eigenen Region.

Alle politischen Parteien fordern ein Abfallverwertungsgebot, wobei sie sicherlich eine industrielle Endverwertung erwarten. Der Bundesverband Papierrohstoffe (Köln) sieht in dem am 14. Juni vom Deutschen Bundestag in erster Lesung zu beratende Regierungsentwurf der 4. Novelle Abfallbeseitigungsgesetz (AbfG) zahlreiche Unklarheiten: Die hoheitliche *Funktion Abfallbeseitigung* soll durch die Funktion „Abfallverwertung" erweitert werden. Unter „Abfallverwertung" wird vorrangig das Sammeln und Sortieren von verwertbaren Stoffen verstanden. Man spricht von „verwerten", meint „sammeln und sortieren" und suggeriert so dem Bürger, schon allein durch Sammeln werde verwertet. Sprachlich gleiche diese „Verwertungslüge" der Bezeichnung eines Gesetzes über die Kartoffelernte als „Pommes-frites-Gesetz".

Das „Verwertungsangebot" verpflichtet die Endabnehmer nicht zu einem Einsatz der Altstoffe. So sieht sich die deutsche Papierindustrie außerstande, alles ihr angediente Altpapier auch abzunehmen, und Teile der Papierindustrie akzeptieren lediglich von beseitigungspflichtigen Körperschaften oder beauftragten Dritten angebotenes Altpapier. Sie weiß wohl, daß diese Anbietergruppe keine Kostendeckung aus Erlösen erreichen muß und daß deshalb dieses Altpapier – durch höhere Abfallgebühren subventioniert – billigst ver*kauft werden kann.*

Im Vorgriff auf die 4. Novelle AbfG leiten zahlreiche beseitigungspflichtige Körperschaften die alleinige Zu*ständigkeit des von ihr „beliehenen* Unternehmers" für die Altstofferfassung ab und versuchen, den Altstoffhandel vom Zugang auszuschließen. Landräte schreiben in diesem Sinne an die Hausbanken von Altstoffhändlern, um Kreditvergaben zu verhindern. Es wird argumentiert, daß der beauftragten Stadtreinigungsfirma nicht daran gelegen ist, daß sich weitere Unternehmen in der Altstofferfassung betätigen. Es paßt freilich nicht zusammen, daß private Müllunternehmer sich „Grüne Tonnen" in *ihrem Einzugsbereich teuer vom* Bürger bezahlen lassen und gleichzeitig in Großstädten hohe Geldsummen für Altpapiercontainer-Stellplätze bieten.

Erfassungsmonopol droht

Heute schon gibt es regionale Abfallbeseitigungsmonopole (kommunale und große private Städtereinigungsbetriebe). Dort, wo die Hausmüllabfuhr an „beliehene Unternehmer" übertragen wird, finden in der Regel beschränkte Ausschreibungen statt. Die allgemeine Lebenserfahrung zeigt, daß diese Vergabepraxis anfällig gegenüber Gebietsabsprachen oder Submissionskartellen ist. Diese Beseitigungsmonopole werden nach Ansicht des Altstoffhandels und der gemeinnützigen Organisationen um Altstofferfassungsmonopole mit Pfründen für beliehene Unternehmer erweitert.

Hierbei ist auch ein Unding, daß für harmlose Stoffe im Hausmüll (Papier, Glas, Metalle) hochbequeme Holsysteme gefordert werden, während die Schadstoffbeseitigung (zum Beispiel Batterien) auf Bringsysteme angewiesen ist. Unsere Volkswirtschaft braucht keine „Grünen Tonnen", *sondern zusätzliche* Endverwertungsmöglichkeiten für Stoffe, die heute noch als Abfall deponiert werden müssen. Vor diesen Tatsachen und auch vor den möglichen mittelstands- und arbeitsmarktpolitischen sowie den wettbewerbsrechtlichen Auswirkungen ihres Entwurfs darf die Bundesregierung nicht die Augen verschließen.

JÖRG SUDAN

HAUSMÜLL / Eine saubere Trennung ist nicht bei allen Bestandteilen möglich

Auch Abfall muß Qualität haben

Knapper werdender Deponieraum, Schwierigkeiten bei der Errichtung neuer Deponien und die Erkenntnis, daß durch den Einsatz von Sekundärrohstoffen die Vorkommen an primären Rohstoffen geschont werden können, haben den im Hausmüll enthaltenen Anteil an Rohstoffen in den Mittelpunkt öffentlichen Interesses gerückt.

Über die Möglichkeiten und Grenzen seiner Wiederverwertbarkeit besteht in der Öffentlichkeit keine Klarheit. Das einfache Rezept „Sammeln = Verwerten" reicht nicht aus, den dringenden Umweltproblemen zu begegnen. Ein sowohl ökologisch als auch ökonomisch sinnvolles Recycling muß bestimmten Anforderungen Rechnung tragen.

Hausmüll-Recycling ist keine „Erfindung" der Umweltschutzbewegung. So wird beispielsweise der Aufbau eines Sammelnetzes für Altglas aus Haushalten bereits seit 1974 konsequent durch Entsorgungsunternehmen betrieben. Jahr für Jahr konnten steigende Mengen dieses Sekundärrohstoffes den Glashütten zur Verwertung zugeführt werden.

Altglas-Container bewährt

Der größte Teil der 883 489 Tonnen Altglas, die 1984 gesammelt wurden, stammte aus Depotcontainern. Bei dieser Art der Sammlung bringt der Bürger sein Altglas zu einem an einer zentralen Stelle plazierten Container. Weitgehend durchgesetzt hat sich dieses Sammelsystem, da der Rohstoff Altglas besonders wirtschaftlich und sauber erfaßt werden kann. Zudem ist eine farbgetrennte Erfassung problemlos möglich. Eine nachträgliche Sortierung des Altglases nach Farben kann nämlich nur dann durchgeführt werden, wenn die Hohlkörper (Flaschen, Gläser) möglichst unzerstört gesammelt und transportiert werden.

Die Erfassung mit Preßmüllfahrzeugen macht daher eine solche Sortierung praktisch unmöglich. Derartig erfaßtes Altglas ist nur noch als *Mischglas* zur Herstellung von Grünglas verwendbar. Grünglas macht aber lediglich 33 Prozent der gesamten Behälterglasproduktion aus, *während es bei Weißglas 45 Prozent* sind. Als Rohstoff für die Erzeugung von Weißglas können nur saubere weiße Scherben eingesetzt werden, die heute immer noch Mangelware sind. Die Trennung des Altglases nach Farben möglichst schon bei der Erfassung wird deshalb in zunehmendem Maße von den Glashütten als Forderung erhoben.

Auch für Altpapier sind Sauberkeit und hohe Qualität entscheidende Kri*terien für die Wiederverwertbarkeit.* Nicht alleine die höchstmögliche Erfassung des im Hausmüll noch liegenden Potentials von etwa fünf Millionen Tonnen ist für die Beurteilung der Effektivität eines Erfassungssystems entscheidend. Da Altpapier neben der energetischen „Verwertung" fast ausschließlich in der Papierindustrie Verwendung findet, muß es zusätzlich auch noch absolut sauber, also getrennt von anderen Wertstoffen erfaßt werden.

Wie wichtig dieses Kriterium ist, haben die Erklärungen mehrerer Papierfabriken gezeigt, die Altpapier aus der „Grünen Tonne" (alle Wertstoffe werden in eine Mülltonne geworfen) nicht mehr annehmen, weil es den qualitativen Anforderungen in keiner Weise genügt. Der Altpapieranteil an der Papierproduktion liegt heute bereits bei *fast 45 Prozent*; nur noch geringe Steigerungsraten werden für möglich gehalten. Das zeigt, daß Engpässe in den begrenzten Verwertungs*möglichkeiten und nicht in* der Erfassung liegen.

Angesichts dieser Tatsachen sollte das Altpapier möglichst wirtschaftlich und ohne *Gebührenbelastung* für den Bürger erfaßt werden. Besonders bewährt haben sich daher auch für diesen Altstoff die verschiedenen Formen der Container- und Straßensammlungen.

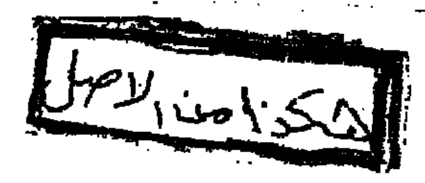
Metallsortierung wichtig

Bei der Erfassung von Metallen ist die genaue Unterscheidung zwischen Eisen- und Nichteisenmetallen wichtig. Die im Hausmüll vorkommenden und noch nicht erfaßten Eisenmetalle sind überwiegend Weißblech-Dosen. Ihre Wiedereinführung in den Wirtschaftskreislauf ist nicht unproblematisch. Die Zinn- und Kupferbestandteile sowie die Schmutzanhaftungen der Dosen geben dem Stahlwerker kaum lösbare Probleme während des Stahlerzeugungsprozesses auf. In modernen Elektro-Öfen können Weißblech-Dosen beispielsweise aus technischen Gründen nicht eingesetzt werden.

Der Anteil an Nichteisenmetallen (Aluminium, Kupfer, Blei) im Hausmüll liegt unter einem Prozent. Wegen des geringen Aufkommens sind öffentliche Sammlungen nicht wirtschaftlich, daher ist die Sammelinitiative eines jeden einzelnen gefordert. Durch die Abgabe des Materials an den Rohstoffhandel in Mindestmengen von 15 bis 20 Kilogramm kann sogar noch ein Erlös erzielt werden.

HEINER GUSCHALL





Streugut: Nur auftaumittelfrei unschädlich

Die umweltschädigende Wirkung von Streusalz ist bekannt: Schäden an Straßenbäumen, Brücken und Straßenbauten; Rostschäden an Kraftfahrzeugen in Milliardenhöhe. Daher wurden während der vergangenen Winterhalbjahre „umweltfreundliche Auftaumittel" und Gemische aus diesen Auftaumitteln mit abstumpfendem Streugut im Handel angeboten. Der Werbung nach sind diese Streumittel salzfrei, ökologisch unbedenklich und genauso wirksam wie Streusalz. So entstand die Meinung, es gäbe nun einen akzeptablen Ersatzstoff für das umweltschädigende Salz.

Vor derartigen Produkten, die verschiedentlich die Bezeichnung „Öko" in ihrem Namen führen, hat das Umweltbundesamt in Berlin gewarnt: „Wer anstatt zum Streusalz zu anderen chemischen Auftaumitteln greift, der leistet unserer Umwelt einen Bärendienst. Nur abstumpfendes Streugut, wie Sand, Kies, Splitt oder Granulat, ist umweltfreundlich."

Auftaumittel bestehen zumeist aus Harnstoff, Ammoniumsalzen, Phosphaten oder Gemischen dieser Verbindungen. Diese Stoffe sind in hohem Maße nach Ansicht des Umweltbundesamtes schädlich. Harnstoffe und Ammoniumsalze enthalten Stickstoff, der den Boden belastet, zur Überdüngung führt und Grund- und Quellwasser verschmutzt.

Auch Phosphate schädigen Gewässer und gefährden das Grundwasser. Da die Auftauwirkung der chemischen Auftaumittel zudem meist geringer ist als die von Streusalz, wird pro Quadratmeter eine erheblich größere Menge gestreut. Besonders alarmierend für das Umweltbundesamt: Diese Mittel werden von den Herstellern für den Einsatz auf Gehwegen, innerhalb von Grundstücken oder in Parkanlagen empfohlen.

Nur salzfreie, abstumpfende Streumittel wie Sand, Kies, Splitt oder Granulat entsprechen den Anforderungen eines umweltfreundlichen Winterdienstes. Die „Jury Umweltzeichen" hat schon 1981 das Umweltzeichen für salzfreies, abstumpfendes Streugut vergeben. Dieses Streugut ist frei von Auftaumitteln. Es enthält weder organische Bestandteile, wie zum Beispiel Harnstoff, noch sonstige umweltschädliche Beimengungen.

(WR.)

UBA / Aus Berlin beziehen Bundesregierung und Behörden ihr Fachwissen

Umweltpolitik ist Wirtschaftsfaktor

Vor 15 Jahren erreichte eine Welle steigenden Umweltbewußtseins Parlamente und Regierungen, zunächst in den reichen Staaten des Westens und Fernen Ostens. 1970 erstattete erstmals ein amerikanischer Präsident dem Kongreß seinen Bericht zum Umweltschutz. Die neue Aufgabe erhielt im Deutschen einen Namen, der vor 1970 in keinem Wörterbuch stand.

Die mit wirtschaftlichen Aufgaben befaßten Zeitgenossen reagierten auf diese Herausforderung zunächst defensiv. In dem magischen Viereck der Wirtschaftspolitik, 1967 von unserem Stabilitätsgesetz mit den Worten Preisniveaustabilität, hoher Beschäftigungsstand, außenwirtschaftliches Gleichgewicht und angemessenes Wirtschaftswachstum beschrieben, kam das Ziel des Haushaltens mit den Gütern der Natur nicht vor.

Zwar hatte Adam Smith, Vater der klassischen Ökonomie, noch vorausgesagt, daß wirtschaftliches Wachstum einmal ein Ende haben werde, wenn es an die natürlichen Grenzen von Boden und Klima stoße. Er sah diesen Zeitpunkt in so ferner Zukunft, daß er für seine Theorie ohne Belang war. Die Nationalökonomen vom Beginn unseres Jahrhunderts definierten in ihren Lehrbüchern Wasser und Luft als „freie Güter".

Seither hat sich in Politik und Wissenschaft so viel geändert, daß man mit Fug und Recht von einer ökologischen Wende sprechen kann. In der Bundesrepublik Deutschland wurden von 1971 bis 1981 178 Milliarden Mark für den Umweltschutz ausgegeben. Das ist mehr als der Bundeshaushalt des Jahres 1977. Von diesen Ausgaben entfielen 52 Prozent auf Investitionen, 48 Prozent auf laufende Ausgaben. Die öffentliche Hand gab in dieser Zeit 118 Milliarden Mark für den Umweltschutz aus.

Die sogenannte Umweltschutz-Industrie, so schwer sie auch statistisch und organisatorisch abgrenzbar sein mag, stellt einen nicht zu vernachlässigenden Faktor unserer Volkswirtschaft dar. Auf Messen, auch in Staaten der Dritten Welt (Bombay 1984), demonstriert sie ihre Erzeugnisse. Die Zahl der Arbeitsplätze, die diese Industrie und die Entsorgungsunternehmen geschaffen haben, geht in die Hunderttausende. Dies ist nur die eine Seite der Medaille. Durch die steigenden Anforderungen des Umweltschutzes sind die Produktionskosten in vielen Bereichen erheblich gestiegen. Dadurch kann auch der Wettbewerb auf den Märkten des Auslandes beeinträchtigt werden. Da die für den Umweltschutz aufzuwendenden Mehrkosten in den im Außenhandel führenden Staaten der Welt aber im Durchschnitt nicht wesentlich voneinander abweichen, konnten sie auch von unserer Volkswirtschaft ohne größere Einbrüche verkraftet werden.

Hinzu kommt, daß sich die Regierungen, wenn auch nicht immer erfolgreich, um internationale Harmonisierung der Anforderungen des Umweltschutzes bemühen. Gerade die derzeit im Vordergrund der umweltpolitischen Diskussion stehenden Maßnahmen der Luftreinhaltung, von der Entschwefelung und Denitrifizierung der Kraftwerke bis zur Reinigung der Abgase von Kraftfahrzeugen, sind ein lehrreiches Beispiel dafür, daß Nationen, die frühzeitig von ihrer Industrie höhere Leistungen des Umweltschutzes abforderten, außenwirtschaftlich im Vorteil gegenüber denjenigen Staaten sind, die erst später nachziehen. „Technologische Vorsprungsrente des Umweltschutzes" nannte dies einmal ein Bundeswirtschaftsminister.



Das Umweltbundesamt (UBA) in Berlin wurde im Sommer 1974 gegründet. Sein derzeitiger Chef ist Heinrich Freiherr von Lersner
FOTO: DIE WELT

Es gibt wenige Bereiche der Politik, die so sehr vom wissenschaftlichen und technischen Sachverstand abhängig sind wie gerade die Umweltpolitik. Deshalb haben viele Industriestaaten nationale Umweltbehörden gegründet. Eine dieser Behörden ist das Umweltbundesamt, das im Juli 1974 errichtet wurde und in dem etwa 450 Mitarbeiter das in- und ausländische Wissen zu sammeln, zu bewerten und in Vorschläge an die Regierung umzusetzen haben. Gerade wegen der wirtschaftspolitischen Bedeutung solcher Anforderungen hat das Amt auch die Pflicht, jede Maßnahme hinsichtlich ihrer betriebs- und volkswirtschaftlichen Auswirkungen abzuschätzen.

Das Amt hat darüber hinaus die gesetzliche Aufgabe, auch die Öffentlichkeit über die Auswirkungen der Umweltbelastungen und die Möglichkeiten zu ihrer Eindämmung zu *informieren. Die Zahl der Anfragen* interessierter Bürger, darunter auch vieler wirtschaftlich tätiger Unternehmen und Verbände, ist von etwa 1300 im Jahre 1977 auf 107 000 im Jahre 1984 angestiegen.

Ein wichtiges Mittel zur Information der Volkswirtschaft sind Demonstrationsvorhaben zur Minderung von Umweltbelastungen aus bereits bestehenden industriellen Anlagen. Der Bund übernimmt bei technischen Verbesserungen, die als Vorbild für vergleichbare Anlagen dienen können, bis zu 50 Prozent der Kosten, seit 1979 etwa 500 Millionen Mark. Hinzu kommen steuerliche Vergünstigungen in Höhe von etwa 1,5 Milliarden Mark seit 1975 und zinsgünstige Kredite aus dem ERP-Programm.

Diese wenigen Beispiele mögen genügen, um zu zeigen, daß Staat und gewerbliche Wirtschaft nach Kräften bemüht sind, den Anforderungen des Umweltschutzes gerecht zu werden. Dies ist nicht von heute auf morgen möglich. Manche naturwissenschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhänge sind so komplex, daß sie nicht mit Patentrezepten der immer auftretenden „schrecklichen Vereinfacher" zu lösen sind. Ein Vergleich des hierzulande Erreichten mit den Ergebnissen anderer Industriestaaten zeigt jedoch, daß wir auf gutem Wege sind, auch diese neuartige Herausforderung an unsere Gesellschaft zu meistern.

HEINR. FREIHERR v. LERSNER

BREMEN / Containernetz für Abfallsortierung geplant

Müllanalyse tut not

Die ‚Grüne Tonne' ist für uns Schnee von gestern", sagt Reinhold Ostendorf, zuständig für landes- und kommunalpolitische Angelegenheiten beim Bremer Senator für das Bauwesen: „Wir orientieren unsere Abfallpolitik jetzt grundsätzlich neu." Die Hanseaten tüfteln derzeit an einem *neuen Konzept zur* Abfallbeseitigung, wie es bundesweit wohl seinesgleichen sucht. Sein Grundsatz lautet: „Von der Abfallbeseitigung zur Abfallwirtschaft".

Ostendorf: „Nur wenn wir in Haushalten die wiederverwertbaren Stoffe sortieren, werden wir wiedereinsetzbare beziehungsweise vermarktbare Stoffe in ausreichender Menge zurückgewinnen." Dazu gehöre ein dichtes Netz von Containern, die für jeden Bremer bequem erreichbar sein müßten. Der Bürger sei dann nicht *mehr auf feste Müllabfuhrtermine* angewiesen, sondern könne seinen Müll loswerden, wann immer er anfalle.

Das sind täglich in der Großstadt insgesamt rund 1000 Tonnen. Der Senator für das Bauwesen, Bernd Meyer (SPD), will indessen dafür sorgen, „daß überflüssiger Abfall gar nicht erst entsteht". Deshalb müssen Verpackungen seiner Meinung nach schadlose Materialien enthalten und wiedereinsetzbar sein, wie zum Beispiel die Pfandflaschen. Meyer: „Wir werden die Bundesregierung immer wieder und nachdrücklich auffordern, endlich entsprechende Konsequenzen zu ziehen."

Das Bremer Abfallwirtschaftskonzept geht davon aus, daß der Müll schon in den Haushalten getrennt wird. Das betrifft in erster Linie Altglas, Altpapier, Kunststoffe, Metalle sowie den sogenannten Restmüll. Ostendorf: „Neu ist, daß für die einzelnen Müllarten genormte Beutel beziehungsweise Behälter vorgesehen sind. Jedem Bürger ist es dann überlassen, in seiner Wohnung oder in seinem Haus die Sortierung sinnvoll zu organisieren." So könne jeder einen entscheidenden Beitrag zum Umweltschutz leisten.

Unterdessen hat der Senator zwei Gesellschaften beauftragt, gewissermaßen ihre Nasen in den Hausmüll und in hausmüllähnliche Abfälle aus Industrie, Gewerbe und Verwaltung zu stecken. Die Analysen sind nicht anrüchig, denn laut Meyer bedarf es zur „qualifizierten Planung und Organisation des getrennten Sammelns, Abfahrens, Verwertens, der Beseitigung und Entgiftung differenzierter Erkenntnisse über den stadtbremischen Müll". Die pikante Frage lautet: „Wie setzt sich die Wohnbevölkerung der Hansestadt unter müllrelevanten Gesichtspunkten zusammen?"

Der Bremer wird schon bald seine Wegwerfgewohnheiten ändern müssen. In der senatorischen Dienststelle wird damit gerechnet, daß die Umstellung auf das neue Müllbeseitigungssystem bereits 1987 in Teilen der Stadt erfolgen kann. Teurer als die herkömmliche Abfuhr wird es, so Ostendorf, nicht werden; im Gegenteil – durch die Vermarktung des Mülls soll nach Amortisation der Investitionen, deren Höhe freilich noch nicht feststeht, der Gebührenzahler *sogar entlastet werden. „Wir bereiten* auch die Entscheidung vor, eine Rauchgaswäsche in die Müllverbrennungsanlage einzubauen", erklärt Ostendorf; „sie kann übrigens kleiner dimensioniert werden, wenn wir sortieren und wiederverwerten." Die Investition dafür sei doch beträchtlich und liege zwischen 30 und 40 Millionen Mark.

Derzeit werden befristet und versuchsweise in den Stadtteilen Schwachhausen und Vahr Kunststoffabfälle gesondert gesammelt und abgefahren, um die Vermarktungschancen zu testen. Nach ersten Erfahrungen machen 50 bis 60 Prozent der Einwohner an diesem Pilotprojekt mit.

In den Findorffer Jugendwerkstätten wurde ein „Recyclinghof" eingerichtet. Die arbeitslosen jungen Leute haben hier einen Container entwikkelt, der zum Einsammeln von Batterien dient; er wird in den Bremer Schulen aufgestellt.

Zur Aufnahme von Schadstoffen wie Lacken, Farben, Arzneien und Chemikalien wurden zehn Annahmestellen mit je 15 Giftmüllbehältern in verschiedenen Stadtteilen eingerichtet. Die „Bremer Kompostfibel" erinnert an Großmutters Müllbeseitigungskonzept: „Wenn genügend Platz vorhanden ist, können die unbedenklichen organischen Abfälle aus Haus und Garten auf einem Kompostplatz zu wertvollem Humus für den Garten verwandelt werden."

WINFRIED WESSENDORF

„Altstoff-Liste" erleichtert Marktübersicht

WR. Berlin

Genau 38 631 chemische Stoffe, die nach Angaben der Industrie in der Bundesrepublik Deutschland vor dem 18. September 1981 vermarktet wurden, enthält die kürzlich vom Umweltbundesamt (Berlin) veröffentlichte „Liste in der Bundesrepublik Deutschland gemeldeter Altstoffe". Sie soll die Übersicht über die auf dem Markt befindlichen Chemikalien verbessern und erleichtert auch die Entscheidung, welche chemischen Stoffe als „alt" gelten, also sich bereits vor dem 18. September 1981 in einem Mitgliedsstaat der Europäischen Gemeinschaft auf dem Markt befunden haben, oder als „neu" im Sinne des Chemikaliengesetzes angesehen werden müssen. Ohne einen solchen Nachweis dürfen chemische Stoffe in Mengen von mehr als einer Tonne pro Jahr nur dann in Verkehr gebracht oder importiert werden, wenn sie das Prüf- und Anmeldeverfahren nach dem Chemikaliengesetz durchlaufen haben. Die erstmals veröffentlichte Liste enthält die zur Aufnahme in das EG-Altstoffverzeichnis EINECS (European Inventory of Existing Commercial Chemical Substances) gemeldeten Stoffe. Diese deutsche Altstoffliste ist wesentlicher Bestandteil des „Informationssystems für Umweltchemikalien, Chemieanlagen und Störfälle" (INFUCHS). Das dreibändige Spezialwerk kann über den Buchhandel oder beim Erich Schmidt Verlag (Berlin) bezogen werden; Gesamtpreis 248, Band I 128, Band II 56, Band III 96 Mark.

4100 Projekte in einem Buch

WR. Berlin

Der Umweltforschungskatalog (UFOKAT) des Umweltbundesamtes liegt mit Stand vom Dezember 1983 in fünfter Ausgabe der Öffentlichkeit vor. Er enthält die Kurzdarstellung von etwa 4100 umweltbezogenen Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, die nach dem 1. Januar 1982 beginnen oder enden. Neben der ausführenden Stelle sind das Projektthema mit Kurzbeschreibung, Leiter, Laufzeit, Kosten und Veröffentlichung angegeben. Das Werk erscheint im Erich Schmidt Verlag (Berlin) und kostet 72 Mark.

Umfrage: Sorge über Gifte im Essen verbreitet

dpa, Bonn

75 Prozent der Bundesbürger sind beunruhigt, „daß Lebensmittel Stoffe *enthalten, die schädlich für den Menschen sind*". Das ist das Ergebnis einer Repräsentativbefragung des Instituts für Demoskopie, Allensbach. Befragt wurden 2200 Personen über 16 Jahre im Bundesgebiet und West-Berlin. Die Beunruhigung hat, Allensbach zufolge, mittlerweile alle gesellschaftlichen Schichten erfaßt und geht weit über den Anhängerkreis der Grünen hinaus. Auch von den *Wählern der CDU/CSU zeigten sich* 74 Prozent „deutlich verunsichert". Von allen Befragten haben 37 Prozent schon des öfteren Nahrungsmittel aus biologischem Anbau gekauft. Das Interesse an diesen Produkten sei um so größer, je jünger die Verbraucher sind. Ebenfalls sei festzustellen, daß offensichtlich das Interesse an biologischer Nahrung steige, je höher Bildungsgrad und Einkommen dieser Kunden seien. Dabei glauben die allermeisten Bürger, nämlich 92 Prozent der Befragten, überhaupt nicht, daß die sogenannten Bio-Produkte völlig frei von Schadstoffen und chemischen Rückständen sind. Sie seien „illusionslos" und wüßten, daß die Schadstoffe entweder auch dort bereits im Boden stecken oder durch Wind und Regen dorthin transportiert würden.

Farbkarten zeigen die Schäden an

WR. Berlin

Die Schädigung des Waldes in der Bundesrepublik Deutschland zeigen die vom Umweltbundesamt vorgelegten Waldschadenskarten auf. Aus der Gegenüberstellung der Karten von *1983 und 1984 läßt sich* die Schadensentwicklung in den einzelnen Waldgebieten ablesen. Die kartographische *Darstellung in den 58 Wuchsge*bieten weist die Anteile der geschädigten Flächen mit einer fünfstufigen Farbskala aus. Aufschluß über den genauen Anteil der geschädigten Fläche in Zahlen gibt eine Übersicht über den Zustand der einzelnen Wuchsgebiete. Die Waldschadenskarte kann beim Umweltbundesamt (Bismarckplatz 1, 1000 Berlin 33) kostenlos angefordert werden.

PERSPEKTIVEN / Definition der Bedingungen für den weltweit gesicherten Lebensraum ist vorrangig – Die Verantwortung der Industriestaaten

Umweltschutz – auf dem Pfad wünschbarer Utopien

Ähnlich wie die Friedensbewe*gung* ist auch die Umweltschutzbewegung aus der verständlichen Sehnsucht nach einer besseren Welt abzuleiten. Insbesondere die Jugend ist geneigt, Idealen, die aus dieser Richtung gespeist werden, zu folgen; vielleicht nicht zuletzt deshalb, weil bei uns nach dem Krieg die traditionellen Ideale verlorengingen.

Wir scheinen, wenn man der veröffentlichten Meinung folgt, in einer *hochgefährdeten Welt zu leben*, in der Dioxin, Schwefeldioxid, Stickoxide, Schwermetalle, unverbrannte Kohlenwasserstoffe, *Nitrate im Wasser*, Giftmüll, Strahlenschäden, Pseudo-Krupp, Leukämie bei Kindern, Krebs, hervorgerufen durch Umweltschäden und Waldsterben, uns fortwährend bedrohen. Wirkliche und eingebildete Gefahren vermischen sich dabei untrennbar. Diese Perspektive verändert sich völlig, wenn man die Bundesrepublik beispielsweise mit der Kenntnis der Zustände in anderen Ländern, wie denen des Ostblocks oder der Dritten Welt, betrachtet, in denen Not und Mangel andere Prioritäten setzen.

Trauminseln jenseits der Probleme gibt's nicht mehr

Gerade im Umweltschutz sind wir jedoch gezwungen, nicht nur unser Land, sondern die Welt als Ganzes zu sehen. Es wird keine *Inseln* mit reiner Luft, intaktem Klima, geschonten Vorräten und gesicherter Zukunft mehr geben können, die die übrige Welt ausklammern. Wir müssen helfen, Bedingungen zu schaffen, die Umweltschutz weltweit ermöglichen.

Um uns verständigen zu können, müssen wir zunächst definieren, welchen Inhalt der Begriff Umweltschutz hat. Seine Ziele sind:

1. Verhinderung der weiteren Verarmung der Welt an Arten, Störung der Symbiose alles Lebenden und Raub*bau an Lebensraum, Rohstoffen* und Energievorräten und somit an der Zukunft des Lebens. Umweltschutz in diesem Sinn muß von allen Bürgern bejaht werden, da kann es keinen Dissens geben.
2. *Umweltschutz* meint aber bei uns oftmals auch eine statische Betrachtung mit dem Erhalt des jetzigen Gleichgewichtszustandes, von dem wir meinen, daß wir ihn kennen, in dem wir uns heimisch fühlen und der uns erhaltenswert scheint. Das gilt jedoch nur für die Bewohner reicher Länder, nicht aber für die in armen; sie erhoffen von der Technik immer noch eine nachhaltige Besserung ihrer Lebensumstände.
3. Umweltschutz meint heute aber auch nicht selten die romantische Ausformung eines Lebens, in der die Ideale der Landschaftsmaler des Spätmittelalters mit der Versorgung *oder mindestens der Absicherung der* Zivilisation des 20. Jahrhunderts verbunden sind. Kinder aus wohlhabenden *Wohngegenden* sind eher „grün" als die aus Arbeitervierteln.

So ist der Umweltschutz einerseits ein Zentralbegriff notwendigen rationalen Handelns im Zusammenwirken einer Vielzahl naturwissenschaftlicher Disziplinen. Er führt aber auch auf den Pfad wünschbarer Utopien, von den sogenannten weichen Energien bis zur Selbstverwirklichung des einzelnen, ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der Gemeinschaft innerhalb seines Volkes oder sogar innerhalb der Weltbevölkerung.

Die Kulturen, die als Jäger- oder Sammlerkulturen bis in die Jetztzeit tätig sind, stehen in Einklang mit der *Natur, in ihnen kann etwa ein Mensch* je Quadratkilometer mit den Ansprüchen der Steinzeit leben. Da, wo der Mensch Ackerbau treibt und Werkzeuge ausbildet, beginnt die Aufhebung dieses Einklangs, im schlimmsten *Fall mit* dem *Ergebnis* der Veränderung des Klimas, des Wasserhaushalts, der Wärmeabstrahlungsverhältnisse der Erde und der Bodenbeschaffenheit.

Eingriffe in die Umwelt erfolgten immer, um Lebensraum für mehr Menschen zu schaffen. Lebten 1650 noch 500 Millionen auf der Erde, so sind es heute mit 4,7 Milliarden Menschen beinahe das Zehnfache. Diese Zahl wird auf friedliche Weise frühestens bei zwölf Milliarden Menschen im nächsten Jahrhundert zu stabili*sieren sein*. Für sie *muß* unsere Welt mit ihren Rohstoffen, Energiequellen und ihrem Lebensraum reichen.

Dazu ist die Welt mit Energie zu versorgen, wobei wir unter Energie im eigentlichen Sprachgebrauch Arbeitsfähigkeit verstehen. Der Mensch kann jährlich eine Arbeitsfähigkeit von 100 Kilowattstunden erbringen. In der Sklavenhaltergesellschaft der Römer gab es sechs bis neun Sklaven pro Haushalt. Heute setzen die Industrienationen 150 technische Sklaven je Einwohner ein zu einem Stundenlohn, der im Promille-Bereich eines *Arbeiterstundenlohns* liegt. *Daraus* resultiert ihr Wohlstand.

Die Sklaverei wurde nicht durch Religionen oder politische Lehren abgeschafft, sie wurde überflüssig durch die Dampfmaschine. Sie stand am Anfang der Industrialisierung auch als Hoffnung vieler, die vom Land in die Stadt strömten, um überleben zu können.

Nicht die Industrialisierung schuf *das Proletariat, sondern die Indu*strialisierung kam nicht schnell genug voran, um die Armut zu unterbinden. Sie kam nicht schnell genug voran, um die aus Not in die Städte strömende Landbevölkerung ausreichend zu versorgen. Diese Bewegung kann man heute in den großen Städten der Dritten Welt, wie beispielsweise in Mexico City oder Kalkutta, noch verfolgen.

Energie, sprich Arbeitsfähigkeit, ist aber auch ein Synonym für Güter, da die Rohstoffe kostenfrei in der Erde liegen, wenn wir nur die Energie für ihre Gewinnung und Verarbeitung aufbringen. Das geschieht nicht folgenlos, sondern entsprechend dem zweiten Hauptsatz der Thermodynamik, wonach der Aufbau jedes Ordnungssystems, sei es das Leben oder die Ausformung einer Zivilisation, mit entsprechenden Folgen in anderen Bereichen erkauft werden muß.

Planung muß sich an den Naturgesetzen orientieren

Es gibt nichts umsonst, Ingenieurarbeit muß im technischen Bereich dafür sorgen, daß der Preis, den wir zahlen müssen, nicht zu hoch ist.

Der zweite Hauptsatz stellt den ethischen Forderungen des Kategorischen Imperativs die naturwissenschaftlichen Möglichkeiten zu seiner Befolgung zur Seite. („Erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral.") Unser Handeln muß sich nicht *nur nach ethischen Grundnormen* ausrichten, sondern zusätzlich auch naturwissenschaftliche Gesetze einhalten. Das unterscheidet Planungen von noch so gut gemeinten Utopien.

Die Weltenergiekonferenz 1983 stellte fest, daß die Welt im Jahre 2020 mehr als das Doppelte an Primärenergie mit 21 Milliarden Tonnen Steinkohleeinheiten an unterschiedlichen Energien braucht als heute. Aus fossilen Energievorräten sind diese *Mengen nicht zu gewinnen*. Alternative Energien liefern nur geringe Beiträge, so daß der Kernenergie eine wichtige Rolle zufällt. Sie zumindest senkt in den Industriestaaten den Bedarf an herkömmlichen Energien zugunsten eines Mehrverbrauchs in der Dritten Welt.

Versucht man, den Umweltschutz weltumfassend zu verstehen, dann wird sein Erfolg in erster Linie davon abhängen, ob ausreichend Energie verfügbar gemacht werden kann, um Güter für alle ohne irreparable Schädigung unseres Lebensraumes zu produzieren. Ausreichend Güter für alle ist aber eine wesentliche, wenn nicht die wichtigste Voraussetzung zur friedlichen Begrenzung des Bevölkerungswachstums.

Im Gegensatz zu mancher Utopie werden wir sehr viel mehr Energie als heute einsetzen müssen, um jenes metastabile Gleichgewicht zu erreichen, in dem zwölf Milliarden Menschen langfristig auskömmlich, frei von Not, frei von Kriegsgefahr und in Würde leben können.

*Aus dieser Sicht gibt es vier Gefah*ren, gegen die wir die Umwelt und damit auch uns zu schützen haben:

1. *Krieg, nicht nur der atomare, son*dern auch die vielen kleinen, mit hohem Energie- und Materialaufwand und unter Schädigung der Natur betriebenen Kriege, die in ihrer Folge Armut immer weiter vertiefen.
2. *Armut in der Dritten Welt* mit der durch sie bedingten Bevölkerungsexplosion und der völlig anderen Einstellung desjenigen zum Umweltschutz, der Hunger leidet, gegenüber demjenigen, der im Wohlstand lebt.
3. Die Produktions- und Lebensgewohnheiten in den Industrieländern. Hier leisten wir in unserem Land Beträchtliches, um den Lebensraum durch neue Techniken zu erhalten, wir müssen aber auch unsere Nachbarn zu umweltfreundlicheren Techniken überzeugen; unser Handeln al*lein reicht nicht*.
4. Die bewußt manipulierende Fehlinformation, die die Handlungsfähigkeit in den Industrieländern lähmt oder auf falsche Ziele ausrichtet, die mit der Angst Menschen zu manipulieren versucht.

Zur Verminderung der Umweltschäden durch Kriege kann die Energieversorgung insofern beitragen, als sie kriegerische Auseinandersetzungen um knappere Vorräte unwahr*scheinlich macht, beispielsweise* Auseinandersetzungen um das Öl durch die Einführung der Kernenergie.

Die zweite Ursache kann von den Industrieländern gemildert werden, indem sie helfen, in der Dritten Welt eine Energieversorgung als Vorstufe einer ausreichenden Güterversor*gung aufzubauen* und so das Bevölkerungswachstum auf friedliche Weise zu dämpfen. Mit Windmühlen und Wasserrädern *allein wird das nicht* geben, mit ihnen lebte die Dritte Welt auch schon bei viel geringerer Bevölkerungszahl schlecht.

Abkehr von manipulierten Fehlinformationen

Drittens: Die Produktions- und Lebensgewohnheiten in den Industriestaaten werden, was die *Bundesrepu*blik, Amerika und Japan betrifft, schon in Richtung auf Umweltschutz verändert. Vermutlich werden neue Techniken einer wirtschaftlicheren Kohleverstromung auch die anderen Länder nachziehen.

Damit die so skizzierten Möglichkeiten wirklich erreicht werden können, bedarf es jedoch einer strikten Abkehr von den manipulierenden Fehlinformationen, wie sie heute von politischen Gruppierungen oder in Teilen der veröffentlichten Meinung bewußt eingesetzt werden. Hiergegen *Widerstand zu leisten*, ist jeder aufgerufen, indem er sich urteilsfähig und damit unanfällig gegen solche Manipulationen macht. Genauso wie jeder aufgerufen ist, in seinem direkten kleinen Bereich jenes Stück Umweltschutz zu verwirklichen, zu dem es nur des guten Willens und des Nach*denkens bedarf*.

Der Philosoph Wolfgang Stegmüller schreibt in seinem zweiten Band „Hauptströmungen der Gegenwartsphilosophie", daß nach seiner Ansicht die physische Umweltverschmutzung durchaus zu beherrschen sei; die größte Umweltgefahr sei jedoch die semantische Verschmutzung unserer geistigen Umwelt.

KLAUS KNIZIA

Der Autor ist Vorstandsvorsitzender der Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen AG (VEW); Dortmund.

Acrylanstrich isoliert gegen Formaldehyd

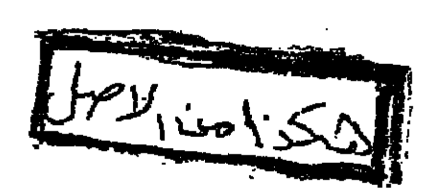
Umweltfreundliche Acryllacke, die wasserverdünnbar sind und das Umweltzeichen „Blauer Engel" tragen, lassen sich auf einer Vielzahl von Untergründen verarbeiten. Diese Anstrichmittel werden hohen Qualitätsanforderungen gerecht, wie zum Beispiel Strapazierfähigkeit, Wetterbeständigkeit, Lichtechtheit, Glanzhaltung, Verlauf, Haftung und rationelle Verarbeitung. Weil solche Werkstoffe weitgehend ohne die bisher oft verwendeten Lösemittel auskommen, haben sie zunehmend an Bedeutung gewonnen.

Auch umweltfreundliche Grundiermittel wurden entwickelt, die besonders auf problematischem Untergrund werkstoffgerechte „Haftbrükken" vermitteln. Hierzu zählen wasserverdünnbare Grundierfarben, wie zum Beispiel Capacryl-Holzgrund, die gegen braunverfärbende Holzinhaltsstoffe isolieren und Bläueschutzwirkung besitzen. Diese Grundanstriche können mit den Acryl-Standardfarbtönen gemischt und durch Zugabe von maximal zehn Prozent Acryllack in etwa auf den nachfolgenden *Farbton abgestimmt* werden. Außerdem besitzen solche Holzgrundiermittel auch Isolierwirkung gegen *Formaldehyd und* eignen sich daher vorrangig für den Grundanstrich von Spanplatten. Die Isolierwirkung ist so *hoch, daß selbst* Spanplatten der Emissionsklasse 3 nach dem einmaligen Auftrag des Holzgrundes weit unter den für die Emissionsklasse 1 vorgeschriebenen Anforderungen liegen.

Des weiteren stehen wasserverdünnbare *Haftprimer* in den Farbtönen Weiß, Grün und Braun auf dem Markt zur Verfügung. Sie machen es dem Benutzer möglich, auch alte Anstriche und Kunstharzlacke umwelt*freundlich zu renovieren. Eingesetzt* werden können die haftvermittelnden Haftprimer auch auf Zink und Hart-PVC sowie Holz. Vorrangig bei alten und schon angewitterten Holzflächen erweisen sie sich bei Neulakckierung als Problemlöser.

Umweltfreundliche Acryllacke lassen sich auch auf neuem und altem Putz, Beton, Asbestzement, Sichtmauerwerk, Kunstharzputz, Rauhfaser, *Prägetapeten und Glasfasergewe*be sowie Glasfaser-Textiltapeten auftragen. Sie erzielen diffusionsfähige, glanz-stabile und vergilbungsfreie Oberflächen.

WILHELM MICHEL



ALTREIFEN / Recycling spart rund 500 Millionen Tonnen Rohöl ein

Von der Felge auf den Feuerrost

Bei einem Bestand von etwa 25,2 Millionen Pkw und etwa 1,7 Millionen Nutzfahrzeugen fallen jährlich durch den Reifenersatzbedarf etwa 370 000 Tonnen Altreifen an. Dieses Volumen, das sich in den letzten zehn Jahren fast verdoppelt hat, stellt vor dem Hintergrund der volkswirtschaftlich notwendigen Rohstoffrückgewinnung und Wiederverwendung ein beträchtliches Werkstoffpotential dar.

Welchen volkswirtschaftlichen Nutzen die Erneuerung von Reifen darstellt, verdeutlicht folgendes Beispiel:

Reifen bestehen zu etwa 90 Prozent aus den Erdölprodukten Ruß und Kohlenwasserstoff, zu denen auch die synthetischen Textilcordeinlagen gehören. Zur Herstellung eines Pkw-Neureifens werden etwa 35 bis 45 Liter Rohöl benötigt. Für die Erneuerung reichen fünf bis sechs Liter aus. Bei einem Volumen von jährlich etwa 5,3 Millionen erneuerter Reifen (davon etwa 3,8 Millionen erneuerte Pkw-Reifen) werden somit jährlich etwa *500 Millionen Liter Rohöl* eingespart.

Da bei der Auswahl der wiederverwendbaren, für die Runderneuerung geeigneten Karkassen strengste Auswahlkriterien gelten und modernste Prüftechniken zur Anwendung kommen, erweisen sich etwa 70 Prozent aller Karkassen als für die Runderneuerung ungeeignet. Was jedoch keineswegs bedeutet, daß sie nicht auf anderem Wege recycling-nützlich sind.

Die Firma Gummi-Mayer – der Welt größtes Unternehmen für die Erneuerung von Stahlgürtelreifen; Marktanteil von mehr als 20 Prozent in der Bundesrepublik Deutschland – praktiziert seit 1973 die thermische Umwandlung nicht erneuerungsfähiger Altreifen in Prozeßenergie:

Die Altreifen verbrennen in zwei speziell konzipierten Anlagen; die so erzeugte Energie reicht für die Produktion von täglich etwa 6000 runderneuerten Reifen völlig aus. In den Wintermonaten versorgt diese Wärmeenergie zusätzlich Verwaltungsgebäude und Fabrikhallen. Die Altreifen werden in der Verbrennungsanlage in 350 Tonnen Dampf und 20 000 Kilowattstunden Strom umgewandelt.

Und so funktioniert die Anlage, die das Werk seit 1982 von der Energieversorgung unabhängig macht:

Altreifen werden über ein Rollenband automatisch in den Verbrennungsraum befördert. Die Verbrennung findet auf einem neun Meter langen und zwei Meter breiten, leicht geneigten Rost statt. Auf einem Rüttelsieb wird die verbleibende Grob- und Feinschlacke in verschiedene Container befördert. Feinschlacke wird auf die Mülldeponie gefahren, Grobschlacke an Rohstoffverwerter als Zuschlagstoff für die Stahlerzeugung verkauft.

Außer den festen, schlackeförmigen Verbrennungsrückständen fallen auch staub- und gasförmige Rückstände an. Die staubförmigen Verbrennungsrückstände werden durch Elektrofilter mit einem Abscheidungsgrad von 99 Prozent aufgefangen. Das anfallende Schwefeldioxid wird durch chemische Rauchgaswäsche neutralisiert. Auch der verbleibende Reststaub wird nochmals um mehr als 50 Prozent gesenkt, so daß die behördlich zulässigen Emissionswerte deutlich unterschritten werden können.

Für diese Leistung wurde der Firma als erstem Unternehmen der Branche das Umweltzeichen verliehen.

JÜRGEN SCIBORSKI

TRANSPORT / Auch ein besserer Verkehrsverbund hilft dem Umweltschutz

Täglich 14 000 Lkw-Fahrten weniger

In der Diskussion sind die vom Verkehr ausgehenden Umweltbelastungen in den Vordergrund gerückt. Demgegenüber sind Aspekte wie Transportkosten und ihre Bedeutung für die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und der Gesichtspunkt der Freizügigkeit erheblich zurückgetreten. Aber auch noch soviel Ökologie, so Bundesverkehrsminister Werner Dollinger, darf nicht die Dynamik der Mobilität behindern; „die gegebene und notwendige Mobilität soll sich so umweltfreundlich wie möglich entfalten können."

Nur 4,7 Prozent der Fläche der Bundesrepublik dienen dem Verkehr, wobei 4,3 Prozent auf Straßen und Wege, auf Bundesfernstraßen sogar nur 0,3 Prozent entfallen. In den vergangenen Jahren sind an den Straßen *15 Millionen Bäume und Sträucher* im Wert von 560 Millionen Mark gepflanzt worden. Allein der Bund gibt für Lärmschutzmaßnahmen jährlich 250 Millionen Mark aus.

Um mit dem wachsenden Bedarf fertig zu werden, geht es nicht nur um den Bau neuer Straßen oder Schienenstränge, sondern auch innerhalb des bestehenden Systems läßt sich noch sehr viel erreichen. Dabei geht es nicht um dirigistische Methoden, sondern um marktkonforme Mittel. Es geht darum, das vorhandene Verkehrswegenetz durch einen zunehmenden Verbund der Verkehrsträger Straße, Schiene, Wasserstraße und Luftverkehr besser zu nutzen.

Dabei kommt der Bundesbahn (DB) eine wachsende Bedeutung zu. So soll der kombinierte Verkehr sein Aufkommen bis zum Jahre 2000 auf 45 Millionen Tonnen verdreifachen. *Dieses ist auch ein Beitrag zum Umweltschutz*: 2,8 Millionen Lkw-Fahrten können von der Straße auf die Schiene verlagert werden, also 14 000 weniger Lkw-Fahrten pro Arbeitstag.

Beim Bundesverkehrswegeplan 1985, an dessen Fortschreibung gearbeitet wird, steht zwar der Verkehrswert im Vordergrund. Aber bereits in diesem Stadium der Planung erfolgt eine ökologische Bewertung der ins Auge gefaßten Projekte. Dabei geht es um die Schutzwürdigkeit von Umwelt, *Natur und auch um städtebauliche* Belange, die früher häufig zu kurz gekommen sind.

Zum einen hat sich die Einsicht durchgesetzt, daß Reparieren sehr teuer ist. Zum anderen werden die Verkehrsinvestitionen auf Dauer gefährdet, wenn der Umweltschutz keine Berücksichtigung findet. Auf Sicht würde dies zu Lasten der Effektivität des Verkehrssystems und damit der Gesamtwirtschaft gehen.

HANS-JÜRGEN MAHNKE

Naturharzlack ist kein harmloser Stoff

Naturharzlacke, oft auch als „Bio-Lacke" bezeichnet, haben an Bedeutung gewonnen, weil sie als gesundheitlich unbedenklich dargestellt werden. Dennoch bekommen Naturharzlacke nicht das Umweltzeichen „Blauer Engel". Denn sie enthalten 40 bis 50 Prozent Lösungsmittel. Die Vergabepraxis aber setzt die absolute Grenze bei 15 Prozent.

Auch die Art der eingesetzten Lösemittel selbst ist ein Zeichen dafür, daß es mit der Ungiftigkeit von Bio-Lacken nicht so sehr weit her sein kann. Das verwendete Terpentinöl ist gesundheitsschädlich und muß nach der Arbeitsstoffverordnung mit dem Andreaskreuz gekennzeichnet werden. Auch die manchmal eingesetzten Zitrus- oder Orangenterpene enthalten als Hauptbestandteil reizendes Limonen, das ebenfalls mit einem Andreaskreuz gekennzeichnet wird. Sowohl Terpentinöl als auch Limonen sind nach den Stofflisten der Europäischen Gemeinschaft und nach dem Schweizer Giftgesetz „giftiger" eingestuft als Lackbenzine.

Durchgetrocknete Bio-Lack-Anstriche, die als Bindemittel Pflanzenöle wie zum Beispiel Leinöl, Sojaöl und Saffloröl enthalten, spalten mit dem Luftsauerstoff bei der Filmhärtung drei bis vier Prozent reaktive Aldehydverbindungen ab. Bei der Oxidation von ungesättigten Pflanzenölen wurden bis zu 20 Aldehydverbindungen gefunden, unter anderem Substanzen wie Formaldehyd, Acetaldehyd und Crotonaldehyd (Butenal). Biolacke bilden zudem wie herkömmliche Bautenlacke unter Einwirkung von Ozon und UV-Strahlung sogenannte Photooxidantien, denen umweltschädigende Wirkungen zugeschrieben werden.

Die in den Biolacken meist vorzufindenden ungesättigten Terpenkohlenwasserstoffe bilden mit dem Luftsauerstoff leicht toxische Peroxide, die für allergieauslösende Wirkungen verantwortlich sind. Bei diesen Terpenperoxiden gibt es zudem Anhaltspunkte für erbgutverändernde Wirkungen, die noch nicht ausreichend erforscht sind.

Und hieraus folgert man auch, daß die These von der ökologischen Vertrautheit mit Naturstoffen auf Vermutungen basiert und kein Ersatz für toxikologische Untersuchungen ist.

WILHELM MICHEL

AG FÜR UMWELTFRAGEN / Behörden, Firmen und Verbände an einem Tisch

Brücke zur Ökologie und Ökonomie

Die Einsicht, daß es zwischen Ökonomie und Ökologie keinen Gegensatz gibt, ist für die Umsetzung in umweltbezogene Taten zu einem großen Wert geworden. Die Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen (*AGU*) als Träger des seit *1973* jährlich stattfindenden Umweltforums kann diesen Prozeß deutlich belegen: Beim 3. Umweltforum 1975 in Düsseldorf (Themenstellung: „Umweltschutz und Konjunkturpolitik") wurde der Anspruch Umwelt noch als Störfaktor für wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung behandelt. Acht Jahre später zeigte das 11. Umweltforum eine nahtlose Überein*stimmung aller gesellschaftlichen* Gruppen darüber, daß die Erhaltung der natürlichen Umwelt eine eigene selbständige politische Aufgabe ist. Arbeit, Kapital und Umwelt sind als gleichrangige Faktoren anerkannt.

Umweltschutz ist kein Jobkiller, sondern ein Gebot ökonomischer Vernunft. Die natürlichen Lebensgrundlagen zu sichern, ist unverzichtbar für langfristige Sicherung ökonomischer Zukunftschancen. Die drei Umwelt-Phasen sind:

Phase 1: „Wo gehobelt wird, fallen Späne."
Abgase, Lärm, verschmutzte Flüsse und Seen sind unvermeidliche Nebenerscheinungen des Fortschritts. Man weicht aus in Freizeitgebiete, eingezäunte Naturparks, in Frei- und Hallenbäder.

„Schatz in der deutschen Diskussionslandschaft"

Phase 2: „Das machen wir schon." Die Beeinträchtigung der natürlichen Lebensbedingungen wird als gefährlich erkannt und daher angegriffen. Motto: Ursache der Umwelterkrankung ist Technik – also verschreiben wir zur Heilung Technik. Also das Äußerste an Erfindergeist für umweltgerechte Produktion und umweltfreundliche Produkte.

Phase 3: „So geht es nicht weiter." Die Kleinheit und Abgeschlossenheit der einen und einzigen Welt begrenzt Möglichkeiten der technischen Entwicklung und Ausweitung.

Es folgt als Erkenntnis: Wir benötigen qualitatives statt quantitatives Wachstum. Daher sind Arbeitswelt und Umwelt miteinander zu versöhnen. Die eine Welt ist auf die andere angewiesen. In diese Entwicklungsstufen ist die Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen seit 1970 eingebettet. Vordenker für Tendenzen – das ist die AGU. Das Umweltforum 1985 findet am 21. November in Bonn statt unter dem Motto „Technik für Umweltschutz".

Der Bundesminister für Forschung und Technologie, Heinz Riesenhuber, sprach unlängst von der AGU als einem „Schatz in der deutschen Diskussionslandschaft". Das Umweltforum bezeichnete die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen als „Stätte vorurteilsfreien Erfahrungsaustausches". Das Selbstverständnis aller gesellschaftlichen Gruppen in der AGU liegt im Miteinander: Das Machbare, das Mögliche wird zum Postulat, nicht das Maximum.

Die AGU wurde gegründet, bevor die alternativen Gruppen ausgebrochen sind aus der Gesellschaft und ihren Einzelgängerweg gegangen sind. In der AGU jedoch sind sie unverändert dabei. Sie haben erkannt, daß letztlich auch sie sich der Diskussion in der AGU nicht verschließen können.

Im Vorfeld politisch noch nicht ausgereifter und nicht zur Abstimmung gestellter Meinungen ist die AGU so etwas wie eine „Konzertierte Aktion", eine große Koalition aller am Umweltgeschehen beteiligten gesellschaftlichen Gruppen: im neumodischen Sprachgebrauch „Clearingstelle" *im* vorparlamentarischen Raum.

123 Verbände, Institutionen und Organisationen sowie 47 Firmen und 126 Einzelpersönlichkeiten sind in der AGU vereinigt. Repräsentiert sind die Bundesregierung, die Landesparlamente, die Gewerkschaften, die Wirtschaft, die Organisationen der Technik, Wissenschaft und Forschung, Bundes- und Landesbehörden sowie die Kommunen, die Verbraucherorganisationen, die traditionellen ebenso wie die neuen Umweltgruppierungen.

Die Instrumente der AGU sind der partnerschaftliche Dialog und das Bemühen um Konsenssuche. Wenn es keinen Konsens gibt, dann ist auch das Herausarbeiten der Dissenslinie ein Wert. Die einzelnen Gruppen müssen sich auf dem Forum nicht als Partei verstehen. Sie können ungezwungen miteinander reden. Und in der Tat: Sie sprechen deutsch und nicht „zum Fenster hinaus".

Immer geht es um das Machbare, die brauchbare Lösung für den Alltag. Kommunikation und Koordination – zwei Begriffe, die auf die AGU als überparteiliche Drehscheibe der Umweltdiskussion zugeschnitten sind. Bei diesem Selbstverständnis war es normal, daß die AGU in Bonn begann, aber dann auf die Rundreise ging durch die Hauptstädte der Bundesländer, jeweils zu Gast in den Häusern der Parlamente, in denen letzthin ein Gutteil der umweltrelevanten politischen Entscheidungen gefällt wird.

Forum als Modell des Maßhaltens

Die Umwelt-Tour zwischen München und Hamburg, zwischen Düsseldorf und Berlin führte bislang über zwölf Umweltforen. Mindestens sechs von ihnen hatten eindeutig das Konfliktthema Ökonomie und Ökologie. Dies zeigt deutlich das schwierige Bemühen um Kooperation und Kommunikation zwischen Ökonomie und Ökologie. Wenn es heute zwischen diesen beiden eine Brücke gibt, so hat die AGU mit ihrem Umweltforum bei diesem Integrationsprozeß gute Schützenhilfe geleistet. Dieses Plus an Effektivität bewirkt bei grundsätzlich unangetasteter politischer Entscheidungskompetenz der Parlamente ein Mehr an Stabilität der Umweltpolitik.

Die Umweltarbeit der Behörden und der Parlamente ist ständig begleitet von der Wissenschaft. Die dazu laufende Beratung der Bundesregierung ist gegeben mit dem Rat von Sachverständigen für Umweltfragen. Dort Stimme der Wissenschaft – hier Stimme des Volkes. Die AGU und die Umweltforen sind in ihrer gesellschaftlich abgerundeten Vielfalt ständig gegenwärtig als Stimme der schweigenden Mehrheit.

Eine Alternative zum Umweltforum ist nirgendwo sichtbar geworden. Das Umweltforum ist ein Modell ohne Extreme, ein Modell des Maßhaltens.

BENNO WEIMANN

Der Autor ist Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen e. V., Bonn, und Präsident der Vereinigung Deutscher Gewässerschutz e. V., Bonn.

Eine ungewöhnliche Spiel-Wiese für Dr. Alfred Biolek: Die Talk- und Musik-Show „Mensch Meier"

Seine Strategie heißt: Ungebremste Neugier!

Sie nennen sie „Die Weiße Stadt", und sie ist eine kleine Stadt, außerhalb Kölns, und steht in der Bocklemünder Meierhalle, die – wie Produzent Andreas Lichter gegenüber der WELT versichert – ihren Namen nicht der Sendung gegeben hat, mit der Dr. Alfred Biolek, genannt „Bio", ab heute abend neues Live- und Fernsehterrain betreten will. Wie man denn dann auf den Namen gekommen sei? Nun, wie das eben so ginge; man habe ein neues Sendungskonzept gehabt, nur der Name fehlte noch, und „Mensch, Meier" drücke eben positives und negatives Erstaunen zugleich aus. Bürgernähe, Meier wie du und ich.

Mensch Meier – 21.00 Uhr, ARD

Das Konzept der neuen Sendung entstammt denn auch im wesentlichen den Hirnen des Teams Lichter und Biolek: Eine Mischung aus Spiel und Show mit vier Kandidaten pro Sendung (zwei Drittel Anteil) und einem Unterhaltungsteil mit Sketch, Satire, Musik und Bio-bewährter Breite (ein Drittel) soll sie werden, in der die Kandidaten nicht etwa nach stur-lexikalischem Wissen abgeklopft werden, sondern wo es um Einschätzungsgeschichten, um Alltags- und Lebenserfahrung geht – das Ganze unter einem stadtgerechten Thema, wie dann Alfred Biolek der WELT erläutert: Da kann es gehen um „Partnersuche", um das Laster des Rauchens, um „Du oder Sie", oder um die „Frau am Steuer", ganz generell also um Themen, die Frau Meier wie Herrn Otto Normalverbraucher in der Stadt („aber natürlich auch auf dem Lande") interessieren können.

Was überhaupt zum Nachdenken einer neuen „Bio-Logie" geführt habe, wollen wir wissen. „Nach sieben Jahren Show im großen Stil", sagt Alfred Biolek, „hat man einfach die wichtigsten Leute von Herbert Grönemeyer bis Sammy Davis jr. zu Gast gehabt, die Wiese ist abgegrast." Natürlich habe man auch Erfahrungen aus dem „Kölner Treff" und anderen Shows verarbeitet und sei vor allem zu der Erkenntnis gelangt: „Der traditionelle Showstar, der noch richtig live was machen kann, der stirbt ja nun langsam aus" (Bio). Daß heute solche Musikgruppen wie Boy George oder Depesch Mode die Bühnen beherrschen, wird darob mit ein wenig Gram in der Stimme registriert; schwer vorstellbar auch, daß ein solch blitzgescheiter Mensch wie Dr. Biolek als Showmann Erfüllung finden könnte im Beackern neuzeitlicher Pop- und Synthesizer-Wiesen.

Musik gäbe es im übrigen ja auch genug im Fernsehen, ihm sei nun mal das Reden mit Menschen das Allerwichtigste: „Reden, aber mit Form", nennt Bio seine Goldene Regel, und darum jetzt das Show-Drittel, darum auch das Thema als Programmklammer, das der Sache einen gewissen Rahmen geben kann.

Ob er überhaupt so etwas wie eine „Strategie", ein psychologisches Strickmuster als Talker mit Prominenten oder auch Unbekannten habe? Nein, natürlich nicht. „Ich habe das, was man wahrscheinlich eine gesunde Neugier nennen kann. Und, wissen Sie, mir fehlt, was ich mal die ‚Profilierungsnot' mancher Talkmaster nennen will. Ich brauch' so was nicht. Ich will", lautet Bios schönster Satz, „den Gast zum Blühen bringen", und natürlich hat er sich bislang auch nur Gäste ins Studio oder in den Bahnhof gerollt, die ihn selber auch wirklich interessiert haben und nicht, weil sie irgendwie „dran" wären, „in" waren.

Wie das nun jetzt mit Herrn und Frau Unbekannt wirkt, weiß das Tandem Biolek/Lichter vermutlich so genau selbst noch nicht. Wie gesagt, vier Kandidaten werden aus einer Vielzahl von Bewerbern ausgewählt und gehen in die Sendung, in der nicht Wissensgebiete abgefragt, sondern gesunder Menschenverstand und Schlagfertigkeit, Augenmaß und allgemeine Einstellung zu ganz gewöhnlichen Altersdingen ausgelotet werden sollen – spielerisch, versteht sich.

Der Herr Carrell hat sein Verdienstkreuz eben nicht umsonst bekommen, denken wir. War er es nicht, der einst sagte: „Die Zeiten der Showstars seien vorüber? Heute gestaltet der Fernsehzuschauer selbst die Show?" Recht hat er. Etwas anderes haben wir von ihm auch gar nicht erwartet. ALEXANDER SCHMIDT



Ein Showmaster, der nicht in Routine erstarrt: Dr. Alfred Biolek präsentiert heute seine neue Spiel-Idee – „Mensch Meier" FOTO: DPA

KRITIK

Das Tier-Paradies Cape Canaveral

Nistende Fischadler auf einer künstlichen Plattform, die sich vom Aufsteigen den Feuerball eines Raketenstarts kaum gestört fühlen, bekommen auch wir verwöhnten Fernsehzuschauer nicht alle Tage zu sehen. Heinz Sielmann vermittelte uns diese Bilder mit dem ersten Film der diesjährigen Serie **„Expeditionen ins Tierreich"** (ARD).

War das Thema an sich schon ungewöhnlich genug, das Verhalten der Tierwelt im Umfeld des Raumfahrtzentrums von Cape Canaveral zu beobachten, so bewies der Tierfilmer Heinz Sielmann erneut sein sicheres Gespür für eine fesselnde Tierreportage. Zugleich waren diese Aufnahmen aber auch eine vorbildliche Demonstration, daß Naturschutz und moderne Technik durchaus nicht einander ausschließen müssen, sofern letztere Rücksicht zu nehmen bereit ist.

Cape Canaveral auf Florida, das amerikanische Raumfahrtzentrum, eine Forschungsstation von gewaltigen Ausmaßen, macht es möglich, daß in seinem Umfeld bedrohte Tierarten vor dem Aussterben bewahrt werden. Um das Raumfahrtzentrum kaufte die Nasa schon 1961 zirka 60 000 Hektar Fläche auf, um sie unter Naturschutz zu stellen. In den Mangrovensümpfen, Lagunen, Regenwäldern und auf den menschenleeren Stränden leben nun wieder Hunderttausende von Wasservögeln. Am Strand legen ungestört die Meerschildkrötenweibchen wieder ihre Eier ab, und die seltene Sehkuh bevölkert zahlreich die Kanäle, auf denen Montageteile zum Raumfahrtzentrum befördert werden. Ummantelte Schiffschrauben verhindern eine Verletzung der Wassertiere.

Selbst Sielmann zeigte sich überrascht von der Artenvielfalt in diesem ungewöhnlichen Naturschutzgebiet, in dem die Tiere scheinbar unbeeinflußt die zeitweise doch ungeheure Lärmbelastung vertragen. Ein Film mit großartigen Aufnahmen, einprägsam der informative Text, hervorragend die Kameraführung.

SIEGFRIED IHLE

Nur Karikatur ist nicht mehr witzig

Hellen, Gisa, Jenny und Moni – vier berufstätige, von Ehe und Partnerschaft enttäuschte Frauen – wollen gemeinsam in Urlaub fahren. Da eine von ihnen einen neuen Freund mitnehmen möchte, beschließen die anderen sich ihre Begleiter durch eine Zeitungsannonce zu suchen. Ihr lockender Text: „Hallo Typen! Drei Wahnsinnsfrauen suchen. . ." löst eine wahre Brieflawine aus (inclusive einiger Überraschungen, was die erwählten Herren betrifft). Aber wer die Urlaubspartnerwahl hat, hat die keineswegs unerfreuliche Qual.

Das ist die durchaus denkbare und von Wolfgang Mühlbauer (Buch und Regie) nuancenreich in Szene gesetzte Ausgangssituation des Fernsehfilms **„Gesucht: Urlaubsbekanntschaften, männlich"** (ZDF).

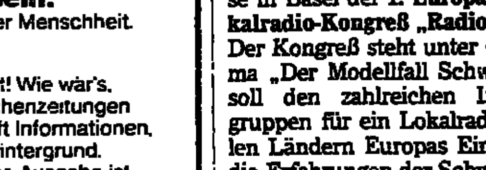
Aber sein beherzter Griff ins volle Menschenleben mißlang, weil er sein Thema überfrachtete und seine Protagonisten zu Karikaturen machte.

Die äußerst unterhaltsam beginnende Geschichte endet am Morgen des Urlaubsanfangs in einem ärgerlichen, weil nur noch klamottigen Durcheinander. Vorausgegangene Unglaubwürdigkeiten (Beispiele: Ehemann läßt sich von zickiger Geliebten immer wieder entwürdigen, hilflos am Mutterband zappelnder Sohn erweist sich als Volltrottel) machen es unmöglich, dem Film mehr als seine gute Absicht zuzugestehen.

Wolfgang Mühlbauer hat einfach zu viel in seine Geschichte hineingepackt. Seine Kleine-Leute-Schau entpuppte sich als ein Museum von Neurosen, die dreißigjährigen Frauen agierten wie flatternde Teenager.

Dabei hatte Mühlbauer eine glückliche Hand bei der Schauspielerwahl. Durchweg sämtliche Darsteller (genannt seien Monika Baumgartner, Vérénice Rudolph, Henry van Lyck, Joseline Gassen, Cornelia Meinhardt und Felix von Manteuffel) hielten, paradox gesagt, das Interesse an dem Sammelsurium von Episoden bis zum erlösenden Ende wach.

GÜNTER RUDORF



Vom 12. bis 14. Juni findet im neuerbauten Europäischen Welthandels- und Kongreßzentrum EWTCC der Schweizer Mustermesse in Basel der **1. Europäische Lokalradio-Kongreß „Radio 85"** statt. Der Kongreß steht unter dem Thema „Der Modellfall Schweiz" und soll den zahlreichen Initiantengruppen für ein Lokalradio in vielen Ländern Europas Einblicke in die Erfahrungen der Schweizer Lokalradios vor und seit deren Sendestart am 1. November 1983 vermitteln. Des weiteren wird der Modellfall Schweiz auch praxisnah besprochen – anhand von Themenkreisen wie Werbung und Finanzierung. Komplettiert wird der Kongreß durch die Darstellung jüngster Entwicklungen in Belgien, der Bundesrepublik Deutschland und Österreich. Hauptreferate halten der Generaldirektor der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft SRG, Prof. Leo Schürmann, sowie der Präsident des schweizerischen Verbandes der Zeitungs- und Zeitschriftenverleger, Dr. Max U. Rapold. Mit Studiobesichtigungen in der Region Basel endet der Kongreß.

*

Mit dem Jugendschutz im europäischen Mediensystem wird sich das diesjährige **Jugendschutzforum** unter dem Rahmenthema „Fernsehen ohne Grenzen?" am 26. und 27. September 1985 in Aachen beschäftigen. Veranstalter sind neben der Aktion Jugendschutz und kirchlichen Jugendschutzverbänden auch die Landesarbeitsgemeinschaften der Familienverbände in Nordrhein-Westfalen. Referate sind zu den Schwerpunktthemen „Medienentwicklung in Europa" sowie „Jugendmedienschutz bei den europäischen Rundfunkanbietern am Beispiel der Beneluxländer und der Bundesrepublik" vorgesehen. Weiterhin soll über Medienforschung, Medienpädagogik und Medienkontrolle referiert werden. Eine Podiumsdiskussion „Jugend- und familienverträgliche Medienpolitik" wird das Forum beschließen.



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 Fußball-Länderspiel
England – Deutschland
11.55 Umschau
12.10 ZDF Magazin
Moderation: Gerhard Löwenthal
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Musikladen
Regie: Michael Leckebusch
16.55 Links und rechts vom Äquator
Geschichten und Reportagen aus aller Welt
Mit Ulrich Wickert
17.25 Als die Igel größer wurden
Zeichentrickfilm
von Ursula und Franz Winzentsen
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
Anschl. Der 7. Sinn
20.18 Faustrecht
Ein Prozeß und seine Hintergründe
Der Fall des 37jährigen Elektroingenieurs Bernhard Hugo Goetz
Reportage von Dagobert Lindlau
21.00 Mensch Meier
Neu im Programm präsentiert sich Alfred Bioleks Show „Mensch Meier".
22.30 Tagesschau
23.00 ARD-Sport extra
Fußball
1. Bundesliga-Aufstiegsspiel
Basketball-EM / Endrunde
Aufzeichnung aus der Hanns-Martin-Schleyer-Halle in Stuttgart
0.00 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Glück haben
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Meine Mutter, deine Mutter
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Der rosarote Panther
18.20 Dick und Doof
19.00 heute
19.30 Der große Preis
Ein heiteres Spiel für gescheite Leute mit Wim Thoelke
20.50 Die große Hilfe
Bilanz der Deutschen Behindertenhilfe „Aktion Sorgenkind"
21.00 Aus Forschung und Technik
Verführt zum Sterben
Wie Insekten bekämpft werden
21.45 heute-journal
22.05 Fragen an Norbert Blüm
Journalisten im Studio:
Klaus Bresser und Wolfgang Herles
23.05 Der Fall Maurizius (3)
Nachdem sein Sohn Etzel versucht, den Mordfall Maurizius wieder aufzurollen, beginnt auch Wolf von Andergast an der Schuld von Leonhart Maurizius zu zweifeln.
0.30 heute



13.30 Solid Gold Salute To The Grammys
Amerikanische Hitparade
14.00 Tarzan
Der schwarzköpfige Leopard
15.00 Siehste!
Klick! – Teil 1
Ein Schnellkurs in der Trick-Fotografie
1. Fotospiel und Spione
2. Langer Moment und kurzer Kopfstand
15.30 Musicbox
16.30 Scooby und Scrappy Doo
Fauler Zauber
17.00 Simon Templar
18.00 Abenteuer und Erlebnisse
Tierfänger in Afrika
Dokumentarfilm über eine gefährliche Safari (2)
Flußpferde und Nashörner
Regie: Ivor Slaney
18.30 APF blick
18.45 Unsere tollen Tanten in der Südsee. Musikalisches Lustspiel
Österreichischer Spielfilm (1963)
Mit Udo Jürgens
Regie: Rolf Olsen
20.30 Kaschtanka
21.30 APF blick
22.15 High Chaparral
Manolitos Entscheidung
23.55 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Bilder aus Deutschland
„O Heimatland" – Die Schwäbische Alb
19.00 heute
19.30 Derrick
Der Mann aus Portofino
20.30 Rundschau
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Von der Horde zum Dorf
Die Geschichte der Zivilisation
Film von Peter Kaiser
22.45 Von der Ähnlichkeit zum Menschen
Götterbild – Puppe – Attrappe
Film von Peter Leippe
23.45 3SAT-Nachrichten

III.

WEST
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Desert Fury – Liebe gewinnt
Amerikanischer Spielfilm (1947)
Mit John Hodiak, Lizabeth Scott, Burt Lancaster u. a.
21.45 Landesspiegel
22.15 Kulturszene
23.00 Ich bin gern in Venedig warum
Wolfgang Koeppen
23.55 Tips für Leser
Anschl. Letzte Nachrichten

NORD
18.30 Formel Eins
19.15 Lebensraum in Gefahr
20.00 Tagesschau
20.15 Wollen Sie mit mir tanzen?
Französischer Spielfilm (1959)
21.40 Kultur aktuell
Südostasien in Berlin
22.30 Die wechselnden Zustände des Herzens
Ballett von Roland Petit
0.05 Nachrichten

HESSEN
18.30 Auskunft
Arbeit und Beruf
19.05 M ... wie Motorrad
19.20 Tolle Nächte in Las Vegas
Amerikanischer Spielfilm (1964)
Mit Elvis Presley u. a.
20.40 Kulturkalender
21.20 Bild der Woche
21.30 Drei aktuell
21.45 Blickpunkt Ausland
Ulysses ruft Maldita
22.30 Per Anhalter durch die Galaxis (3)

SÜDWEST
18.30 Telekolleg II
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Die Friedhöfe
Fernsehfilm nach einer Erzählung von Marek Hlasko
Mit René Deltgen, u. a.
Regie: Rolf Hädrich
21.05 Sport unter der Lupe
Nur für Baden-Württemberg:
21.50 Karikaturen
22.35 Nachrichten
Nur für Rheinland-Pfalz:
21.50 750 Jahre Limburger Dom
22.35 Landesspiegel
Nur für das Saarland:
21.50 TV-Club Saar 3

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Damals Tagesgespräch
Südsee-Affäre
Komödie von Noel Coward
20.45 „Die Erde ist des Herrn"
Der Evangelische Kirchentag 1985 in Düsseldorf
21.25 Z. E. N.
21.30 Rundschau
21.45 Spiegelbilder
22.00 Das Poker-As
Polnischer Spielfilm (1982)
23.35 Rundschau
23.40 Actualités

